

DIE WELTWOCHEN



Lob der Ärzte

Was die Schweizer Mediziner so erfolgreich macht.

Von Beat Gygi

Trumps Midterm-Kracher

Washington kehrt zurück zur Normalität.

Von Urs Gehriger

Migrationspakt stärkt die Schweiz

Nur so können wir mitreden. *Von Walter Kälin*





MANERO FLYBACK

AUTOMATIK | ROSEGOLD 18 K



CARL F. BUCHERER

LUCERNE 1888

Lange schien es, als sei die Selbstbestimmungsinitiative für die SVP eher Last als Lust. Die Aktualität spielt der Volkspartei in die Hände. Der Disput um Uno-Migrationspakt und EU-Rahmenabkommen legt offen, dass es für die direkte Demokratie eng wird, wenn immer häufiger Staatsverträge oder globale Empfehlungen den Takt angeben. Eine wichtige Rolle spielt hier das Bundesgericht – genau gesagt eine der sieben Abteilungen, die besonders progressiv auftritt und mit zwei Urteilen aus den Jahren 2012 und 2015 die Debatte über die Grenzen der Volksmitsprache angeheizt hat. Katharina Fontana geht der Frage nach, was in diesen ominösen Entscheiden steht, die auf jedem Abstimmungspodium zitiert werden. **Seite 34**



Plötzlich meldeten sich Bedenkenträger: Kurt Pelda.

Als Reporter Kurt Pelda – früher für die *Weltwoche* und SRF, heute für den *Tages-Anzeiger* – verdeckt unter Neonazis recherchierte, galt er als Held in der Journalistenszene. Als Pelda aber mit denselben Mitteln den Fokus auf Islamisten in der Schweiz verlagerte, meldeten sich plötzlich Bedenkenträger. In der *Wochenzeitung* erhob Nina Fargahi, Chefredaktorin des von Gewerkschaften finanzierten Branchenmagazins *Edito*, kürzlich schwere Vorwürfe gegen Pelda: Er habe einen Spitzel als Agent provocateur auf die Salafisten in Winterthur angesetzt, um über die von ihm selber angezettelten Delikte zu berichten. Alex Baur ist den Anschuldigungen nachgegangen. **Seite 42**

Amerika hat gewählt. Und in Florida werden die Stimmen neu ausgezählt. Wie im Nachzählkrimi 2000 liegen sich die Parteien in den Haaren. Die *Weltwoche* hat zwei prominente

amerikanische Autoren gebeten, die Lage zu analysieren. «Die Zukunft gehört den Demokraten», schreibt Dana Milbank, Kolumnist der *Washington Post*. «Wenn sie klug sind, werden sie Trump nicht offen bekämpfen.» Victor Davis Hanson sieht die Lage düster: «Steuert Amerika auf einen Bürgerkrieg zu?», fragt der Kriegshistoriker und Stanford-Professor. Auslandchef Urs Gehrigger hingegen findet Grund zur Hoffnung. «Die Amerikaner strömten in Rekordzahl an die Urnen. Sie wählten so viele Frauen wie noch nie. Die Midterms waren Zeugnis lebhafter Demokratie.» Dies dank Trump, der polarisiert und mobilisiert. Und der deutlich besser abschnitt als seine demokratischen Vorgänger Clinton und Obama. **Seite 50–55**

Wäre Hans Eichel der Familientradition gefolgt, er wäre Architekt geworden. Fünf Generationen vor ihm arbeiteten in dem Beruf, er selbst entschied sich für eine Laufbahn in der Politik. Seit über einem halben Jahrhundert ist er Sozialdemokrat, um das Jahr 2000 war er Bundesfinanzminister, zu einer Zeit, als die SPD noch nicht von Niederlage zu Niederlage taumelte. Weshalb die Partei in dieser existenziellen Krise steckt, erklärte Eichel der *Weltwoche* in Kassel, wo er ein Haus bewohnt, das er nach alter Väter Sitte selbst umgebaut hat. **Seite 56**

In eigener Sache: Die *Weltwoche* veröffentlicht regelmässig Texte von ausländischen Fremdautoren oder führt Interviews auf Englisch. Eine Auswahl englischer Texte wird ab sofort auf unserer Website unter der Rubrik «*Weltwoche International*» veröffentlicht. Viel Spass bei der Lektüre!

Ihre Weltwoche

SCHLAFLOS? ÜBERMÜDET? GEREIZT?

ZEIT FÜR EINE AUSZEIT.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.



Seeklinik Brunnen | Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch
Ein Klinikum der AMEOS Gruppe

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),
Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Erik Ebnetter, Katharina Fontana,
Urs Gehrigger (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Florian Schwab,
Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Peter Holenstein,
Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi,
Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,
Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,
Sacha Verna (*New York*), Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,
Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Sandra Noser,
Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise
oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine
Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier,
das aus 100 % Altpapier hergestellt wird.
Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Perlen des Nordens Havelland–Friesland–Holland



Katalog 2019
jetzt bestellen!

NEU Berlin–Hannover–Bremen–Alkmaar–Amsterdam
mit luxuriöser MS Frédéric Chopin****+

- 1. Tag Schweiz–Berlin–Potsdam** Im ICE nach Berlin. Kurze Stadtrundfahrt (inkl.). Einschiffung, Abfahrt.
- 2. Tag Potsdam–Brandenburg–Calvörde** Rundgang⁽¹⁾ Brandenburg. Fahrt über Elbe-Wasserstrassenkreuz.
- 3. Tag Calvörde–Peine–Hannover** Ab Peine Ausflug⁽¹⁾ nach Hannover mit Wahrzeichen wie dem Rathaus oder den prachtvollen Herrenhäuser Gärten.
- 4. Tag Hannover–Minden–Nienburg** Busausflug⁽¹⁾ ab Minden zum Schloss Bückeburg. Abends Rundgang⁽²⁾ durch die 1000-jährige Fachwerkstadt Nienburg.
- 5. Tag Nienburg–Bremen** Rundgang⁽¹⁾ durch die Hansestadt Bremen mit Marktplatz, Rathaus, Rolandstatue, Schnoor-Viertel und Bremer Stadtmusikanten.
- 6. Tag Bremen–Oldenburg–Kampe–Dörpen** Stadtbesichtigung⁽¹⁾ von Oldenburg mit der ältesten Fussgängerzone Deutschlands. Rückkehr an Bord in Kampe.
- 7. Tag Dörpen–Groningen** Weiterfahrt auf der Ems. Interessanter Besuch⁽¹⁾ der Papenburger Meyer-Werft, wo die grossen Kreuzfahrtschiffe gebaut werden.
- 8. Tag Groningen–Lemmer** Rundgang⁽¹⁾ in Groningen.
- 9. Tag Lemmer–Den Helder** Ausflug⁽¹⁾ zu den historischen Friesenstädten. Fahrt über das IJsselmeer.
- 10. Tag Den Helder–Alkmaar–Amsterdam** Rundgang⁽¹⁾ durch die reizvolle Altstadt in Alkmaar. In Amsterdam romantische Grachtenfahrt⁽¹⁾ am frühen Abend.
- 11. Tag Amsterdam–Schweiz** Ausschiffung und Bahnfahrt mit dem ICE via Frankfurt in die Schweiz.

Amsterdam–Berlin

Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge. 1 Tag länger in Leer (Ostfriesland) mit Ausflug Emssperrwerk⁽²⁾, am 11. Tag Stadtrundfahrt Potsdam⁽²⁾.

MS Frédéric Chopin****+

Das für die norddeutschen Wasserstrassen konzipierte Schiff bietet den 80 Passagieren viel Komfort und Ambiente. Alle Kabinen sind mit Dusche/WC, Föhn, Musikkanal, TV, Safe, Minibar, Bordtelefon und individuell regulierbarer Klimaanlage ausgestattet. Die ca. 12 m² grossen, aussen liegenden 2-Bettkabinen verfügen entweder über ein Doppelbett (1.50 x 2.00 m) mit zwei Matratzen oder über ein Sofabett und ein feststehendes Bett. Eine der beiden Deluxe Kabinen (ca. 13 m²) besitzt ein Doppelbett mit zwei Matratzen, die andere ein Sofabett sowie ein quer stehendes Bett. Die 1-Bettkabinen (ca. 9 m²) verfügen über ein Sofabett. Alle Kabinen auf dem Oberdeck mit franz. Balkon, auf dem Hauptdeck mit nicht zu öffnendem Fenster. Im Restaurant werden internationale Spezialitäten und regionale Speisen zu einer Tischzeit serviert. Bordausstattung: Panorama-Salon mit Bar, Souvenir-Shop sowie Sonnendeck mit Sonnensegel. **Nichtraucherschiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).



Neues Rathaus, Hannover



Amsterdam



2-Bettkabine Oberdeck (ca. 12 m²) mit franz. Balkon



Restaurant



Panorama-Salon

11 Tage ab Fr. 2290.–

(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie inkl. VP, An-/Rückreise per Bahn)

Reisedaten 2019 **Es het solangs het Rabatt**

Berlin–Amsterdam, 11 Tage	Amsterdam–Berlin, 12 Tage
01.06.–11.06. 200	11.06.–22.06. 200
06.07.–16.07. 200	16.07.–27.07. 200
27.07.–06.08. 200	06.08.–17.08. 200
17.08.–27.08. 200	27.08.–07.09. 200

Leistungen: Flusskreuzfahrt mit Vollpension an Bord, Bahnfahrt 2. Klasse ab/bis CH-Wohnort, Basis ½-Tax-Abo, mit Platzreservation, kurze Stadtrundfahrt in Berlin, Thurgau Travel-Reiseleitung, Zugbegleitung bei An-/Rückreise

Preise p. P. in Fr. (vor Rabattabzug)	11 T.	12 T.
2-Bettkabine Hauptdeck hinten	2490	2690
2-Bettkabine Hauptdeck	2790	2990
2-Bettkabine Deluxe Hauptdeck	3290	3490
2-Bettkabine Oberdeck franz. Balkon	3390	3590
1-Bettkabine Hauptdeck	3690	3890
1-Bettkabine Oberdeck franz. Balkon	4290	4490
Zuschlag Alleinbenutzung Hauptdeck ⁽⁵⁾	1440	1590
Zuschlag Alleinbenutzung Oberdeck	1840	1990
Zuschlag 2. Klasse ohne ½-Tax-Abo	40	40
Zuschlag 1. Klasse mit ½-Tax-Abo	195	195
Zuschlag 1. Klasse ohne ½-Tax-Abo	260	260
Zuschlag Flug	auf Anfrage	
Ausflugspaket (10 Ausflüge)	285	285
Annulations-/Assistance-Versicherung	79	79

Weitere Reisen mit MS Frédéric Chopin****+

NEU Berlin–Hamburg–Kiel v.v.

8 Tage ab Fr. 1740.– (Nach Rabattabzug)

NEU Berlin–Rügen–Stralsund v.v.

8 Tage ab Fr. 1740.– (Nach Rabattabzug)

Ab-Preise: günstigste Kategorie, Flusskreuzfahrt inkl. Vollpension an Bord, An-/Rückreise per Bahn. Details im Internet oder Prospekt verlangen.

⁽¹⁾ Im Ausflugspaket enthalten, vorab buchbar | ⁽²⁾ Fak. Ausflug nur an Bord buchbar | ⁽⁵⁾ Deluxe Kabinen nicht zur Alleinbenutzung möglich | Programmänderungen vorbehalten

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Marcel Ammann
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch

Macht und Recht

Frankreich braucht Geld und will Schweizer Banktresore knacken. Als Brechstange dient ein Prozess.
Von Roger Köppel

Das «internationale Recht», so dröhnt es heute von den Podien, schütze den Kleinstaat vor der Willkür der Grossen. Nur dank Staatsverträgen seien die Schweiz, ihre Bürger und Firmen vor Übergriffen durch mächtigere Länder sicher. Schön wär's.

Die Geschichte des Schweizer Bankkundenheimnisses liefert Anschauungsunterricht fürs Gegenteil. Es wurde ausgehöhlt, zerstört, mutwillig von mächtigeren Finanzplatzstaaten ausser Kraft gesetzt mit den Waffen des internationalen Rechts. Präziser: Mit den Waffen eines rückwirkend umgedeuteten internationalen Rechts.

Natürlich gab es auch Verfehlungen einzelner Banken. Doch der Angriff auf den Finanzplatz ging weit darüber hinaus. Es gelang der Konkurrenz, vor allem in den USA, die seinerzeit als legal akzeptierte Schweizer Praxis einer gesicherten finanziellen Privatsphäre als kriminelles Mafia-Gebilde anzuschwärzen. Schweizer Politiker machten sich zu Erfüllungsgehilfen der ausländischen Attacken.

Die Macht setzt das Recht: Die Amerikaner drückten ihre Ansprüche eiskalt und knallhart durch. Wer nicht zahlte, dem drehten sie mit ihren Dollars den Hahn ab. Anstatt Widerstand zu leisten, kapitulierten die Parteien bis hinauf in den Bundesrat, Freisinn, CVP, BDP, die Linke sowieso.

Interessanterweise endete dann allerdings der spektakulärste und grösste Gerichtsfall zu diesem Thema mit einem glatten Freispruch für die Schweiz.

Der von ausländischen Steuerfahndern und inländischen Journalisten gehässig gejagte und vorverurteilte frühere UBS-Spitzenmanager Raoul Weil musste nach jahrelangem Spiessrutenlauf, von den Schweizer Behörden vernachlässigt, von Ex-Kollegen verraten, einsam vor den US-Richter. Und wurde in allen Punkten freigesprochen.

Was das Gericht damals sagte, verhalte in den Wandelgängen des Bundeshauses ungehört: Die Vorwürfe der US-Steuerbehörden seien nichtig. Was die UBS und Weil damals getan hätten, sei nach damaligem Recht legal gewesen. Man dürfe das frühere Recht nicht mit der heutigen Moral aushebeln.

Versucht haben es die Amerikaner trotzdem, erfolglos vor Gericht, aber mit Erfolg in der Schweizer Politik, die das Bankkundengeheimnis panisch und wunschgemäss beerdigte.

Die Macht setzt das Recht.

Kapitel geschlossen, Fall erledigt. Könnte man meinen. Doch es geht von neuem los. In Paris steht die UBS dieser Tage gegen den Staat Frankreich vor Gericht. Die Vorwürfe lesen sich wie eine Karikatur des amerikanischen Weil-Falls. Die Geschichte droht sich als Farce zu wiederholen.

Die Franzosen, langsamer und schlampiger als die Amerikaner, wollen der UBS, um auf Nummer sicher zu gehen, gleich zwei Schwerverbrechen anhängen.

Erstens: «Gewohnheitsmässige Geldwäscherei» von un versteuerten Vermögen. Zweitens: Die UBS habe verbotenerweise mit Schweizer Kundenberatern auf französischem Boden um französische Kunden geworben.

Den Klägern ist es ernst: Die Grossbank soll eine Rekordstrafe von über 5 Milliarden Euro zahlen. Raoul Weil, erneut vor dem Richter, und andere frühere Manager sollen, wenn auch nur bedingt, hinter Gitter. Angesichts der gigantischen Vorwürfe – die UBS als Verbrechersyndikat – wirken die Bussen von maximal 500 000 Euro milde.

Der Prestigeprozess zieht dicke Fäden in die Politik. Frankreich braucht dringend Geld. Der frühere Finanzminister Michel Sapin liess wissen, er wünsche sich eine Verurteilung der UBS. Gewaltentrennung im Lande Montesquieu. Die Staatsanwälte reichen derweil vertrauliche Details an zugeneigte Medien durch.

Die UBS weist die Anschuldigungen scharf zurück. Sie weigert sich sogar, einen Vergleich zu schliessen. Die Anklage habe keine Beweise, ihre Hauptzeugen seien unglaubwürdig, da wegen anderer Vermögensdelikte bereits ver-

urteilt (was objektiv stimmt). Die UBS habe sich im fraglichen Zeitraum von 2004 bis 2012 jederzeit korrekt ans Recht gehalten.

Versuchen die Franzosen wie die Amerikaner, frühere internationale Standards und Verträge rückwirkend umzudeuten? Vieles spricht dafür.

1999 begannen die EU-Mitgliedsstaaten, ein Zinsbesteuerungsabkommen auszuhandeln, um einen vorläufigen, aber anerkannten Kompromiss zu erreichen, europäische und andere Steuerschlupflöcher einzudämmen. Die Schweiz hat diesen europäischen Vertrag 2004 unterzeichnet und in schweizerisches Recht umgesetzt. Es erlaubte die Abführung von Steuern auf Zinserträgen auch anonymer Vermögen. Frankreich bezeichnete den Vertrag damals als eine



Schulden: 2,3 Billionen.

zum Informationsaustausch «gleichwertige Massnahme» der Steuererhebung. Die EU jubelte, die Zinsbesteuerung werde «die Steuerhinterziehung stoppen».

Daran wollen sich die Franzosen nicht mehr erinnern. Was damals Recht war, muss heute Unrecht sein. Die UBS war 2005 bis 2011 in einer perfiden Doppelrolle: einerseits Steuereintreiber von Frankreich, andererseits «Geldwäscher» von französischen Steuergeldern. Die Argumentation streift das Absurde: Die Tatsache, dass die Schweiz damals anonyme Zinssteuern nach Frankreich ausführte, werten die Staatsanwälte als Beleg dafür, dass die Bank ja um die un versteuerten Vermögen gewusst haben musste.

Das stimmt. Alle wussten es. Nur war es damals eben nicht verboten, un versteuerte Gelder anzunehmen. In Frankreich dürfen es die Banken übrigens heute noch.

Was würde es bedeuten, wenn die Franzosen die UBS in diesem windschiefen Prozess verurteilten? Ab sofort wäre jeder Schweizer Bankangestellte, der zwischen 2004 und 2012 Nummernkonti mit postlagerndem Briefverkehr betrieb, ein potenzieller Schwerverbrecher. Beides werten die Franzosen, wohl aus Mangel an richtigen Beweisen, nämlich als Indiz für kriminelle Tätigkeit der organisierten Geldwäscherei und als Verstecken der Zinserträge. Erstellt lediglich durch das Anbieten von heute noch gültigen, legalen und allgemein verbreiteten Bankdienstleistungen.

Hat es die offizielle Schweiz, haben es die Bundesräte schon gemerkt? Frankreich, hochverschuldet, aber kreativ, will Schweizer Banktresore knacken und Schweizer Bankangestellte pauschal als Straftäter abstempeln.

Bertolt Brecht schrieb, besser als eine Bank auszurauben, sei es, eine Bank zu gründen. Die Franzosen versuchen es noch schlauer: Sie kriminalisieren erst die Bank, um sie schliesslich auszurauben. Ganz legal.

Wir behandeln viele Stars – am häufigsten den grauen und den grünen.

Augenchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

25 JAHRE KLINIK PYRAMIDE *Spitze für Sie*

PYRAMIDE KLINIK AM SEE



Machthungrig: «El Chapo». Seite 12



Vielseitig: Patrizia Laeri. Seite 36



«In London kostet Fleisch doppelt so viel wie in New York. Warum?»

Jacob Rees-Mogg: Seite 60

Titelgeschichte

16 Lob der Ärzte

Gute Mediziner brauchen Freiheit

20 Frauen reden, Männer operieren

Mythos Diskriminierung

Kommentare & Analysen

5 Editorial

9 Kommentar

Knallhartes Soft Law

10 Kommentar Midlife- und echte Krise

11 Eilmeldung

Blatter geht in die Offensive

12 Kopf der Woche

Wie «El Chapo» in die USA kam

24 Essay der Woche Migrationspakt:

Gebot grundlegender Menschlichkeit

28 Mörgeli Spinnerinnen und Spinner

28 Bodenmann

Blaupause für Afghanistan

31 Medien Alte Tante und Jüngling

31 Die Deutschen Cola, Steaks, Eis

Inland

18 Aids-Prävention

Bums ohne Dings

32 Ruth Metzlers langer Schatten

Die Schweiz und der Migrationspakt

33 Viola Amherd

Unwahre Angaben zur Honoraraffäre

34 Selbstbestimmungsinitiative

Ominöse Urteile von 2012 und 2015

40 Feile, Axt und Augenbinde

Essay von Valentin Vogt

42 Reporter und andere Spione

Recherchen im Islamisten-Milieu

43 Stadt Zürich prellt Lehrer

Der Fall von Thomas P.

44 Die Juristen sind die Schlimmsten

Essay von Claudio Zanetti

Ausland

50 Donald Trump

Sternstunde der Demokratie

52 Es droht ein Bürgerkrieg

Gespaltene amerikanische Gesellschaft

53 Inside Washington

Michelles Bekenntnisse

54 Demokratisches Wetterleuchten

Erfolg bei den Midterms

56 Hans Eichel

Es war einmal die Sozialdemokratie

59 Brief aus... Lima

63 Weltkriegsgedenken

Westeuropäische Nabelschau

Wirtschaft & Wissenschaft

22 Brief aus dem Silicon Valley

Das Innenleben von Tesla

36 Patrizia Laeri

Sturm auf die Männerbastion

47 Bank Julius Bär

Probleme in Lateinamerika

58 Chinesische Welthandelsorganisation

«Belt and Road Initiative»

60 Jacob Rees-Mogg

Der britische Abgeordnete über den Brexit

62 Brexit-Wunder

Das britische Inlandprodukt wächst weiterhin

74 Mysterien der Weltgeschichte

Das Doppelleben des Chevalier d'Eon

Kultur & Gesellschaft

26 Die Psychologie alleinerziehender

Mütter Mit fünfzig auf Partnersuche

38 Kapitulation vor dem Kind

Die Rechte des Vaters zählen nicht

48 Art Furrer

Wie das Walliser Original sein Hotelimperium retten will

64 Ikone der Woche

Van Goghs «Le Jardin de Daubigny»

66 Arnold Gehlen und Theodor W.

Adorno Lehren von den beiden grossen Philosophen

70 Barclay James Harvest

Mit dem Erfolg kam die Gier

80 Der kulinarische Europa-Park

Gaumenkitzel im Freizeitpark

Rubriken

9 Im Auge

Magnus Carlsen, Schachweltmeister

14 Personenkontrolle

15 Nachruf Stan Lee

72 Die Bibel

Ursprung des Gemeinwesens

72 Serien «Bodyguard»

73 Knorrs Liste

73 Jazz John Scofield

75 Fragen Sie Dr. M.

75 Gewinner der Woche Klingelberg

76 Thiel Business-Class

76 Namen Historische Dimension

76 Fast verliebt Torten-Effekt

77 Unten durch Amor et dolor (3)

78 Wein

Das Gleiche ist nicht dasselbe

78 Salz & Pfeffer An bester Lage

79 Auto BMW 540d xDrive Touring

82 Darf man das?/Leserbriefe



GPHG

GRAND PRIX D'HORLOGERIE DE GENÈVE

2017

Travel Time Watch Prize

Toric Hémisphères Rétrograde
Manufactured entirely in Switzerland
parmigiani.com

PARMIGIANI

FLEURIER



A celebration of time

ASCONA Gioielli-Orologi Herschmann | BASEL Gübelin | BERN Gübelin | INTERLAKEN Kirchhofer
KLOSTERS Maissen | LUGANO Gübelin | LUZERN Gübelin, Les Ambassadeurs | ST. GALLEN Labhart-Chronometrie
ZERMATT Haute Horlogerie Schindler | ZUG Lohri | ZÜRICH Gübelin, Les Ambassadeurs



AURA

360° EVENT SAAL



Gala Dinner



Präsentationen



Weihnachtsfeiern



Firmenanlässe



Jubiläum

AURA: Neue Masstäbe für Visualisierungsmöglichkeiten, Flexibilität und technische Infrastruktur

EVENT LOCATION MIT EINZIGARTIGER 360° PROJEKTION

Der AURA Event Saal, direkt am Paradeplatz in Zürich, setzt neue Masstäbe und ermöglicht seinen Gästen, in eine atemberaubende Event-Welt einzutauchen.

«Jeder Kunde kann seinem Anlass seine eigene Handschrift geben. Bestehende Bilder oder Videos von Kunden wie auch spezifisch für einen Event produziertes Material oder Sujets aus unserer AURA Bibliothek lassen sich in eine einzigartige Präsentation verwandeln», so CEO Philippe Haussener. Die enorme Grösse der 360° Projektion bietet völlig neue Möglichkeiten, Präsentationen zu gestalten oder einem Galadinner ein Thema zu geben. 8 Hochleistungsprojektoren garantieren eine lückenlose Rundumsicht. Animierte Welten, eigens designte Intros oder aussergewöhnliche Präsentationen begeistern die Gäste.

HERVORRAGENDE TECHNISCHE INFRASTRUKTUR

Durch modernste technische Möglichkeiten im Event Saal steht der Umsetzung von Shows mit hochkarätigen Künstlern und Musikern nichts im Wege. Das Technik-Team vom AURA berät individuell und geht auf alle Wünsche ein.

ANLÄSSE BIS ZU 650 PERSONEN

Der 450m² grosse Saal bietet durch das hauseigene Mobiliar zahlreiche Set-up- und Bestuhlungsmöglichkeiten für 80 bis 650 Gäste. Vom kleinen Apéro Riche nach einer Präsentation über ein Galadinner bis hin zum Flying Dinner nach einer Award Show – das AURA bietet die passende Atmosphäre.

HERAUSRAGENDE HAUSEIGENE EVENTKÜCHE

Die Produkte werden sehr sorgfältig und bewusst ausgewählt. Das Menü wird von Küchenchef Joachim Karsten individuell mit dem Kunden zusammengestellt und auf dessen Wünsche abgestimmt. Mit korrespondierenden Weinen wird das Dinner für die Gäste zu einem Highlight.

Kontakt unter:

Tel. +41 44 448 11 47, events@aura-zurich.ch

AURA - 800° Grill & Bar, Event Saal, Club
Bleicherweg 5, 8001 Zürich - www.aura-zurich.ch

Knallhartes Soft Law

Von Christoph Mörgeli — Spätestens seit dem Uno-Migrationspakt macht der Begriff «Soft Law» Karriere. Ist dieses «weiche Recht» so kuschelig, wie es klingt?



Verwischung der Grenzen zwischen verbindlich und unverbindlich.

Ehedem war der soziale Druck allgegenwärtig. Gnade Gott, wer am Sonntag die Wohnung putzte. Unten durch war, wer Fisch oder Kuchen mit dem Messer ass. Oder wer bei einer Hochzeitsfeier in der Kirche einen Smoking trug. Oder in Dunkelblau an einer Beredigung erschien mit der Ausrede: «Wenn nur das Herz schwarz ist.» Gegen solche Regelverstösse gab es Soft Laws. Zum Beispiel das Benimmbuch des Freiherrn von Knigge. Nicht verbindlich einzufordernde Vorschriften, aber stillschweigende gesellschaftliche Übereinkommen. Nützliche, allenfalls auch beengende, jedenfalls durchaus wirkungsvolle Konventionen, Bindungen und Leitplanken für den gegenseitigen Umgang unter Menschen.

Im Gegensatz zu Verfassung, Gesetz und Verordnung hat sich die staatliche Gemeinschaft auf solche Soft Laws weder geeinigt noch sich darauf verpflichtet. Und man hätte früher den heute modischen Begriff zu Recht als Widerspruch in sich selber wahrgenommen: Denn entweder geht es um die harte Kategorie des Rechts (Law) oder um freiwillige, private Übereinkommen ohne rechtliche Sanktionsmöglichkeiten.

Vom Graubereich...

Nicht zufällig treffen wir das Soft Law vor allem im Graubereich des internationalen

Rechts («Völkerrecht»). Es geht um soziale Normen, die irgendwo zwischen moralischen Erwartungen und gesetzlichen Verpflichtungen stehen. Sie seien nicht rechtsverbindlich, aber rechtsrelevant, lehren uns Staatsrechtler. Was jetzt? Eigentlich erwarten wir, dass Rechtsgelehrte scharf zwischen Recht und Unrecht unterscheiden. Wie ein Arzt zwischen Tod und Leben. Oder ein Pfarrer zwischen Engeln und Teufel. Dass die Juristen und die Politiker solche Soft Laws überhaupt anerkennen, ist schwer nachvollziehbar. Denn sie sind speziell bei internationalen Beziehungen unpräzise und irreführend, indem sie die Grenze zwischen verbindlichen und unverbindlichen Normen verwischen.

Bei der Uno waren es seit deren Gründung vor allem die Entwicklungsländer, die formal unverbindliche Resolutionen in Gewohnheitsrecht mit verbindlicher und sogar rechtserzeugender Wirkung giessen wollten. Dies dürfte auch mit dem Uno-Migrationspakt geschehen. Jene Staaten, die sich nicht daran halten, werden zwar nicht mit Krieg überzogen werden. Aber immerhin benannt und angeprangert («name and shame»). Jetzt haben Diplomaten, Völkerrechtler und Bundesräte die Soft Laws entdeckt, um das hiesige Parlament und das Parlamentsgesetz zu umgehen. Da der Uno-Migrationspakt zum Soft Law gehört, hat

Das Genie als App



Magnus Carlsen, Schachweltmeister.

Kaum den Windeln entwachsen, konnte Baby Magnus parallel zwei Puzzles aus je 50 Teilen zusammenfügen. Dem Fünfjährigen begann sein Vater Henrik das Schachspiel beizubringen. Magnus Carlsen wurde bald «Mozart des Schachs» genannt, und das Wunderkind durfte die Schule schwänzen, wenn die Familie mit dem Wohnmobil unterwegs war von Turnier zu Turnier. Sein Trainer war der Grossmeister und ehemalige Fussballprofi Simen Agdestein, 51, von ihm hat er auch die Liebe zum Ball. Mit dreizehn war Magnus selber der erste Grossmeister, mit neunzehn die jüngste Weltnummer eins des uralten Brettfigurenspiels, das einen ritualisierten Königsturz nachstellt. Als Wuschelkopf mit breitem Lachen und energischem Kinn avancierte der Norweger zum «Justin Bieber des Schachs» und Marketing-Model, die moderne Gegenfigur zum irrlichternden Geniewahnsinn eines Bobby Fischer oder dem politischen Überlebenskämpfer Garri Kasparow. «Es kümmert mich nicht besonders, Weltmeister zu sein. Ich möchte aber nicht, dass es jemand anderer ist.»

Das norwegische Fernsehen überträgt direkt jeden Spiel- und Atemzug aus dem viktorianischen Prachtbau «The Colledge» in London, wo er derzeit seinen Titel gegen den zwei Jahre jüngeren Italo-Amerikaner Fabiano Caruana verteidigt und zur Erfrischung das von ihm gesponserte Mineralwasser schlürft. Er leiht einer Rechtsberatungsfirma seinen plakativen Kopf ebenso wie dem Medienkonzern Schibsted. Microsoft leistet ihm seit dreizehn Jahren technologisch-strategischen Support; worin der besteht, ist Geheimsache, nicht jedoch die App, die Carlens Schachbiografie zurück bis in die Kindheit zum Nachspielen anbietet. Seine Stärke ist die ungeheure Konzentrationsfähigkeit in allen Lagen; seine Schwäche, kokettiert er, seine Zerstretheit, auf Reisen vergesse er gerne sein Gepäck. Allerdings schüttelte ihn vor zwei Jahren eine anhaltende Formkrise. Magnus Carlsen («Ich mag keine feste Beziehung») machte die Erfahrung der Unbeherrschbarkeit der Hormone: Er war verliebt. *Peter Hartmann*

das Aussendepartement bei dieser weitreichenden aussenpolitischen Grundsatzfrage weder den Gesamtbundesrat noch das Parlament einbezogen.

... zu schwarzen Listen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) führt schwarze und graue Listen, wenn es um nachlässige Bekämpfung der Steuerhinterziehung geht. Obwohl rechtsunverbindlich, überprüft ein spezielles Gremium («Global Forum»), ob die verschiedenen Staaten die OECD-Standards zuverlässig umsetzen. Dabei kommt es gegenüber der Schweiz immer wieder zu erfolgreichen Drohungen und Einschüchterungen. So hat die Schweiz nachweislich die weltweit schärfsten Geldwäschereigesetze eingeführt. Auch die Financial Action Task Force (FATF) zur internationalen Bekämpfung der Geldwäsche beruft sich auf Soft Laws – und auf so gut wie nichts anderes.

In der Wirtschaft sind Grundsätze der Unternehmensführung (Corporate Governance) über weite Teile Soft Laws. Weit gefährlicher wird's, wenn zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen Soft Law in Hard Law überführen wollen. Etwa mittels Konzernverantwortungsinitiative, mit der Schweizer Unternehmen im Ausland lose Standards von Menschenrechten und Umwelt verbindlich berücksichtigen müssten. Eric Scheidegger, stellvertretender Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), warnt davor, dass die Initiative «internationales Soft Law in knallhartes Schweizer Recht überführen» wird.

Butterweiche Regierung

Soft Laws existieren auch im Lebensmittelbereich – neben der geplanten verbindlichen Lebensmittelverordnung von 2000 Seiten Umfang. Sie sind rechtlich nicht bindend, aber offiziell. Handelt es sich jetzt um gute Ratschläge des wohlmeinenden Vaters Staat, oder sind es Quasigesetzgebungen? Wer legitimiert all die Leitfäden, Empfehlungen und Mitteilungen? Und wer ordnet sie sinnvoll ins Rechtsgefüge ein? Eines erscheint jedenfalls gewiss: Rechtssicherheit fühlt sich anders an.

Aufgrund von Soft Laws und Drohungen amerikanischer Strafverfolger hat die Schweiz das Bankgeheimnis für Ausländer abgeschafft. Hurtig, mut- und kampfflos. Verfassungsgrundsätze wie Selbstbestimmung, Souveränität und Unabhängigkeit spielten keine Rolle. Mittlerweile haben die Richter in den USA geurteilt, dass unser Bankgeheimnis auch nach amerikanischem Recht völlig legal war. Man merke sich also: Soft Laws entfalten speziell in der Schweiz eine messerscharfe Wirkung. Denn nirgendwo sonst stossen sie auf eine so butterweiche Regierung und auf ein solches Softie-Parlament.

Bund

Midlife- und echte Krise

Von Urs Paul Engeler — Jörg Gasser, Staatssekretär für internationale Finanzfragen, tritt ab. Holte ihn die Politik der ehemaligen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ein?



Neuorientierung: Spitzenbeamter Gasser.

Wenn ein Staatssekretär nicht ruhig Richtung Bundespension reist, macht das stutzig, besonders wenn dieser so jung ist wie Jörg Gasser, der im jugendlichen Alter von 49 Jahren steht, das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) erst seit gut zwei Jahren leitet und offenbar keinen bestdotierten oder renommierten Posten in Aussicht hat. Gasser, ein überaus ergebener Diener der früheren regulierungssüchtigen Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, verlasse den Posten nicht etwa im Zorn und wegen Differenzen mit dem Bundesrat Ueli Maurer (SVP), der nicht im Monatsrhythmus neue Bankenvorschriften durchdrücken will. So die übereinstimmenden Erklärungen aus dem Innern des Hauses. Der Staatssekretär wolle sich, bevor er fünfzig werde, nach zehnjährigem Beamtendasein einfach mal ganz neu orientieren, vielleicht auch eine Weiterbildung machen oder so. Das tönt, sagt der Psychologe, arg nach Midlife-Crisis.

Vielleicht trägt zu diesem Entscheid auch eine weit ernsthaftere Krise bei: die Entwicklung des Schweizer Finanzplatzes, der schrumpft und schlumpft und schrumpft, und dies nicht langsam. Kurz vor seiner Ankündigung, seinen hohen Posten zu verlassen, hat Gasser nämlich die aktuelle SIF-Publikation «Finanzstandort Schweiz, Kennzahlen Oktober 2018» aufgelegt. Die Zahlenreihen beweisen endgültig, dass die Strategie, den Finanzplatz nach den Vorgaben

der internationalen Konkurrenz zu regulieren, gescheitert ist.

Die willfährige Übernahme von OECD-Empfehlungen, die Einführung des Automatischen Informationsaustauschs (AIA) und all die andern Beschränkungen haben nicht, wie Widmer-Schlumpf und ihre Claqueure immer wieder behauptet haben, zur «Stärkung der Reputation des Finanzplatzes» beigetragen, sondern dessen Niedergang befördert, der sich nun noch weiter beschleunigt. Um die Entwicklung nicht durch andere Faktoren zu verfälschen, sollen die neusten, von Ende 2017 stammenden Daten nicht etwa mit jenen aus der Zeit vor der Finanzkrise verglichen werden, als der Finanzplatz noch stolze rund 13 Prozent des BIP ausmachte, eine Wertschöpfung von über 47 Milliarden Franken generierte und weltweit gegen 250 000 Menschen (212 000 Vollzeitstellen) beschäftigte.

Der kontinuierliche Abstieg lässt sich im Zeitraum der letzten fünf Jahre, in denen die Wirtschaft insgesamt boomte, eindrücklich genug beschreiben. 2012 erwirtschafteten die Schweizer Banken Werte von 34,6 Milliarden, 2017 waren es dann noch bescheidene 31 Milliarden, fast zwölf Prozent weniger. 2012 trug der Finanzplatz noch 10,1 Prozent zum helvetischen BIP bei, 2017 waren es dann schon rekordtiefe 9 Prozent, ein Minus von 11 Prozent. Noch dramatischer präsentiert sich der Abbau von Arbeitsplätzen, im In- wie im Ausland. Gemäss SIF ist die Zahl der weltweit bei Schweizer Banken Beschäftigten in diesem Zeitraum von 124 551 auf 104 925 (gerechnet in Vollzeitstellen) gesunken, was einem Abbau von gegen 16 Prozent entspricht. Gemäss einer anders geführten Statistik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) nahm der Personalbestand im Inland von 105 156 auf mittlerweile noch 93 556 Vollzeitstellen ab. In-tern Jahresfrist, zwischen 2016 und 2017, sind laut SNB in der Schweiz, umgerechnet auf Vollzeitstellen, still und leise 7821 Bankarbeitsplätze verschwunden. Über alle Kennzahlen betrachtet, hat der Bankenplatz Jahr für Jahr über zwei Prozent seiner Bedeutung verloren.

Trotz bemühter SIF-Reisen in den Nahen Osten, nach Singapur, China, Südamerika und an die G-20-Konferenzen ist keine Trendwende auszumachen. Das Konzept der Ära Widmer-Schlumpf, jeder Drohung aus dem Ausland nachzugeben, verursacht weiterhin enorme volkswirtschaftliche Schäden. Womöglich spürt ihr Gefolgsmann Gasser nun diese nachhaltige Krise.

Blatter geht in die Offensive

Von Philipp Gut — Ex-Fifa-Präsident Sepp Blatter ist erstaunt über die Geheimtreffen zwischen Bundesanwalt Lauber und seinem Nachfolger Infantino. Er verlangt Einsicht in die Protokolle. Brisant: Es gibt gar keine.

Der Druck auf Bundesanwalt Michael Lauber steigt. Durch die Enthüllungsplattform Football Leaks wurde bekannt, dass sich Lauber im Frühjahr 2016 zweimal mit Gianni Infantino, dem Präsidenten des Internationalen Fussballverbands (Fifa), getroffen hatte. Die Bundesanwaltschaft (BA) hatte kurz zuvor ein Verfahren im Zusammenhang mit dem Verkauf von TV-Rechten durch den Europäischen Fussballverband (Uefa) eröffnet. Infantino war der Mann, der die Verträge als Leiter der Uefa-Rechtsabteilung unterschrieben hatte – und damit ein möglicher Verdächtiger.

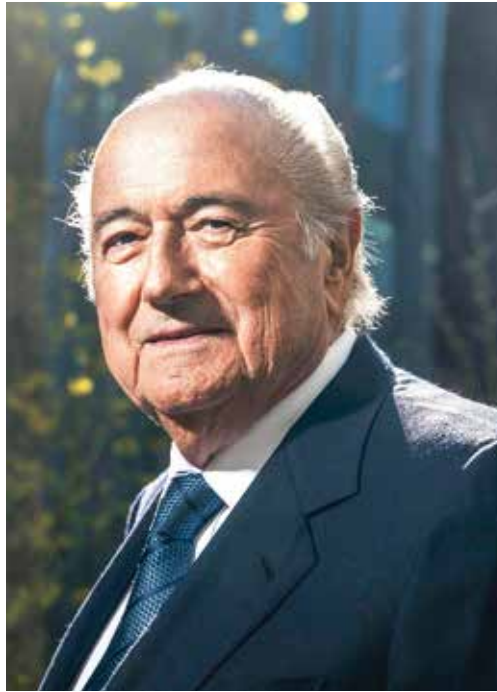
Die NZZ am Sonntag fand für Laubers «heikles» Vorgehen ungewohnt scharfe Worte. Sie zitiert Staatsanwälte, die von einer «Tod-sünde» sprechen und es als «jenseits von Gut und Böse» bezeichnen, dass sich der Bundesanwalt ausserhalb eines Strafverfahrens mit einem möglichen Beschuldigten trifft.

An den heimlichen Zusammenkünften zwischen den Spitzen von Bundesanwaltschaft und Fifa beteiligten sich neben Lauber und Infantino auch Olivier Thormann, Abteilungsleiter Wirtschaftskriminalität bei der Bundesanwaltschaft, Marco Villiger, der damalige Fifa-Chefjurist, und der Oberwalliser Staatsanwalt Rinaldo Arnold, der das Ganze arrangiert hatte.

Dokumentationspflicht missachtet?

Die Geheimgespräche rufen jetzt den ehemaligen Fifa-Präsidenten Sepp Blatter auf den Plan. «Ich möchte Einsicht nehmen in die Protokolle der Sitzungen von Bundesanwalt Lauber mit Infantino und Villiger. Im Sinne der Transparenz will ich wissen, ob auch über meinen Fall gesprochen wurde», so Blatter gegenüber der *Weltwoche*. Falls die Treffen aber gar nicht protokolliert worden seien, «wäre dies sehr merkwürdig». Blatter ist von den Vorgängen betroffen, weil die Bundesanwaltschaft seit Dezember 2015 eine Untersuchung wegen möglicher ungetreuer Geschäftsführung gegen ihn führt.

Die von Blatter aufgeworfene Frage ist brisant. Laut Strafprozessordnung gilt eine Dokumentationspflicht: «Alle [...] Verfahrenshandlungen, die nicht schriftlich durchgeführt werden, werden protokolliert.» Die Bundesanwaltschaft führt mehrere Verfahren im Zusammenhang mit der Fifa, die teilweise auch als Geschädigte auftritt. Lauber hat die Gespräche mit Infantino aber tatsächlich nicht



Kritische Fragen: Ex-Fifa-Chef Blatter.



Keine Aufzeichnungen: Bundesanwalt Lauber.

aufzeichnen lassen, wie die Bundesanwaltschaft gegenüber der *Weltwoche* zugibt. Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission des Parlaments halten dieses Vorgehen für problematisch. «Es ist sehr unüblich, dass solche Treffen ausserhalb der Räumlichkeiten der Bundesanwaltschaft stattfinden und nicht protokolliert werden», sagt Nationalrat Alfred Heer (SVP). Das Thema werde an der nächsten Sitzung der GPK-Subkommission mit der Bundesanwaltschaft traktandiert, ergänzt Ratskollege Thomas Hardegger (SP). Auch die Auf-

sichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft beschäftigt sich mit dem Fall. Sie kläre «die Hintergründe» der Treffen zwischen Lauber und Infantino ab, sagt Niklaus Oberholzer, Aufsichtspräsident und Bundesrichter. Konkrete Fragen könnten «einstweilen nicht beantwortet werden».

Während Lauber weiterhin in Amt und Würden ist, stellte er Chefermittler Thormann just in dem Moment frei, als das Fussball-Leck publik wurde. Zufall? Oder ist Thormann ein Bauernopfer, mit dem Lauber von seinen eigenen Fehlritten ablenken will? Die Bundesanwaltschaft hält sich bedeckt: Ob die Freistellung im Zusammenhang mit den Kontakten zur Fifa steht, will sie nicht sagen.

Seit der Einvernahme nichts mehr gehört

Sicher ist, dass sich das Verfahren gegen Sepp Blatter ungebührlich in die Länge zieht. «Die Bundesanwaltschaft muss den Fall nun rasch vorantreiben und abschliessen», sagt Blatter. «Seit der ersten Einvernahme vor mehr als drei Jahren habe ich nichts mehr von der Bundesanwaltschaft gehört. Das ist eine quälend lange Zeit, zumal der böse Verdacht gegen mich wie Giftschwaden in der Luft schwebt.» Konkret geht es um einen Fernsehvertrag in der Karibik sowie um eine verspätete Lohnzahlung an Michel Platini von zwei Millionen Franken. Blatter stellt sich auf den Standpunkt, alles sei korrekt abgelaufen. Platinis Lohn, der auf einer mündlichen Abmachung zwischen Blatter und dem Franzosen beruhte, sei von der internen Finanzkontrolle geprüft und die Rechnungen seien vom Fifa-Kongress gutgeheissen worden. Die Fifa sei ein privatrechtlicher Verein. Die Mitglieder hätten ihm Decharge erteilt. «Ich habe mir nichts vorzuwerfen und bin mit mir im Reinen», betont Blatter.

An die Adresse der Strafverfolger richtet er kritische Fragen: «Wieso mischt sich die Bundesanwaltschaft in die inneren Angelegenheiten eines Vereins ein, die dieser auf der Grundlage seiner Statuten erledigt hat? Wie kam sie überhaupt zu diesen Informationen?» Michel Platini, der einstige Rivale von Blatter im Kampf um das höchste Amt im Weltfussball, spricht von «böartigen Denunziationen», die wohl nur aus dem Inneren der Fifa stammen könnten. Die jetzt bekanntgewordenen klandestinen Verhandlungen zwischen den Chefs von Fifa und Bundesanwaltschaft schweissen Blatter und Platini wieder zusammen. Falls es tatsächlich ein Päckli gibt zwischen Infantino und Lauber, hilft das zweifellos dem Machterhalt des Fifa-Präsidenten. Michel Platini habe seine Ambitionen auf den Fifa-Thron noch nicht begraben, heisst es in seinem Umfeld. «Wir sitzen im gleichen Boot. Es ist an der Zeit, dass Michel Platini und ich mit vereinten Kräften auftreten», sagt Sepp Blatter. Es klingt wie eine Kampfansage an das Duo Lauber/Infantino.

Wie «El Chapo» in die USA kam

Von Michael Bahnerth — Joaquín Guzmán ist der wohl grösste Drogenschmuggler aller Zeiten. Seit ein paar Tagen steht der Mexikaner unter grössten Sicherheitsauflagen in New York vor Gericht. «El Chapo» ist unter anderem wegen 3000-fachen Mordes angeklagt. Stationen eines Lebens.

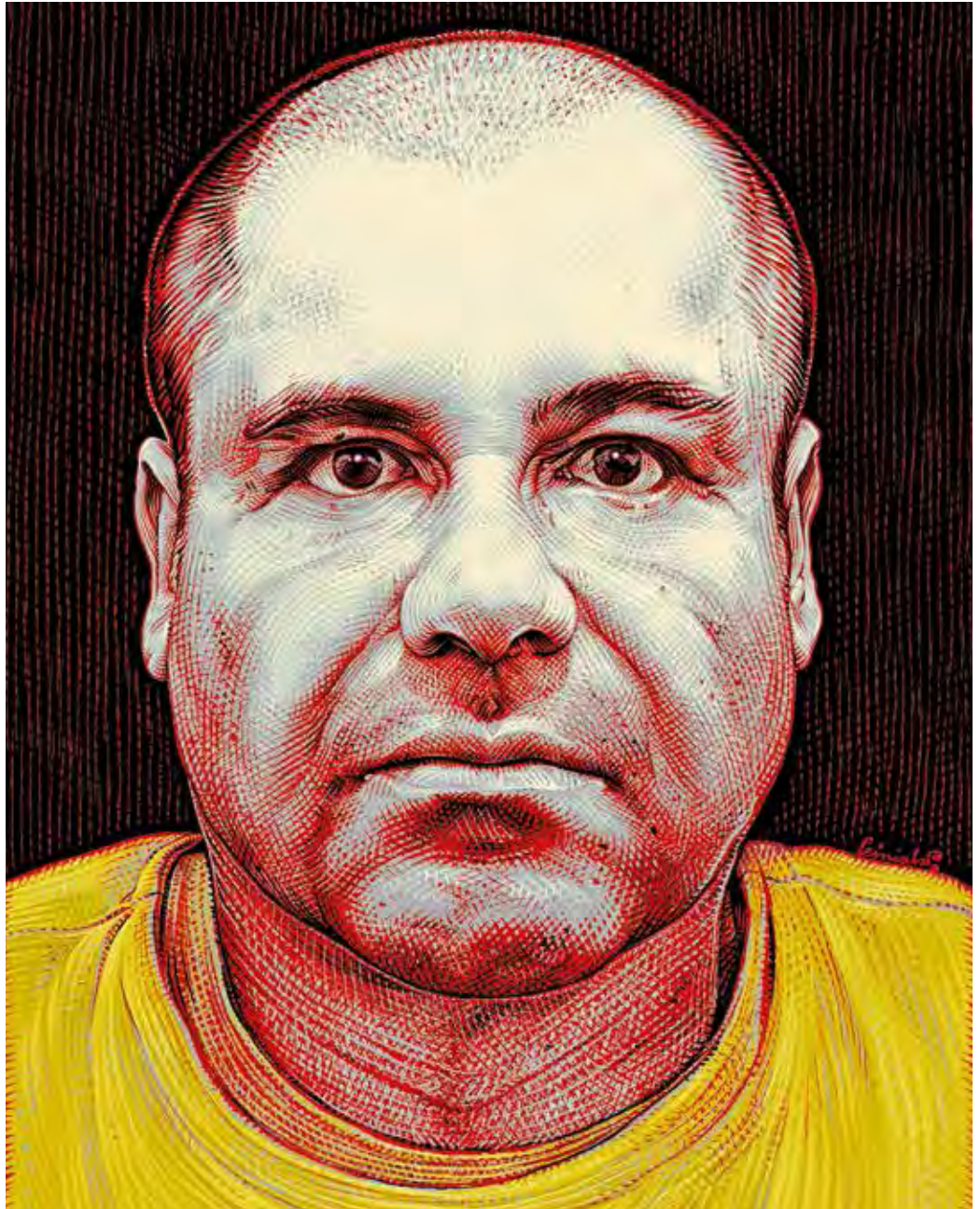
Es ist nicht ganz klar, wie gross der mexikanische *narcotraficante* «El Chapo», «der Kurze», ist. Irgendwas zwischen 1,64 und 1,68 Meter. Pablo Escobar, der vor 25 Jahren erschossen wurde, war gleich klein, aber beide haben es geschafft, die grössten Drogenhändler der Welt zu werden, wobei «El Chapo» vermutlich der grösste aller Zeiten bleiben wird. Als Escobar, mit zerzaustem Bart, ausgeleierten Trainerhosen, wirrem Blick und einer Plastiktüte voller kleiner Dollarnoten, auf seiner allerletzten Flucht war, wurde «El Chapo» gerade das erste Mal verhaftet.

Vierzig Jahre alt war er, und er hatte ein geniales Vertriebsnetz aus Tunnels zwischen Mexiko und den USA aufgezogen. Er versprach den Koks-Kartellen aus Kolumbien, dass ihr Pulver nach Erhalt binnen 48 Stunden in den USA sei, und zwar vollumfänglich, und er hielt sein Versprechen. Über 200 Tonnen Kokain soll «El Chapos» Kartell zwischen 1990 und 2008 in die USA transportiert haben. «El Chapo», der schlecht lesen und noch schlechter schreiben konnte, weil er seine Jugend in den Drogenhandel investiert hatte, war ein Logistikgenie, ein Mann ohne Gewissen, der die Ermordung von 3000 Menschen in Auftrag gegeben haben soll und selbst ein paar Kontrahenten umbrachte, um den Fluss seiner Geschäfte anschwellen zu lassen.

Appetit auf Allmacht

Joaquín Guzmán Loera kam am 25. Dezember 1954 in den Bergen des Bundesstaates Sinaloa in einem kleinen Dorf in ärmlichen Verhältnissen als eines von sechs Kindern eines Viehzüchters und einer Mutter, die sich in den Glauben flüchtete, zur Welt. Als Junge begleitete er seinen Vater, wenn dieser mit dem Verkauf von Marihuana den Hunger seiner Familie stillen wollte. Die Schule brach er ab, bevor er richtig lesen und schreiben konnte. Als Jugendlicher war er der Liebling der Kartellbosse, und zum Kronprinzen stieg er auf, als die USA immer mehr Kokainflugzeuge vom Himmel holten und er das Tunnelsystem erfand: Da war ein Haus auf der mexikanischen Seite der Grenze, da war ein gutbelüfteter, mit einem Abwassersystem versehener Tunnel, und auf der andern Seite der Grenze, einen Kilometer vom Zaun weg, war ein amerikanisches Vorstadthäuschen. Es gab Dutzende dieser Tunnels.

Mitte zwanzig war er bereits Logistikchef des Sinaloa-Kartells und ein reicher Mann, und das Glück war auf seiner Seite. Einer der



Im Prozess der Selbstauflösung: Drogenhändler Guzmán.

Bosse wurde verhaftet, «El Chapo» brachte die andern potenziellen Nachfolger zum Schweigen und wurde selbst Kartellchef. Das Kartell florierte wie im Rausch; die mexikanische Regierung tat so, als ob es kein Problem gäbe, und erhielt grosszügige Zuwendungen, die Mitarbeiter der US-amerikanischen Drogenvollzugsbehörde DEA waren die Letzten, die an Informationen gelangten, und «El Chapo» gab in seiner Heimat den Robin Hood, baute Strassen, Schulen, gab den Armen ein paar Pesos, die ihn natürlich dafür liebten und spä-

ter, als er 2016 zum letzten Mal verhaftet wurde, in die Kameras sagten, dass «El Chapo» viel mehr für sie getan hätte als die Regierung.

«El Chapo» war ein Mann, der einmal verheiratet war und einmal noch ist, der unzählige Geliebte hatte und mindestens elf Kinder, der gerne mit Prostituierten tanzte und dessen Verhängnis sein grosser Hunger werden sollte. Nicht so sehr sein Appetit auf Allmacht, den konnte er stillen. Sein Führungsstil war despotisch. Wer ihm folgte, bekam die Taschen gefüllt, wer ihn enttäuschte, wurde erschossen,

wer ihn verriet, starb ganz, ganz langsam. Wer ihm im Wege stand – das Juárez-Kartell, das Tijuana-Kartell, die die grossen Grenzstädte zu den USA kontrollierten –, wurde üppig bekriegt, das mexikanische Militär wurde üppig bestochen. Hätte «El Chapo» nicht unter einem unstillbaren Hunger nach Tacos und Frauen gelitten, der einmal mit dem Hunger in seinen Kindheitsjahren zu tun hat und dann mit der Sehnsucht eines kleinen, etwas unappetitlich wirkenden Mannes nach grossen Frauen – er wäre wahrscheinlich noch auf freiem Fuss.

Als Escobar am 2. Dezember 1993 in einem ärmlichen Appartement erschossen wurde und «El Chapo» zum ersten Mal zu zwanzig Jahren verurteilt worden war, waren die nächsten acht Jahre vielleicht die besten seines Lebens. Er hatte im Gefängnis mehr Freiheiten als andere in der Freiheit. Er hatte ein Heim, das sicherer war als seine staubige Ranch im Umland von Sinaloa Hauptstadt Culiacán. Es gab Champagner, Tacos, Hummer und Nutten ohne Ende im Hochsicherheitsgefängnis Puente Grande. «Der Kurze» wurde zur Kugel. Er soll aufgehört haben, Kokain zu nehmen, und angefangen, etwa gleich viele Viagra-Pillen zu essen wie Tacos. Der Direktor war sein Freund, die Wärter waren seine Bedienteten, und seine Macht ging so weit, dass er es schaffte, eine Handvoll Prostituierte im Männergefängnis unterzubringen. Seine Leutnants gingen ein und aus, holten Order beim Patron, und «El Chapos» Sinaloa-Kartell überschwemmte die westliche Welt mit Marihuana, Kokain und Heroin.

Narzisstisches Rendez-vous

Nach acht Jahren floh er. Wurde in einem Wäschewagen einfach aus dem Gefängnis in einen Wäschetransporter geschoben, und weg war er. Das ist die eine Legende. Die andere ist, dass er dem damaligen und klammen mexikanischen Präsidenten Vicente Fox 20 Millionen Dollar für seine Freiheit bezahlt haben soll. Ein Gerücht, das durch die Aussagen von Zeugen Nahrung erhielt, Guzmán sei einfach am 19. Januar 2001 aus dem Gefängnis spaziert. Es ist wohl so, dass er nicht freiwillig das Gefängnis verlassen hatte. «El Chapo» hatte Wind davon bekommen, dass Mexiko alsbald Gross-Grossisten im Drogenbusiness wieder in die USA ausliefern würde.

Dreizehn Jahre lang war «der Kurze» so unauffindbar; keine Fotos, keine Verfolgungsjagden, nichts, obwohl die DEA die Suche nach ihm zuletzt mit jener Intensität führte, mit der ein Schwerstheroinabhängiger auf Entzug Stoff sucht. Es war wie im Western. Der Sheriff hiess Jack Ryan, ein Cop aus Chicago, der besessen war, und der Bösewicht, der damals schon über eine Fluchtkasse von ein paar Milliarden Dollar verfügte, spielte Katz und Maus. 2013 erklärten ihn die USA zum Staatsfeind

Nummer eins. Damals starben Heroinabhängige in den USA so zahlreich wie Eintagsfliegen, weil das Sinaloa-Kartell begonnen hatte, Heroin mit Fentanyl, einem Anästhetikum, zu versetzen.

2014 wurde er festgenommen in einem mexikanischen Küstenort. Er, der Vorsichtige, hatte unvorsichtigerweise mit seiner Frau telefoniert, kurz darauf, in den frühen Morgenstunden, wurde er im Bett, in dem noch eine Prostituierte lag, festgenommen. Während er in ein weiteres Hochsicherheitsgefängnis gebracht wurde, demonstrierten Tausende

«El Chapo» hielt sich für so unsterblich und einzigartig, dass er grössenwahnsinnig wurde.

von Menschen in Sinaloa für seine Freilassung. Das Herrenleben hinter Gittern war vorbei. «Chapo» bekam eine konventionelle Zelle und nur ein paar Privilegien, da mal einen Taco, hier mal eine kleine Nummer mit einer Prostituierten in der Wächterstube. Ein Jahr später floh er standesgemäss. Deutsche Ingenieure hatten einen für ihn massgeschneiderten Tunnel gebaut, 1,5 Kilometer lang. Durch ein Loch im Boden seiner Toilette gelangte er in den Tunnel. Dort stand ein Motorrad bereit, am andern Ende des Tunnels ein Lieferwagen.

«El Chapo» hielt sich jetzt für so unsterblich und einzigartig, dass er wirklich grössenwahnsinnig wurde. Er lud den Schauspieler Sean Penn und seine Lieblingsschauspielerin Kate del Castillo zu sich ein, weil er fand, man müsse seinem Leben und Werk filmisch huldigen. Aber das narzisstische Rendez-vous von «El Chapo» brachte die DEA erneut näher an ihn heran. Am 8. Januar 2016 in der Küstenstadt Los Mochis verschluckte sich «El Chapo» endgültig an seinem Hunger. Die DEA und mexikanische Spezialkräfte hatten sich nur auf gut Glück in Los Mochis installiert, als «El Chapo» seine Leibwächter mit drei riesigen Limousinen mit Panzerglas Tacos und Chicas holen liess, was zufällig den Ermittlern auffiel. «El Chapo» konnte erneut flüchten. Er kam schlammbedeckt irgendwo hoch, brach ein Auto auf, verlor aber die anschliessende Verfolgungsjagd.

Knapp vierzig Jahre nach seinen Drogen ist «El Chapo» in die USA gekommen. Er trug Turnschuhe, eine Trainerhose, ein flattriges T-Shirt, Verwirrung im Gesicht und Handschellen. Es war im Januar 2017, einen Tag bevor Donald Trump vereidigt wurde. Wahrscheinlich wollte Mexiko den künftigen *border wall*-Präsidenten besänftigen. «El Chapo» sitzt nun im Metropolitan Correctional Center in Manhattan, und dieser Tage hat der Prozess begonnen, in dem man ihm 3000 Morde zur Last legen wird, Geldwäsche, Entführung, Drogenschmuggel; das Branchenübliche eben.

Es ist die teuerste Verhandlung der US-Geschichte, weil es jedes Mal ein grosser Bahnhof mit Manhattan-Bridge-Komplettspernung und dem Aufbieten von fast allen Cops im waffenfähigen Dienst ist, wenn «der Kurze» ins Gerichtsgebäude gefahren wird.

Immer nur Filme über Nilpferde

Die zwölf Geschworenen sind bestimmt, aus Sicherheitsgründen bleiben sie anonym. «El Chapo» hat den besten und teuersten Anwalt, Jeffrey Lichtman, der schon den Mafiaboss John Gotti vor Strafe bewahrte. Seine Spezialität ist das Killen der Glaubwürdigkeit der Zeugen der Anklage, das Verwirren der Geschworenen und die Heiligsprechung seines Mandanten. «El Chapos» Frau ist da, Emma Coronel, die Mutter seiner siebenjährigen Zwillinge, in engen Jeans, mit Prada-Tasche und Jimmy-Choo-Schuhen. Aus Sicherheitsgründen dürfen sie sich im Gerichtssaal nicht umarmen.

«El Chapo» selbst befindet sich nebst dem offiziellen offenbar gerade in einem Prozess der Selbstauflösung. Er sei, so sein Anwalt, verwirrt und äusserst depressiv. Das läge an der inzwischen langen Isolationshaft und daran, dass in seiner Zelle nie das Licht gelöscht würde und die Wärter auf seinem Fernseher immer nur Filme über Nilpferde laufen lassen würden. Zum Tode verurteilt kann «El Chapo» nicht werden, das war die Konzession, die die USA für die Auslieferung leisten mussten. Aber die Strafe für den grössten Drogenhändler aller Zeiten wird so sein, dass er ein Leben lang nur noch von Tacos und Chicas träumen kann, wenn nebst den Nilpferden und den Stimmen, die er neuerdings hört, überhaupt noch für etwas Platz ist in seinem Kopf. Die Geschäfte seines Kartells laufen in ganz grossem Stil weiter.

LA CASA DEL HABANO

La excelencia del fumar.

Samuel Menzi

Bleicherweg 18, CH-8002 Zürich
Tel. 044 202 12 11
www.la-casa-del-habano.ch

Öffnungszeiten:
Di-Fr 10.00-18.30 / Sa 10.00-16.00 Uhr

Personenkontrolle

Leuthard, Müri, Nordmann, Gössi, Barazzone, Maudet, Rühl, Dörig, Martullo-Blocher, Eugster, Fässler, Wappler, Stokholm, Wendle

Doris Leuthard, Vorruheständlerin, befindet sich auf Abschiedstournee. Kürzlich fand ihre letzte gemeinsame Sitzung mit der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie statt, die naturgemäss Geschäfte der Uvek-Vorsteherin behandelt. Die Mitglieder wurden im Vorfeld mehrfach aufgefordert, sich für das Mittagessen im bundeseigenen Restaurant anzumelden, Frau Bundesrätin lade ein. Der für seine direktundiplomatische Art bekannte Nationalrat Felix Müri (SVP) fand dann heraus, dass Kommissionspräsident Roger Nordmann (SP) diskret ein Drittel des Essens und den Wein selber übernahm (es gab Spaghetti, wahlweise mit Sauce bolognese oder Pesto). Als die Sitzung am Nachmittag wiederaufgenommen wurde, meldete sich Müri und bedankte sich bei der Magistratin für die Einladung – und anschliessend auch bei Roger Nordmann. Während Doris Leuthards Lächeln gefror, schmunzelte der Rest der Anwesenden. Offenbar betreibt die bald Alt-Bundesrätin bereits persönliche Vorsorge: Sie wird künftig mit einem Ruhegehalt von nur noch jährlich 220 000 Franken auskommen müssen. (kep)

Petra Gössi, Kämpferin wider die Selbstbestimmung, wird von der Vergangenheit ihrer Partei eingeholt. Die letzte *Weltwoche* hatte gezeigt, dass die FDP-Fraktion noch 2013 einen Vorstoss zum Verhältnis Völkerrecht/Landesrecht eingereicht hatte, der weiter ging als die Selbstbestimmungsinitiative, die jetzt von FDP-Chefin Gössi und Co. so vehement bekämpft wird (Postulat 13.3805). Nach der FDP-Idee sollte die Bundesverfassung die höchste Rechtsquelle sein, vorrangig gegenüber Verträgen wie den Bilateralen, die lediglich dem fakultativen Referendum unterstanden hatten. Darüber hinaus schlugen die Freisinnigen vor, auch neueren Bundesgesetzen stets oder ausnahmsweise den Vorrang vor solchen Abkommen zu geben; einzig bei der Menschenrechtskonvention wollte man eventuell mehr Zurückhaltung üben. Das seien Fake News, twittert jetzt die FDP, der ihr früheres Anliegen gar nicht mehr genehm zu sein scheint. Man habe damals ja lediglich verlangt, dass diese Lösung zu prüfen sei. (fon)

Guillaume Barazzone, kreativer Spesenpolitiker in Erklärungsnot, machte letztes Jahr Auslagen von 42 224 Franken geltend – zusätz-



Windig: CVP-Nationalrat Fässler.



Selbstvorsorge: Bundesrätin Leuthard.



Mehr Fakten: designierte SRF-Chefin Wappler.

lich zu den 13 200 Franken Pauschalspesen, die er als Genfer Stadtrat ohnehin erhält. Allein seine Telefonrechnung betrug 17 315 Franken, dazu kamen Rückforderungen für über hundert Taxifahrten und Champagner-Sausen morgens um sechs Uhr. Mindestens so abenteuerlich waren die Ausflüchte des CVP-Politikers, der als Nationalrat und Mitglied der Genfer Exekutive rund 350 000 Franken kassiert: Seine persönliche und die städtische Kreditkarte würden sich zum Verwechseln ähnlich sehen. Damit wären eigentlich alle Zutaten gegeben für eine saftige Boulevardkampagne. Doch die Ringier-Presse schweigt. Keine Nachrecherche. Keine fetten Schlagzeilen. Kein Aufstand im Namen der einfachen Bürger. Ein einziges summarisches Artikelchen über das «süsse Leben der welschen Politstars» erschien im *Blick*. Auch Pierre Maudet, der neben seiner bezahlten Luxusreise nach Abu Dhabi offenbar noch über zwei verdeckte Vereine rund 10 000 Franken von einem Hotelier erhalten hat, darf weiterhin als *Blick*-Kolumnist amten und auf Schonung zählen. Fazit: Politisch genehme Politiker mit Doppelmoral



Der Zeit voraus: FDP-Präsidentin Gössi.



Spass auf Spesen: CVP-Stadtrat Barazzone.

dürfen auf die Doppelmoral der Ringier-Chef- etage zählen. (kep)

Monika Rühl, strenge Verbandsdirektorin, schätzt es gar nicht, wenn in der Einheitsfront der Wirtschaft Risse sichtbar werden. Bei der Selbstbestimmungsinitiative vertreten Präsidiumsmitglieder wie Adecco-Präsident Rolf Dörig und Chemie-Vertreterin Magdalena Martullo-Blocher öffentlich eine andere Haltung als der Verband. In Rühls Geschäftsstelle überlegt man sich darum, wie man die Regeln so anpassen kann, dass in Zukunft alle an die vorgegebene *unité de doctrine* gebunden sind. Doch nicht nur auf der obersten Ebene soll alles gleich gemacht werden. So befasste sich Rühl letzte Woche mit dem Fall von Patrick Eugster, als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der volkswirtschaftlichen Grundlagenabteilung ein diskreter Schaffer im Hintergrund. Sein Fehler: Eugster amtet privat als Vizepräsident der Jungfreisinnigen Kanton Zürich, die sich bekanntlich in zwei wichtigen Dossiers gegen Economiesuisse stellen, bei der Selbstbestimmungsinitiative und beim Refe-

rendum gegen die Staf-Vorlage. Geht nicht, fand Rühls Vorstand und sprach ein ernstes Wort mit dem noch nicht einmal 30-jährigen Mitarbeiter. (fsc)

Daniel Fässler, Energiewender, Landammann (AI) und Nationalrat (CVP), hat kürzlich bekanntgegeben, dass die Regierung von Appenzell-Innerrhoden den geplanten Windpark Honegg aus dem kantonalen Richtplan gestrichen hat. Damit ist ein weiteres Mega-Windprojekt vom Tisch. Natur-, Landschafts- und Vogelschützer jubilierten. Noch vor zwei Jahren hatte sich Fässler im Nationalrat als Mitglied der EnkomiSSION (Urek) für den Atomausstieg seiner Parteikollegin **Doris Leuthard** ins Zeug gelegt. «Wir haben die Nutzung erneuerbarer Energien zum nationalen Interesse erklärt», rief Fässler damals in den Ratssaal, für die Gegner der Vorlage habe er «kein Verständnis». Wenn die Windmühlen aber vor der eigenen Haustür die Landschaft verschandeln und die Vögel scharweise vom Himmel holen, ist das natürlich etwas anderes. Dafür muss man Verständnis haben. (axb)

Nathalie Wappler, Zeremonienmeisterin, will weniger Meinungen, dafür mehr Fakten beim SRF. «Wir müssen ein Programm machen, das informiert, aber nicht polarisiert», sagte die designierte SRF-Direktorin in der *NZZ am Sonntag*. Wappler weiss von ihrer bisherigen Tätigkeit in Ostdeutschland, wovon sie spricht: Die Journalisten der öffentlich-rechtlichen Sender beziehen oft Stellung, heben den moralischen Zeigefinger und geben bei politischen Beiträgen deutlich zum Ausdruck, wo ihre persönlichen Sympathien liegen. Mit dem Ergebnis, dass das Vertrauen in die öffentlichen Medien sinkt und die Polarisierung zunimmt. Eine Entwicklung, die sich niemand wünschen kann. Trotzdem sorgten Wapplers Aussagen für einen kleinen Aufschrei auf Twitter. Der Protest kam notabene ausnahmslos von linken Journalisten, die noch nie für ihre Offenheit gegenüber Andersdenkenden aufgefallen waren. Für sie gilt wie für viele Menschen: Meinung ja, aber bitte nur, wenn sie der eigenen entspricht. (rb)

Anders Stokholm, Posterboy, engagiert sich für die Nein-Kampagne zur Selbstbestimmungsinitiative. Eine Ablehnung sei «im Interesse der ganzen Schweiz», steht unter dem Bild des Pfarrers, der auch Stadtpräsident von Frauenfeld ist. Neben dem FDP-Mann posiert **Vanessa Wendle**, Office Managerin aus dem Kanton Schaffhausen, auf den Plakaten. Nicht erwähnt wird der Hintergrund der beiden Volksaufklärer im angeblichen Landesinteresse: Stokholm stammt aus Dänemark, die Muttersprache von Wendle ist Englisch. (gut)

Nachruf



Neue Territorien: Marvel-Chef Lee.

Stan Lee (1922–2018) — Eigentlich wollte er Schriftsteller werden, wie Zane Grey, Edgar Rice Burroughs, Edgar Wallace oder Geoffrey Homes. Die Billigproduktionen, *pulps*, hatten es Stanley Martin Lieber, Sohn jüdischer Einwanderer aus Rumänien, besonders angetan, ihre Rasanz und Unbekümmertheit. Reüssieren konnte er damit allerdings nicht. Erst als Redaktor florierender Comics hatte er sein wahres Metier gefunden. Sein Verleger Martin Goodman, aufgeschreckt durch den Erfolg von «Justice League of America» («JLA») bei der Konkurrenz, beauftragte ihn, eine Marvel-Version von «JLA» zusammenschustern, und Lieber, der sich Lee nannte, wollte erst Vorkriegshelden auf-

leben lassen, verwarf die Idee und widmete sich ganz neuen Territorien, Wissenschaftlern, Astronauten, Forschern. Vor allem mussten sie sich unbedingt von den Helden der Konkurrenz wie Superman oder Batman unterscheiden. Sie durften weder aus einer anderen Welt stammen noch Milliardäre sein, sondern mussten im Hier und Jetzt, im Mittelstand zu Hause sein. Das ermöglichte auch Ironie, die Lee wichtig war. Auf sein Konto als Autor gehen an die 350 männliche wie weibliche Figuren, eine irrer als die andere. Ausgerechnet mit den «Fantastic Four» wollte er «ganz nah» an die Wirklichkeit, erfand den blinden(!) Helden Daredevil und wagte es, auf Kostümierung zu verzichten. Das ging nicht gut; die Leser beschwerten sich derart massiv, dass die «Vier» schon in der dritten Ausgabe in blauen Outfits herumkarriolten.

Ab 1961 war Lee Chefredaktor bei Marvel, übertraf rasch die Konkurrenz Detective Comics (DC) und war mit vielen Figuren wie Spider Man, Thor, Daredevil, Iron Man, Hulk et cetera so erfolgreich, dass TV-Serien, Hörspiele und sogar Broadway-Stücke daraus wurden. Dass das grosse Kinospektakel folgen musste, war klar, und so kam es zum Marvel Cinematic Universe (MCU), das Lee mitgeschaffen hat. In den letzten Jahren zettelte er allerdings Rechtsquerelen über die Autorenschaft von Figuren und Serien an, die unschön endeten. Lees Meisterleistung aber bestand in der Unbekümmertheit, aus schlichten, kindlichen Traumseligkeiten realitätserweckte Bilder-geschichten zu machen. *Wolfram Knorr*

«Ich möchte nie aufhören, Fragen zu stellen.»

Patrick Frost
Group CEO
zum längeren,
selbstbestimmten
Leben



Nur die Allerbesten kommen auf die Chefposition: Starchirurg René Prêtre.

Gesundheit

Lob der Ärzte

Von Beat Gygi — Politik und Verwaltung möchten die Ärztelöhne drücken. Dabei wird nicht bedacht, was man damit zerstört und wie viel Freiheit gute Ärzte brauchen.

Einer der Gäste kam viel zu spät zur Hochzeitsfeier, ein Arzt, der bis morgens um vier Uhr gearbeitet hatte und dann im Zug so fest eingeschlafen war, dass er die Zielstation verpasste. Niemand am Fest nahm ihm die Verspätung übel, im Gegenteil, er war der Held, die Leute bewunderten ihn für sein Arbeitspensum, seine Energie und sein Können, auch für seine Stellung im Spital und sein Einkommen. Jedenfalls für sein künftiges Einkommen – oder Lebensinkommen, denn mit 35 Jahren ist er erst am Erklimmen der Karriereleiter.

In die Bewunderung mischt sich beim Thema Einkommen allerdings oft auch ein wenig Neid oder der leise Vorwurf, dass die Ärzte ja grossenteils mit Geld der Krankenkassen und der Steuerkasse bezahlt werden, also stark von öffentlichen Mitteln leben. Wie die rechte



Grafik zeigt, zahlen die Sozialversicherungen dieses Jahr rund 36 Milliarden Franken, die Staatskassen 15 Milliarden. Rasch werden in Diskussionen die Ärzteeinkommen zum politischen Reizthema, nach dem Motto: Die Ärzte leisten zwar Grossartiges, aber das kostet auch enorm viel, vielleicht zu viel, da wollen wir mitreden.

Vorige Woche hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) neue Zahlen über Ärzteeinkommen in der Schweiz veröffentlicht und damit die Lohndebatte angeheizt. Eine Studie des Beratungsbüros Bass zeichnet die Entwicklung der Ärztesoldungen von 2009 bis 2014 nach. Die jüngsten Zahlen sind also drei Jahre alt, und zudem konnte ein Teil der Daten nicht klar einzelnen Gruppen zugeordnet werden, so dass das Bild unscharfe Stellen aufweist. Des Weiteren wurden die Löhne auf Vollzeitstellen

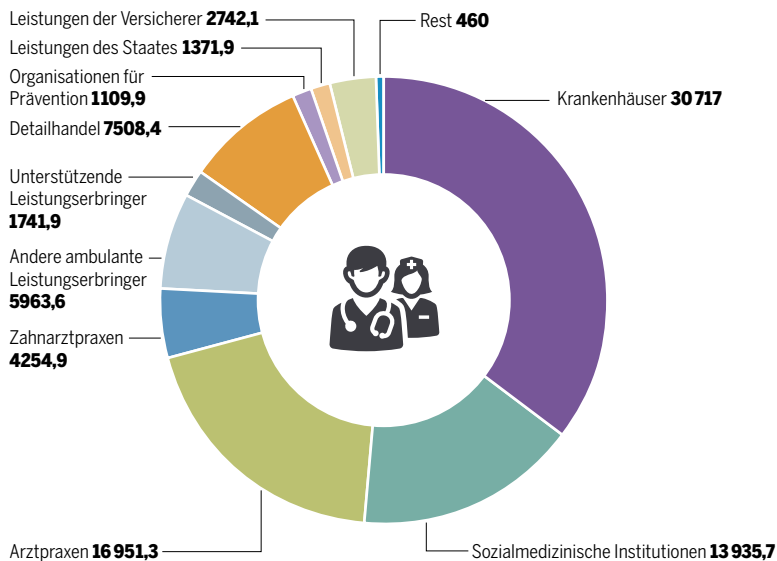
hochgerechnet, und die Assistenzärzte, die etwa einen Viertel der Ärzteschaft ausmachen, wurden nicht erfasst, was vom Ärzteverband FMH stark kritisiert wurde.

Eingriffslust liegt in der Luft

Die Studie zeigt grob gesagt, dass die selbständigen Ärzte 2014 im Durchschnitt auf ein kalkuliertes Jahreseinkommen von 320 000 Franken kamen, die Hälfte verdiente unter 256 000 Franken. Die angestellten Ärzte erzielten durchschnittlich 227 000 Franken, die Hälfte weniger als 197 000 Franken. Die Spannweite nach Fachgebieten reichte von den geringbezahlten Psychiatern mit 214 000 Franken bis zu den Chirurgen mit gut 500 000 Franken – im Durchschnitt. Die Fachrichtungen mit den höchsten Entschädigungen bei den Selbständigen sind laut der Publikation Gastroenterologie, medizinische Onkologie, Anästhesio-

Wer leistet wie viel?

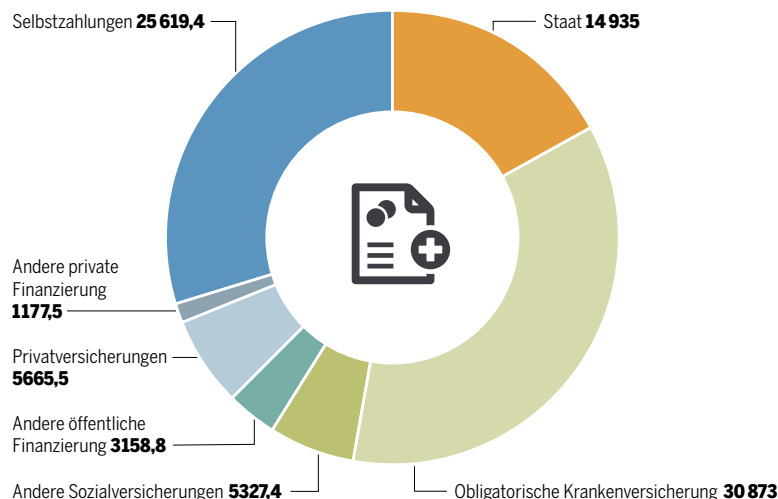
Gesundheitsausgaben in der Schweiz in Millionen Franken, gegliedert nach Leistungserbringern, 2018



QUELLE: KONJUNKTURFORSCHUNGSSTELLE (KOF) DER ETH ZÜRICH

Wer soll das bezahlen?

Gesundheitsausgaben in der Schweiz in Millionen Franken, gegliedert nach Finanzierungsquelle, 2018



QUELLE: KONJUNKTURFORSCHUNGSSTELLE (KOF) DER ETH ZÜRICH

Jährlich ein paar Milliarden mehr.

logie, Radiologie, Urologie, Ophthalmologie, Handchirurgie, Intensivmedizin, Chirurgie. Bei den angestellten Ärzten ist das Bild ähnlich.

Vor allem aber zeigt die Studie, dass die Ärztelöhne zwischen 2009 und 2014 auf vergleichbarer Basis nur um wenige Prozent gestiegen sind. Es ist also an der Lohnfront wenig passiert. Vor diesem Hintergrund ist der Wirbel um die Zahlen erstaunlich. Offenbar liegt eine Art Eingriffslust in der Luft, nicht nur in der Bundesverwaltung, sondern vor allem auch bei Kantonsbehörden. Die Regierungen der beiden Basel wollen nun Auflagen zur Arztlöhnung für alle Spitäler prüfen, die einen öffentlichen Leistungsauftrag haben. Die Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren empfiehlt kantonale Vorgaben zu Ärztelöhnen als Massnahme gegen «Überentschädigung und somit Übertreibung des Gesundheitswesens». St. Gallen gilt aus dieser Sicht als positives Beispiel, weil das Kantonsspital für Ärzte die Obergrenze von 700 000 Franken kennt. Bern verzichtet offiziell auf Obergrenzen-Überlegungen.

Nach der Einschätzung von Barbara Biedermann, Titularprofessorin an der Universität Basel, Inhaberin einer Hausarztpraxis in Bäretswil und früher leitende Ärztin, würde eine Lohnobergrenze der Medizin langfristig schaden. Finanzielle Anreize stehen ihrer Ansicht nach für Ärztinnen und Ärzte zwar meist nicht im Vordergrund, wenn es um die Wahl des Spezialfachs oder des Arbeitsplatzes geht. Viel wichtiger sei die Faszination der Tätigkeit, denn ohne diese könne man die hohe Beanspruchung des Berufs nicht ein Leben lang durchhalten. Trotzdem sei für ein Spital der Lohn ein wichtiger Faktor, wenn es ums Rekrutieren fähiger Ärzte gehe. «Gute Leute

haben ihren Preis», meint sie, und diese seien für die Weiterentwicklung der Medizin von grosser Bedeutung. Spitzenleistungen strahlten auf das ganze Spital und darüber hinaus auf die Medizin im Land aus, das sei viel wert.

Pius Zängerle, Direktor des Krankenkassenverbandes Curafutura, hält die Aufregung der Politiker über die BAG-Zahlen für übertrieben, zumal das Entschädigungssystem seit

«Viele Leute haben immer noch das Gefühl, das Gesundheitswesen sei eine staatliche Angelegenheit.»

2014 modifiziert worden sei. Eine Deckelung der Löhne auf 500 000 Franken oder einen anderen Betrag führt seiner Ansicht nach in die falsche Richtung. Gute Leistungen sollten anständig entschädigt werden. Allerdings müsse der heutige Arzttarif überarbeitet werden, und gerade dies treibe Curafutura jetzt voran. Die Spitäler seien grundsätzlich als Unternehmen zu betrachten, die selbständig über die Saläre entscheiden, die Behörden sollten nicht in diese Organisationen eingreifen und Löhne diktieren.

Kostentreiber Verwaltung

Für Adrian Schmitter, CEO des Kantonsspitals Baden, ist die Eingriffslust der Politiker gut erklärbar. «Viele Leute haben immer noch das Gefühl, das Gesundheitswesen sei eine staatliche Angelegenheit», sagt er. Dabei habe 2012 mit der neuen Spitalfinanzierung durch Fallpauschalen die grosse Wende stattgefunden. Spitäler seien in diesem neuen Rahmen nun Unternehmen, die selbständig entscheiden könnten, wie sie ihre Mittel einsetzen wollten.

Sie erhalten mit der Fallpauschale eine klar definierte Entschädigung für ihre Leistungen, aber daneben wurde ihnen unternehmerischer Spielraum zugesichert. Es ist also auch der Krankenhausleitung überlassen, wie sie die Ärzte entlohnt. >>>

NEIN ZUR GEFÄHRDUNG UNSERER ERRUNGENSCHAFTEN. ZU EINER SCHWÄCHUNG DER SCHWEIZ. ZUR SELBSTBESTIMMUNGSINITIATIVE AM 25. NOVEMBER!

FÜR EINE SCHWEIZ, DIE SICH AKTIV BETEILIGT

AGFA Association de Genève des Fondations Académiques

Kampagnen

Bums ohne Dings

Die Aids-Prävention hat ihre Aufgabe verloren.



Mit vier Wörtern war alles gesagt.

Wenn es um Sex geht, schauen die Menschen hin. Entsprechend erfolgreich war die Stopp-Aids-Kampagne in den letzten dreissig Jahren. Polo Hofer sang 1987 «Im Minimum en Gummi drum» – die Nation sang mit. Dann setzte man auf den brillanten Spruch «Ohne Dings kein Bums»: Mit vier Wörtern und fünf Silben war alles gesagt, was zu diesem Thema gesagt werden muss.

Je besser die Behandlungsmethoden für Aids wurden und je mehr die Krankheit ihren Schrecken verlor, desto verzweifelter versuchte die Aids-Hilfe Schweiz, ihr Tun zu rechtfertigen. Zuletzt zeigte sie unter dem Titel «Love life» auf Plakaten explizite Sexszenen. Was sie damit bezwecken wollte, ausser den üblichen, reflexartigen Protest konservativer Politiker zu provozieren, hat niemand begriffen.

Jetzt folgt die nächste Kampagne, und plötzlich soll das Dings nicht mehr wichtig sein beim Bums. «HIV-positive Menschen unter erfolgreicher Therapie stecken niemanden an, auch nicht beim Sex», lautet die etwas umständliche Botschaft. Ziel sei, der «Stigmatisierung und Diskriminierung» von HIV-Infizierten entgegenzutreten.

Auch diese Kampagne hat die üblichen Proteste und Bedenken hervorgerufen. Sie verleite zu Sorglosigkeit, so der häufigste Einwand. Man kann sie aber auch positiv sehen: Wenn die Immunkrankheit nicht mehr gefährlich ist, braucht es auch keine Prävention mehr. Die Aids-Hilfe macht mit den Plakaten unfreiwillig auf ihre eigene Überflüssigkeit aufmerksam. Der Bund kann seinen Beitrag von 2,2 Millionen Franken pro Jahr an die Organisation bedenkenlos streichen. *Rico Bandle*

Dass man trotzdem von aussen dreinreden will, hängt Schmitters Ansicht nach damit zusammen, dass viele Leute den Ärzten und ihren Löhnen die Schuld an der rasanten Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen zuschieben wollen – etwa mit dem Argument, die neue Spitalfinanzierung habe keine Kostendämpfung gebracht, sei wirkungslos. Dabei würden die Ärzte in den Spitälern mit Kostentreibern belastet, die von aussen kämen. Seit langem erfolge der grösste Kostenanstieg bei Verwaltung und Prävention, bei Positionen, die fürs Erfüllen der eigentlichen Aufgaben wenig brächten, jedenfalls nicht für die Patienten.

80 Milliarden Franken pro Jahr

So liefere man laufend Zahlen an Bund, Kantone, Behörden und Krankenkassen in unterschiedlichster Aufbereitung – und einige Angaben würden erst mit zweieinhalbjähriger Verspätung öffentlich gemacht, das sei nutzlos. Er nennt ein weiteres Beispiel: Dieses Jahr habe man die Vorgabe erhalten, dass sämtliche Ärzte radiologisch geschult sein müssten, nicht nur die der Radiologie. Das bedeute, dass nun 450 statt 40 Ärzte eine entsprechende Ausbildung und eine jährliche Weiterbildung absolvieren müssten, dies auf Kosten des Spitals.

Schwerwiegender ist aus Schmitters Sicht aber die grundsätzliche Entwicklung in der Regulierung. Die Staatsvertreter suchten zur-

In einem öffentlichen Spital sei volle Bereitschaft während 24 Stunden an 365 Tagen gefordert.

zeit die Gelegenheit zu nutzen, die Spitäler wieder stärker unter Kontrolle zu bringen. «Aber damit wären wir auf dem Weg zurück zur unselbständigen Staatsanstalt», meint er. Klar, nach Gesetz ist die Gesundheitsversorgung Sache der Kantone, aber dies könnte auch freiheitlicher angegangen werden als heute. In einer komplizierten Mehrfachrolle mit inneren Zielkonflikten bestimmen sie heute die Liste der Spitäler, die sie finanzieren, erteilen Leistungsaufträge, regulieren den Gesundheitssektor, zudem besitzen oder führen sie zum Teil eigene Krankenhäuser.

Die rund 37 000 Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz bewegen grosse Summen, der Gesundheitssektor ist schon seit Jahrzehnten ein Wachstumsgeschäft. 1980 machten die Gesundheitsausgaben jährlich etwa 15 Milliarden Franken aus, im Jahr 2000 bereits gut 40 Milliarden, und heute summieren sie sich auf über 80 Milliarden Franken pro Jahr. Die linke Grafik zeigt, dass die Spitäler von dieser Summe rund 30 Milliarden Franken umsetzen, die Arztpraxen 17 Milliarden Franken. Ärzte arbeiten in Spitälern wie auch in Praxen, sind sie also die eigentlichen Kostentreiber? Schmitter relativiert: Als er 2001 im Aargau in

der Gesundheitsdirektion seine Stelle angetreten habe, habe der Maximallohn noch bei zwei Millionen Franken pro Jahr gelegen.

Dass heute vielerorts eine Deckelung bei 500 000 Franken zur Debatte stehe, zeige, wie radikal sich die öffentlichen Einschätzungen gewandelt hätten. Das Kantonsspital Baden habe diese Entwicklung antizipiert und bereits vor zwei Jahren die Einführung eines neuen Lohnmodells lanciert. Dieses tritt nun per 1. Januar 2019 in Kraft und soll mögliche Fehlanreize eliminieren. Der Fixlohn-Anteil bei den Ärztesalären wird zulasten des variablen Teils erhöht. Bei den variablen Komponenten werden Aspekte wie Patientenzufriedenheit, Qualität der Behandlung oder Projekterfolge massgebend sein. «Je höher ein Arzt in der Hierarchiestufe steht, desto relevanter wird bei seinem variablen Lohnanteil der Gesamterfolg des Unternehmens», sagt Schmitter. Ziel sei es, dass die Ärzte in leitender Funktion die Verantwortung für das gesamte Spital wahrnehmen würden. Dieses Modell entspreche den Marktregeln.

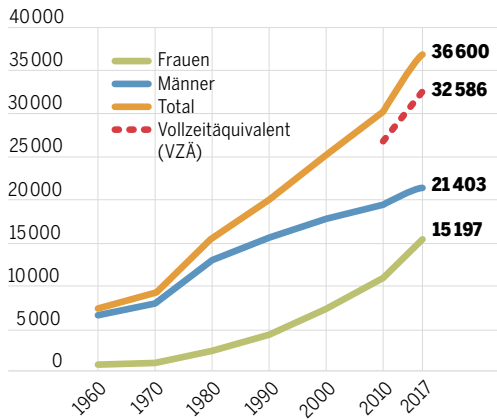
Dann fügt er an: «Die meisten Leute wissen nicht, was es heisst, Chefarzt zu sein.» Viele glaubten, ein Arzt könne sich einfach Chef nennen, wie ein Manager sich CEO nenne. Aber in Wirklichkeit seien die Anforderungen gewaltig, vor allem bei Spitzenleuten, vergleichbar vielleicht mit den besten zwanzig Spielern im Tennis. Nur die Allerbesten kämen auf die Chefarztposition in einem Universitäts- oder einem Zentrumsspital. Schmitter skizziert die Aufstiegsmöglichkeiten wie folgt: Bereits Aus- und Weiterbildung sind lang. Nach dem Passieren der Numerusclausus-Prüfung – die nur ein Viertel der Interessenten schafft – und einem sechsjährigen Medizinstudium beginnt die Karriere mit der Anstellung als Assistenzarzt, die ein Gehalt von unter 100 000 Franken und Arbeitszeiten um die fünfzig Wochenstunden bedeutet.

«Gute Leute haben ihren Preis»

Daran schliesst sich die Weiterbildung zum Facharzt an. Heute gibt es in der Medizin über vierzig Spezialisierungen, die je ihre Fachorganisationen haben, welche für Weiter- und Fortbildung besorgt sind, Prüfungen organisieren und Bescheinigungen vergeben – und damit auch Geld verdienen. Die nächste Stufe, die man etwa im Alter von 30 bis 35 Jahren erreichen kann, ist der Oberarzt. Nach vier Jahren Oberarztterfahrung im Facharztbereich und meistens einem zweiten Facharztabschluss wird im günstigen Fall eine Beförderung zum leitenden Arzt möglich. «Auf dieser Stufe ist die Karriereleiter für die allermeisten zu Ende, viele bleiben Oberarzt», sagt Schmitter. Leitende Ärzte seien nicht nur führungs-mässig verantwortlich, sondern auch medizinisch. Für Fehler hafte der Klinikleiter, der leitende Arzt, und heute gerate man viel ra-

Wachstumsgeschäft

Anzahl Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz



QUELLE: FMH ÄRZTSTATISTIK

Feminisierung der Medizin.

scher in ein rechtliches Verfahren als früher. Ein eingetragenes negatives Urteil bedeute das Karriereende.

Wer ein Departement mit mehreren Kliniken oder ein Spital leiten will, braucht den Chefarzt- und Professorentitel, zumindest in einem Zentrums- oder Unispital. Schmitters Ausführungen sind eine Art Loblied auf den Spitzenarzt: «Der Chefarzt muss also auch akademisch auf höchstem Niveau sein, mindestens sieben Jahre Forschung und Tätigkeit

als Privatdozent vorweisen, jedes Jahr Forschungsergebnisse vorlegen und strenge Vorgaben in der Fortbildung erfüllen.» Übrigens habe jeder Arzt in seinem Spezialisierungsbereich die Auflagen zur Fortbildung zu erfüllen, sonst verliere er den Facharztstitel – im Gegensatz zu Ingenieuren oder Juristen, die ihre Titel nach dem Abschluss auf sicher und auf ewig hätten.

Schmitter weiter: «Der Chef muss fachärztliche Kompetenz ausstrahlen, ein Chirurg muss beweisen, dass er hochspezialisierte Operationen beherrscht und zudem Führungs- und Finanzkompetenz hat. Die Luft ist dünn, nur wenige schaffen es. Die idyllischen Bilder eines Chefarztes, der morgens Golf spielt, kann man vergessen.» In einem öffentlichen Spital zumindest sei volle Präsenz gefordert, mehr als 50 Stunden pro Woche und vor allem Bereitschaft während 24 Stunden an 365 Tagen. Wenn um zwei Uhr nachts nach einem schweren Unfall ein Patient eingeliefert werde, müsse der Chef anwesend sein, auch wenn die Operation vom Oberarzt oder leitenden Arzt ausgeführt werde. Dafür erhalte der Chefarzt je nach Fachbereich eine gute bis sehr gute Entschädigung – Psychiater mit 200 000 bis 350 000 Franken pro Jahr weniger als Spezialisten für Urologie, Hirn und Herz, da reiche die Skala von 600 000 bis 800 000 Franken, oft abhängig von der tatsächlichen Leistung und der Anzahl zusätzver-

sicherter Patienten – ganz nach der oben erwähnten Wendung von Barbara Biedermann: «Gute Leute haben ihren Preis.»

Für den Chirurgen Cédric George, Chef und Hauptaktionär der Privatklinik Pyramide in Zürich, geht die Frage der Freiräume jedoch viel weiter. Seiner Ansicht nach ist man in einer staatlich kontrollierten grösseren Organisation nicht nur von der Entlohnung her eingeeignet, sondern in vielem, was die Effizienz und Qualität der ärztlichen Arbeit betrifft. «Ein Arzt, der wirklich überzeugt ist, dass er das Beste will für seine Patienten, wird unglücklich in einem Konglomerat mit planwirtschaftlichen Vorgaben, in dem alles diktiert wird und keine Freiheit gewährt wird», sagt er.

Nur effiziente Häuser überleben

Für ihn als absoluten Befürworter der freien Medizin für freie Patienten sei es eine unabdingbare Grundlage, frei sein zu können. Das sei ein ethischer Grundsatz, er müsse unabhängig entscheiden können, was für ihn richtig sei. «Sobald ich irgendwo angestellt bin und mir die Leute dreinreden, bin ich nicht mehr frei.» Schmitter seinerseits ist aus seiner Sicht überzeugt davon, dass es in der Spitalbranche eine Bereinigung geben wird, bei der nur die effizienteren Häuser überleben werden, und damit jene die auch den Ärzten bessere Arbeitsbedingungen bieten als die anderen.

SELBER BESTIMMEN!

Direkte Demokratie beibehalten: *Volksrechte bewahren*

Sozialwerke stärken: *Missbräuche bekämpfen*

Weltweit einzigartig bleiben: *Kühe Hörner tragen lassen*



DARUM:
AM 25. NOVEMBER

3 x JA

Komitee «3 x JA zur Schweizer Selbstbestimmung», Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

Frauen reden, Männer operieren

Von Daniela Niederberger — Ärztinnen verdienen weniger als Ärzte. Dies ist auch dann der Fall, wenn sie selbständig sind und den Lohn selber bestimmen. Ist die vielbeklagte Diskriminierung ein Mythos?



Frauen wählen andere Fachgebiete.

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Löhne von rund 90 Prozent der selbständigen und angestellten Ärzte untersucht. Es zeigte sich, dass die männlichen Doktoren Ende Monat 27 Prozent mehr Lohn auf dem Konto haben als ihre Kolleginnen. Bei Spitalärzten ist die Sache erklärbar: Männer sind eher Chefärzte, dort sind die Honorare fürstlich; Frauen eher Oberärztinnen.

Interessant wird es bei den Ärztinnen, die selbständig in eigener Praxis arbeiten. Auch sie haben Ende Monat weniger Lohn – ganze 23 Prozent. Hier gibt es keinen diskriminierenden Arbeitgeber, keine gläserne Decke, die Ärztin ist beim Schreiben von Rechnungen so frei wie ihr Kollege.

Kinder und Kochen

Das BAG hat «keine Erklärung» für diese Tatsache, aber Vermutungen. Frauen arbeiten weniger und häufig Teilzeit, weil sie Kinder haben. Die Autoren der BAG-Studie rechneten die Pensen auf eine Vollzeitstelle hoch. Selb-

ständige deklarieren die Anzahl Halbtage, die sie arbeiten. Zehn Halbtage ergeben hundert Prozent. Aber ein Halbtage kann vier bis sechs Stunden oder mehr dauern. Ist bei der Ärztin der Halbtage vier Stunden lang, kommt sie, die Halbtage hochgerechnet, auf eine Vierzig-Stunden-Woche. Ist ihr Kollege pro Halbtage sechs Stunden in der Praxis, hat er eine Sechzig-Stunden-Woche. Manche Ärztin hetzt vielleicht um halb zwölf aus der Praxis, um den Kindern das Mittagessen zu kochen; dasselbe am Abend. Ihr Kollege ar-



beitet mehr oder weniger durch und geht um 20 Uhr nach Hause. Das ergibt beträchtliche Lohnunterschiede.

Ein weiterer Punkt: Frauen wählen andere Fachgebiete, sie sind eher Allgemeinärztinnen, Psychiaterinnen oder Kinderärztinnen (62,5 Prozent Frauen) – alles Fachgebiete am unteren Ende der Lohnskala. Männer sind eher Neurochirurgen, Herzspezialisten oder orthopädische Chirurgen (90,5 Prozent Männer) – sie arbeiten also in Fachrichtungen, die top entlohnt sind.

Die Studienautoren geben zwar an, die unterschiedlichen Fachgebiete bei ihren Resultaten einberechnet zu haben. Dennoch bleiben geschlechtsspezifische Unterschiede: Der Vizepräsident der Ärztevereinigung FMH sagte in der «Tagesschau», der Kardiologe mache vielleicht eher Interventionen, die Kardiologin bevorzuge eher Beratung.

Frauen praktizieren eine andere Art von Medizin. Sie reden ausführlicher mit den Patienten, was bei den Tarifpunkten nicht so einschonkt. Männer «intervenieren» rascher, sprich: Sie lassen röntgen oder Blut abzapfen, schicken den Patienten in die Röhre oder machen eine Operation.

Allgemein seien Frauen wohl anständiger im Abrechnen, so eine Ärztin. Zu guter Letzt haben Ärzte auch öfter Nebenjobs: Vertrauensarzt bei einer Versicherung, Bezirksarzt, Privatarzt in einer teuren Klinik.

Dass Frauen weniger aufs Geld schießen, zeigt eine Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit in Bonn. Die Forscher erfassten die Daten von rund 12 000 Personen. Im Durchschnitt lag der weibliche Stundenlohn um 23 Prozent tiefer. Doch interessanterweise erachteten die Frauen ihren Lohn häufiger als fair.

Universität St. Gallen kritisiert Bund

Welche Fachrichtung eine Ärztin wählt, wie viel sie arbeitet, ob sie in der Sprechstunde die Taxipunkte im Hinterkopf hat – das alles liegt allein in ihrem Ermessen. Wie es auch ihre Entscheidung ist, ob sie Kinder will oder nicht. Da kann man wohl kaum von Diskriminierung sprechen. Die vielbeklagte «Lohn-diskriminierung» scheint weitgehend ein Mythos zu sein.

In diese Richtung weist auch eine Untersuchung der Universität St. Gallen (HSG). Sie kritisiert das Gleichstellungsbüro des Bundes, welches alle zwei Jahre die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau veröffentlicht. Laut Bund beträgt der «unerklärte Lohnunterschied» 7,4 Prozent. (Die eigentliche Differenz beträgt 18 Prozent; wo jemand in der Hierarchie steht und in welcher Branche er arbeitet, erklärt aber das meiste.) Der unerklärte Teil gilt als Diskriminierung, welche seit 1981 durch das Gleichstellungsgesetz verboten ist.

Laut HSG lässt der Bund nun aber ausgerechnet die wichtigste Ursache für Lohndifferenzen ausser Acht, nämlich die tatsächliche Berufserfahrung. Der Bund begnügt sich für seine Berechnungen mit der «potenziellen Berufserfahrung» (Alter minus die ersten fünfzehn Lebensjahre). Karriereunterbrüche und reduzierte Pensen in der Vergangenheit werden nicht berücksichtigt. Das wäre laut BAG zu aufwendig.

Fazit: Wer einfach «Diskriminierung!» schreit, macht es sich zu einfach. Nicht nur bei den Ärztinnen.

JAGUAR F-PACE BEAUTIFUL FAST CARS.



Der JAGUAR F-PACE kombiniert präzises Handling und elegantes Design mit Alltagstauglichkeit und Effizienz. Moderne Motoren, Aluminium-Leichtbau-Konstruktion und überzeugende Fahrassistenz-Systeme sorgen beim JAGUAR F-PACE für eine sportliche Performance und einzigartigen Fahrspass.

Starten Sie zur Probefahrt. Jetzt bei Ihrem JAGUAR Fachmann.

jaguar.ch

THE ART OF PERFORMANCE



Brief aus dem Silicon Valley

Beobachtungen zum Innenleben von Tesla

Von Simon Zwahlen — Elon Musk wird in Europa häufig skeptisch betrachtet. Diese Wahrnehmung ist von Missverständnissen geprägt. Ausgehend vom Elektroauto, hat der Tesla-Gründer eine Revolution in Gang gebracht, welche auch für die Zukunft der Schweiz massgeblich sein wird.

Niemals gegen Elon Musk wetten! Diese Weisheit gibt Tech-Investor Peter Thiel häufig zum Besten, wenn er auf seinen früheren Geschäftspartner angesprochen wird. Liest man aber die Zeitungen, vor allem in Deutschland, kommt man oft in Versuchung, gegen Elon Musk zu wetten. Der Tesla-Gründer habe «seine Geldgeber getäuscht und den Kapitalismus verraten», meinte die *FAZ*, als Musk Ende August ins Visier der amerikanischen Börsenaufsicht SEC geriet. Der Artikel war mit «Abgesang» betitelt. Die *Süddeutsche* bezeichnete Musk auch schon als «Hochstapler».

In der Schweiz ist der Umgang mit dem Tesla-Gründer etwas freundlicher. Schlagzeilen macht aber auch hier vor allem die Person Elon Musk. Wenn er beispielsweise via Twitter damit liebäugelt, die Firma von der Börse zu nehmen, oder sich während eines Live-Interviews einen Joint anzündet.

Bei allem Verständnis für das mediale Interesse, das solche Aktionen auslösen: Dabei geht leicht die Innovationskraft vergessen, die Tesla an so vielen Stellen auszeichnet. Trotz des immer wieder fragwürdigen Verhaltens von Elon Musk ist die Firma ein Paradebeispiel für Innovation. Nach zahlreichen Kontakten mit dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern beginne ich zu verstehen, was das Einzigartige, Bahnbrechende und Revolutionäre dieser Unternehmens ausmacht. Die wichtigsten Alleinstellungsmerkmale:

1 — Radikal anders und besser. Ein Grossteil der Missverständnisse um Tesla kommt daher, dass viele Leute das Unternehmen mit der traditionellen Autoindustrie vergleichen. Aber im Kontakt mit Leuten aus der Firma wird schnell klar: Tesla ist grösser gedacht als ein Autohersteller. Es geht darum, Dinge von Grund auf

anders und besser zu machen. Für ihre Produktion hatte Tesla etwa am anderen Ende der USA eine Metallpresse gekauft. Musk wollte die Maschine in spätestens sechs Monaten einsetzen. Unmöglich, sagten die Ingenieure des Verkäufers. Um das Maschinenungetüm am ursprünglichen Standort abzubauen, ins Tesla-Werk nach Fremont zu transportieren und dort wieder aufzubauen, benötige man ein ganzes Jahr.

Darauf setzte Elon Musk kurzerhand eine Task-Force mit eigenen Tesla-Ingenieuren ein, die nach zwei Wochen einen Weg herausfanden, um den Transport in der gewünschten

ware» wie etwa der Karosserie, sondern an der Software. Dabei wird die Softwareabteilung geführt wie jene bei Facebook oder Google, mit einem grossen Fokus auf das Tempo. Während traditionelle Autohersteller einen Schwerpunkt setzen bei der Pflege des geistigen Eigentums mit Patenten, will Tesla vor allem schnell sein und an allen Fronten technologisch führend. Die Absicherung «nach hinten» ist in einem solchen Geschäftsmodell nicht so relevant wie der Sturm nach vorne. Fälschlicherweise wird Tesla häufig auf ihre Batterie reduziert, aber das ist nur ein – unbestritten wichtiges – technologisches Alleinstellungsmerkmal. Bahnbrechende Erfindungen gelingen den Tesla-Software-Ingenieuren immer wieder auch beim Verfolgen ihres Ziels, Autos intelligenter zu machen und sie miteinander sowie mit ihrer Umwelt zu vernetzen. Bei *smart cars*, *connected cars* und *smart cities* ist Tesla ähnlich innovativ wie bei der Batterietechnik.

3 — Der Stärkste steht allein. Es war nur eine kleine Nachricht in spezialisierten Fachpublikationen, aber sie zeigt exemplarisch, nach welchem Motto Tesla funktioniert: Anfang August kündigte das Unternehmen von Elon Musk an, die Zusammenarbeit mit dem Grafikprozessoren-Hersteller Nvidia aufzugeben. Seit 2012 hatte Nvidia Grafik-Chips und Software geliefert, die vor allem im Bereich des «Autopiloten» zum Einsatz kommen, also beim selbstfahrenden Auto. Der Grund war gewiss nicht, dass Nvidia eine schlechte Firma wäre. Im Gegenteil: Nvidia ist in diesem Bereich führend. Aber bei Tesla ist man offenbar zur Überzeugung gelangt, während der Zusammenarbeit so viel gelernt zu haben, dass man jetzt eigene – noch bessere – Lösungen entwickeln könne. Das Zauberwort lautet «vertikale Integration».



Die Swisscom verfolgt weltweit das Geschehen in der digitalen Welt. Ihr Netzwerk reicht von Shanghai bis ins Silicon Valley. Einer ihrer führenden Spezialisten ist Simon Zwahlen. Aus erster Hand berichtet er monatlich für die Weltwoche über die neuesten Trends und faszinierendsten Entwicklungen.

Frist zu bewältigen. Ein zweites Beispiel, das die technologische Innovationskultur in dieser Firma veranschaulicht: Bei der Produktion des Model 3 entwickelte sich das Lackieren zum Nadelöhr. Anstatt eine zweite Lackierstrasse aufzubauen, kam Musk auf die Idee, die Autos nicht vertikal, sondern horizontal zu lackieren, um das Tempo zu verdoppeln.

2 — Software als DNA. Die meisten Ingenieure arbeiten denn auch nicht an der «Hard-



Man fängt mit externen Partnern an und stösst irgendwann an Grenzen. Um diese zu sprengen, setzt man dann die während der Partnerschaft gewonnenen Kompetenzen ein. Das perfekt vertikal integrierte Unternehmen muss gar nichts mehr einkaufen. Amazon beispielsweise verfolgt dasselbe Ziel. Federführend in dieser Strategie ist bei Tesla der Schweizer Sascha Zahnd. Vor knapp drei Jahren holte Tesla-Chef Musk ihn persönlich als Leiter der globalen Supply-Chain in sein engstes Management-Team. Früher war Zahnd bei Ikea tätig, die ein Musterbeispiel für ein vertikal integriertes Unternehmen ist, sogar Holz selbst anbaut. Ein Teil des Tesla-Erfolgs ist damit auch «Swiss made».

4 — **Silicon Valley in Reinkultur.** Es gibt kein Unternehmen, bei dem die besten Eigenschaften des Silicon Valley besser zum Vorschein kommen. Die Mitarbeiter sind unglaublich stolz darauf, bei einer grossen Erfolgsgeschich-

te mitzumachen. Dies in einem Grad, wie man es sonst fast nur bei Apple und Facebook erlebt. Als Elon Musk im Juni 9 Prozent der Belegschaft entliess, waren die Betroffenen nicht etwa wütend. Viele von ihnen gaben in den sozialen Medien und auch vor dem Tesla-Sitz ihrer Dankbarkeit Ausdruck, dabei gewesen zu sein. Die Firma gewährt zudem jungen Mitarbeitern einen grossen Vertrauensvorschuss. Und in Sitzungen wird nicht nur geredet, sondern auch rasch entschieden. Auf Sitzungsprotokolle und «Powerpoint»-Schlachten verzichtet Tesla komplett. Die Logik dahinter: Es sitzen ja alle am Tisch und bekommen mit, was vereinbart wird und wer verantwortlich ist. Das macht das Unternehmen unglaublich schnell und effizient. Zum Silicon-Valley-Nimbus gehört auch, dass die Untersuchungen der Börsenaufsicht Elon Musks Ruf hier nicht wirklich geschadet haben, eher im Gegenteil.

Wir halten fest: Tesla wird immer wieder missverstanden. Es ist nicht in erster Linie ein Autobauer, sondern das Unternehmen wird wie eine Softwarefirma im Silicon Valley geführt und verhält sich ebenso. Ich bin sicher, die von Tesla angestossene Revolution steht erst am Anfang. Sie wird unser Leben, auch in der Schweiz, massgeblich verändern. Passend dazu hat das Unternehmen kürzlich erstmals seit zwei Jahren einen saftigen Gewinn eingefahren: 311,5 Millionen Dollar im dritten Quartal. Im selben Zeitraum hat Tesla in den USA erstmals mehr Autos verkauft als Mercedes. Und die Chancen stehen gut, dass Teslas Model 3 im nächsten Jahr den Toyota Camry als meistgekauftes Auto in den USA ablösen wird.

Wenig deutet darauf hin, dass sich Tesla auf Dauer damit zufriedengeben wird, gute Elektroautos zu bauen. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass die Elektromobilität im genialen Schachspiel des Elon Musk nur ein Sprungbrett für weitere Innovationen ist. Dabei kann ich mir sogar vorstellen, dass die Produktion der Autos mittelfristig eingestellt werden wird. Das mit den Autos gewonnene Know-how wäre auf mittlere Frist hervorragend verwertbar für umfassende Energiestrategien für Menschen, Gebäude und ganze Städte.

Glossar

— **Connectivity:** Fähigkeit von Geräten und Sensoren, miteinander zu kommunizieren. Dies ist eine Grundvoraussetzung für das Internet of Things (IoT).

— **Model 3:** Mittelklassemodell von Tesla. Im Gegensatz zum Model S, welches im Luxussegment angesiedelt ist.

— **LPN:** Low Power Network von Swisscom. Ein Netz, um Sensoren zu vernetzen. LPN gehört – wie NB-IoT – zu den LPWAN-Technologien. Diese zeichnen sich durch deutlich tieferen Energieverbrauch als etwa die Mobilfunktechnologien 4G oder 5G aus.

— **Smart car:** softwaregesteuerte Autos mit vielseitigen «intelligenten» Funktionen. Dazu gehört die Verbindung zum Internet («connected car»), aber auch das (teil)autonome Fahren.

— **Smart city:** Vision der Stadtentwicklung, deren Ziel darin besteht, mit Kommunikationstechnologie die Infrastruktur der Stadt benutzerfreundlicher und effizienter zu machen, beispielsweise im Bereich Verkehr.

Fünf Fragen



Simon Zwahlen:
Vizepräsident
Business Development
& Innovation bei
Swisscom in Palo Alto,
Kalifornien.

Selbstfahrende Autos sind in aller Munde. Wie weit ist man im Silicon Valley?

Autohersteller wie Tesla entwickeln dies am lebenden Objekt. Sie setzen den Schwerpunkt auf weitere Verbesserungen beim teilautonomen Fahren, das bereits heute serienmässig zum Einsatz kommt. Bei einfacheren Strassenverhältnissen, beispielsweise auf der Autobahn, klappt das schon sehr gut.

Trotzdem muss der Fahrer immer wieder eingreifen.

Die richtig bahnbrechenden Fortschritte kommen nach meiner Beobachtung von Firmen, die von null auf starten – beispielsweise die Fahrdienste Uber und Lyft und die Alphabet-Tochter Waymo. Die sind schon relativ nahe am hundertprozentig selbstfahrenden Auto.

Wie arbeiten Sie mit Tesla zusammen?

Details darf ich keine verraten. Nur so viel: Wir stehen in Kontakt.

Warum interessiert sich Swisscom für Mobilität?

Die Zukunft liegt in der Vernetzung von Autos untereinander und mit Gebäuden oder ganzen Stadt-Infrastrukturen, sogenannten *smart cities*. Dazu machen wir uns sehr viele Gedanken, denn Vernetzung ist unsere Kernkompetenz.

Wo sehen Sie Ihre Rolle dabei?

Zum einen in der Bereitstellung von Basisinfrastruktur für *connectivity*. 2015 haben wir als erster Schweizer Anbieter ein schweizweites Low Power Network (LPN) in Angriff genommen. Aber auch auf der Ebene einzelner Geräte sind wir aktiv. Mit der AMAG zusammen haben wir das Joint Venture autoSense gegründet. Dieses entwickelt Komponenten, mit denen man Autos früherer Generationen zum *smart car* nachrüsten kann. So erhält der Nutzer unmittelbar Zugang zu wertvollen Informationen rund um das Fahren und das Fahrzeug. Verfügbar sind etwa ein Fahrtenbuch, Ferndiagnose und Warnungen bei Motorproblemen. Geplant sind zudem weitere digitale Services rund ums Tanken und Parken sowie massgeschneiderte Pay-per-use-Fahrzeugversicherungen.

Florian Schwab

Gebot grundlegender Menschlichkeit

Von *Walter Kälin* — Der globale Migrationspakt wirft hohe Wellen. Kritiker monieren, er wolle die weltweite illegale Migration legalisieren und schaffe trotz rechtlicher Unverbindlichkeit neue Pflichten. Dabei bietet der Pakt unserem Land die Chance, die eigenen Interessen zu wahren.

Zugegeben: Der Migrationspakt sieht Migration nicht automatisch als etwas Negatives. Wer aber behauptet, er wolle weltweit der Personenfreizügigkeit zum Durchbruch verhelfen, verkennt den Kontext, in welchem der Pakt entstanden ist. Die Krise von 2015 mit der Ankunft von rund einer Million Schutzsuchender Menschen in Europa war ein wichtiger Grund dafür, dass die Uno-Mitgliedstaaten 2016 beschlossen, mit Verhandlungen über den Pakt zu beginnen. Zu glauben, die EU, welche mit wenig Erfolg Millionen von Euros in die Sicherung der Aussengrenzen investiert hatte, sei plötzlich bereit, unkontrolliert Menschen aus aller Welt aufzunehmen, ist ebenso abenteuerlich wie die Annahme, auf ihre Souveränität pochende asiatische Staaten wie Indien und Malaysia, welche ihre Grenzen mit Mauern und Zäunen sichern, oder Staaten wie Saudi-Arabien, welche regelmässig zur

Massendeportation irregulärer Arbeitskräfte aus Ostafrika greifen, hätten plötzlich eine 180-Grad-Kehrtwendung gemacht.

Wichtig für Rückübernahmeabkommen

Der Migrationspakt ruft in keinem Punkt nach Personenfreizügigkeit oder der Erhöhung von Einwanderungsquoten. Der «Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration», wie sein voller Titel lautet, ist ein Pakt gegen unsichere, ungeordnete und irreguläre Migration. Weil die bisherigen einzelstaatlichen Bemühungen gegen irreguläre Migration nicht funktionieren, darin wird betont, dass Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten die Herausforderungen der globalen Migration nur gemeinsam bewältigen können. Zu diesem Zweck definiert der Pakt 23 Ziele, formuliert zu jedem Ziel das Engagement der Staaten, zielführende Massnahmen zu ergreifen, und präsentiert

schliesslich eine Auswahlliste von möglichen, aber nicht verpflichtenden Aktivitäten, die geeignet sind, diese Ziele zu erreichen.

Viele Ziele des Paktes liegen im zentralen Interesse der Schweiz. Die Bekämpfung und die Verminderung von Migrationsursachen (Ziel 2), Massnahmen im Herkunftsstaat wie das Ausstellen von Dokumenten und fälschungssicheren Pässen, damit die Identität von Migranten festgestellt werden kann (Ziel 4), die Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenhandel (Ziele 9 und 10), bessere Zusammenarbeit der Staaten im Bereich effektiver Grenzkontrollen (Ziel 11) und das Engagement der Herkunftsstaaten in der Zusammenarbeit bei der Rückübernahme und Reintegration von Personen, welche das Land verlassen müssen (Ziel 21), sind Ziele, welche in Einklang mit Forderungen der SVP und der bürgerlichen Parteien stehen. Mit



Zuwanderung in geregelte Bahnen lenken: Einwandererkarawane vor Mexiko.

dem Pakt ist es erstmals gelungen, in einer internationalen Vereinbarung die Herkunftsstaaten im globalen Süden politisch in die Pflicht zu nehmen. Damit wird die Position der Schweiz etwa beim Aushandeln von Rückübernahmeabkommen massiv verstärkt.

Ziel 5, laut dem auswanderungswillige Menschen nicht gezwungen werden sollen, mangels Alternativen irreguläre Migrationswege zu benutzen, ist kein Ruf nach weltweiter Personenfreizügigkeit, sondern dient dazu, Migration in geregelte Bahnen zu lenken. Dass Ausschaffungshaft nur angeordnet werden soll, wenn es dazu keine Alternativen gibt, entspricht dem schweizerischen Recht und sollte in einem Rechtsstaat selbstverständlich sein. Zur Mög-

Der Pakt wird für Jahrzehnte den Rahmen für Diskussionen zu Migrationsfragen bilden.

lichkeit, Jugendliche ab fünfzehn Jahren zu inhaftieren, wird die Schweiz in Marrakesch eine entsprechende Erklärung abgeben. Der Pakt verbietet diese Praxis im Übrigen nicht, sondern spricht nur davon, auf das Ziel hinzuarbeiten, die Praxis der Inhaftierung von Kindern ungeachtet ihres Alters zu beenden. Auch dies ist



etwa angesichts der Trennung von Kindern und ihrer Inhaftierung in den USA keine unvernünftige Vision. Bezüglich des Zugangs zu Dienstleistungen (Ziel 15) etwa im Bereich der Gesundheit ist der Pakt sehr differenziert formuliert. Er anerkennt, dass Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsrecht schlechtergestellt werden dürfen als der Rest der Bevölkerung, und verlangt nur den diskriminierungsfreien Zugang zu «grundlegenden» Dienstleistungen. Dies entspricht dem Recht auf Hilfe in Notlagen gemäss Artikel 12 der Bundesverfassung und ist ein Gebot grundlegender Menschlichkeit.

Erwartungen an die Schweiz

Welche Verpflichtungen bringt der Pakt? Er ist kein Vertrag, und er kann deshalb entgegen den konstanten Beteuerungen unserer Politiker in Marrakesch nicht unterzeichnet werden. Vielmehr wird er dort wie eine Resolution per Akklamation oder allenfalls Abstimmung verabschiedet. Die fehlende juristische Verbindlichkeit kommt auch in der völkerrechtlichen Terminologie der massgebenden englischen Fassung des Paktes zum Ausdruck, welche konsequent von «commitments», also Engagements der Staaten, und nicht von «obligations», also Pflichten, spricht. Allerdings ist völkerrechtliches Soft Law, das heisst Zielvereinbarungen wie der Pakt, die weder vor schweizerischen Gerichten noch international durchgesetzt werden können, nicht bedeutungslos. Die daran geknüpften Erwartungen der anderen Staaten sind Realität, und der Pakt wird für die nächsten Jahrzehnte den relevanten Rahmen für zwischenstaatliche Diskussionen zu Migrationsfragen bilden.

Wie jede internationale Vereinbarung ist auch der Migrationspakt ein Instrument, bei welchem in den Verhandlungen Kompromisse eingegangen werden mussten. So ist der vielkritisierte Paragraf zur Rolle der Medien durchaus diskutabel. Wer mit dem Hinweis auf Bestimmungen, über welche man tatsächlich in guten Treuen geteilter Meinung sein kann, dazu aufruft, sich am Migrationspakt nicht zu beteiligen, schadet jedoch langfristig den Interessen der Schweiz. Dabei geht es nicht so sehr um ihren guten Ruf. Vielmehr riskiert sie, durch ihr Abseitsstehen unseren Behörden den schon jetzt schwierigen Dialog mit Herkunftsstaaten irregulärer Migration systematisch zu erschweren. Zudem würde sie von den Foren ausgeschlossen, die der Pakt für die künftige Diskussion der internationalen Migrationspolitik schafft, und damit der Möglichkeit zur Wahrung ihrer Interessen in diesen Gremien beraubt. Denn: Wer nicht mitbestimmt, über den wird bekanntlich bestimmt.

Walter Kälin ist emeritierter Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Bern. Er war unter anderem Mitglied im Uno-Menschenrechtsausschuss und Repräsentant des Uno-Generalsekretärs für die Menschenrechte intern Vertriebener.



MONDOVINO

Wein nach Deinem
Geschmack.



Zeigen Sie Grösse beim Schenken.

Ein Grosser unter den Walliser Rotweinen. Füllig, mit intensiven Pinot-Frucharomen. Macht im Magnum-Format als Mitbringsel ganz grosse Freude.

MAGNUM VALAIS AOC
DÔLE DES MONTS
MAISON GILLIARD,
150 CL

.....
35.50
(10 cl = 2.37)

Preisänderungen sind vorbehalten. Erhältlich in grossen Coop Supermärkten sowie unter coopathome.ch und mondovino.ch



Für mich und dich.



Uranngst vor dem Chaos.

Zeitgeist

Psychologie alleinerziehender Mütter

Mit fünfzig auf Partnersuche lernt man völlig neue Facetten des anderen Geschlechts kennen. Passen Mann und Frau in dem Alter überhaupt noch zusammen?

Von Linus Reichlin und Charlotte du Jour (Illustration)

Noch nie zuvor haben so viele über Fünfzigjährige einen Partner gesucht wie heute. Früher suchte man in dem Alter niemanden mehr, man blieb Witwe oder Witwer. Oder man blieb geschieden und allein, nur schon deshalb, weil es an Treffpunkten fehlte. Wo hätte man denn in der Zeit vor dem Internet mit fünfzig jemanden finden sollen? Fürs Tanzcafé oder für die Disco war man zu alt. Aber dann verbreitete sich das Internet, und zwar genau im richtigen Moment: Es tauchte zusammen mit einer epidemisch gewordenen Scheidungsrate auf. Es gab nun sehr viele ältere Singles, die dank des Internets die Möglichkeit hatten, bequem von zu Hause aus einen neuen Partner zu suchen. Auf diese Weise entstand ein ganz neuer Beziehungsmarkt – einer für ältere Menschen, genauer: für geschiedene Männer und für ehemals alleinerziehende Mütter mit erwachsenen Kindern. Das Problem ist nur, dass geschiedene Männer und früher alleinerziehende Mütter leider überhaupt nicht zusammenpassen.

Arbeit und Affären

Schauen wir uns zuerst einmal die Männer an. Nach der Scheidung blieben ihre Kinder in der Regel bei der Ex-Frau, und selbst wenn die Männer die Kinder häufiger als jedes zweite Wochenende sahen, verloren sie deren Alltagsleben unweigerlich aus den Augen. Sie nahmen zwar an der Entwicklung und den Sorgen der

Kinder Anteil, aber jetzt eben nur noch aus der Ferne. Darunter litten die Männer, andererseits bedeutete die Trennung von der Familie auch Freiheit und Unabhängigkeit: Man kann sich wieder am Hintern kratzen, Bier trinken, rülpfen, niemanden stört es. Viele dieser Männer verwilderten, wurden zu Abenteurern, stürzten sich in die Arbeit und in Affären mit oft jüngeren Frauen. Sie entwickelten sich zu Don Juans, aber nicht in dem Sinn, dass sie jede flachlegten, das wäre zu kurz gedacht.

Ein Don Juan ist nicht in erster Linie ein Verführer, er ist vor allem ein ungebundener Mann, ein glücklicher Streuner, der sich nicht mehr mit den trivialen Schwierigkeiten des familiären Lebens herumschlagen muss. Ein Don Juan geht seinen Hobbys nach, er segelt, fährt ein Mercedes-Cabriolet aus den sechziger Jahren, er schickt seinen Kindern Whatsapp-Nachrichten von seiner Klettertour in Nepal. Wenn er auf die sechzig zugeht, ist er zwar bereit, sich wieder zu binden, und sei es auch nur, um später einmal die Kosten für eine private Krankenpflegerin mit einer lieben Frau zu teilen. Aber eigentlich ist er nicht bereit, sein unabhängiges Leben aufzugeben.

Auf den Partner-Plattformen treffen diese verwilderten Don Juans nun auf die ehemals alleinerziehenden Mütter, und das kann nicht gutgehen. Denn diese Frauen haben eine ganz andere Vergangenheit. Sie machten die Erfahrung, dass sie nach der Scheidung für die

Kinder faktisch allein verantwortlich waren. Sie waren die, die den Kindern frühmorgens die Brote strichen, wenn die Don Juans in Nepal kletterten. Sie haben drei Stunden in Schuhgeschäften verbracht auf der Suche nach preiswerten Reitstiefeln für die Tochter, während die Don Juans im Internet rote Spitzenhöschen für ihre neue Sekretärin bestellten. Zehn Jahre oder länger haben diese Frauen Berge von Socken gewaschen, sie haben die Hausaufgaben ihrer Kinder geschrieben, die Ernährungsmarotten dreizehnjähriger Töchter durchlitten, und sie sind nachts zur Notapotheke gefahren, um Hustensaft zu besorgen.

Unfähig, zu delegieren

Auf dem Papier waren ihre Männer gleichfalls erziehungsberechtigt, aber im alltäglichen Überlebenskampf waren es die Frauen, die eine Spinne aus dem Kinderzimmer entfernten oder dem Sohn eine Nähnaedel aus dem Fuss operierten. Diese Frauen haben sich mit ihren Kindern jahrelang allein durchs Leben geschlagen, und jetzt suchen sie einen Mann und ahnen nicht, dass sie nur einen Don Juan finden werden. In einem Film könnte man das so visualisieren: Eine Frau mit zerzausten Haaren und zwei schlafenden Kindern im Arm stolpert erschöpft aus einem dunklen Wald heraus und trifft auf einen ausgeruhten, entspannten Mann, der gerade vom Golfplatz

kommt. Jeder Zuschauer wüsste gleich, dass diese Begegnung schwierig werden wird.

Ehemals alleinerziehende Mütter sind sperrige Partnerinnen, *to say the least*. Denn die langen Jahre der Alleinverantwortlichkeit haben Spuren hinterlassen. Sie denken: «Ich muss alles selber machen, sonst klappt es nicht.» Sie sind unfähig, zu delegieren. Wenn sie einen Don Juan gefunden haben, beteuern sie zwar, dass sie unendlich froh sind, endlich nicht mehr alles allein machen zu müssen – aber wehe, er steckt selbständig eine Gabel in ihren Geschirrspüler! Dann gehen sie hin und überprüfen, ob die Zinken nach oben zeigen. Die Frauen haben die Gabeln nämlich seit fünfzehn Jahren immer mit den Zinken nach oben reingesteckt, und es war niemand da, der ihre Überzeugung, dass es nur so richtig sei, in Frage stellte.

Wenn der Don Juan ihnen anbietet, die kaputte Glühbirne im Flur auszuwechseln, weinen die Ex-Alleinerziehenden vor Freude – nur um die Leiter dann aber selbst aus dem Keller hochzuschleppen, selbst auf die Leiter zu steigen und die Glühbirne selbst einzuschrauben. Auf der Leiter stehend, sagen sie, dass sie glücklich sind, weil ihr jahrelanger Wunsch nach einem Mann, der mit ihnen gemeinsam eine Glühbirne auswechselt, in Erfüllung gegangen ist. Sie wollen jetzt alles gemeinsam mit dem Mann machen – was für den Mann bedeutet, dass er nichts mehr allein tun kann, ohne sie nicht schrecklich zu enttäuschen. Wenn sie es aber gemeinsam machen, ist meistens das, was er tut, in ihren Augen falsch, so dass der Mann es sie am Schluss lieber allein machen lässt.

Kann man mit ehemals alleinerziehenden Müttern über solche Probleme sprechen? Man kann es probieren, aber man muss höllisch aufpassen. Es darf unter keinen Umständen wie eine Kritik klingen, denn sie sind Kritik nicht gewohnt. Sie haben jahrelang mit den Kindern

allein in der Wohnung gelebt, die Betonung liegt auf «allein»: Es war kein gleichberechtigter erwachsener Partner da, dessen Kritik man ernst nehmen musste. Der Don Juan muss also darauf achten, jede Form des Widerspruchs sanft zu formulieren, am besten eingebettet in Komplimente. Und niemals, niemals!, darf er seine männliche Bärenstimme laut werden lassen – das wird ihm von der Ex-Alleinerziehenden sofort als Schreien ausgelegt. Denn es

Es darf unter keinen Umständen wie eine Kritik klingen, denn sie sind Kritik nicht gewohnt.

herrschte in ihrer Wohnung jahrelang eine Akustik der Liebe. Hier erklangen nur die süßen Stimmen der Kinder, und selbst wenn die Kinder in der Pubertät einmal lauter wurden, klangen ihre Stimmen in den Ohren der liebenden Mutter nicht bedrohlich, sondern immer noch wie das Piepsen hungriger Küken. Und natürlich hatte in Diskussionen darüber, was erlaubt ist und was nicht, die Mutter das letzte Wort – Kinder sind bis zu ihrer Volljährigkeit politisch gesehen Untertanen, deren grösste Tugend der Gehorsam ist. Ein Don Juan sollte es sich dreimal überlegen, ob er der Ex-Alleinerziehenden wirklich widersprechen will. Denn egal, worum es geht, es wird sie immer zutiefst irritieren, sie wird sagen: «Du behandelst mich so roh!»

Und nie, niemals!, sollte er die Pläne einer ehemals alleinerziehenden Frau durchkreuzen! Und sie hat für alles Pläne! Denn ihr Leben war eine einzige Anstrengung. Ohne einen minutiös getakteten Fahrplan hätte sie die Kindererziehung und ihre beruflichen Pflichten gar nicht bewältigen können, bei der geringsten Abweichung vom Plan drohte immer das Chaos. Wenn die Tochter um 15.45 Uhr Bal-

lettunterricht und der Sohn um 16.20 Uhr einen Termin beim Zahnarzt hatte und sie selbst zwischendurch noch Kostüme für die Halloween-Party der beiden kaufen musste, hatte es auf die Minute zu klappen, oder alles brach zusammen. Diesen Zusammenbruch fürchten Ex-Alleinerziehende auch dann noch, wenn die Kinder längst aus dem Haus sind: Sie machen jetzt für das Essen beim Chinesen mit dem Don Juan und den anschließenden Kinobesuch Pläne, sie machen Pläne für den Spaziergang am Sonntag, den Museumsbesuch, fürs Schmusen. Wenn der Don Juan es sich nach Lust und Laune plötzlich anders überlegt und er zuerst ins Kino und hinterher erst zum Chinesen will, weckt er damit die tiefsitzende Urangst der Ex-Alleinerziehenden vor dem Chaos. Oft kommt sie lange Zeit nicht darüber hinweg, dass er sich nicht so verhalten hat wie in ihren Plänen. Sie fragt sich, ob er sie überhaupt liebt, und er fragt sich, ob er nicht lieber doch im Alter allein bleibt, als dauernd ihren Vorstellungen entsprechen zu müssen. Sie denkt, dass er ein autistischer Egoist ist, der sich zu allem Übel auch noch oft am Hintern kratzt, und er denkt, dass sie eine Narzisstin ist, die ihre Wünsche zum Zentrum der Beziehung macht.

Containerweise Vergangenheit

In Wirklichkeit haben sie beide recht. Sie sind beide geprägt von ihren unterschiedlichen Vergangenheiten, und wenn man sich erst mit fünfzig oder sechzig kennenlernt, schleppt man containerweise Vergangenheit mit sich herum, man besteht praktisch nur aus Vergangenheit – da wird es schwierig, noch den Menschen an sich zu lieben. Oder anders gesagt: Es gibt keinen Grund, anzunehmen, dass im Alter nur das Seh- und das Erinnerungsvermögen abnehmen und nicht auch die Fähigkeit, sich noch einmal zu verlieben.

FEINS VOM DORF

Unser Dorf zeigt seine Schokoladenseite.

Bäcker-Konditorin Anita Zbinden ist eine von mehr als 3000 lokalen Produzenten, die für Volg «Feins vom Dorf»-Produkte herstellen. Ihre handgemachten Udligenswiler Pralinés, Nidletäfel, Amaretti und caramellisierten Schokomandeln sind im Volg Udligenswil (LU) erhältlich. Entdecken Sie in jedem Volg andere «Feins vom Dorf»-Spezialitäten.

Volg. Im Dorf daheim. In Udligenswil zuhause.

Volg
frisch und fründlich

brandinghouse

Spinnerinnen und Spinner

Von Christoph Mörgeli

Tamara Funicello, Präsidentin der Jungsozialisten, sagt es so: «Das Volk hat nicht immer recht.» Jawoll. Ich fand, dass das Volk unrecht hatte, als es die Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer abgelehnt hat. Oder als die Zürcher Jacqueline Fehr zur Regierungsrätin wählten, die heute die Befürworter der Selbstbestimmungsinitiative als «Anti-Demokraten» abkanzelt. Das Volk hat nicht immer recht. Aber der Wille des Volkes gilt. Darum heisst unsere Staatsform Demokratie. Das Wort bedeutet griechisch «Volksherrschaft».

Der Wille des Volkes wird ermittelt durch dessen Mehrheit. Tamara Funicello fürchtet um die Rechte der Minderheiten – in einem Land, das die Minderheiten besser schützt als jedes andere. Man möchte wissen, ob sie sich am 25. November auch für die allfällige Minderheit bei der Selbstbestimmungsvorlage einsetzt. Wird sie dagegen kämpfen, dass diese «der Gnade der Mehrheit ausgeliefert» wird? Wird sie vor der «Tyrannei der Mehrheit» warnen? Gar nichts wird sie.

Tamara Funicello ist in Italien aufgewachsen. Sie kam mit ihren Eltern in die Schweiz, weil es ihr hier besser geht als in ihrem Vaterland. Das hängt direkt zusammen mit der hiesigen Volksherrschaft – auch in Sachfragen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Und nicht wie in Italien die Politiker, die möglichst viel Geld an ihre Wähler verteilen und in die eigenen Taschen stecken. Wir alle lieben Italien. Wegen der Landschaft, der Kultur, der Sprache und der Küche. Aber nicht wegen der Politik oder der Wirtschaft.

Der Schweiz geht es gut, solange die Schweizer ihr Stimmrecht behalten. Und jenen Politikern vertrauen, die im Leben etwas leisten, Unternehmen aufbauen, Arbeitsplätze schaffen. Der Schweiz geht es schlecht, wenn sie jenen Politikern vertraut, die nach der Schulbank direkt in Hilfswerke, Gewerkschaften und Parteisekretariate wechseln. Um dort wie Tamara Funicello weiter zu krakeelen: «Empörend», «erschreckend», «menschenverachtend». «Spinnen die eigentlich?», schleudert die Juso-Chefin der SVP entgegen. So steht's um ihre Demokratie. So hält sie's mit den Minderheiten. Wer nicht spürt, ist geisteskrank. Und gehört in die Klapsmühle. Besonders, wenn man noch mit einer «hübschen Blondine» auf dem Plakat wirbt. Denn Funicello mag beides nicht: weder blond noch hübsch.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Blaupause für Afghanistan

Von Peter Bodenmann — Im Jemen werden Spitäler, die unterernährte Kinder pflegen, mit Zustimmung der USA von den Saudis bombardiert.



Nächstens werden die Amerikaner den Taliban flattieren wie heute den Wahhabiten.

Jamal Khashoggi wurde erwürgt, seine Leiche fachgerecht zerschnitten, die einzelnen Leichenteile in Säure aufgelöst und die so entstandene Brühe das Klo runtergespült.

Die Schergen der saudischen Schlächter-Prinzen haben alles so gemacht, wie sie es gelernt haben. Und sicher nicht ohne Zustimmung von ganz oben. Alle ernsthaften Gegner der radikalislamistischen Wahhabiten – auch die friedlichen – müssen mit Gefängnis und Tod rechnen.

Saudi-Arabien ist der Bündnispartner Israels und der USA. Nicht, dass die Saudis Khashoggi umgebracht haben, ist für sie ärgerlich, sondern wie sie es angestellt haben. Und dass jetzt Erdogan alle erpressen kann, indem er das Wissen um dessen Tod scheinweise vermarktet.

Der Kern der USA-Politik: Das Empire lässt die Wahhabiten unter vier Bedingungen in Ruhe. Erstens werden die Waffen in den USA gekauft. Zweitens dürfen die Ölpreise nicht explodieren. Drittens werden nicht mehr alle Terroristen unterstützt. Und viertens Teilnahme am Kampf gegen den Iran. Ende der Durchsage.

Viele haben sich immer wieder diese Fragen gestellt: Was verteidigen die USA und ihre Verbündeten am Hindukusch? Für was und für wen sterben deutsche Soldaten seit siebzehn Jahren in Afghanistan? Der Schleier scheint sich langsam zu lüften.

Wenn die Geologen sich nicht irren, dann ist Afghanistan in Sachen Lithium das, was Saudi-Arabien in Sachen Öl und Gas noch ist. Das Land verfügt über Bodenschätze im Wert von mindestens einer Billion Franken. Die Solarenergie macht Fortschritte, die fast niemand für möglich hielt. Die Preise pro Kilowattstunde Strom fallen ins Bodenlose. Die zweite Elektrifizierung steht vor der Haustür. Mit Elektroautos für den Verkehr. Mit Wärmepumpen für das effiziente Heizen und Kühlen des Gebäudebestands. Ohne Batterien geht das alles nicht. Lithium ist der knappe Stoff, den es immer noch braucht, um die derzeit besten Batterien zu fertigen.

Saudi-Arabien ist die Blaupause für die neue Politik der USA: Wenn die Taliban in Sachen Bodenschätze die amerikanischen Interessen wahren, dürfen sie das eigene Volk flächen-deckend terrorisieren.

Das Kapital hat ein eiskaltes Herz. Noch immer bombardieren die Saudis mit amerikanischen Flugzeugen die Zivilbevölkerung in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten des Jemen. Die Amerikaner hätten den Fall Khashoggi zum Vorwand nehmen können, um diesen Völkermord zu stoppen. Machen sie nicht. Obwohl sie die Black Boxes aller Flugzeuge kontrollieren. In Saudi-Arabien und übrigens auch in der Schweiz.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Kontradiktorische Diskussion zur **Selbstbestimmungs-Initiative**

mit **Roger Köppel** und

Daniel Jositsch

Moderation:

Matthias Ackeret,
Chefredaktor «persönlich»

Vorstellung der Weinländer SVP-Kantonsratskandidaten
Konrad Langhart, Oberstammheim; **Paul Mayer**, Marthalen;
Michael Trachsel, Feuerthalen; **Matthias Stutz**, Marthalen.
Anschliessend Apéro.

*Jedermann
ist herzlich
eingeladen!*

► **Freitag**
16.11.2018
19.45 Uhr

Ort: Aula Schulhaus
Stumpfenboden -
Feuerthalen

Türöffnung: 19.15 Uhr



Roger Köppel

SVP-Nationalrat, Verleger und
Chefredaktor der Weltwoche

Daniel Jositsch

SP-Ständerat,
Prof. Dr. iur.

SVP Feuerthalen, www.svp-bezirk-andelfingen.ch



Kontradiktorische Diskussion zur **Selbstbestimmungs-Initiative**

mit **Roger Köppel** und

Philipp Eng

Moderation:

Jakob Bächtold,
Stv. Chefredaktor «Der Landbote»

Begrüssung durch Kantonsratskandidatin **Monika Brühwiler**.
Vorstellung der SVP-Kantonsratskandidaten des Bezirks
Winterthur. Anschliessend Kaffee und Gipfeli.

*Jedermann
ist herzlich
eingeladen!*

► **Sonntag**
18.11.2018
11.00 Uhr

Ort: Schulanlage Rikon
Schulstrasse 13,
8486 Rikon

Türöffnung: 10.30 Uhr



Roger Köppel

SVP-Nationalrat, Verleger und
Chefredaktor der Weltwoche

Philipp Eng

Präsident Jungfreisinnige
Kanton Solothurn

SVP Bezirk Winterthur, www.svp-bezirk-winterthur.ch



Alte Tante und Jüngling

Von Kurt W. Zimmermann — Es gibt noch zwei echte Verlage im Land. Es sind die NZZ und – halten Sie sich fest – Christoph Blocher.

Wer sind die grössten Verleger im Land? Ein Blatt aus Winterthur hat das Rennen wieder spannend gemacht.

Vorletzte Woche kaufte Christoph Blocher den *Winterthurer Stadtanzeiger*. Er bündelt damit in seiner Zeitungshaus AG bereits 29 Blätter, allesamt regionale Gratistitel.

Blocher übersprang mit dem Kauf in Winterthur die Auflagegrenze von 900 000 Exemplaren. Es ist vermutlich nur noch eine Frage der Zeit, bis er, nach seiner nächsten Akquisition, der zweitgrösste Verleger im Lande wird.

Wer sind die grössten Verleger im Land? Wir messen es an der verbreiteten Auflage ihrer Blätter. Wir rechnen die Auflagen ihrer abonnierten Tages- und Sonntagsblätter sowie ihrer Gratiszeitungen zusammen.

Verleger	Unternehmen	verbreitete Auflage
Pietro Supino	Tamedia	1 390 000
Peter Wanner	CH Media	960 000
Christoph Blocher	Zeitungshaus	920 000
Michael Ringier	Ringier	530 000
Etienne Jornod	NZZ-Gruppe	210 000

Zuerst einmal ist beeindruckend, wie viel die Verlage vom vermeintlichen Auslaufmodell der gedruckten Zeitung noch absetzen. Allein bei den fünf grössten Schweizer Verlegern, zusammengerechnet, sind es vier Millionen Abnehmer, die sie von Montag bis Sonntag beliefern. Man sollte also etwas vorsichtig sein, bevor man in die Grabgesänge auf das Print-Gewerbe einstimmt.

Die Leser stürzen sich immer noch gern auf Druckerschwärze. Das Problem ist nur, dass sie ungern dafür zahlen.

Von Pietro Supinos Tamedia-Leserschaft bezieht fast die Hälfte ihre Lektüre gratis, weil seine Auflagenmaschine *20 Minuten* auf tägliche 640 000 Exemplare kommt. Bei Michael Ringier mit seinem unentgeltlichen *Blick am Abend* ist es nicht viel anders. Bei CH Media, dem neuen Fusionsunternehmen der früheren AZ Medien und NZZ-Regionalmedien, kommt Präsident Peter Wanner auf 60 Prozent an Gratislesern, die seine diversen Regionalanzeiger nutzen. Blocher hat gar 100 Prozent an nichtzahlendem Publikum.

Die NZZ-Gruppe unter Präsident Etienne Jornod ist der weisse Rabe in diesem Vogelschwarm. Sie hat ihre früheren Gratisblätter wie den umsatzstarken *Anzeiger Luzern* in den neuen Konzern CH Media ausgelagert. Seit-



Kuriose Koinzidenz: NZZ-Verleger Jornod.

dem gibt es bei der NZZ für Journalismus auf Papier keinen *free lunch* mehr. Wenn man lesen will, muss man zahlen.

Die NZZ-Gruppe will von den Lesern leben. Sie steuert darum bei Inhalten nicht den sonst üblichen Sparkurs. Sie leistet sich werktags wie sonntags weiterhin zwei teure, autonome Redaktionen.

Integrierter Industriejournalismus

Bei Tamedia, CH Media und bei Ringiers Blick-Gruppe gibt es diese autonomen Redaktionen nicht mehr. Ein journalistisches Zentralkomitee beliefert hier im überregionalen Teil alle Tageszeitungen aus einem Topf. Interne Konkurrenz ist nicht erwünscht. Einzige Ausnahme ist das Tamedia-Pendlerblatt *20 Minuten*, dem man noch eine selbständige Redaktion zugesteht. Sonst setzt man überall auf integrierten Industriejournalismus.

Interessanterweise zieht Christoph Blocher da nicht mit. Seine 29 Redaktionen sind bisher autonom geblieben. Es gibt bei ihm, anders als von vielen erwartet, keine publizistischen Ausgabe- und Befehlszentralen wie bei Tamedia, CH Media und Ringier.

Die NZZ-Gruppe ist das älteste Medienhaus der Schweiz. Blocher ist als Neo-Verleger das Gegenteil. Es ist eine kuriose Koinzidenz: Nur die alte Tante und der verlegerische Jüngling glauben nicht an Konzernjournalismus.

Cola, Steaks, Eis

Von Henryk M. Broder — Trump sollte sich ein Beispiel an Merkel nehmen.

Der Boden der deutschen Geschichte reicht bis weit in die USA. Mit über 45 Millionen Bürgern sind die Deutschamerikaner die grösste ethnische Bevölkerungsgruppe in den Vereinigten Staaten.



Viele Städte in den USA tragen deutsche Namen; New Berlin, Dresden, Flensburg, Hamburg, Hanover, New Ulm, Weimar. Die älteste Brauerei der USA, Yuengling & Son, wurde 1829 in Pottsville, Pennsylvania, von einem deutschen Einwanderer namens David Jüngling aus Aldingen am Neckar, unweit von Stuttgart, gegründet. Der deutsche Radikaldemokrat Carl Schurz amtierte von 1877 bis 1881 als Innenminister. George Washingtons Generalstabschef war ein ausgewandeter deutscher Adeliger: Friedrich Wilhelm von Steuben. Die Vorfahren von Donald Trump stammen aus Kallstadt in der Pfalz, die von Sandra Bullock aus Franken.

Angesichts solcher Bindungen ist das besondere deutsche Interesse an den USA mehr als verständlich. Die Deutschen fühlen sich den Amerikanern aber nicht nur verbunden, sondern auch verpflichtet – sie zu belehren, ihnen immer wieder zu erklären, wie Demokratie geht, weswegen sämtliche deutschen Parteistiftungen Vertretungen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in den USA unterhalten. Hätten die Deutschen das Recht, bei den US-Wahlen mitzustimmen, wäre Obama zum Präsidenten auf Lebenszeit gewählt worden und Trump nicht einmal zum Postboten im Weissen Haus. Alle Massenmedien, die öffentlich-rechtlichen vorneweg, nutzten die *midterm elections* in den USA, um sich gegen Trump in Stellung zu bringen, als würden die Amis nicht CNN und Fox News schauen, sondern die «Tagesthemen» und das «Heute-Journal». Sie berichten nicht, sie nehmen übel, am meisten, dass Trump die Grenzen der USA nicht weit aufmacht, um Tausende von «Geflüchteten» aus Südamerika aufzunehmen, dass er den Marsch in die USA «instrumentalisiert», um Stärke zu zeigen. Trump, empörte sich *Spiegel* online, «liebt den Applaus der Massen, den Jubel. Er braucht ganz offensichtlich die Bestätigung seiner Fans». Noch schlimmer: «Der Mann ernährt sich von Coca-Cola, Steaks und Eis.» Solche Vorlieben disqualifizieren den Republikaner vollends. Trump sollte sich ein Beispiel an Angela Merkel nehmen. Ihr Lieblingsessen sind Königsberger Klopse. So geht ordentliche Politik.

Ruth Metzlers langer Schatten

Seit sechzehn Jahren versucht die Schweiz, das Thema Migration bei der Uno ganz oben auf die Agenda zu setzen. Jetzt, da ihr das gelungen ist, kommt das grosse Staunen. *Von Hubert Mooser*

Bundespräsident Alain Berset genoss den Auftritt vor der Uno-Versammlung am 26. September 2018 sichtlich. Er kritisierte ein bisschen hier und ein bisschen da, bot die Schweiz als Mediatorin an und beschrieb dann die aktive Rolle, die das Land bei der Erarbeitung des Migrationspaktes gespielt hatte. Das sei eine gewaltige Herausforderung, welche die Beteiligung aller Akteure verlange, beschwor Berset die Uno-Mitglieder. Vielleicht hätte der Bundespräsident gut daran getan, wenn er in seiner vom Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) redigierten Rede erwähnt hätte, dass die Schweizer Landesregierung sich mit der Zustimmung zum Migrationspakt schwertue und die Beteiligung der Schweiz noch etwas ungewiss sei.

Der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis machte hinter den Kulissen schon im Sommer deutlich, dass er den Uno-Migrationspakt bei weitem nicht mit derselben Begeisterung unterstützt wie sein Amtsvorgänger Didier Burkhalter. Erst nach einer vertieften Analyse durch das EDA stimmte der Bundesrat der umstrittenen Uno-Empfehlung am 10. Oktober im zweiten Anlauf zu. Ob Bundespräsident Berset am 10. Dezember nach Marrakesch fliegen wird, um gemeinsam mit anderen Staatsoberhäuptern dem laut Experten unverbindlichen Papier (siehe Seite 24/25) per Akklamation zuzustimmen, steht zur Zeit noch in den Sternen.

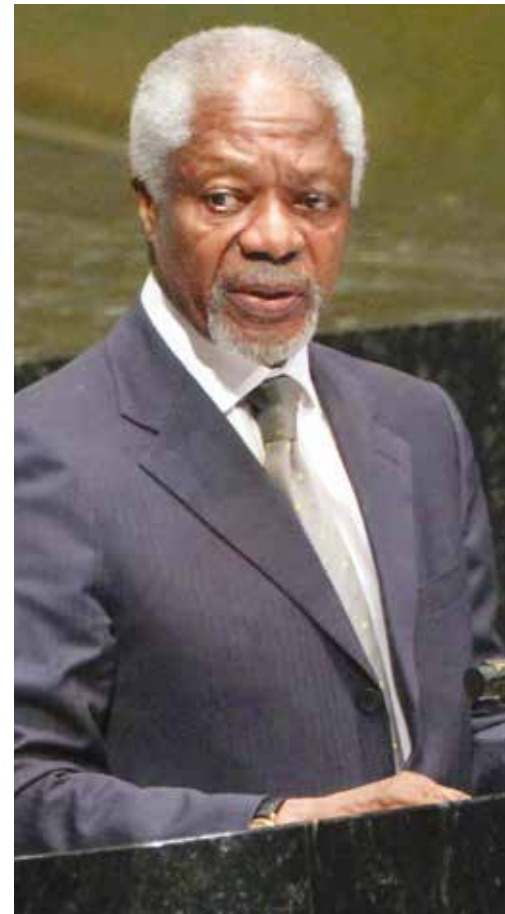
Bumerang für den Bundesrat

Denn einiges ist in Bewegung geraten, seit die SVP bei einer Pressekonferenz Mitte September das Papier scharf kritisiert hatte. SVP-Präsident Albert Rösti und Nationalrat Andreas Glarner warnten: Der Pakt sei nicht vereinbar mit der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung. Der Bundesrat dürfe das Papier auf keinen Fall gutheissen. Danach taten die anderen Akteure, als fielen sie aus allen Wolken – angefangen bei der sich sonst staatstragend gebenden FDP.

Vom Ausserrhoder Andrea Caroni über den Zürcher Hans-Peter Portmann bis zum bei derartigen Geschichten üblicherweise nach links neigenden Solothurner Kurt Fluri kritisierten die Freisinnigen den Pakt – obwohl mit Didier Burkhalter einer ihrer eigenen Bundesräte treibende Kraft gewesen war. Burkhalter hatte im Sommer 2016 dem Schweizer Uno-Botschafter Jürg Lauber grünes Licht gegeben, damit dieser ein Mandat zur Ausarbeitung eines Migrationspaktes annehmen durfte, das ihm der Präsident der Uno-Vollversammlung, der



Weltweite Lösung: ehemalige Justizministerin Metzler, Uno-Generalsekretär Annan.



Treibende Kraft: Bundesrat Burkhalter.

Fidschianer Peter Thomson, angetragen hatte. Dass dieses Mandat der Landesregierung dereinst als Bumerang um die Ohren fliegen könnte, daran dachte damals niemand.

Genau das passiert jetzt. So sagt Ständerat Caroni: «Es ehrt unseren diplomatischen Ruf, dass man unseren Diplomaten solche Uno-Projekte zu- und anvertraut.» Aber das heisse nicht, «dass wir als Land dann dem schlussendlichen Resultat zustimmen müssen». Caroni ist



«Zu brisant, zu weitgehend»: Nationalrätin Fiala.

der Meinung, dass jemand, der sich auch nur «soft» binde, dies prüfen müsse. Diese Prüfung soll nun das Parlament übernehmen, nachdem gleich beide Staatspolitischen Kommissionen die Auffassung vertreten haben, das Parlament müsse über den Migrationspakt befinden können. Dieser Haltung schloss sich die Aussenpolitische Kommission des Ständerates am Montag im Beisein von Bundesrat Cassis an.

SVP-Präsident Albert Rösti weiss nicht so

recht, was er vom plötzlichen Widerstand der FDP und der CVP halten soll. Als er sie jüngst bei den Von-Wattenwyl-Gesprächen dazu aufrief, gemeinsam mit der SVP den Migrationspakt zu bekämpfen, fiel die Antwort jedenfalls vage aus. Rösti befürchtet deshalb, dass nach der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative Ende November alle brav und ohne viel Federlesen den Uno-Pakt durchwinken werden.

Fiala warnte schon im Januar

Die FDP hätte schon vor Monaten Gelegenheit gehabt, die Reissleine zu ziehen. Als die Zürcher Nationalrätin Doris Fiala im Januar 2018 das Präsidium der Europarat-Kommission Migration, Flüchtlinge und Vertriebene übernahm, versuchte die Administration des Europarates, ihr den Migrationspakt unterzujubeln. Fiala legte sich quer, nachdem sie einen Entwurf dieses Papiertes studiert hatte. «Ich wollte nichts Präjudizierendes unternehmen im Europarat», so Fiala, «dazu fand ich den Inhalt viel zu brisant, zu weitgehend und nicht realisierbar. Mir war bewusst, dass einige Nationalkonservative aus Tschechien, Polen oder Ungarn harsch reagieren würden, wie bei uns auch die SVP.»

Fiala nahm stattdessen Kontakt auf mit dem Sonderbeauftragten für Migrationsfragen, Eduard Gnesa, einem Spezialisten für dieses Thema. Sie legte ihm ihre Bedenken dar und beschied ihm, dass sie den Pakt in der Kommission nicht verabschieden werde. Sie sei gegen den Inhalt in dieser Form und Ausmass ge-

Die Schweiz und das EDA machten den Pakt sofort zu ihrer Sache.

wesen, habe es jedoch als wichtig erachtet, dass Gnesa selber den Pakt in der Kommission im Januar 2018 vorstelle, damit die 81 Mitglieder aus den 47 Europarat-Staaten das Wissen in ihre Heimat tragen und zur Debatte stellen könnten. Danach habe sie vom Papier vorerst nichts mehr gehört. Erst vor wenigen Wochen habe sie die Brisanz realisiert. «Ich habe dann die Endversion des Pakts studiert, die nur unwesentliche Änderungen seit meiner Kritik im Europarat erfahren hatte.» Sie habe deshalb umgehend Parteipräsidentin Petra Gössi und Bundesrat Ignazio Cassis über ihre Bedenken und kritischen Einschätzungen informiert.

Kofi Annan war begeistert

Interessant ist, dass der Migrationspakt in der Schweiz seinen Anfang genommen hatte. 2002 lancierte die damalige Justizministerin Ruth Metzler die sogenannte Berner Initiative. Metzlers Credo damals: Die Migrationsfragen könnten im nationalen Alleingang nicht gelöst werden. Die CVP-Bundesrätin lud Experten nach Bern ein. Diese sollten Möglichkeiten zur Steuerung der internationalen Migration eruieren.

Uno-Generalsekretär Kofi Annan war begeistert von der Idee und versprach Metzler bei einem Treffen zwei Jahre später, er wolle ihre Initiative als Grundlage für eine weltweite Lösung prüfen, wie verschiedene Medien damals berichteten.

2006 liess Annan seinen Worten Taten folgen. Er regte die Schaffung eines globalen Migrationsforums an. Die Schweiz jubelte, und der damalige Chef der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Walter Fust, gab zu Protokoll, dass die Migration damit auch auf die Agenda der Uno komme; bis zu jenem Zeitpunkt war die Migration vor allem ein Thema der Justizministerin gewesen. Nach der Gründung des Globalen Forums für Migration und Entwicklung nahm das EDA verstärkt auf das Dossier Einfluss – insbesondere durch den damaligen Chef der Politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit), Thomas Greminger.

Metzlers «Berner Initiative» verschwand sang- und klanglos von der Bildfläche, und in den Vordergrund rückte stattdessen das Globale Forum für Migration. Es wurde zur Plattform für den Austausch über Migrationsfragen zwischen Regierungen, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft. Verbindliche Beschlüsse wurden keine gefasst, wohl aber gute Praktiken weitergegeben. 2011 leitete der Schweizer Sonderbotschafter für Migrationsfragen, Eduard Gnesa, das von der Uno unabhängige Gremium.

Als 2015 die Flüchtlingskrise Europa in Atem hielt, schoss das Thema Migration auf der Uno-Agenda ganz nach oben, und die Spezialisten des Globalen Forums rückten in die erste Reihe. Die Uno setzte für September 2016 einen Flüchtlingsgipfel an. Dieser endete in der «New Yorker Erklärung», die als Grundlage diente für die Ausarbeitung eines globalen Migrationspaktes und die von Justizministerin Simonetta Sommaruga unterschrieben wurde. Da die Schweiz das Dossier in den vergangenen Jahrzehnten stark geprägt und gepusht hatte, erstaunt es nicht, dass Uno-Vollversammlungspräsident Thomson einen Schweizer mit der Erarbeitung eines Migrationspaktes beauftragte. Viele der Themen, die das Globale Forum diskutiert hatte, flossen denn auch in die Überlegungen zum Migrationspakt ein, wie EDA-Mitarbeiter gegenüber der *Weltwoche* sagen.

Die Schweiz und das EDA machten den Pakt sofort zu ihrer Sache. Wie anders ist es zu erklären, dass Bundespräsidentin Doris Leuthard sich im September 2017 bei ihrer Rede vor der Uno dafür starkmachte – dabei wusste man damals noch gar nicht, was in dieser Sache herauskommen würde. Wie sagte Doris Fiala einmal: Es gebe Probleme, die wir tatsächlich nur im internationalen Kontext lösen könnten. Aber dafür darf man sich nicht von der Innenpolitik abhängen. Genau das ist beim Migrationspakt passiert. ○

Politik

Amherd in Bedrängnis

Die CVP-Bundesratskandidatin macht unwahre Angaben zur Honoraraffäre.

Als die Briger CVP-Politikerin Viola Amherd vor einer Woche die Pressekonferenz zu ihrer Bundesratskandidatur nachholte, die sie vor einigen Wochen wegen einer Nierensteingeschichte hatte verschieben müssen, kam sie in Bedrängnis. Medienleute wollten von ihr wissen, ob es stimme, dass der Walliser Staatsrat intervenieren musste, weil sie bei einem Kaufvertrag mitbeteiligten Notaren das Honorar nicht habe überweisen wollen. Dies hatte die *Weltwoche* berichtet. «Das ist falsch», gab Amherd zurück. Mehr wollte sie dazu nicht sagen.

Staatsrat bestätigt Vorkommnisse

Auf Anfrage bestätigt der damals zuständige, ehemalige Staatsrat Oskar Freysinger die Fakten. Wenn eine Politikerin, die ein Amt in der Bundesregierung anstrebe, so unverfroren die Unwahrheit sage, dann könne er nicht schweigen. Es liege im öffentlichen Interesse, dass den Bürgern reiner Wein eingeschenkt werde. Im besagten Fall habe er zuerst telefonisch versucht, Amherd davon zu überzeugen, den zwei jungen Oberwalliser Notaren ihren Anteil zukommen zu lassen. Dann habe er es noch einmal mündlich am Rande eines öffentlichen Anlasses mit Hilfe eines Regierungskollegen versucht. Danach habe er Amherd zweimal schriftlich dazu auffordern müssen, bis endlich etwas in Gang gekommen sei. Ein anderer prominenter Staatsrat, der wie Amherd der CVP angehört, bestätigt gegenüber der *Weltwoche* die Vorkommnisse.

Worum ging es? 2013 hatte der Kanton Wallis dem Kloster St. Ursula in Brig die Sportanlagen inklusive Hallenschwimmbad zum Preis von 22 Millionen Franken abgekauft. Das Honorar für die Verurkundung betrug 40 000 Franken. Gemäss einer im Wallis gängigen Gepflogenheit beschloss die Walliser Regierung, Amherd solle als Hauptnotarin den Kaufvertrag notariell besiegeln, aber die damals beiden jüngsten Notare im Oberwallis, M.G. und A.P., daran beteiligen. So wurde es auch im Grundbuch eingetragen. Doch Amherd wollte sich zuerst mit juristischen Spitzfindigkeiten um die Zahlung drücken. Es dauerte fast ein Jahr, bevor sie den Notariatskollegen je einen Drittel auszahlte – und dies erst auf Druck von Staatsrat Freysinger, der als Justizminister die Aufsicht über die Notare hatte. *Hubert Mooser*

Orakelsprüche aus Lausanne

Was hat das Bundesgericht in seinen zwei ominösen Urteilen von 2012 und 2015 genau beschlossen? War es eine Art Staatsstreich, der durch die Selbstbestimmungs-Initiative rückgängig gemacht werden muss? Oder war es – eigentlich gar nichts? *Von Katharina Fontana*



Ist die Schubert-Praxis endgültig tot?

Kurz vor der Abstimmung über die Selbstbestimmungsinitiative (SBI) justieren Befürworter wie Gegner noch einmal die Argumente. Die Initiatorin SVP zeigt sich plötzlich als Freundin der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), was das gegnerische Lager, das die SBI als Attacke auf die Menschenrechte darzustellen versucht, verständlicherweise auf die Palme bringt. Die Gegner ihrerseits behaupten seit neuestem, dass die SVP ein Nichtproblem bewirtschaftete. Deren Kritik, dass das Bundesgericht im Jahr 2012 ein

Skandalurteil gefällt und Volk und Stände kalt entmachtet habe, treffe in keiner Weise zu.

Stimmt das? Sieht die SVP Gespenster? Dreh- und Angelpunkt ist das Urteil vom Oktober 2012 (BGE 139 I 16). Gefällt wurde es von der Zweiten öffentlich-rechtlichen Abteilung, die anderen sechs Kammern des Bundesgerichts waren daran nicht beteiligt. Konkret ging es um die Beschwerde eines kriminellen Mazedoniers, der sich gegen seine Wegweisung aus der Schweiz wehrte und vom Bundesgericht recht erhielt. So weit, so unspektakulär. Die er-

wähnte Abteilung liess es aber nicht dabei bewenden, den Mann im Land zu behalten. Sie hielt zusätzlich fest, dass die 2010 von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative, die eine harte Hand gegenüber kriminellen Ausländern verlangt, «keinen Vorrang vor den Garantien der EMRK» habe. Das Gericht werde der Initiative nur so weit Rechnung tragen, als dies nicht zu Konflikten mit dem Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg (EGMR) führe. Diese Aussage wurde als klarer Fingerzeig der Richter an das Parlament angesehen, wie es die Ausschaffungsinitiative in einem Gesetz umzusetzen habe.

Kein «Betriebsunfall»

Die SVP sieht in diesem Urteil einen Frontalangriff auf die direkte Demokratie. Mit dieser Meinung steht sie nicht allein. So sprach alt Bundesgerichtspräsident Martin Schubarth

Der Gesetzgeber ist frei, einen Staatsvertrag bewusst zu brechen.

von einem «juristischen Staatsstreich erster Klasse». Der Entscheid, die EMRK über die Verfassung zu stellen, sei von derartiger Tragweite, dass dafür alle Abteilungen des Bundesgerichts hätten einbezogen werden müssen, meinte 2014 der damalige Bundesrichter Hans Mathys im Interview mit der NZZ. Dieselbe Haltung vertritt der Zürcher Staatsrechtsprofessor Andreas Kley: Eine Abteilung allein sei gar nicht befugt gewesen, ein solches Urteil zu fällen, dieses sei also gar nicht verbindlich, sagte er jüngst auf einem Podium.

Diese Aussagen kontrastieren doch ziemlich mit der Haltung von SBI-Gegnern wie Martin Dumermuth, Direktor des Bundesamts für Justiz, oder jener des Zürcher Strafrechtsprofessors Daniel Jositsch, die finden, dass sich 2012 gar nichts geändert habe. Auch in der «Abstimmungs-Arena» von letzter Woche tönte es ähnlich: «Was 2012 geschah, war keine Revolution», meinte Moderator Jonas Projer apodiktisch. Schaut man sich die bisherige Rechtspraxis zum Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht an, ist das doch eine ziemlich steile Behauptung. Grundsätzlich gilt, dass Bund und Kantone Völkerrecht beachten müssen; so steht es in der Verfassung. Der Gesetzgeber ist allerdings frei, einen Staatsvertrag bewusst zu brechen. Diese sogenannte

Schubert-Praxis wurde vom Bundesgericht 1973 eingeführt, 1999 dann relativiert: Seither gilt, dass die EMRK und andere Menschenrechtspakte einem Bundesgesetz im Konfliktfall vorgehen.

Und wie steht es mit der Verfassung? Vor 2012 gingen der Bundesrat sowie die Mehrheit der Lehre davon aus, dass bei unlöslichen Widersprüchen die neuere Verfassungsnorm einem älteren Staatsvertrag vorgehe. Denn es wäre unlogisch, dem Gesetzgeber mit der Schubert-Praxis den bewussten Bruch von Völkerrecht zu erlauben und dem Verfassungsgeber, dessen Entscheide demokratisch noch besser legitimiert seien, nicht, hielt die Landesregierung 2010 und 2011 in ihren beiden Berichten «zum Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht» ausdrücklich fest. Die Meinung, dass für die Menschenrechtskonvention andere Regeln gelten würden und die Verfassung – analog zu einem Bundesgesetz – bei einem Konflikt mit der EMRK toter Buchstabe bleiben müsse, wurde in dieser umfassenden Auslegung, der letzten vor 2012, nicht vertreten. Oder anders formuliert: Vor 2012 entsprach es nicht der hiesigen Rechtsauffassung, dass ein Entscheid von sieben Richtern des Strassburger Menschenrechtsgerichtshofs dem Willen von mehreren Millionen Schweizer Stimmenden vorgehen soll. Doch genau das hat die Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung 2012 beschlossen. Und das ist eine grundlegende staatspolitische Neuerung.

Dass es sich beim Urteil von 2012 nicht einfach um einen «Betriebsunfall» handelte, sondern um einen eigentlichen Paradigmenwechsel im Verhältnis von Völkerrecht und Landesrecht, zeigt ein weiteres, mindestens ebenso spektakuläres Urteil derselben Abteilung vom November 2015 (BGE 142 II 35). Der Fall gab auf den Gängen von Mon-Repos schon im Voraus viel zu reden, Richter, Gerichts-

schreiber und Journalisten wussten, dass mit einem staatspolitisch ähnlich explosiven Kaliber wie 2012 zu rechnen war. Konkret ging es um eine Dominikanerin, Mutter eines EU-Bürgers, die, gestützt auf das Freizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA), ein Aufenthaltsrecht für die Schweiz forderte. Die fünf Bundesrichter lehnten dies ab, das FZA gebe der sozialhilfeabhängigen Frau keinen Anspruch auf ein Bleiberecht. Wiederum wurde der an sich unproblematische Fall zum Leiturteil gemacht.

Die Abteilung stellte klar, dass sie sich bei einem allfälligen Konflikt in jedem Fall an das FZA halten werde und nicht an die von Volk und Ständen 2014 angenommene Initiative ge-

Beide Urteile gelten in Lehre und Politik mittlerweile als Referenz.

gen die Massenzuwanderung oder an das entsprechende Umsetzungsgesetz, das damals in Bundesbern ausgearbeitet wurde. Damit ging das Bundesgericht einen beachtlichen Schritt weiter als 2012: Obschon das FZA in erster Linie wirtschaftlicher Natur ist und kein Menschenrechtspakt, wurde ihm absoluter Vorrang zugestanden. Zudem hielt das Richtergremium fast schon verwegend fest, dass es weiterhin freiwillig neue Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum freien Personenverkehr übernehmen und die hiesige Rechtsordnung in diesem Bereich an diejenige der EU angleichen werde – ungeachtet dessen, dass sich das Stimmvolk für eine restriktivere Zuwanderung ausgesprochen hatte und die Schweiz in keiner Weise verpflichtet ist, das FZA laufend an neues EU-Recht anzupassen. Etwas salopp gesagt, hat das Bundesgericht 2015 Stimmvolk und Parlament kaltgestellt: Wie sich die Perso-

nenfreizügigkeit in der Schweiz weiterentwickelt, darüber entscheidet heute faktisch der EuGH in Luxemburg. Ob das Bundesgericht seine Rechtsprechung dereinst auf andere bilaterale Verträge ausweiten und die Schweiz damit ohne demokratische Mitsprache EU-Recht unterstellen wird, wie Kritiker befürchten, muss sich zeigen.

Ignorieren geht nicht

Bis heute weiss man nicht, ob es sich bei den zwei völkerrechtseuphorischen Urteilen um einen Sololauf der Zweiten öffentlich-rechtlichen Abteilung handelt oder ob das Gesamtgericht diese Haltung teilt. Der Einwand, das Urteil von 2012 sei nicht verbindlich, da es von allen sieben Bundesgerichtsabteilungen hätte gefällt werden müssen, ist zwar berechtigt, führt aber nirgendwohin. Denn der Entscheid – wie auch derjenige von 2015 – hat sich bereits verselbständigt, beide Urteile gelten in Lehre und Politik mittlerweile als Referenz. Einfach ignorieren geht also nicht.

Eine Klärung durch das Gesamtgericht wäre umso wünschenswerter, als die beiden Urteile letztlich vieles offenlassen. Welche internationalen Verträge Verfassung und Gesetz nun eigentlich vorgehen, darüber besteht eine ziemliche Konfusion: Sind es Menschenrechtspakte wie die EMRK? Ist es darüber hinaus das Freizügigkeitsabkommen? Sind es sämtliche bilateralen Verträge? Oder hat das Bundesgericht gar den generellen Vorrang jeglichen Völkerrechts vor Landesrecht eingeführt? Und ist die Schubert-Praxis endgültig tot? Man weiss es nicht. Klar ist jedoch, dass fünf Richter bei zwei rechtspolitisch heiklen Geschäften – Ausschaffung und Zuwanderung – sich sehr direkt in den politischen Prozess eingemischt haben. Wer meint, dass Richter Recht sprechen und nicht politisieren sollen, kann das nicht gut finden. ○



sms zürichsee AG

Segel- und Motorbootschule
Seestrasse 395, 8038 Zürich
Tel. 044 480 08 77, info@sms-zuerichsee.ch

Gemacht für KMU wie die Segel- und Motorbootschule hier links.

UBS Digital Business. Das KMU-Bankpaket mit über 20 nützlichen Tools. Ganz praktisch.

ubs.com/DigitalBusiness





Rückendeckung durch den Zeitgeist: Moderatorin Laeri.

Sturm auf die Männerbastion

Lange war sie als gutaussehende Wirtschaftsjournalistin des Schweizer Fernsehens bekannt. Mit dem Kampf für mehr Frauen in den Chefetagen hat Patrizia Laeri ein Thema gefunden, das ihr mehr Aufmerksamkeit einträgt. Von Florian Schwab und Paolo Dutto (Bild)

Patrizia Laeri allein auf weiter Flur: Als wir die Moderatorin von «Eco» und «SRF Börse» in Zürich treffen, liegt eine unwirkliche Atmosphäre über dem Fernsehstudio. Es ist Abend, fast alle Mitarbeiter sind bereits nach Hause gegangen. Auf der Suche nach einem geeigneten Platz für das Gespräch durchmessen wir die weitläufigen Gänge, vorbei an verwaisten Garderoben, Büros und Aufnahmestudios.

In den leeren Räumen hallen die hohen Absätze von Patrizia Laeris Schuhen bei jedem Schritt, als wollten sie den Worten ihrer Trägerin besonderen Nachdruck verleihen: «Frauen sind in der Chefetage grosser Schweizer Firmen dramatisch untervertreten.» Nur drei Prozent der grossen Firmen hierzulande hätten eine Chefin. Im Bankensektor gebe es sogar nur 1,6 Prozent weibliche CEOs. Immerhin: Gerade hat Laeris Arbeitgeber bekanntgegeben, dass die neue Direktorin von Schweizer Radio und Fernsehen Nathalie Wappler heisst. Zwar kenne sie die neue Chefin noch nicht persönlich, «aber ich freue mich natürlich sehr über den Entscheid».

Laeris Einsatz für mehr Frauen in der Wirtschaft begann vor drei Jahren mit einem Erweckungserlebnis. In ihrer eigenen Laufbahn

war die Wirtschaftsjournalistin immer wieder mit dem Vorurteil konfrontiert, wonach gutaussehende Frauen – und Laeri sieht fantastisch aus – ansonsten nicht allzu viel auf dem Kasten haben. Vor drei Jahren umschrieb die *Schweiz am Sonntag*, als es um die Nachfolge Daniela Lagers als «10 vor 10»-Moderatorin ging, Patrizia Laeri schlicht als «Ex-Hobby-

«Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass geschlechtlich gemischte Teams leistungsfähiger sind.»

Model» – die Tatsache, dass die damals 38-Jährige ein Studium in Betriebswirtschaft an der Uni Zürich abgeschlossen hat und seit fünfzehn Jahren erfolgreich als Journalistin tätig war, liess der Autor unerwähnt. In einer gutgemeinten, aber ähnlich klischeierten Aktion setzte die Programmzeitschrift *Tele* wenig später Laeri auf die Titelseite: «Vorsicht, kluge Frau!»

Ab da ging Laeri in die Offensive. Gegen den ersten Artikel intervenierte sie juristisch, und den zweiten persiflierte sie in den sozialen Medien auf selbstironische Art und Weise. Das

trug ihr eine grosse Gefolgschaft ein von Leuten, die in den Unternehmen patriarchale Strukturen wittern. In ihren thematischen Schwerpunkten «Digitalisierung» und «Gender» hat sich Laeri neben ihrer Tätigkeit bei SRF ein erfolgreiches nebenberufliches Standbein aufgebaut als Kolumnistin, Referentin und Moderatorin. Seit diesem Jahr hat die SRF-Wirtschaftsfrau eine Kolumne im *Blick*.

Die Gender-Frage ist auch hier sehr präsent. Laeri schreibt über «Transgender-Unternehmerinnen», denen «oft gar Hass entgegenschlägt», über «männliche Investoren» in Start-ups, die «männliche Gründer bevorzugen». Und bei der Diskussion um die vom Parlament beschlossene «weiche» Frauenquote, die verlangt, dass Firmen erklären müssen, warum sie im Verwaltungsrat nicht 30 Prozent Frauenanteil erreichen, kritisierte sie die «Ausreden der Männer-Konzerne». Auf Twitter doppelte sie nach: «Swiss Life, Swisscom, Adecco, Geberit & Lonza, eure Ausreden sind billig! Und könnten teuer werden.»

Angesichts solch gepfeffelter Aussagen könnte man auf die Idee kommen, Patrizia Laeri sei eine Art Rachegöttin der Frau am Konferenztisch der Chefetagen. Doch im di-

rekten Gespräch erweist sich die Journalistin als offen, zugänglich und differenziert. Sie sehe sich nicht als Aktivistin. «Es ist ganz einfach wissenschaftlich erwiesen, dass geschlechtlich gemischte Teams leistungsfähiger sind.» Wie die neurologische Forschung zeige, «funktionieren Frauen- und Männerhirne unterschiedlich», und «Gleichmacherei finde ich schwierig». Schliesslich hätten beide Geschlechter etwas Wertvolles beizutragen. «Beim Konsum werden rund achtzig Prozent aller Kaufentscheide von Frauen getroffen.» Also gebiete es doch der «gesunde Menschenverstand, dass es in den obersten Gremien jemanden gibt, der die Frauen versteht».

Aber gibt es nicht auch rein männlich oder weiblich dominierte Firmen, die hervorragend funktionieren? Ja, sagt Patrizia Laeri, das könne in Ausnahmefällen schon einmal vorkommen. Aber meistens sei das in Bereichen wie der Finanz- oder der Erdölbranche, die «kein besonders nachhaltiges Geschäftsmodell» hätten. «Extreme finde ich nicht gut, ich suche nach *inclusiveness*.»

Laut Patrizia Laeri liegt der zentrale Missstand heute darin, dass «das System diejenigen belohnt, die wettbewerbsorientierter und weniger kooperativ sind», also die Männer. Es gehe jetzt darum, dieses Ungleichgewicht im System zu korrigieren, was übrigens auch im Interesse der Aktionäre liege: «Die neuere ökonomische Forschung zeigt, dass Kooperation häufig bessere Resultate erzielt als der blanke Wettbewerb.»

Differenzen mit Gerhard Schwarz

Schon früh habe sie sich für die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie interessiert, erzählt Laeri. Ihre erste berufliche Station war vor achtzehn Jahren ein Volontariat in der Wirtschaftsredaktion der *Neuen Zürcher Zeitung*. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, über das

Börsengeschehen zu berichten. Einmal habe sie jedoch einen Artikel über die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie verfasst, der das Bild des Menschen als eines «rationalen Homo oeconomicus» in Frage stellte. «Der damalige NZZ-Wirtschaftschef Gerhard Schwarz hat mich in sein Büro zitiert und mir klargemacht, dass der Artikel nicht erscheinen könne.» Die Entwicklung in der Zwischenzeit, findet Laeri, habe ihr recht gegeben.

Nach ihrem Volontariat an der Falkenstrasse absolvierte Laeri den ersten Jahrgang des Stages beim Schweizer Fernsehen. Sie war

Als Frau, sagt sie, könne sie härter nachfragen. «Es wirkt dann immer noch charmant.»

für verschiedenste Redaktionen tätig, darunter «Kassensturz», «Rundschau» und «10 vor 10». Im Jahr 2011 fertigte sie für «10 vor 10» eine kontrovers diskutierte, mehrteilige Reportage aus Nordkorea. Seit zehn Jahren moderiert sie «SRF Börse» und seit zwei Jahren das Magazin «Eco» im Abtausch mit Reto Lipp. Die Situation bei SRF nach der «No Billag»-Abstimmung beurteilt sie als «gut». Sie wünsche sich, dass weiter in journalistische Qualität investiert werde. «Beim Thema Verwaltungsapparat hat man die Zeichen der Zeit erkannt und geht es jetzt betriebswirtschaftlicher an.» Von daher sei die Debatte «sehr gut» gewesen.

In ihrem Beruf als Wirtschaftsjournalistin scheut die SRF-Frau nicht die Konfrontation mit den Silberrücken der Schweizer Wirtschaft. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise unterzog sie den damaligen UBS-Präsidenten Peter Kurer einer fast inquisitorischen Befragung zum Thema Boni. Und bei der Berichterstattung vom Swiss Economic Forum (SEF)

in Interlaken verstimmte Laeri Nationalbankpräsident Thomas Jordan mit hartnäckigen Fragen: «Wieso investieren Sie in Waffenkonzerne?» Die dann folgenden Erklärungen ihres Interviewpartners unterbricht Laeri mit den Worten, das seien «theoretische Ausflüchte». Ein sichtlich genervter Thomas Jordan bricht das Gespräch ab: «Unsere Strategie ist die. Mehr kann ich dazu nicht sagen.»

Es sind zwei Interviews, auf die Laeri stolz ist. Als Frau, sagt sie, könne sie härter nachfragen. «Es wirkt dann immer noch charmant, während es bei einem männlichen Interviewer ins Aggressive abdriften würde.» Allerdings will es scheinen, dass Laeri bei beiden Gesprächen – wie auch bei ihrem Einsatz für die Frauen in der Wirtschaft – aus einer Position heraus operiert, in der ihr die Rückendeckung durch den Zeitgeist sicher ist. Ist Patrizia Laeri also eine geschickte Promotorin in eigener Sache, die die heute populären Themen auf die eigene Mühle zu leiten versteht? Nein, sagt sie. Gerade mit dem Gender-Thema ecke sie andauernd an. «In den sozialen Medien werde ich deswegen regelrecht angefeindet.»

Was müsste geschehen, damit mehr Frauen Karriere machen? Laut Laeri wäre zuvorderst der Mutterschaftsurlaub in einen Elternurlaub umzuwandeln. Zudem müssten die Angebote zur berufsbegleitenden Betreuung besser zugänglich werden («Die Schweiz ist hier das teuerste Land der Welt!»). Ihr eigenes hohes Arbeitspensum – wie auch ihr Ehemann arbeitet Patrizia Laeri Vollzeit – könne sie nur dank der Unterstützung ihrer Mutter bewältigen. Die 75-Jährige unterstütze sie tatkräftig bei der Betreuung ihrer beiden Söhne (fünf und sieben Jahre). «Mein Mami hat mich schon gewarnt: «Pass auf, am Ende giltst du noch als Emanze», sagt Patrizia Laeri und lacht herzlich. Heutzutage gibt es Schlimmeres. ○

TEXTILKURIER



Wir holen ab, reinigen und liefern.
textilkurier.ch

Gemacht für KMU wie den Textilkurier hier links.

UBS Digital Business. Das KMU-Bankpaket mit über 20 nützlichen Tools. Ganz praktisch.

ubs.com/DigitalBusiness



Kapitulation vor dem Kind

Ein Scheidungskind mag seinen Vater nicht mehr besuchen.
Das Gericht zeigt sich verständnisvoll. Die Rechte des Vaters zählen nicht.
Von Katharina Fontana und Gabi Kopp (Illustration)



Das Mädchen merkt, dass es mit seiner Verweigerung Macht ausüben kann.

Müsste Remo der Familienjustiz Noten geben, dann fiel die Bewertung unterirdisch schlecht aus. Der 49-jährige Lebensmittelingenieur ist von Kinderschutzbehörden und Richtern tief enttäuscht. «Ich bin im Recht, alle wissen das, und doch schleicht sich der Staat aus der Verantwortung und gibt sich machtlos», sagt er. Seit mehr als vier Jahren befindet sich Remo mit seiner ehemaligen Frau im Streit um die Obhut für die heute neunjährige Tochter, seit kurzem ist das Elternpaar geschieden.

Der Fall von Remo verdient es, erzählt zu werden. Denn er zeigt beispielhaft, dass eine hartnäckige Mutter auch heute noch eine

Vetomacht ausüben und den als lästig empfundenen Vater aus der Familie hinausdrängen kann – obschon dies mit dem in den letzten Jahren modernisierten Familienrecht eigentlich nicht mehr möglich sein sollte. Und er zeigt zudem, dass Verwaltung und Gerichte unter dem Titel des Kindeswohls die Elternrechte massiv beschneiden dürfen, ohne dass sich der betroffene Elternteil dagegen wehren kann.

«Alles im Rahmen des Üblichen»

Im Juli 2014 kam es bei Remo zur Trennung, nach fünfzehn Ehejahren. Den Grund kenne

er bis heute nicht, «meiner Ex-Frau ist im Alltag wohl einfach die Liebe zu mir abhandengekommen».

Die Probleme fingen an, als das Paar ein Haus baute und die Tochter ins Erziehungsalter kam. Man sei sich nicht immer einig gewesen, wie man das Kind erziehen wolle, es habe gewisse Differenzen gegeben, «aber alles im Rahmen des Üblichen», erzählt der ehemalige Fünfkämpfer. Was die Gleichberechtigung angeht, waren Remo und seine Frau ein Vorzeigepaar. Beide arbeiteten je 70 Prozent, Hausarbeit und Kinderbetreuung wurden geteilt, man kann von einem intensiven Familienleben sprechen.

Mit der Trennung tat sich Remo sehr schwer, doch er habe sie im Laufe der Zeit akzeptiert. «Ich wollte aber auf jeden Fall Vater bleiben und mich auch im Alltag um mein Kind kümmern. Das war für mich die Bedingung für eine einvernehmliche Lösung.» Doch die Mutter habe sich von Beginn an quergelegt und darauf bestanden, dass er das Kind lediglich alle zwei Wochen am Wochenende sehe.

Von der Mutter beeinflusst

Im Sommer 2015 stellte die Luzerner Bezirksrichterin die kleine Tochter, die zu jener Zeit und auch bei einer späteren Anhörung sehr

Was die Gleichberechtigung angeht, waren Remo und seine Frau ein Vorzeigepaar.

positiv vom Vater sprach, unter die alternierende Obhut der Eltern. Die Mutter wehrte sich jedoch erbittert dagegen, die Kinderbetreuung zu teilen und SIE ein, zwei Tage die Woche dem Vater abzutreten. Mit Erfolg: Anfang 2016 sprach das Kantonsgericht Luzern die Obhut ihr alleine zu, Remo hatte das Nachsehen.

Zwar anerkannte das Gericht, dass der Vater während des Zusammenlebens ein sehr gutes und enges Verhältnis zur Tochter gepflegt habe. Dass die Voraussetzungen für die geteilte Obhut grundsätzlich erfüllt seien, da beide Eltern in einem Teilzeitpensum arbeiteten und sich um das Kind kümmern könnten, wurde im Urteil ebenfalls explizit erwähnt.

Dennoch schlug sich das Kantonsgericht auf die Seite der Mutter. Die Eltern seien, was die Betreuungszeiten angehe, tief zerstritten. Letztlich scheitere die geteilte Obhut «allein

am erbitterten Widerstand» der Mutter, heisst es im Entscheid. Deren massive Abwehr habe beim Kind zu einem tiefen Loyalitätskonflikt geführt, sein Wohl sei bei der geteilten Obhut deshalb nicht gewährleistet. Eine Aussage, die für Remo der blanke Hohn ist. «Das Gesetz sieht ausdrücklich vor, dass sich die geschiedenen Eltern die Obhut teilen können. Es darf doch nicht sein, dass ein Elternteil dies verhindern kann, indem er sich weigert und das Kind auf seine Seite zieht.»

Genau das scheint bei der Tochter geschehen zu sein. Aus den Unterlagen von Kinderschutzbehörde und Gericht geht mehrfach hervor, dass Anlass zur Vermutung bestehe, dass die Mutter die Tochter beeinflusse und sie durch ihr ablehnendes Verhalten gegen den Vater einnehme. «Meine Tochter ist heute ganz auf die Mutter ausgerichtet und ahmt sie nach. An Anlässen wie Elternabenden oder so mag ich schon gar nicht mehr teilnehmen, da werde ich von beiden nicht einmal gegrüsst und stehe als unwillkommene Randfigur herum.»

Die Familie besucht seit geraumer Zeit eine vom Gericht angeordnete Therapie. «Der Psychiater und die Kinderschutzbehörde durchschauen genau, wie die Mutter die geteilte Obhut hintertreibt. Doch sie hoffen darauf, dass sie dann schon einmal einlenkt – oder dass ich mich in mein Schicksal ergebe. Niemand schreit ein.»

Rolle des Bösewichts

Remo brachte seinen Fall vor das Bundesgericht. In Lausanne konnte man nicht nachvollziehen, warum die geteilte Obhut nicht möglich sein sollte, und wies den Fall an die Vorinstanz zurück. Im September 2018 sprach die Luzerner Justiz die Obhut aber erneut allein der Mutter zu. Die Tochter leistet jetzt auch selber deutlichen Widerstand, trotz und weigert sich, Zeit mit dem Vater zu verbringen.

Sie will nicht mehr bei ihm übernachten oder mit ihm in die Ferien fahren. Das Mädchen merke, dass es mit seiner Verweigerung Macht ausüben könne, heisst es im Luzerner Urteil, aufgrund seiner Ängste und Spannungen komme die alternierende Obhut nicht in Frage. Remo sieht seine Tochter derzeit bestenfalls jedes zweite Wochenende und nur tagsüber. Erst ab 2021 soll laut Gericht wieder versucht werden, dem Vater eine Woche Ferien mit der Tochter zu ermöglichen.

Remo will die Sache nicht nochmals vor das Bundesgericht bringen. Nicht, weil er sich keine Chancen ausrechnen würde. Doch er sehe keinen Sinn mehr darin, es sei zu spät. Das

«An Anlässen wie Elternabenden stehe ich als unwillkommene Randfigur herum.»

Kind werde immer älter, es werde jetzt ohnehin selber entscheiden können, ob es den Vater besuchen wolle oder nicht. Auch tue es ihm inzwischen selber weh, wenn die Tochter bei ihm sei. «Das sind zwar schöne Momente, gleichzeitig merke ich aber, wie viel ich von ihrem Leben verpasse. Und wie viel sie schon von unserem früheren gemeinsamen Leben vergessen hat. Das ist enorm deprimierend.»

Es sei ihm ein Anliegen, seinen Fall öffentlich zu machen, erzählt der Scheidungsvater. Er habe sich nichts vorzuwerfen. Vielleicht könne er anderen Männern zeigen, wie sie sich verhalten sollten. Denn er selber würde heute einiges anders machen. «Wenn meine Tochter bei mir war, habe ich sie immer zur vereinbarten Zeit zurückgebracht, auch wenn sie bei mir bleiben wollte.» Doch solches Wohlverhalten zahle sich nicht aus. «Ich würde jedem Vater in einer ähnlichen Situation raten, mit gleichen Mitteln vorzugehen und das Kind bei sich zu

behalten, wenn es nicht zur Mutter zurückwill. Das Kind merkt dann: «Mami reisst mich vom Papi weg.» Vielleicht verhindere dies, dass der Vater fast zwangsläufig – selbst wenn er sich korrekt verhalte – in die Rolle des Bösewichts gerate.

Wichtig ist, was das Kind will

Das Argument des Gerichts, dass die geteilte Obhut aus Rücksicht auf das Kindeswohl nicht in Frage komme, hält Remo für wenig überzeugend. «Als die Tochter zu Beginn weinte, wenn sie nicht länger bei mir sein durfte, hatte die Kinderschutzbehörde kein Problem mit dem Kindeswohl. Jetzt ist es natürlich schwierig, denn das Kind steckt in einem Loyalitätskonflikt.» Es dürfe einfach gar nicht zu solchen Situationen kommen, man müsse renitente Mütter bestrafen können. Gleichzeitig findet der Vater, dass man beim Kindeswohl nicht nur darauf abstellen könne, ob die Wünsche des Kindes erfüllt würden und wie sein momentanes Befinden sei. «Sonst hängt am Schluss alles vom Kind ab, und es zählt nur noch das, was es selber will.»

Tatsächlich scheinen die Behörden heute vielfach in diese Richtung zu tendieren. Man will dem Kind nichts abverlangen, was es als Belastung empfinden könnte – selbst wenn dies regelmässige Kontakte mit dem eigenen Vater sind, mit dem es zuvor jahrelang zusammengelebt hat und der den Lebensunterhalt des Kindes noch auf Jahre hinaus wird mitfinanzieren müssen.

Ob dem Kind damit auf längere Sicht wirklich gedient ist, ist allerdings eine andere Frage. Zudem sollten bei aller Fixierung aufs Kind und auf sein Wohl die Eltern und deren legitime Ansprüche nicht ganz ausgeblendet werden: Es kann ja nicht sein, dass am Schluss die Kinder nur Rechte und die Eltern nur Pflichten haben. ○

Jakob's Basler — Leckerly

ÄLTESTE BISCUIT MANUFAKTUR 1753

St. Johannis-Vorstadt 47
4056 Basel
www.baslerleckerly.ch



Gemacht für KMU wie die Läckerli-Backstube hier links.

UBS Digital Business. Das KMU-Bankpaket mit über 20 nützlichen Tools. Ganz praktisch.

ubs.com/DigitalBusiness





Essay

Feile, Axt und Augenbinde

Die Selbstbestimmungs-Initiative ist ein zu kleiner Werkzeugkoffer für die Exportnation Schweiz. Kompromisse sind nicht vorgesehen.

Von Valentin Vogt

Sind einfache Lösungen immer die besten, auch wenn die Herausforderungen komplex sind? Die Autoren der Selbstbestimmungsinitiative sind offenbar dieser Ansicht. Für den Umgang der Schweiz mit Widersprüchen zwischen Verfassung und Völkerrecht schlagen sie einen sehr kleinen Werkzeugkoffer vor. Er enthält nur drei Geräte: erstens eine grobe Feile, um Verträge in Neuverhandlungen umzuformen, bis sie zum Schweizer Recht passen. Zweitens eine Axt, um Verträge loszuwerden, die sich nicht umformen lassen. Und drittens eine Augenbinde für die Bundesrichter. Sie sollen missliebige Verträge, die nicht dem Referendum unterstanden, nicht mehr beachten.

Wo Blocher recht hat

Mit diesen drei Werkzeugen sollen Bundesrat, Parlament und Bundesgericht künftig hantieren. Instrumente für das Erarbeiten von Kompromissen sind nicht vorgesehen. Es geht also um eine radikale Vorlage, auch wenn die zahmen Plakate der SVP uns etwas anderes vorgaukeln. Und deshalb ist die Abstimmung vom 25. November auch so wichtig. Die Initiative greift die Grundfesten der Exportnation Schweiz frontal an. Insofern hat Christoph Blocher recht, wenn er sagt, dies sei der wichtigste Urnengang seit der EWR-Abstimmung.

Ohne Völkerrecht wäre die moderne Schweiz unvorstellbar. Unsere Eigenstaatlichkeit, unsere Neutralität, der Verlauf unserer Landesgrenzen: All das ist seit Jahrhunderten völkerrechtlich anerkannt und damit abgesichert. Internationale Abkommen sind aber auch eines der wichtigsten Elemente für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Gutausgebildete Arbeitskräfte, innovative Unternehmen und eine leistungsfähige Infrastruktur bilden die Basis. Aber ohne geregelte Beziehungen zu den wichtigsten Absatzmärkten findet auch das beste Schweizer Produkt keinen Käufer. Deshalb regeln heute rund 600 völkerrechtliche Abkommen den Freihandel, Transportrechte oder den Schutz von Investitionen und Patenten im Ausland. Leider gefährdet die Selbstbestimmungsinitiative den Fortbestand dieser Verträge. Zwar fallen sie nach einem Ja am 25. November nicht einfach weg. Aber es wird ein Prozess in Gang gesetzt, der die Schweiz längerfristig isoliert.

Bei manchen Abkommen besteht bereits heute ein Widerspruch zur Verfassung, der gemäss



Erfolg dank internationalen Abkommen.

Initiative zwingend beseitigt werden müsste. Ein Beispiel ist das Landverkehrsabkommen mit der EU, das den alpenquerenden Gütertransport regelt. Dieses Abkommen widerspricht der Alpeninitiative. Und doch ist es vorteilhaft für die Schweiz: EU-Transporteure zahlen jährlich Millionen an unsere Verkehrsinfrastruktur und haben so die Neat mitfinanziert. Mit diesem Kompromiss konnte die Alpeninitiative zwar nicht wörtlich, aber sinngemäss umgesetzt werden. Künftig wäre das nicht mehr tolerierbar – der Vertrag müsste neu verhandelt werden, die Schweiz hätte ohne Not einen weiteren, völlig unnötigen Konflikt mit Brüssel.

Ein anderes Beispiel ist das Freihandelsabkommen mit China. Wie viele vergleichbare Abkommen enthält es eine Klausel, die den kontingentfreien Einsatz von Arbeitskräften chinesischer Firmen in der Schweiz und umgekehrt vorsieht. Das verstösst, wenn man genau hinschaut, gegen den Zuwanderungsartikel in der Bundesverfassung. Wie soll man damit umgehen, wenn man nur noch die drei erwähnten Instrumente zur Verfügung hat? Das Abkommen ist noch nicht lange in Kraft: China wird sich nicht auf Neuverhandlungen einlassen. Das Perfide aber ist, dass die Selbstbestim-

mungsinitiative Schweizer Gerichte zwingt, hier nun die Augenbinde anzuziehen. Das Freihandelsabkommen wurde nämlich nicht dem Referendum unterstellt – auch viele SVP-Parlamentarier hielten das für unnötig. Gemäss Initiativtext ist der Vertrag damit für Schweizer Richter nicht massgebend, falls es zu einer Klage kommt. Kurz: Die Schweiz müsste ihn brechen. Unser Ruf als vertrauenswürdiger Vertragspartner würde schweren Schaden nehmen.

Es ginge auch anders

Die SVP argumentiert: Verträge, die der Verfassung widersprechen, hätten gar nie abgeschlossen werden dürfen. Das ist korrekt. Das China-Abkommen war bei seinem Abschluss verfassungskonform. Aber kein Land ändert seine Verfassung so häufig ab wie die Schweiz, nämlich fast alle drei Monate via Volksabstimmung. Nicht immer ist sofort offensichtlich, dass damit ein internationales Abkommen geritzt wird. Das ist auch nicht weiter schlimm, solange die Möglichkeit besteht, anschliessend mit gesundem Menschenverstand eine Lösung zu finden, wie man es beim Alpenschutz getan hat. Aber die Selbstbestimmungsinitiative nimmt der Schweiz diese Möglichkeit. Sie macht unser Land deshalb nicht stark und selbstbestimmt, sondern nimmt ihm den Handlungsspielraum für sinnvolle Lösungen.

Es ginge auch anders. Die SVP selber macht es vor mit ihrer neuen Initiative gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen. Die Vorlage, über die wir wohl 2020 abstimmen werden, verlangt klipp und klar die Kündigung eines bestimmten Vertrags. Das ist der korrekte Weg, und für diesen braucht es keine Selbstbestimmungsinitiative. Leider sind nicht alle Volksbegehren derart eindeutig. Darum ist es sinnvoll, wenn Bundesrat und Parlament jeweils pragmatische Lösungen suchen können. Die Stimmbevölkerung hat jederzeit die Möglichkeit, mittels Referendum oder Initiative korrigierend einzugreifen. Das sind die Spielregeln unserer direkten Demokratie, und sie haben sich bislang bestens bewährt. Die Selbstbestimmungsinitiative aber schafft Handlungszwänge. Ihr Werkzeugkoffer ist zu klein und verunmöglicht sinnvolle Lösungen. Und deshalb verdient sie am 25. November ein klares Nein.

Valentin Vogt ist Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.

Was Sie
in unserem
Hotel
erwarten
dürfen?



Eine alte Spinnerei und Freundlichkeit!



riverside

Seminar- und Eventhotel

Spinnerei-Lettenstrasse
8192 Zweidlen-Grattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch

Reporter und andere Spione

Journalistenverbände setzen sich für Quellenschutz, Unabhängigkeit und faire Löhne ein. Im Allgemeinen. Bei Recherchen im Islamistenmilieu gelten andere Prioritäten. *Von Alex Baur*

Sie habe «nur Fragen gestellt», betont Nina Fargahi, Chefin des gewerkschaftlichen Journalisten-Magazins *Edito* auf Anfrage. Doch es gibt Fragen, die sind giftiger als jeder direkte Vorwurf, weil sie einen Tatbestand implizieren. Fargahis Artikel in der *Wochenzeitung* (*WoZ*) ist ein Musterbeispiel für diese Masche. «Darf ein Journalist eine Straftat provozieren, über die er dann berichtet?», fragt sie sich bereits im Vorspann des Beitrags unter dem Titel «Pelda ermittelt». In dieser Währung geht es dann munter weiter. Hat Kurt Pelda, zurzeit Reporter beim *Tages-Anzeiger*, «sich zum Gehilfen der Staatsanwaltschaft gemacht?» Und: «Inwiefern hat er die Prügelei selbst ausgelöst, über die er dann berichtet hat?» Leider gibt die Journalisten-Gewerkschafterin keine Antworten auf ihre Giftfragen.

Auslöser der frageweisen Kollegenschelte ist ein Prozess, der kürzlich in Winterthur zur Verurteilung von sieben jugendlichen Salafisten und ihrem Imam geführt hatte. Die Angeklagten hatten am 22. November 2016 in der inzwischen geschlossenen An-Nur-Moschee zwei Araber fast zwei Stunden lang eingesperrt und diese mit Quälereien und Todesdrohungen zu «Geständnissen» gezwungen. Namentlich dem Studenten Ali (richtiger Name der Redaktion bekannt) spielten sie übel mit. Immerhin gelang es seinem Begleiter, von der Toilette aus um 19.37 Uhr heimlich per SMS die Polizei zu alarmieren: «Urgente winterthur moschee please – Urgente – Ho want to kill m’y friend».

Täter in der Moschee

Gemäss den Rapporten, welche der *Weltwoche* vorliegen, traf die Polizei erst um 21.11 Uhr in der Moschee ein, um die beiden Unglücklichen zu befreien. Die Verspätung hatte aber nicht etwa damit zu tun, dass man den Notruf aus der Moschee nicht ernst genommen hätte. Vielmehr dauerte es über eine Stunde, bis die Kapo Zürich und die Stapo Winterthur das Grossaufgebot samt Spezialisten aufgestellt hatten. Als der Präsident der Moschee um 21.01 Uhr selber die Polizei alarmierte, lief der Einsatz bereits auf Hochtouren.

Anlässlich der Urteilseröffnung in Winterthur liess der Gerichtspräsident Verständnis für die Empörung der jungen Islamisten durchblicken. Sie hätten den beiden «Spionen» deren Handy zu Recht entrissen, weil Ali verbotenerweise in der heiligen Halle fotografiert habe. Die Quälereien, verbunden mit



Grossaufgebot samt Spezialisten: Winterthurer An-Nur-Moschee, November 2016.



«Nur Fragen»: Journalistin Fargahi, Reporter Pelda.

Todesdrohungen, Gefangennahme und erzwungenen Geständnissen, gingen dann aber auch nach Meinung des Gerichtes zu weit. Der vermeintliche Verräter Ali wurde nie wegen illegaler Fotografien belangt.

Die Täter in der Moschee waren der festen Überzeugung, dass Ali der Geheimagent des damaligen *Weltwoche*-Journalisten Kurt Pelda sei. Diese Hypothese hat die Frage-Journalistin Nina Fargahi offenbar einfach mal übernommen. Die Begründung: Am 3. November 2016 hatte Pelda in der *Weltwoche* über einen

Hassprediger berichtet, der in der An-Nur-Moschee zum Mord aufgerufen hatte. Am Tag vor der Publikation war der Imam verhaftet worden. Er ist mittlerweile verurteilt. Ausserdem hatte Pelda über junge IS-Reisende aus dem Umfeld der Winterthurer Moschee und über Evaluationen eines Attentates auf Juden in Zürich berichtet. Die Informationen des Journalisten waren offenbar zutreffend, kam es doch zu einer Reihe von Verhaftungen und Verurteilungen.

Recherchen im arabischen Milieu

Doch kann man aus alledem schliessen, der wahlweise als «Spion», «Verräter», «Agent provocateur» oder «Spitzel» beschimpfte Ali sei die Schlüsselfigur hinter Kurt Peldas umfangreichen Recherchen? Ist wirklich auszuschliessen, dass die Salafisten den Falschen gefasst haben? Ausgerechnet die wesentliche Frage hat sich Frage- und Gewerkschaftsjournalistin Nina Fargahi nicht gestellt, als sie für das Qualitätsblatt *WoZ* in die Tasten griff. Die Antwort lautet: Fehlanzeige, Ali war es nicht.

Richtig ist, dass der Student Ali seit Jahren – genau wie seine Kollegin Fargahi im Teil-

pensum – für verschiedene Verlagshäuser journalistisch arbeitet. Neben Kurt Pelda (er führte zur fraglichen Zeit als freier Journalist eine eigene Firma) engagierte die *Weltwoche*, der deutsche *Spiegel* und das Fernsehen SRF Ali regelmässig. Auch der Schreibende war schon mit ihm auf einer verdeckten Reportage im arabischen Milieu unterwegs. Weil Alis Spezialgebiet – der Islamismus und die Kriegsgebiete im arabischen Raum – aber ein brandgefährliches Pflaster ist, haben alle Redaktionen seinen Namen geheim gehalten. Man nennt es Quellenschutz.

Verhaftung des Hasspredigers

Richtig ist sodann, dass Ali von Kurt Pelda die Handy-Nummer eines Zürcher Polizisten erhalten hatte, für den Fall, dass er wegen seiner

Peldas Informationen waren offenbar zutreffend, kam es doch zu einer Reihe von Verurteilungen.

Besuche in der An-Nur-Moschee in Bedrängnis geraten sollte. Er gab die Nummer offenbar an seinen Begleiter weiter, der die Polizei alarmierte. Doch mit der Tonaufnahme der Hasspredigt, die zum Artikel «Aufruf zum Mord» vom 3. November 2016 in der *Weltwoche* führte, hatte Ali nichts zu tun.

Es trifft auch nicht zu, dass die Polizei die Informationen und Aufzeichnungen von Pelda erhalten hatte, die vor der *Weltwoche*-Publikation zur Verhaftung des Hasspredigers führten. Richtig ist, dass Pelda danach mit Unterstützung von Ali weiter im Umfeld der Moschee recherchierte. Man nennt es unabhängigen Journalismus. Doch Fargahi findet das «fraglich», da ja «bereits die Behörden ihre Ermittlungen aufgenommen hatten». Über das Verfahren gegen die Peiniger von Ali berichtete Kurt Pelda, anders als in der *WoZ* behauptet, übrigens nie.

Fassen wir Fargahis als Fragen getarnte Unterstellungen in der *WoZ* – gemäss einer Erhebung der Universität Zürich die seriöseste Zeitung im Land – zusammen. Pelda hat eine Straftat provoziert? Fake News. Pelda hat über die Prügelei und über Verhaftungen berichtet, die er selber verursacht hatte? Fake News. Pelda hat den Behörden Dokumente übergeben, die zur Verhaftung des Hasspredigers führten? Fake News. Pelda hat einen Spion für Informationen bezahlt? Fake News.

Tatsache ist: Ali wurde von den erwähnten Redaktionen als regelmässiger Mitarbeiter für Recherchen, Übersetzungen und Abklärungen engagiert, unabhängig vom Ergebnis. Aus der Perspektive einer Gewerkschaftsjournalistin sollte es eigentlich keine Frage sein, dass man freie Mitarbeiter entlohnt. Es sei denn, es handle sich um eine Recherche im Islamistenmilieu. ○

Verwaltung

Stadt Zürich prellt Lehrer

Sekundarlehrer Thomas P. wurde aus der städtischen Pensionskasse ausgeschlossen, ohne dass er informiert worden wäre. Für eine alternative Lösung fehlt die gesetzliche Grundlage. Mehrere Lehrer sind betroffen.



Indirekte Antwort: Stadtrat Leutenegger.

Die böse Überraschung kam Anfang Juni per Post. Thomas P., Sekundarlehrer, erhielt seinen neuen Vorsorgeausweis von der Pensionskasse der Stadt Zürich. Darauf lagen plötzlich alle Werte bei null, wie er feststellen musste. Er wandte sich in der Folge an die Pensionskasse, mit der Bitte um Überprüfung und Berichtigung. Es war der Beginn einer regelrechten Odyssee durch die Verwaltung. Der Fall ist bis heute nicht abschliessend geklärt, ja, er ist noch eskaliert: Beteiligt sind höchste Stellen, bis hinauf zu Stadtrat Filippo Leutenegger (FDP), dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements.

Betroffen ist nicht nur Thomas P., betroffen sind alle Lehrer mit kleinen kommunalen Pensen. Der Hintergrund: Hauptarbeitgeber der meisten Lehrer ist der Kanton, dieser Teil des Lohnes wird von der BVK, der Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürichs, versichert. Daneben unterrichten manche Lehrer noch einige Stunden in kommunalem Arbeitsverhältnis, mit der Stadt als Arbeitgeber. Zuständig für die Vorsorge dieses Lohnanteils ist die Pensionskasse der Stadt Zürich.

Passiert ist nun Folgendes: Die Pensionskasse der Stadt Zürich schloss Thomas P. und mit ihm die anderen Lehrer aus, die ein Pensum von weniger als 10 Prozent an städtischen Lektionen unterrichten. Kommuniziert wurde der Rauswurf nach Angaben der Betroffenen nicht. Thomas P. kämpft nun schon seit Monaten für die Klärung der undurchsichti-

gen Vorgänge. Auf mehrfache Nachfragen erhielt er die Auskunft, dass kleinere Pensen von der Pensionskasse der Stadt Zürich tatsächlich nicht mehr versichert würden. Grund sei der unverhältnismässig hohe Verwaltungsaufwand. Alternativ könne man sich aber bei der Pensionskasse Musik und Bildung anmelden. Das hat Thomas P. getan, doch als er Ende Oktober den neuen Lohnausweis bekam, erschrak er erneut: Statt wie zuvor 10,2 Prozent, betrug der Arbeitgeberbeitrag an die Pensionskassen nur noch 5,5 Prozent, also bloss etwas mehr als die Hälfte. Bis zur Pensionierung verliert er so mehrere zehntausend Franken.

Was Thomas P. besonders irritiert, ist das klammheimliche Vorgehen der Stadt: Hätte ihn sein Vorsorgeausweis vom Juni 2018 nicht stutzig gemacht, hätte er von alledem gar nichts erfahren. «Geht man so mit Mitarbeitern um?», fragt Thomas P.

«Zweitklassige» Mitarbeiter

Am 2. August meldete er sich beim verantwortlichen Stadtrat Filippo Leutenegger. Das Hau-ruckvorgehen ohne Information der Versicherten finde er hanebüchen, so Thomas P. Wer die ganze Sache nicht mitbekomme und sich nicht rechtzeitig bei der neuen Pensionskasse anmelde, verliere Vorsorgegelder. Dass Lehrer wie er als «zweitklassige» Mitarbeiter behandelt und abgeschoben würden, schmerze.

Leutenegger antwortete nicht direkt, dafür Marc Caprez, der Leiter Kommunikation beim städtischen Schul- und Sportdepartement. Im Zuge der Auseinandersetzung musste die Behörde sogar zugeben: «Offenbar fehlt es noch an einer gesetzlichen Grundlage für die Versicherung von Kleinstpensen bei der PK Musik und Bildung sowie der BVK des Kantons.»

Gegenüber der *Weltwoche* weist die Stadt Zürich die Vorwürfe von Thomas P. und anderen Lehrern zurück. Die Regelung für die Arbeitnehmer sei sogar noch grosszügiger als früher, und die Gründe für den Ausschluss seien jedem Betroffenen kommuniziert worden. Thomas P. widerspricht dieser Darstellung vehement, gestützt auf den Schriftverkehr mit den Behörden und die nichtexistierende gesetzliche Grundlage: «Mein Ausschluss wurde nicht kommuniziert. Meine Situation hat sich verschlechtert, dafür spart die Stadt. Sie schlägt mir eine Lösung vor (PK Musik und Bildung), die sich im Nachhinein als Rohrkrepierer herausstellt.» Philipp Gut

Juristen sind die Schlimmsten

Garantiert die Eingrenzung der Demokratie durch einen rechtsstaatlichen Rahmen eine bessere Welt? Die Geschichte zeigt: Richter und Staatsfunktionäre neigen dazu, sich im Sinne der herrschenden Ideologie von Rechtsgrundsätzen wie Freiheit oder Unschuldsvermutung zu verabschieden. *Von Claudio Zanetti*

An einer Veranstaltung zur Selbstbestimmungsinitiative führte die Zürcher Justizdirektorin Jacqueline Fehr kürzlich aus, sie sei froh um rechtsstaatliche Rahmen zur Begrenzung der Demokratie. Schliesslich seien die Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts aus demokratischen Entscheiden heraus entstanden. Darum seien im deutschen Grundgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg unabänderliche Sicherungen eingebaut worden. Dass eine davon, Artikel 20 Absatz 2, lautet, «alle Staatsgewalt geht vom Volke aus» und sei «vom Volke in Wahlen und Abstimmungen» auszuüben, blieb unerwähnt.

Doch wie steht es um Fehrs Behauptung, die Katastrophen des 20. Jahrhunderts basierten auf demokratischen Entscheiden? Warum verbietet jeder Despot als Erstes privaten Waffenbesitz und demokratische Wahlen? Wurden Lenin, Stalin, Ulbricht oder all die anderen kommunistischen Führer demokratisch gewählt? Beschloss je ein Volk in freier Abstimmung, es möge der Kommunismus eingeführt werden? Es sind natürlich nicht jene Verbrechen, auf die sich Frau Fehr bezieht. Stalins Schauprozesse bereiten ihr keine Bauchschmerzen. Sie fragt nicht nach der Rechtsstaatlichkeit in mörderischen Verfahren wegen «Agitation gegen die Sowjetunion» oder wenn Hunger als Waffe gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt wird. – Frau Fehr geht es ausschliesslich um den Nationalsozialismus, den sie offenbar für «rechts» hält.

Zu wenige Demokraten

Es stimmt: In den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erzielte Hitlers NSDAP mit 37,4 Prozent das beste Resultat von allen Parteien. Es stimmt aber auch, dass die Nazis bereits in den Wahlen vom 6. November 1932 auf 33,1 Prozent zurückfielen und über 30 Sitze einbüssten. Nie stimmte in einer freien Wahl eine Mehrheit der Deutschen für Hitler. Und, was das «frei» anbelangt, sind grosse Vorbehalte anzubringen. Die Weimarer Republik wurde von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Man sehnte sich nach der straffen, ja autoritären Führung der Kaiserjahre. Auf der Bevölkerung lasteten die Folgen des verlore-



«Blutschutzgesetz»: Reichsgerichtspräsident Bumke, um 1930.

nen Weltkriegs und der Hyperinflation. Auf den Strassen herrschte Krawall. Über fünf Millionen Arbeitslose. Zahlreiche Parteien und Medien vertraten ganz offen antisemitische Positionen. Dass Hitler schliesslich an die Macht gelangte, ist jenen «lösungsorientierten» Politikern zu verdanken, die sie ihm antrugen. Das Problem war nicht, dass es zu viele Nazis gab. Es fehlte an genügend Demokraten.

Trifft wenigstens zu, dass aus der Geschichte die richtigen Lehren gezogen und «Sicherungen» zur Verhinderung künftiger Gräueltaten geschaffen wurden? Mit dieser Frage beschäftigte sich vor zwei Jahren der 71. Deutsche Juristentag in Essen. Der Rechtswissenschaftler Bernd Rütters stellte zur Ernüchterung seines Publikums fest, dass Juristen keine Helden sind und sich, was den persönlichen Mut angeht, nicht vom Durchschnitt der Bevölkerung abheben. Er sei in Sorge, «dass wir, wenn wir in eine ähnliche Situation eines Systemwechsels kämen, bei den bundesrepublikanischen Funktionselementen der Gegenwart wenig andere Verhaltensweisen [als zu Zeiten des Nationalsozialismus] entdecken würden.»

Tatsächlich erheben sich heute kaum kritische Stimmen, wenn die Bundeskanzlerin das Staatsoberhaupt in die Wüste schickt, im Alleingang völkerrechtswidrig den Grenzschutz aufhebt oder wenn die Regierung eine Oppositionspartei vom Verfassungsschutz überwachen lässt.

«Wille des Führers» als Rechtsgrundlage

Auch die Präsidentin des Bundesgerichtshofs, Bettina Limperf, äusserte sich pessimistisch: «Wir sehen, dass die Juristinnen und Juristen ganz freiwillig und ganz frühzeitig alle Gesetzesbindung von sich aus verlassen haben. Der Nationalsozialismus kommt vor dem Rechtsstaat. Der Rechtsstaat ordnet sich dem Nationalsozialismus unter. Es waren ganz frühe Entscheide des Deutschen Richterbundes, des Deutschen Anwaltvereins vom Mai 1933, sich in den Dienst des Nationalsozialismus zu stellen. Wir haben 1935 Richterleitsätze, die veröffentlicht wurden, die jeder lesen konnte, in denen ganz klar war und ganz klar zitiert wurde, dass grundlegend für die Auslegung

aller Rechtsquellen die nationalsozialistische Weltanschauung ist.»

Ein anschauliches Beispiel für diese Pervertierung des Rechts liefert die Umsetzung von «T4» – der «Euthanasieaktion». In einem einzigen Satz auf seinem persönlichen Briefpapier verfügte Hitler «die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnaden Tod gewährt werden kann».

«Politische Notwendigkeiten»

Lothar Kreyssig, ein mutiger Richter, hatte wegen des krassen Unrechtscharakters der Aktion Protestbriefe an Reichsjustizminister Gürtner geschrieben. Nachdem man ihm Hitlers Autorisierung gezeigt hatte, wandte er ein, dass selbst auf der Grundlage der positiven Rechtstheorie Unrecht nicht Recht werden könne. Daraufhin erteilte ihm Gürtner eine sehr einfache Antwort: «Ja, wenn Sie den Willen des Führers als Rechtsquelle, als Rechtsgrundlage nicht anerkennen können, dann können Sie

nicht Richter bleiben.» Kreyszig wurde kurz darauf in den Ruhestand versetzt. Das Versagen der Juristen wiegt vor allem deshalb so schwer, weil es sich bei ihnen in der Regel um gebildete Menschen handelt, die genau wissen, was sie tun. Der letzte Reichsgerichtspräsident, Erwin Bumke, betrachtete sich bereits 1932 als mit einer Periode der Geschichte verbunden, in die der Niedergang des Reichsgerichts falle. Gleichwohl diente er sich Hitler an, setzte das «Blutschutzgesetz» akribisch durch und fällte unsägliche Todesurteile. 1945 nahm er sich das Leben. Im Bewusstsein um die Schuld, die er auf sich geladen hatte, soll er in einem Abschiedsbrief geschrieben haben: «Möge mein Schicksal denen zur Warnung dienen, die da glauben, politischen Notwendigkeiten Vorrang vor der Majestät des Rechts einräumen zu sollen.»

Juristischer Schutz für Schwerverbrecher

Unter «politischer Notwendigkeit» hat man sich Handeln im Sinne einer bestimmten Ideologie vorzustellen. Richter und staatliche Funktionäre wenden sich ab von an sich klaren Rechtsprinzipien wie Freiheit, Rechtsgleichheit oder Unschuldsvermutung und arbeiten lösungsorientiert auf ein bestimmtes Ziel hin. Der Erste Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck etwa, Eduard Dreher, war ein Meister in der «Kunst» der Rechtsbeugung und erreichte so selbst für geringfügige Delikte Todesurteile. Nach dem Krieg wurde er ein hoher Ministerialbeamter in der frühen Bundesrepublik. Sein Strafrechtskommentar war Standardwerk für Generationen von Studenten. In den 1960er Jahren mit seiner Nazi-Vergangenheit konfrontiert, gab er sich nicht etwa schuld-bewusst, sondern verteidigte sich mit juristischer Kaltschnäuzigkeit.

Nicht nur die Nazi-Juristen von damals argumentierten so zynisch. Auch ihre Nachfol-

ger in der Bundesrepublik verstiegen sich zu juristischen Konstruktionen, die einem die Sprache verschlagen: Der SS-Mann und Gestapo-Mitarbeiter Walter Huppenkothen, dem unter anderem eine Mittäterschaft bei 60 000 bis 80 000 Morden an Polen bis zum Frühjahr 1940 zur Last gelegt wurde, war gegen Ende des Krieges von Hitler mit der Einsetzung eines Standgerichts beauftragt worden, dem unter anderem Dietrich Bonhoeffer zum Opfer fiel. Noch 1956 befand der deutsche Bundesgerichtshof, Huppenkothen habe nach geltendem Recht gehandelt, und schliesslich würden auch andere Staaten Verrat mit dem Tode bestrafen.

Windige Juristen verstehen es auch in Friedenszeiten problemlos, die gewünschten Resultate zu liefern: In der Nacht zum 21. April 1945 wurden im Keller des Schulgebäudes Bullenhuser Damm in Hamburg zwanzig Kinder zusammen mit ihren Pflegern auf Geheiss von Josef Mengele von SS-Männern ermordet. Das Strafverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmführer Arnold Strippel wurde 1967 mit der Begründung eingestellt, den getöteten Kindern sei «über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt» worden. Die Tötung sei zwar unter «grausigen Bedingungen» geschehen, erfülle aber «nicht das Tatbestandsmerkmal der Grausamkeit», da «sämtliche Kinder gleich nach Empfang der ersten Spritze das Bewusstsein verloren und aus diesem Grunde alles Weitere, was mit ihnen geschah, nicht wahrgenommen haben». Noch im Jahre 1993 verteidigte der Hamburger Richterverein die Verfahrenseinstellung und bot dem verantwortlichen Staatsanwalt sogar Rechtsschutz an.

Erst 2002 hob der Bundestag alle Urteile der Standgerichtsverfahren der NS-Zeit auf, weil sie als Unrecht gewertet wurden.

Der Nachweis, dass ein Regelwerk oder ein

juristischer Apparat, und seien sie noch so ausgeklügelt und international festgeschrieben, die Rechte und Freiheiten der Menschen besser zu schützen vermag als die direkte Demokratie, ist nicht zu erbringen. Sogar unser Bundesrat erinnerte 2010 daran, dass er sich zwar schon in der EWR-Botschaft für einen grundsätzlichen Vorrang des Völkerrechts ausgesprochen habe, aber eine Ausnahme postulierte, wo «Grundprinzipien oder Kerngehalte der Grundrechte tangiert» seien. Das sogenannte Völkerrecht ist also durchaus nicht der eherne Garant der Menschenrechte, wie derzeit gerne behauptet wird. Es kann offenbar sogar zu einer Bedrohung werden.

Es liegt mir fern, den Gerichtshof der Europäischen Union mit einer der vorgängig beschriebenen Diktaturen gleichzusetzen. Doch das Problem der «politischen Notwendigkeit» bei der Rechtsanwendung lässt sich nicht leugnen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg versteht sich klar als «Motor der Integration». Damit begründet er seinen Aktivismus bei der Ausweitung seiner Kompetenzen. Man mag die europäische Integration begrüßen oder nicht. Auf jeden Fall ist das eine politische Frage. Wer sie ablehnt, kann sich auf die gleichen Menschenrechte berufen wie die Befürworter. Nur, von einem Gerichtshof mit politischer Agenda wird die eine Seite niemals recht erhalten.



Claudio Zanetti, SVP-Nationalrat, ist selber Jurist.

24 NEUE MILLIONÄRE GESUCHT!

SWISSLOS

MILLIONEN LOS 2018
Jeden Tag eine Million zu gewinnen!

11 Mio. 5 22 2 8 4 6 18



VIP-Yachtferien Malediven

Privatyacht-Reise der Extraklasse

Traumhafte Atolle, türkisfarbene Lagunen, weisser Sandstrand, sattgrüne Kokospalmen und ewiger Sonnenschein: Die Schönheit der Malediven lässt sich am besten auf und in den ruhigen Gewässern des Indischen Ozeans entdecken. Mit unserer Privatyacht führen wir Sie zu unberührten Inseln, weitab vom Tourismus.

Die Malediven sind ein geologisches Wunder, Insel reiht sich an Insel, einer prächtigen Perlenkette gleich. Die Riff-Formationen zählen zu den grössten Naturwundern der Erde. Unsere Privatyacht steuert die sonst nur schwer erreichbaren Inseln im Indischen Ozean an. Freuen Sie sich auf geruhsame Fahrten von Insel zu Insel und bewundern Sie die langsam vorbeiziehende Natur. Sie entspannen sich an Deck, geniessen kulinarische Köstlichkeiten oder erholen sich im grossen Wellnessbereich. Die 26 Crewmitglieder verstehen es, Sie zu verwöhnen. Beim Schwimmen, Schnorcheln und Tauchen entdecken Sie exotische Fische im warmen und kristallklaren Wasser.

Ihre Privatyacht:

50 Meter lang; 4 Decks; 14 Gästekabinen; Panorama-Sonnendeck mit Liegestühlen; Deck-Jacuzzi; Restaurant mit internationaler

Küche; Badeplattform auf Meeresniveau; 2 Bars; 300-Quadratmeter-Wellnessbereich; Schnorchel- und Tauchausrüstung; 20-Meter-Dinghy für Schnorchel-, Tauch- und Landausflüge.

Programm:

Folgende Traum-Atolle steuern wir an: Nord-Malé; Rasdhoo; Nord-Ari; Süd-Ari; Vaavu; Süd-Malé.

Freuen Sie sich auf eine abwechslungsreiche Erlebnisreise in unberührter Natur im kleinen Rahmen (max. 28 Gäste) und in Begleitung des Eigentümers von Executive CH. Allein, mit Freunden oder zusammen mit Ihren Liebsten finden Sie auf der privaten Yachtreise Ihr Paradies.

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Yachtferien Malediven

Reisetermin:

23. bis 30. März 2019

Leistungen:

- Transfer von Malé zur Privatyacht und zurück
- Privatyacht-Reise ab/bis Malé, Malediven
- Vollpension
- Barbecue am Strand und aufgeführte Ausflüge
- Freizeit-Paket: Yoga, Wellness-Anwendungen, Schnorcheln und/oder Tauchen

Spezialpreis pro Person:

Deluxe-Kabine: Fr. 3890.-
Deluxe-Kabine zur Alleinnutzung: Fr. 4190.-
VIP-Suite: Fr. 4690.-
Master-Suite: Fr. 4890.-

Anmeldung und Information:

Buchen Sie Ihr Arrangement über Tel. 056 427 15 68 oder per E-Mail an info@executive-private.ch.
Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular auf www.weltwoche.ch/platin-club

Veranstalter:

Executive CH, www.executive-yachtreisen.ch
Begleitete Yachtferien und Privatjet-Reisen für Gäste, die sich das Besondere gönnen (Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche).

www.weltwoche.ch/platin-club

Der Bär hat ausgetanzt

Ein Che-Guevara-Gemälde über dem Schreibtisch, ein Champagner-Kühlschrank vor dem Büro: Im Lateinamerika-Geschäft der Bank Julius Bär ging es die letzten zehn Jahre hoch her. Die Euphorie ist verflogen und die Bank im Visier von Justiz- und Regulierungsbehörden. Von Florian Schwab

Die Bank Julius Bär heute verhält sich zum gleichen Haus vor einem Jahr wie ein Braunbär im Zoo zu einem Grizzly in freier Wildbahn. Nichts deutete vor zwölf Monaten darauf hin, dass Konzernchef Boris Collardi am 27. November 2017 seinen Abschied nehmen würde. Die Aktionäre hatten allen Grund zur Zufriedenheit. Seit Collardis Amtsantritt als CEO Ende März 2009 hatte sich der Wert des Papiers von 30 auf 60 Franken verdoppelt. Die Hälfte dieser Kursgewinne aus der Collardi-Ära hat die Aktie in der Zwischenzeit wieder verloren; die Aktionäre sind *bearish*. Ein Vergleich mit Vontobel, der zweiten börsenkotierten Schweizer Bank mittlerer Grösse, zeigt die Dramatik der Entwicklung (siehe Grafik). Fast drei Milliarden Franken Börsenwert haben sich in Luft aufgelöst. Derzeit ist die Bank noch knapp unter zehn Milliarden Franken wert.

Im Gleichtakt mit dieser erheblichen Wertvernichtung spielte sich eine Kaskade von unerfreulichen Entwicklungen im Lateinamerika-Geschäft ab. Zum Zeitpunkt von Collardis Rücktritt schien das Problem auf den Fifa-Skandal begrenzt zu sein. Der Argentinier Jorge Arzuaga, ein intern für seine katholische Frommheit bekannter Kundenberater, hatte gemäss US-Justiz brasilianischen Kunden dabei geholfen, Korruptionsgelder aus dem Weltfussball zu

Aus der vorwärtsstürmenden Privatbank ist ein Kandidat für die Kapitulation geworden.

waschen. Im Juni 2017 bekannte er sich vor einem Gericht in Brooklyn für schuldig. Seither wartet er auf seinen Richterspruch.

Ende einer schillernden Karriere

In der Zwischenzeit kam ein zweiter Gefahrenherd dazu, bei dem es fast noch wilder brodelte: Matthias Krull, ein Ex-Kundenberater mit deutschem Pass, wurde Ende Juli filmreif am Flughafen Miami verhaftet, als er gerade das Land verlassen wollte. Im August bekannte er sich schuldig und wurde Ende Oktober zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Gemäss Anklageschrift hatte Krull Angehörigen des venezolanischen Regimes dabei geholfen, über eine Milli-

arde gestohlene US-Dollars aus Mitteln der staatlichen Erdölfirma PDVSA zu waschen.

Bislang richteten sich die Ermittlungen der amerikanischen Justiz, soweit bekannt, nicht gegen die Bank selbst. Doch laut gutunterrichteten Quellen waren die dubiosen Venezuela-Gelder am Schweizer Hauptsitz ein offenes Geheimnis. Der für die Region Venezuela, Kolumbien und Peru zuständige Teamleiter Marc Sulser – ein Topmanager auf der dritten Hierarchieebene der Bank – war 2009 von der Credit Suisse zu Julius Bär gewechselt. Dabei hatte er offenbar einen guten Teil seines Venezuela-«Buchs» mitgenommen.

Das starke Wachstum der Kundenvermögen bescherte dem Mann intern einen Sonderstatus. Von den rund acht Milliarden Franken in seinem Zuständigkeitsbereich entfiel rund die Hälfte auf die sozialistische Diktatur Venezuela. Sulser gilt als äusserst farbige Erscheinung. In seinem Zürcher Büro hing ein Porträt des kubanischen Revolu-

tionärs Che Guevara an der Wand. Er war bekannt für seine CD-Sammlung mit lateinamerikanischen Revolutionsliedern. Vor seinem Büro liess Sulser einen Kühlschrank mit Champagnerflaschen anbringen. Doch mittlerweile ist die Party vorüber: Seit letztem August ist Marc Sulser nicht mehr für Julius Bär tätig. Für die *Weltwoche* war er telefonisch nicht erreichbar.

Dafür dreht jetzt die Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) jeden Stein bei Julius Bär um. Ohne ihre Zustimmung läuft, zumindest in Lateinamerika, nichts mehr. Im Auftrag der Aufsicht reisten kürzlich Inspektoren des Wirtschaftsprüfers KPMG nach Brasilien und Panama, um Unterlagen zu sichern.

Innert kürzester Zeit ist aus der vorwärtsstürmenden Privatbank ein Kandidat für die Kapitulation geworden. In Südamerika schliesst Julius Bär die Niederlassungen in Peru, Venezuela und Panama.

Über der Szenerie schwebt das Damoklesschwert der Amerikaner. Für Unruhe sorgt vor allem, dass das Wirtschaftsportal Bloomberg dem Bärentanz im Lateinamerika eine fast unheimliche Aufmerksamkeit schenkt. Man



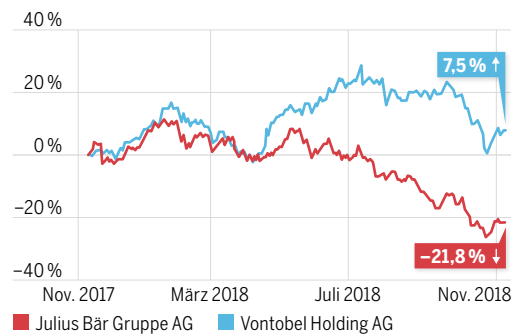
In Haft: Banker Krull.



Neustart: CEO Hodler.

Bank Julius Bär

Aktienkurs indexiert, Veränderung in Prozent



QUELLE: GOOGLE FINANCE

Dramatische Wertvernichtung.

fragt sich: Wird Bloomberg aus dem Inneren der Bank alimentiert oder sogar von Seiten der Strafbehörden? Wie dem auch sei: Sollte die US-Justiz dereinst gegen die Bank selbst ein Verfahren eröffnen, könnte es ungemütlich werden. In ihrem Vergleich mit dem Department of Justice (DoJ) beim Steuerstreit hat Julius Bär eine Bewährungsfrist bis Ende Februar 2019 bekommen.

Das neue Management unter Collardis Nachfolger Bernhard Hodler scheint vor allem damit beschäftigt, zu schauen, dass die Probleme der Vergangenheit der Bank nicht um die Ohren fliegen. Eine positive Strategie, die auch die Aktionäre wieder glücklich stimmt, ist unter diesen Voraussetzungen nur schwer erkennbar. Seit diesem Sommer besteht ein weitgehender Einstellungsstopp.

Auf Anfrage möchte Julius Bär ihr Geschäftsvolumen in einzelnen Märkten nicht kommentieren. Ein Sprecher betont, die neue Führung sei dabei, sich bankweit auf langfristige Wachstumsmärkte

zu konzentrieren. In diesem Licht seien auch die Umstrukturierungen in Lateinamerika zu sehen. Der Aktienkurs bewege sich «im Rahmen der Branche». Die Compliance im Zusammenhang mit Geldwäsche sei ebenfalls ein Thema, das viele Banken betreffe. Am stärksten gewachsen sei Julius Bär die letzten zehn Jahre in Asien, wo diesbezüglich kaum Probleme aufgetreten seien. Zudem habe man «keine Anhaltspunkte», dass die Geschehnisse in Lateinamerika «einen Einfluss auf unser Deferred Prosecution Agreement mit dem Department of Justice haben».



«Wir hatten zu lange das Gefühl, Pulverschnee, frische Luft und Bergidylle genügten, um die Gäste zufriedenzustellen»: Art Furrer, 81.

Nudelsuppe und Fondueplausch

Mit Charme und Eigensinn baute sich das Walliser Original Art Furrer ein Hotelimperium auf. Die Zeiten haben sich geändert. «Event-Tourismus» und asiatische Gäste sollen das Familienunternehmen in die Zukunft retten. *Von Thomas Renggli und Karl-Heinz Hug (Bild)*

Herbst auf der Riederalp. Eine koreanische Reisegruppe macht auf dem Weg zur Gondel hektisch ein paar Selfies. Eine Golferin versenkt den Ball im Teich statt im Loch. Am Himmel ziehen Bergdohlen ihre Kreise. Die Sonne scheint – wie fast immer seit April.

Art Furrer ist bestens gelaunt. Kürzlich war er für die Premiere des Circus Ohlala in Dübendorf. In der ersten Reihe verfolgte er die Show zwischen Automobillegende Peter Sauber und Swiss-Ski-Präsident Urs Lehmann. «Eine grandiose Aufführung», sagt er. Gleiches erzählt er den zahlreichen Journalisten, die ihn als zuverlässige und zugängliche Auskunftsperson schätzen. Im Beitrag von «Glanz & Gloria» gehört ein Statement von Furrer ebenso zum Standard wie in der *Schweizer Illustrierten*. Der Mann mit dem Cowboyhut weiss, was die Medien wollen: «Du musst den Journalisten Fleisch am Knochen geben und mit ihnen ins Gelände

gehen – dann findet man eine gemeinsame Basis», sagt der diplomierte Bergführer.

Heute ist das «Gelände» auch ohne Steigeisen und Eispickel erreichbar: der Weinkeller von Furrers Hotelbetrieb: «Meine Geheimzentrale», sagt der Hausherr. Eine schmale Treppe führt ins Untergeschoss. Furrer bringt Walliser Käse, Brot und Trauben – und eine Flasche seines hauseigenen Fendant «My Wii», in Anlehnung an Frank Sinatras Evergreen «My Way».

Nie ohne Helm

In Furrers Keller wurden manche Geschäftsstrategien definiert und Verträge abgeschlossen. Auch die Schweizer Fernsehgeschichte hat hier ihren Platz: Als Marketing und Public Relation noch Ausdrücke aus einer unbekannteren Welt waren, schuf sich Furrer im Windschatten seines Freundes Kurt Felix die eigene Marke und avancierte als «Lockvogel» für die

versteckte Kamera zu einem der Stammgäste im Samstagabendprogramm des deutschsprachigen Fernsehens. Als er einen texanischen Touristen mit vier Meter langen Ski spielte, entdeckte er die identitätsstiftende Wirkung des Cowboyhuts: «Bei der Rückfahrt von der Sendung in Stuttgart lag der Hut auf der Rückbank des Autos. Die Zöllner sagten mir, ich solle ihn sofort anziehen. Da realisierte ich, dass ich den Cowboyhut nie mehr ausziehen darf.»

Vierzig Jahre später hat sich dies auf der Skipiste geändert: «Ohne Helm darf man heute nicht mehr fahren, sonst ist man für Kinder ein schlechtes Vorbild», sagt Furrer. Um in seinen Lokalitäten stets erkennbar zu bleiben, hat er bei der Garderobe einen Stetson-Hut platziert. Dann geht er von Tisch zu Tisch und nimmt sich Zeit für ein persönliches Gespräch. Der Austausch wird von den Gästen geschätzt. Und vor allem bei asiatischen Besuchern kann die Be-

gegnung mit dem Alpen-Cowboy zu fast schon hysterischen Zuständen führen: «You look very healthy», ruft ihm ein begeisterter Chinese zu. Fürs Foto posiert er so stolz, als hätte er soeben Eiger, Mönch und Jungfrau bestiegen.

In seiner Rolle als galanter Senior-Chef geht Furrer noch immer auf. Trotzdem bezeichnet er diese Form des Kundenkontakts als «Auslaufmodell». Er spiele doch nur den «Hofnarren». Mit persönlichen Gesprächen halte man zwar die Stammkundschaft bei Laune, erreiche aber kaum neue Gäste. Wer in der Schweizer Hotellerie eine Zukunft haben wolle, müsse mit einer breitangelegten Marketingstrategie neue Kundensegmente erschliessen.

2017 vererbte Furrer seine Stammhaus AG, Riederalp, an seine Kinder Andreas, 51, Bettina, 49, und Alexander, 47. Das Luxushotel «Royal» sowie namhafte Bodenreserven hielt er zurück. Während die Nachfolgeregelung in Familienunternehmen problematisch sein kann, ist die Konstellation auf der Riederalp diesbezüglich günstig. Andreas Furrer, der seit dreissig Jahren im Betrieb arbeitet und vor fünfzehn Jahren die operative Verantwortung übernommen hat, bringt jene Managerqualitäten mit, die im verschärften Markt unabdingbar sind. Als er letzten Februar Interessenvertreter der Region zur Strategiesitzung einlud, haute er dermassen auf den Tisch, dass am Aletschgletscher fast die Eismassen barsten. Andreas Furrers Message: «Wir haben ein halbes Jahrhundert geschlafen. Wenn wir uns jetzt nicht zusammenraufen, neue Ideen kreieren und Investoren an Bord holen, können wir dichtmachen.»

Art Furrer stösst ins gleiche Horn: «Wir hatten zu lange das Gefühl, Pulverschnee, frische Luft und Bergidylle genügten, um die Gäste zufriedenzustellen.» Heute sei ein anderes Angebot gefragt. Art Furrer spricht von «Event-Tourismus», bei dem allein die Bahnfahrt zum Erlebnis werde. Deshalb besitzt das

Projekt einer Panoramaseilbahn zwischen der Riederfurka und der Belalp für ihn höchste Priorität. So würden die Skigebiete verbunden und die ganze Aletschregion um eine grosse Attraktion reicher. Doch im administrativen Dickicht von Bund, Kanton, den Gemeinden Naters und Riederalp sowie dem Denkmal- und Landschaftsschutz scheint eine Umsetzung schwierig. Furrer: «Früher regelte man diese Dinge pragmatisch bei einem *ballon* Fendant. Heute beharrt jeder auf seinen eigenen Interessen – und es wird an den Sitzungen nur noch Kaffee und Cola getrunken.»

Furrer gerät in Rage – doch das Klingeln des Telefons unterbricht ihn. Es ist sein jüngerer Bruder Gregor, der frühere Völkl-Chef und Swiss-Ski-Pool-Präsident. Gregor lebt in Zug,

Wenn er an einer Veranstaltung unerkant bleiben will, legt er den Cowboyhut zur Seite.

doch die beiden Brüder pflegen einen engen Kontakt: «Wir telefonieren mindestens jeden zweiten Tag», sagt Art. Eines ihrer Hauptthemen ist momentan die Neuausrichtung des Hotelbetriebs und die Umsetzung eines Grossprojekts im Luxussegment, das der Riederalp neue Perspektiven eröffnen soll. Neben den Gebrüdern Furrer gehört Peter Brabeck zu den treibenden Kräften. Verhandlungen mit einem weiteren Investor laufen.

Zum Geburtstag aufs Matterhorn

Auf der Riederalp ist vieles im Umbruch. Um liquide Mittel zur Sanierung der bestehenden Betriebe zu generieren, verkaufte Andreas Furrer das Hotel «Alpenrose». Noch vor 35 Jahren hatte sein Vater das Haus an bester Lage in Wildwest-Manier über einen Strohhalm seinem Erzrivalen Emil Cathrein abgejagt. Die «Alpen-

rose» soll sich unter den neuen Besitzern künftig im Niedrigpreissegment positionieren und Gruppenreisen ansprechen. Dabei spielt der asiatische Markt eine immer wichtigere Rolle: Er hilft, den Ganzjahresbetrieb aufrechtzuerhalten. Allein im vergangenen Mai – sonst eine tote Zeit – nächtigten dreissig asiatische Reisegruppen in Art Furrers Resort. Übers ganze Jahr gesehen, buchen asiatische Touristen zwischen 6000 und 8000 Übernachtungen in Furrers Hotels. Doch die Konstellation birgt auch Konfliktpotenzial. So sorgt Furrer für eine klare Trennung der Kundschaft: «Wir quartieren die asiatischen Gäste meistens in einem eigenen Haus ein. Ihre Gewohnheiten sind mit denjenigen der regulären westlichen Kundschaft nicht immer kompatibel», sagt er diplomatisch.

Ob Schokoladenfondue oder Nudelsuppe: Geschäftlich stehen grosse Herausforderungen an. Um sich dafür fit zu halten, bleibt Art Furrer auch körperlich in Bewegung. Zum 80. Geburtstag kletterte er aufs Matterhorn. Allein in diesem Jahr hat er schon fünf Viertausender bestiegen und über 60000 Höhenmeter bewältigt – «aufwärts!», wie er betont. Die Berge sind seine grosse Passion – und sie halfen auch, seine grosse Liebe zu erhalten: zu der Österreicherin Gerlinde, die er vor 52 Jahren heiratete. «Ich habe mit ihr alle 48 Schweizer Viertausender erklimmt. Wer zusammen am selben Seil hängt, muss sich zu 100 Prozent vertrauen können.»

Art Furrer ist mit sich im Reinen. Er müsse nicht mehr an jede «Hundsverlochete» gehen, versichert er. Aber es sei doch immer wieder schön, die alten Freunde zu treffen. Wenn er an einer Veranstaltung unerkant bleiben wolle, lege er den Cowboyhut zur Seite. Doch das bleibt weiterhin die Ausnahme. Denn ein Entertainer wie Art Furrer gehört ins Scheinwerferlicht – auch wenn er die besten Geschichten im düsteren Weinkeller bei Kerzenschein erzählt. ○



FALLS WIR ÜBER SIE
NOCH NIE GESCHRIEBEN
HABEN, SOLLTEN SIE
VIELLEICHT ANFANGEN,
BILANZ ZU LESEN.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:



Sternstunde der Demokratie

Der Midterm-Kracher hat alles geboten, was lebendige Politik ausmacht: Rivalität, Spannung, Drama pur. Das Resultat sei Spaltung und Blockade, heisst es jetzt überall. Warum so pessimistisch? Washington ist zurück in der politischen Normalität. Und es gibt Grund zur Hoffnung. Von Urs Gehrig

Trump verliert das Repräsentantenhaus. Er zankt sich mit den Medien. Und in Florida werden die Stimmen neu ausgezählt. Erinnerungen an Gore vs. Bush 2000 werden wach, an den Nachzählkrimi, der die Stimmung im Land vergiftete. Und dann noch diese Meldung: «In der Wüste Nevadas wird ein toter Bordellbesitzer ins Staatsparlament gewählt.» Er starb kurz vor den Wahlen und konnte nicht mehr von der Wahlliste gestrichen werden.

Verrücktes Amerika!

Seit den Zwischenwahlen überbieten sich die Massenmedien an Süffisanz und geheuchelter Sorge um die «gespaltene Nation». Besserwisseri ist seit zwei Generationen Usus im Umgang mit Amerika. In der Ära Trump dreht sie ab ins Absurde. Und verstellt den Blick aufs Positive.

Am 6. November hat ein neuer Abschnitt der US-Politik begonnen. Trump 2.0 muss sich auf die neue Realität einstellen. Amerika ist zurück in der politischen Normalität. Die Macht ist nicht mehr in einer Hand. Sie ist verteilt auf die beiden Parteien. Das ist gut für die Demokratie. Und lässt Hoffnung aufkeimen.



1. Trump belebt die Demokratie

Der Morgen nach der Wahl: Auf der politischen Karte Amerikas kristallisieren sich zwei scharf getrennte Lager.

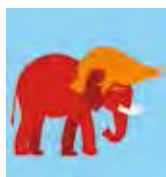
Die Demokraten erobern praktisch alle Städte und Vorstädte. Das ländliche Amerika ist fest in der Hand der Republikaner. Der Militärhistoriker Victor Davis Hanson fühlt sich in die Zeit vor Ausbruch des Bürgerkriegs (1860) zurückversetzt. Er zeigt in seinem Gastartikel (siehe Seite 52) exemplarisch auf, wie es dazu gekommen ist.

Die Spaltung der Gesellschaft ist real. Aber sie ist nicht die ganze Wirklichkeit.

Beim Lamento über das «gespaltene Land» geht vergessen: Amerikas Institutionen funktionieren. Das Land hat eine Sternstunde der Demokratie erlebt. Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte wurde bei Zwischenwahlen die 100-Millionen-Marke geknackt. 114 Millionen Amerikaner strömten an die Urnen. Sie wählten Frauen in Rekordzahl. Ein Viertel des Kongresses ist jetzt weiblich. Und wie kam es dazu? Mit einem Wort: Trump. Man liebt ihn, oder man hasst ihn. Er mobilisiert die Massen, und er belebt die Demokratie.



Trump 2.0.



2. «Rote Festung»

«Einen grossartigen Sieg» habe er errungen, vermeldete Trump am Tag nach der Wahl. «Typische Protzerei», höhnten seine Gegner. «Die

Demokraten haben das Repräsentantenhaus gewonnen, und Trump fühlt sich gut», schrieb Vox, um nur ein News-Portal zu erwähnen.

Jeder weiss: Trump neigt zur Übertreibung. Aber im Kern hat er recht. Er hat einen beach-

lichen Erfolg eingefahren. Bei Zwischenwahlen verliert die regierende Partei in der Regel kräftig an Sitzen, oft sogar eine Kongresskammer. Die beiden letzten Demokraten-Präsidenten wurden *shellacked* – vermöbelt. 1994 verlor Clinton 52 Sitze im Repräsentantenhaus und 10 im Senat. 2010 brachen bei Obama die Dämme ein: minus 63 im Abgeordnetenhaus und minus 6 im Senat. Anders jetzt Trump. Sein Verlust in der grossen Kammer liegt mit gut 30 Sitzen im langjährigen Durchschnitt. Im Senat

legt er gar zu. Er zementiert die Kleine Kammer als «rote Festung». Das ist bei Zwischenwahlen eine historische Rarität. Und ein Erfolg mit weitreichenden Folgen, der seine Partei mit Hoffnung und Zuversicht erfüllt.

Denn der Senat ist zuständig für die wichtigen Personalien. Er kann Schlüsselämter besetzen. Wie wichtig dies ist, unterstreicht eine Nachricht am Tag nach der Wahl, welche die Demokraten in Schockstarre versetzte. Ruth Bader Ginsburg sei mit dreifachem Rippenbruch hospitalisiert worden. Ginsburg ist das älteste Mitglied des Obersten Gerichts und Galiionsfigur der Linken. Fällt sie aus, kann Trump einen dritten Obersten Richter nominieren. Dann wäre der Supreme Court definitiv auf eine Generation hin fest in konservativer Hand.

Ginsburg ist auf dem Weg zur Besserung. Doch die Demokraten können nicht Entwarnung geben. Präsident Trump kann in den nächsten zwei Jahren Dutzende Staats- und Bezirksrichter nominieren. Der konservative Senat wird sie durchwinken. Wie er es seit 2017 in über achtzig Fällen gemacht hat. Damit hinterlässt Trump einen tiefen Fussabdruck, der weit über seine Ära bestehen bleiben wird.

Trump hat einen weiteren Grund zur Zuversicht. Er hat bewiesen, dass er in der Lage ist, seine Wählerbasis zu mobilisieren. Bisher hat er alles darangesetzt, seine Wahlversprechen auch tatsächlich umzusetzen – eine Ausnahme unter Präsidenten. Seine Anhänger rechnen ihm das hoch an und stehen zu ihm. Damit hat er eine solide Grundlage für eine Wiederwahl gelegt. Etliche Mitglieder der Republikanischen Partei hatten ihn lange gemieden. Sie haben inzwischen realisiert, dass er bis dato der beste Hoffnungsträger ist, um die Macht der Partei langfristig zu sichern.



3. Regenbogenpartei

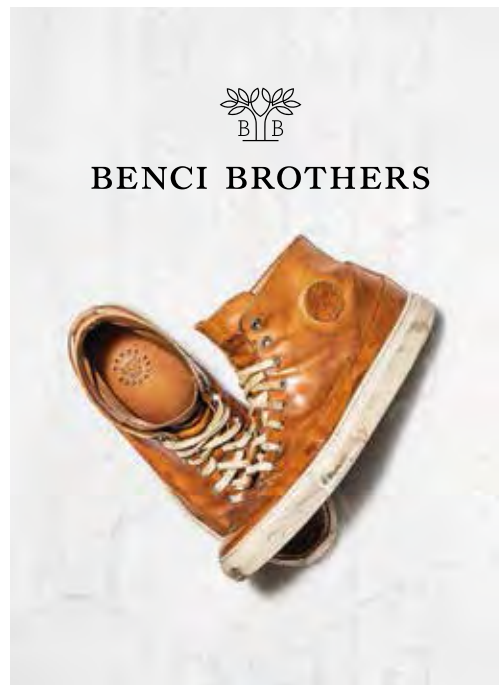
«Morgen wird ein neuer Tag in Amerika», verkündete Nancy Pelosi nach der Wahl. Wie Trump hat auch sie guten Grund zum Jubeln. Die Grande Dame der Demokraten führt die Partei nach acht Jahren in der politischen Wüste als Siegerin zurück ins Repräsentantenhaus. Das lässt hoffen auf mehr.

Und gleich wie Trump blendet auch sie das Unerfreuliche aus. Monatelang hatte man bei den Demokraten eine «blaue Welle» heraufbeschworen. Von der grossen Revanche für 2016 war die Rede. Vielmehr als ein Kräuseln ist es nicht geworden.

Doch es gibt genug anderes, worüber sich die Demokraten freuen können. Eine Rekordzahl von 92 Frauen schaffte erstmals den Sprung in den Kongress, die meisten gehören der Demokratischen Partei an. Aus den Reihen der Demokraten wurden Kandidaten diverser Ethnien und Identitäten gewählt, Indianer, Musliminnen, Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle.

Die Demokraten sind zur Regenbogenpartei geworden. Eine neue Generation erhebt sich. Sie lässt Trends, Emotionen und Bedürfnisse in die Partei einfließen, von welchen die etablierten Granden nur zaghaft etwas begreifen. Die Vorstädte, wo Trump 2016 noch gewonnen hatte, sind jetzt blau. Und im Süden bewegt sich etwas. Mit der steigenden Einwanderung kommen Hochburgen der Republikaner wie Texas oder Georgia in Griffweite der Demokraten.

Mit den Midterms haben die Demokraten Blut geleckt. Sie haben Trump «the house» abgejagt. Jetzt wollen sie seinen Skalp. Hartgesottene Trump-Gegner wie Maxine Waters oder Adam Schiff sitzen neu an der Spitze von Ratskomitees. Bereits kündigen sie eine Flut von Strafuntersuchungen gegen den Präsidenten an. Sie wollen seine Politik blockieren, ja ihn vielleicht gar des Amtes entheben. Für Trump 2.0 kann das ungemütlich werden. Mit dem Re-



präsentantenhaus in Feindeshand sinken die Chancen für eine neue Steuerreform gegen null. An neue Deregulierungen ist kaum zu denken. Der Präsident muss sich neu positionieren.

Zurück zu den Demokraten. Süß ist die Macht, besonders wenn man sie lange nicht gekostet hat. Süß und gefährlich. Nicht Trump ist für die Demokraten die grösste Gefahr, sondern ihre eigene Hybris. Als die Republikaner nach ihrem Erdrutschsieg in den 1990er Jahren versuchten, Clinton des Amtes zu entheben, schadenen sie vor allem sich selbst. Das Volk will Lösungen sehen, keine Obstruktion. Wer nicht hört, wird bei den nächsten Wahlen abgestraft.

Die Suche nach einem Herausforderer von Trump für die Wahlen im 2020 verspricht höchste Spannung. Das Kandidatenfeld wird voraussichtlich so breit werden, wie die Partei bunt ist. Die jungen Linken sind von der

Hoffnung getrieben, die Demokratische Partei neu zu prägen. Doch wollen die Demokraten tatsächlich gegen Trump gewinnen, müssen sie eine Migrationspolitik entwerfen und sich für sichere Grenzen einsetzen. Und sie müssen aufhören, nach einem neuen JFK zu suchen. Der hippe «Beto» O'Rourke aus Texas ist nicht der Heilsbringer, den so viele herbeisehnen. Mit seiner pointiert linken Agenda – gegen Steuerkürzungen, für das Recht auf Abtreibung, strikte Waffengesetze – ist er in Amerika nicht mehrheitsfähig. Die Demokraten «sollten einen Kandidaten nominieren, der den weissen, ländlichen Wählern nicht als Bedrohung erscheint», rät Dana Milbank, linker Starkolumnist der *Washington Post*, in seinem Beitrag für die *Weltwoche* (s. Seite 54).



4. Zeit für grosse Deals

«Das gespaltene Land» ist die populäre Chiffre für das heutige Amerika. Doch Polarisierung ist weder per se schlecht noch abnormal. Das Zwei-Parteien-System ist darauf angelegt, dass sich beide Seiten rivalisieren. Trump habe das Volk derart gespalten, dass die Lager unheilbar verfeindet seien, heisst es allenthalben. Und jetzt, da sich die Macht im Kongress wieder auf beide Parteien verteile, sei die totale Blockade programmiert. Das ist tumber Fatalismus.

Man lasse sich von Meinungsmachern nichts vormachen, die zu faul sind, die Geschichte zu konsultieren. Ist die Macht in Washington geteilt, sind grosse und folgenreiche Deals möglich: so die Revision der Sozialhilfeversicherung im Jahr 1983 oder weitreichende Veränderungen des Steuergesetzes 1986. Beides erfolgte unter Präsident Reagan, der sich mit den Demokraten einigen musste. Und 1996 handelte Präsident Clinton mit den Republikanern ein Sozialreformpaket aus.

«Eine gespaltene Regierung bietet die perfekte Voraussetzung, um grosse Dinge zu vollbringen», sagte der Fraktionschef der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, als er sein Amt übernahm. Die Schönheit einer gespaltenen Regierung bestehe darin, dass sie beiden Parteien fast kugelsicheren politischen Schutz verleihe: Ist ein Gesetz einmal verabschiedet, kann keine Seite die andere kritisieren. Und es gibt beiden Seiten die Gelegenheit, politisches Verdienst für sich zu beanspruchen.

Es gibt in den kommenden zwei Jahren durchaus Themen, wo ein Kompromiss möglich ist. Allen voran bei der Infrastruktur. Neue Brücken und Strassen braucht das Land. Von Virginia bis Santa Fe müssen Geleise und Flughäfen repariert werden. «Make America Great Again!»-Bauvorhaben sind beliebt in den Gliedstaaten. Damit können sich Demokraten ebenso wie Republikaner profilieren. ○



Auf verschiedenen Planeten: Zusammenstöße in Charlottesville, August 2018.

Es droht ein neuer Bürgerkrieg

Der Graben, der sich durch die amerikanische Gesellschaft zieht, ist nach den Zwischenwahlen tiefer als je zuvor. Kein Bereich des täglichen Lebens ist immun gegen die wachsende Zwietracht. Warum schlagen die Meinungsverschiedenheiten in bitteren Hass um? Wieso jetzt? *Von Victor Davis Hanson*

Die rot-blaue Karte der Zwischenwahlen 2018 bestätigt das Bild einer gespaltenen Nation. Das Repräsentantenhaus erhielt eine knappe demokratische Vorsprung, der Senat bleibt mit wenigen Sitzen Mehrheit in republikanischer Hand. Beide Parteien kündigten an, ihre gegensätzlichen Ziele weiterzuverfolgen.

Die Demokraten im Repräsentantenhaus werden sich kaum damit begnügen, Trumps «Make America Great Again»-Politik zu blockieren; sie glauben, dass sie mit der Amtsenthebung (Impeachment) des Präsidenten sein ganzes konservatives Programm diskreditieren können. Die Republikaner werden darauf antworten, indem sie so viele Nominierungen von konservativen Richtern wie möglich durchdrücken werden. Dank ihrer Senatsmehrheit können sie dies tun. Wenn ein demokratisches Repräsentantenhaus gegen Trump Anklage erhebt und versucht, ihn des Amtes zu

entheben, wird dem Senat ihm nie und nimmer folgen. Der Präsident wird im Amt bleiben.

Es scheint, als befände sich das Land wieder im Jahr 1860, am Vorabend des Bürgerkriegs, und nicht im Jahr 2018, in einem Zeitalter des Wohlstands, der Freizeit und der Freiheit, wie es in der Geschichte menschlicher Zivilisation beispiellos ist.

Zwei Randlager

Die Midterm-Programme der beiden Parteien waren unvereinbar. Auf der einen Seite sind die Progressiven, die strikte Einwanderungskontrollen aufheben und die Grenzen öffnen wollen, um günstige wahl-demografische Voraussetzungen für sich zu schaffen. Es sind diejenigen, die Gratis-Krankenversicherungen für alle, die Löschung von Studentenschulden und die Kürzung des Verteidigungsbudgets wollen. Auf der anderen Seite haben wir die Traditio-

nalisten, die auf nationale Souveränität, eine starke Armee und sichere Grenzen setzen, die für die Krankenversicherung und eine höhere Bildung Markt-lösungen anstreben und die eine Gleichheit der Chancen für alle wollen, bei der Eigenleistung und nicht Rasse und Geschlecht eine zentrale Rolle spielen sollen.

Wie lassen sich diese beiden unterschiedlichen Lager miteinander vereinbaren?

Der antike Historiker Thukydides nannte eine ähnliche bürgerliche Zwietracht, die schliesslich die griechischen Stadtstaaten des 5. Jahrhunderts v. Chr. auseinanderriss, «stasis». Er verstand *stasis* als einen bitteren Bürgerkrieg zwischen den revolutionären Massen (mit gelegentlicher Hilfe von Seiten der Ultrareichen) und den traditionalistischen mittleren und oberen Schichten. In solchen Zeiten verschwand die Mitte und verteilte sich auf die zwei Randlager.

So etwas wie diese antike Spaltung infiziert heute jeden Aspekt des amerikanischen Lebens. Die Amerikaner sind in zunehmendem Masse entweder stolz auf vergangene Traditionen, auf graduelle Reformen und den gegenwärtigen US-amerikanischen *exceptionalism* (Glaube an die Einmaligkeit und eine Mission der USA), oder aber sie beharren darauf, dass dieses Land

Legale, vielfältige und massvolle Einwanderung war schon immer Amerikas grosse Stärke.

bereits bei seiner Gründung hoffnungslos verloren – also rassistisch, sexistisch, homophob und nativistisch – war und dass es von Grund auf neu erfunden werden muss, damit es für seine Erbsünden büssen kann. Die Programme der beiden sich im Wahl-Patt befindenden Kandidaten für das Gouverneursamt von Georgia – Brian Kemp (Republikaner) und Stacey Abrams (Demokraten) – sind so weit voneinander entfernt wie der Mars von der Venus.

Kein Lebensbereich ist immun gegen die Politisierung: weder Film, Fernsehen, Berufssport noch Schulen oder Universitäten. Was ist schuld daran, dass sich in Amerika Meinungsverschiedenheiten in bittere Hassgefühle verwandelt haben? Wieso jetzt?

Elektronische Lynchmobs

Das Internet und die sozialen Medien werden oft zu veritablen Arenen elektronischer Lynchmobs. In einer Nanosekunde wird eine bedeutungslose Lokalgeschichte viral verbreitet. Die Anonymität ist ein starker Multiplikator: Falsche Identitäten geben noch grösserem Extremismus Deckung – aufgrund der Erfahrung, dass niemand je für sein Wort zur Verantwortung gezogen wird. Extremisten können immer mehr Bedeutung erlangen, je überspannter und bössartiger sie sich gebärden.

Geschwindigkeit und überhastetes Handeln sind der Feind von Vernunft und Zurückhaltung. Millionen von Bloggern wollen die Ersten sein, die ihren Senf zu einem News-Ereignis geben, und kümmern sich nicht darum, wenn sich dieses als Fake News, als unbegründeter Klatsch oder als reine Fiktion herausstellt. Die Kabelfernsehsender, die 24 Stunden am Tag Nachrichten bringen, tun dasselbe. Je schneller, sensationeller und polarisierender eine Story ist, desto grösser ist der Zuschaueranteil. Sogenannte Analytik teilt die Bevölkerung in die verschiedensten denkbaren Segmente, um Wahlpräferenzen vorauszusagen.

Die Globalisierung hat Amerika gleichzeitig reicher und ärmer gemacht – und die Spaltung weiter vorangetrieben. Diejenigen, deren Arbeit in weniger teure, weniger reglementierte Länder ausgelagert wurde, haben ihre Stelle verloren oder Lohneinbussen erlitten. Man schreibt sie als «Versager» ab.

Die anderen Amerikaner, die mit ihren beruflichen Kenntnissen von den gewaltigen neuen Weltmärkten profitieren, werden immer reicher und brüsten sich als «Sieger». Die Ursache wird mit der Wirkung verwechselt: Es waren nicht die Unterbeschäftigten, welche die Arbeitsplätze der Industrie ins Ausland verlegten, sondern die Unternehmer. Sie machten sich aus dem Staub und hinterliessen ein Trümmerfeld, das zu einem fruchtbaren Boden für Drogensucht wurde.

Lokale Identitäten – die in der Geschichte schon immer den Bürgerzwist verstärkt haben – schüren die wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede. Die amerikanischen Staaten verstehen sich zunehmend selber als entweder rote (republikanische) oder blaue (demokratische) Staaten. Die politische Karte der jüngsten Zwischenwahlen ist noch markanter als jene der Präsidentschaftswahlen von 2016: zwei Küstenkorridore von blauen, urbanen Progressiven – und dazwischen ein Meer von roten Konservativen.

Die Linken, die *liberals*, wandern in die Städte und Gemeinden der urbanen Küstenkorridore mit fortschrittlichem Lifestyle und vielen öffentlichen Dienstleistungen aus. Staatlich verordnete Gleichheit ist die Botschaft der dortigen Populärkultur. Die Konservativen hingegen konzentrieren sich immer mehr im traditionellen *heartland*, dem Kernland mit niedrigeren Steuern und weniger Staatsinterventionen, wo Begriffe wie *liberty*, *freedom* und *tradition* nicht als egoistisch und altmodisch gelten.

Weichei mit heisser Schokolade

Die Lifestyles in San Francisco, Kalifornien, und Toledo, Ohio, sind so unterschiedlich, dass man meinen könnte, die Menschen lebten auf verschiedenen Planeten. Als die Obama-Administration für ihr Krankenversicherungsprojekt, die «Affordable Care Act», Werbung machte, kam darin das Bild eines fahlen «Pajama Boy» vor, der in seinem Schlafanzug heisse Schokolade schlürfte und dabei Obamacare lobte. Die halbe Nation lachte. Sie hielt das Büblein für ein Weichei, das besser daran täte, sich anzuziehen und zur Arbeit zu gehen.

Legale, vielfältige, meritorische und massvolle Einwanderung war schon immer Amerikas grosse Stärke. Assimilierung, Integration und Mischehen im Schmelztiegel machten Neuankömmlinge innert einer oder zweier Generationen zu patriotischen Amerikanern. Aber wenn Einwanderung oft illegal, nicht divers und massiv ist, führt sie zu einer Balkanisierung. Gegenwärtig gewährt Amerika 60 Millionen nicht im Land geborenen Menschen Gastrecht – die höchste Zahl in der Geschichte der USA. Jeder vierte Einwohner von Kalifornien ist nicht in den Vereinigten Staaten geboren. Anders als in der Vergangenheit, wird von Einwanderern heute nicht mehr erwartet, dass



Inside Washington

Michelles Bekenntnisse

Die einstige First Lady öffnet sich.

Gerade rechtzeitig auf das Weihnachtsgeschäft sind Michelle Obamas allseits erwartete Memoiren erschienen – 400 Seiten mit dem Titel «Becoming».

Um die PR-Kampagne auf Touren zu bringen, empfängt Amerikas wichtigste TV-Gastgeberin Oprah Winfrey diese Woche die ehemalige First Lady in einer ausverkauften Show im United-Centrum-Stadion. Die Tickets für den Abend der Glamour-Girls kosteten bis zu 2750 Dollar.

Die geborene Michelle LaVaughn Robinson legte einen weiten Weg zurück – von der Mittelklasse-Umgebung an der Euclid Avenue im Süden Chicagos bis in Winfreys Show. Sie wechselte von den prestigeträchtigen Universitäten Princeton und Harvard in das Scheinwerferlicht der Weltbühne. Und nun verkauft die frühere Rechtsanwältin aus Chicago ihre süffigen Bekenntnisse und ihre politischen Erkenntnisse.

Michelle wurde schwach, als sie den aalglatten und stolzen Barack Obama erstmals traf, der damals gerade 28 Jahre alt war: Sie spürte eine «überwältigende Welle der Lust».

Diese Lust sei nach 26 Jahren Ehejahren noch immer da, versichert sie.

In der Wahlkampagne 2008 ermahnten Obamas Berater David Axelrod und Valerie Jarrett Michelle allerdings, an ihrer öffentlichen Erscheinung zu feilen. Denn sie kam dem Image einer «angewiderten Hyäne» gefährlich nahe.

Weiter ist zu lesen, dass sie Donald Trump niemals verzeihen wird, dass er ihrem Ehemann fälschlicherweise Kenia als Geburtsort unterstellte. Aber wird sie den Amerikanern verzeihen, dass sie Obamas historische Polit-Himmelfahrt mit «reaktionärer Furcht und Hass quittierten»?

Für \$19,50 lädt die strahlende Michelle Obama auf der Frontseite ihres Buchs die Leserschaft ein, das herauszufinden!

Amy Holmes

Demokratisches Wetterleuchten

Die Ergebnisse der Midterms zeigen: Die Zukunft gehört den Demokraten. Wenn sie klug sind, werden sie Trump nicht offen bekämpfen, sondern seine Hysterie ignorieren. Von Dana Milbank

Letzten Mittwochmorgen standen Millionen Amerikaner unter dem Eindruck, dass nun Ruhe in das politische Leben einkehren werde. Sie haben sich geirrt. Die Annahme, Donald Trumps chaotische Präsidentschaft werde nun gezähmt werden können, war nicht ganz unbegründet. Tags zuvor hatten 114 Millionen Amerikaner ihre Stimme abgegeben – eine Rekordwahlbeteiligung bei den Midterms – und den Demokraten eine Mehrheit von 7 Prozent im Repräsentantenhaus verschafft. Demokraten eroberten ausserdem Gouverneursposten und Parlamente in einzelnen Bundesstaaten und erhielten etwa 13 Millionen Stimmen mehr als die Republikaner im Senat. Nur dank den Launen der politischen Landkarte gewannen die Republikaner den einen oder anderen Sitz.

Laut Hochrechnungen war die Botschaft der Wähler eindeutig: Sie wollten erkennbar ihre Unzufriedenheit mit Trump zum Ausdruck bringen. Für sie sollte Schluss sein mit den Exzessen des Präsidenten. Trumps Antwort an die Wähler: Geht zum Teufel!

Ablenkungsmanöver ignorieren

Auf einer Pressekonferenz am Mittwoch bezeichnete er seine Niederlage als einen «nahezu vollkommenen Sieg». Die Aussicht, künftig von den Demokraten stärker kontrolliert zu werden, quittierte er mit der Drohung, dass er die Regierung «zum Stillstand» bringen, dass er quasi Krieg führen werde. Anschliessend gab er bekannt, dass er Justizminister Jeff Sessions entlassen und durch einen loyalen Parteigänger ersetzt habe, der, wie sich bald herausstellte, für den Job nicht qualifiziert ist. Dieser Schritt war ein deutliches Zeichen dafür, dass Trump Schluss machen will mit den Russland-Untersuchungen von Sonderermittler Robert Mueller, die bislang zu Anklage-Erhebungen gegen mehrere ehemalige Präsidentenberater geführt haben.

Als wäre das nicht genug, entzog das Weisse Haus dann einem CNN-Korrespondenten die Akkreditierung und rechtfertigte diesen Schritt mit einem manipulierten Video, das ein angeblich übergriffiges Verhalten des Journalisten gegenüber einer Mitarbeiterin des Weissen Hauses zeigt.

Wenn Trump in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit chaotisch, impulsiv, aggressiv



Eigene Agenda: Trump-Gegner.

und spalterisch agiert hat, so scheint er nach seiner Niederlage umso entschlossener zu sein, in dieser Weise weiterzumachen. Die wiedererstarkten Demokraten im Repräsentantenhaus stehen nun vor der Entscheidung: Trump entweder offen bekämpfen oder ihn und seine Hysterie ignorieren und sich auf die eigene Agenda konzentrieren. Wenn sie klug sind, werden sie den letztgenannten Weg einschlagen.

Die Demokraten waren so erfolgreich, weil sie sich bewusst auf das Thema Gesundheitsversorgung konzentriert und darauf verzichtet hatten, auf Trumps tägliche Spielchen zu reagieren. Nun wird die linke Basis rasch die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens und die Verabschiedung einer allgemeinen Krankenversicherung verlangen und die Parteiführung auffordern, diverse Untersuchungen gegen Trump einzuleiten. Diesem Ansinnen müssen sich die Demokraten verweigern, so wie sie sich den Ablenkungsmanövern des Präsidenten verschliessen.

Es ist zwecklos, ein Amtsenthebungsverfahren einleiten und eine allgemeine Krankenversicherung auf den Weg bringen zu wollen, solange Trump im Weissen Haus sitzt und seine Gefolgsleute den Senat kontrollieren. Dies würde auch all jenen zum Nachteil gereichen, die den Demokraten die Mehrheit

verschafft haben – frische Gesichter in Wechselwählerbezirken, Kandidaten, die, obschon im Allgemeinen links orientiert, mit einem unideologischen Programm moderate bürgerliche Wähler für sich gewinnen konnten. Sozialistische Demokraten à la Bernie Sanders verloren in mehreren umkämpften Wahlkreisen.

Die Notwendigkeit, Disziplin zu wahren, verstärkt auch die Bedeutung von Nancy Pelosi, die wieder Sprecherin des Repräsentantenhauses sein wird. Jüngere Demokraten werden unruhig, und die 78-jährige Politikerin wird ihnen hoffentlich entgegenkommen mit der Ankündigung, dass dies ihre letzte Amtszeit sei und sie für eine geordnete Nachfolge sorgen werde.

Aber Pelosi ist ausserordentlich gut darin, die Demokraten bei der Stange zu halten. Sie könnte unerbittlich für Disziplin sorgen und ihre Kollegen zwingen, sich auf Dinge zu konzentrieren, die für die Wähler besonders wichtig sind – Gesundheitsversorgung, Wirtschaftswachstum, Infrastruktur und eine wirksame Kontrolle der Regierung.

Ländliche Wähler einbinden

Die Ergebnisse der Midterms zeigen, dass die Zukunft weiterhin den Demokraten gehört. Junge und hispanische Wähler haben in grosser Zahl die Demokraten gewählt. Gebildete Frauen sorgten für eine «blaue» Mehrheit in den Städten, so dass nur noch die ländlichen Gebiete mit schwindender Bevölkerung von den Republikanern dominiert werden. Strukturelle Hindernisse (das Wahlmännerkollegium und ein Senat, in dem die ländlichen Gebiete überproportional vertreten sind, sowie eine Verteilung von Wahlkreisen, die den Republikanern im Repräsentantenhaus Vorteile verschafft) sorgen dafür, dass Trump vorerst an der Macht bleibt.

Langfristig – 2024 und darüber hinaus – werden die Demokraten diese Hürden überwinden. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2020 sollten die Demokraten im Repräsentantenhaus die ständigen Streitereien mit Trump vermeiden und einen Kandidaten nominieren, der den weissen ländlichen Wählern nicht als Bedrohung erscheint. Sollte den Demokraten beides gelingen, werden sie in zwei Jahren den Kongress und das Weisse Haus zurückerobern.



Dana Milbank, 50, ist Reporter für die *Washington Post*; er gehört zu den Starkolumnisten des Blattes. Er ist Absolvent der Eliteuniversität Yale.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

sie Englisch lernen und sich so schnell wie möglich assimilieren. Arme, der englischen Sprache unkundige Neuankömmlinge stellen für die Progressiven willkommene Wähler dar: Je langsamer sie sich integrieren und je später die eine amerikanische Identität annehmen, desto mehr sind sie geneigt, sich auf eine tribale Vertretung zu stützen, das heisst, sie wählen Personen, mit denen sie sich ethnisch und sprachlich identifizieren können.

Der Tribalismus, der Rückzug in die eigene Bevölkerungsgruppe, ist die neue Norm in Amerika. Geschlecht, sexuelle Orientierung, Religion, Rasse und Ethnizität werden heute als wesentlich und nicht als nebensächlich betrachtet, wenn wir uns fragen, wer wir sind. Wenn Kommentatoren über die Ergebnisse der Midterm-Wahlen referieren, sprechen sie von den Anhängerschaften in den blauen Staaten als «Gemeinschaften», *communities*, vom Abstimmungsverhalten der «LGBT-» oder der «Latino-Community». Wähler in den roten Staaten werden eher nach Klasse eingeteilt: in die «Arbeiterklasse» oder das «Landvolk».

Code für spezielle Gruppen

Nur allzu oft sind Amerikaner begierig darauf, sich in Opfergruppen zusammenzufinden. Namen mit Bindestrichen oder Dachzeichen dienen als Code dafür, dass deren Träger speziellen Gruppen angehören, die etwas verbindet, was über die gemeinsame Zugehörigkeit zu Amerika hinausgeht. Der demokratische Senatskandidat in Texas, Robert Francis O'Rourke, versuchte sich eine Latino-Identität zu verpassen, indem er sich den unter Latinos gebräuchlichen Spitznamen «Beto» zulegte. So demonstrierte er seine multikulturelle Lebenshaltung. Andererseits zog sein konservativer kubanisch-amerikanischer Gegner Ted Cruz die Schmelztiegel-Tradition vor, indem er seinen hispanischen Geburtsnamen Rafael strich.

Amerika ist oft Zielscheibe übertriebener Kritik – als ob das Land jetzt plötzlich toxisch wäre, nur weil es nicht perfekt ist. Wenige verstehen, dass viele Länder von Rassismus, Sexismus, inneren Unruhen und Armut, deren Aus-

mass in den USA unvorstellbar ist, geplagt sind. Latinos aus Mittelamerika nähern sich in Karawanen der südlichen Grenze der USA und schwingen schizophrenerweise Fahnen der Länder, in die sie unter keinen Umständen zurückkehren wollen, verklagen schon jetzt die USA vor Gericht wegen ihres schuldhaften Verhaltens, während sie das vom gleichsprachigen Mexiko angebotene generöse Asyl aus-

Amerika ist Zielscheibe – als ob das Land jetzt plötzlich toxisch wäre, nur weil es nicht perfekt ist.

schlagen. Es ist, als ob die Asylsuchenden den Amerikanern sagen würden: «Weil wir eure Kultur so sehr verachten, müsst ihr uns erlauben, zu euch zu stossen.»

Die alte Demokratische Partei von John F. Kennedy und Bill Clinton ist auf dem Weg, eine radikale, demokratisch-sozialistische Partei zu werden. Gleichzeitig ist die alte Republikanische Partei fast Vergangenheit, ersetzt durch die Tea-Party-Bewegung und Donald Trumps neues Fussvolk. Im Grunde bleibt das Land eine Mitte-rechts-Nation, die progressiven Radikalismus ablehnt. Republikaner, die den Trumpismus als zu konservativ zurückwiesen, verloren oft in den Wahlen. Demokratische Kandidaten, die als Hardcore-Progressive daherkamen, scheiterten ebenfalls.

Mit Barack Obama wurde ein Mann amerikanischer Präsident, der als Senator ein extrem linkes Abstimmungsverhalten zeigte. Sein Nachfolger hat ein völlig anderes Profil. Mit Trump wurde erstmals ein Präsident gewählt, der weder militärische noch politische Erfahrung hatte. Obama erliess am Kongress vorbei – «mit Telefon und Feder» – Dutzende umstrittener Exekutivbeschlüsse. Trump macht diese jetzt systematisch rückgängig, wobei er sich auf die genau gleichen Exekutivbeschlüsse stützt.

Wird Amerika weiter auseinanderdriften? Und wird es bald zur Anwendung offener Ge-

walt kommen, wie dies 1861 geschah? Wenn man die Hysterie bei den Hearings mit Brett Kavanaugh miterlebte, wenn man die antisemitische Terrorattacke auf eine Synagoge in Pittsburgh sah oder die Verschickung von Pseudobomben an demokratische Politgrößen und Promis mitverfolgte, könnte man zu diesem Schluss kommen. Hollywood hat einen «Attentats-Chic» etabliert. Stars wetteifern verbal miteinander, ob Trump in die Luft gejagt, zerstückelt, erschossen oder bloss verprügelt werden solle.

Attacke auf Fernsehmann

Nach der Zwischenwahl kam es letzte Woche erneut zu einem erschreckenden Gewaltausbruch. Ein Antifa-Mob belagerte das Privathaus von Fox-News-Anchorman Tucker Carlson, um ihn einzuschüchtern und von seiner konservativen Berichterstattung abzubringen. Seine Familie musste sich derweil in einem Zimmer verbarrikadieren.

Werden wir wieder zueinanderfinden, wie wir dies nach den Umbrüchen der Grossen Depression in den dreissiger Jahren oder nach den Protesten in den 1960ern taten? Die Antwort liegt bei jedem Einzelnen von uns.

Entweder werden wir uns als Landsleute, als *fellow Americans*, behandeln, die weit mehr vereint als trennt, oder aber wir werden auf unserem gegenwärtigen Weg weitergehen und zu einer hasserfüllten Nation werden, zu einem Land wie der Irak, Ruanda oder die Balkanstaaten.



Victor Davis Hanson ist Professor für Altphilologie und Historiker an der Hoover Institution, Stanford University. Sein neuestes Werk, «The Second World Wars: How the First Global Conflict Was Fought and Won», wurde 2017 publiziert.

Aus dem Englischen von Hanspeter Born.

SPICK DIE SCHLAUE GESCHENKIDEE

MIT GRATIS FREUND SCHAFTS-BUCH!

WWW.SPICK.CH

EMPFOHLEN VON DER Stiftung Lesen

Es war einmal die Sozialdemokratie

Die SPD war einst eine historische Kraft. Nun könnte sie nach eineinhalb Jahrhunderten verschwinden. Hans Eichel, deutscher Finanzminister unter Gerhard Schröder, hat die glücklicheren Zeiten der Partei noch erlebt. Was ist seither schiefgelaufen? *Von Erik Ebnetter und Holger Talinski (Bild)*

Die Ansprache dauerte nur ein paar Minuten, aber sie veränderte ein ganzes Land: «Arbeiter und Soldaten! Seid euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst», rief Philipp Scheidemann, ein Sozialdemokrat aus Kassel, am 9. November 1918 aus einem Fenster des Reichstags in Berlin. Unten auf dem Platz, hatten sich Abertausende Menschen versammelt und hingen ihm an den Lippen. «Unerhörtes ist geschehen», berichtete Scheidemann. «Der Kaiser hat abgedankt. Der Prinz Max von Baden hat sein Reichskanzleramt dem Abgeordneten Ebert übergeben. Unser Freund wird eine Arbeiterregierung bilden, der alle sozialistischen Parteien angehören werden.» Scheidemann warb um Unterstützung und schloss mit den Worten: «Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!» Der Jubel, der nun anhub, soll schier endlos gewesen sein, wie Scheidemann in seinen Memoiren schrieb.

Kanzler aus einfacher Familie

Was er genau gesagt hat an diesem Tag, ist unklar. Kein Manuskript und keine Tonspur erzählen davon, und die Berichte, die auf uns gekommen sind, unterscheiden sich zum Teil erheblich voneinander. Der Text, der am bekanntesten geworden ist, stammt von Scheidemann selbst und dürfte dessen Rede nicht weniger dramatisch, nicht weniger pathetisch darstellen, als sie tatsächlich gewesen ist. Über Scheidemanns historische Rolle kann hingegen kein Zweifel bestehen: Er, der Sohn einer Handwerkerfamilie aus Kurhessen, geboren 1865, gehörte zu der Generation von Sozialdemokraten, die ihre Partei nach einem halben Jahrhundert erstmals an die Macht brachten. Im Winter 1918/19 bildete sich in Deutschland die Weimarer Republik, mit Friedrich Ebert als Reichspräsidenten und Philipp Scheidemann als Reichskanzler, und es begann, was politische Denker wie Ralf Dahrendorf vor Jahrzehnten schon als sozialdemokratisches Jahrhundert bezeichnet haben. Erleben wir nun, da dieses Jahrhundert zu Ende geht, den Schlussakt der deutschen Sozialdemokratie?

Die jüngsten Nachrichten lassen es zumindest denkbar erscheinen. Die Sozialdemokraten erzielten in Hessen, wo sie zeitweise mit absoluter Mehrheit regiert hatten, in der Landtagswahl von Oktober weniger Stimmen als die Grünen, und bundesweite Umfragen ermittelten jüngst Wähleranteile von weniger als 15 Prozent für die SPD. Sie liegt in diesen Momentaufnah-



«Es geht heute gar nicht um einen utopischen Endzustand»: Sozialdemokrat Eichel.

men hinter der Union, ihrer ewigen Rivalin als Volkspartei, aber auch hinter den Grünen und der AfD. Wie ist dieser Niedergang zu erklären? Man kann, um eine Antwort zu suchen, nach Berlin blicken, wo sich die Sozialdemokraten

seit Jahren in grossen Koalitionen mit der Union zerreiben. Man kann aber auch nach Kassel fahren, in die Stadt, wo Wilhelm II., der letzte deutsche Kaiser, ins Gymnasium ging und später oft seine Ferien verbrachte; in die Stadt, wo Schei-

demann aufwuchs und einst als Oberbürgermeister regierte; in die Stadt, die seit der deutschen Wiedervereinigung ziemlich genau in der Mitte des Landes liegt.

Hier, in einem bürgerlichen Quartier, unweit der Friedrich-Ebert-Strasse, wohnt Hans Eichel. Er war Oberbürgermeister von Kassel wie Scheidemann, nach dem in der Stadt ein zentraler Platz benannt ist, später hessischer Ministerpräsident und schliesslich Bundesfinanzminister unter Gerhard Schröder. Es gab eine Zeit, um das Jahr 2000, da war Eichel der zweitmächtigste Mann der deutschen Sozialdemokratie nach dem Kanzler. Seit über einem halben Jahrhundert ist er in der Partei.

Als er 1964 in die SPD eintrat, liefen ihr die Mitglieder in Massen zu. Bald gab es in der Bundesrepublik über eine Million Sozialdemokraten. Heute, im wiedervereinigten Deutschland, sind es nicht einmal mehr die Hälfte. Eichel sitzt auf einem Biedermeiersofa in seinem hellen, geräumigen Wohnzimmer und hört sich halb belustigt, halb geschmeichelt an, wie er in eine Traditionslinie mit Scheidemann gestellt wird. Dass diese Linie nun abreißen könnte, weist er zurück. «Nein, die SPD hat sich nicht überlebt. Ihre Themen sind so aktuell wie vor 100 oder 150 Jahren», erklärt er und beschwört noch einmal die Vergangenheit herauf.

Die Geschichte der Partei, die eine Bewegung war, beginnt 1863, als sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bildete. Ihren heutigen Namen – Sozialdemokratische Partei Deutschlands – erhielt sie 1891. «Die SPD wurde gegründet, um die Ausbeutung von Mensch und Natur zu beenden und die Solidarität zwischen den Völkern zu schaffen», sagt Eichel. «Und jetzt schauen Sie, wie viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse es heute in Deutschland gibt. Viele junge Menschen erhalten nur noch befristete Arbeitsverträge. Eine solche Unsicherheit können wir in unserem Land nicht dulden.» Fast klingt er wie Scheidemann, der einst schrieb: «Niemand kann sein Vaterland mehr lieben als wir Sozialdemokraten. Eben deshalb schüttelten wir auch nicht den Staub von den Schuhen, um auszuwandern, wie uns Wilhelm H. anempfohlen hatte. Ganz im Gegenteil! Wir blieben, um zu kämpfen, bis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende gemacht, bis gleiche Rechte für alle errungen sein werden.» Aber 2018 ist nicht 1918.

Applaus von rechts

Die SPD hat in den letzten zwei Jahrzehnten nur vier Jahre in der Opposition verbracht und in der übrigen Zeit mit Grünen und der Union das Land regiert. Deutschland, wie es sich heute präsentiert, ist stark von der Sozialdemokratie geprägt, bis hin zu den Arbeitsmarktgesetzen, die überhaupt erst möglich machen, was Eichel als prekäre Beschäftigungsverhältnisse geisselt. «Wir haben sicher

nicht alles entschieden genug angepackt», sagt er. «Aber wenn immer wir etwas ändern wollen, bremst uns die CDU.» Dass viele Konservative finden, die CDU habe sich sozialdemokratisiert, beeindruckt Eichel nicht sehr. «Was die Solidarität der Völker angeht, entwickelt sich die CDU nicht in unserem Sinn. Sie hat kaum noch überzeugte Europäer in ihren Reihen, wie es Adenauer und Kohl waren.» Und bei der Arbeitsmarktpolitik sei die SPD eine Gefangene ihres eigenen Erfolgs. «Alle sagen, die Agenda 2010 war gut. Das war sie auch, aber nicht so gut, wie jetzt alle tun», sagt Eichel über das Reformwerk der rot-grünen Regierung, das international als Vorbild gilt, vor allem rechts der Sozialdemokratie.

Umgesetzt von 2003 bis 2005, liberalisierte die Agenda 2010 den Arbeitsmarkt und stabilisierte das Sozialsystem. Sie ist das zentrale Vermächtnis der Ära Schröder, die Eichel als Finanzminister massgeblich mitgeprägt hat. Während Schröder seiner Partei bis heute empfiehlt, ihren Frieden mit der Agenda zu machen, plädiert Eichel für eine Reform der Reform. «Gerade bei der Leiharbeit sind Anpassungen nötig», sagt er und vergisst nicht, zu erwähnen, dass es die Union sei, die sich gegen jede Regelung sperre. Überhaupt müsse man aufhören, die SPD und die CDU als mehr oder weniger austauschbare Parteien zu bezeichnen. Von der These, die klassischen politischen Lager hätten sich aufgelöst, hält Eichel nichts. «Es stimmt nicht, dass es kein <links> und kein <rechts> mehr gebe», sagt er. «Es gibt immer noch urlinke Anliegen. Links ist die Verteilungsfrage, und die ist so drängend wie schon lange nicht mehr.» Wenn er über die SPD in der Krise redet, scheut er keinen Begriff und keinen Vergleich.

Wachsende Ungleichheit bezeichnet er als Gefahr für die Demokratie. Es genüge nicht, dass es auch den Armen besser gehe als vor hundert Jahren. «Was heisst es, die Ausbeutung des Menschen zu beenden? Unser Programm wird immer ein Stück weit Utopie bleiben. Aber jetzt – im digitalen Zeitalter – bängen Milliarden Menschen um ihren Arbeitsplatz, während ein paar Internetunternehmer zu Multimilliardären werden. Es geht heute gar nicht um einen utopischen Endzustand, sondern darum, die schlimmsten Entwicklungen umzukehren.» Eine Gesellschaft, die zu grosse Ungleichheiten zulasse, sei anfällig für Extremismus. «Und wenn jemand weiss, was unsere Demokratie bedroht, sind es wir Sozialdemokraten», sagt Eichel, geboren 1941, mitten im Zweiten Weltkrieg.

Tatsächlich gehört es zu den historischen Leistungen der Sozialdemokratie, den verbrei-

cherischen Charakter des Nationalsozialismus früh erkannt zu haben. 1933 stimmte die SPD als einzige Partei im Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz, das Adolf Hitler diktatorische Vollmachten übertrug. Kurz danach liess Hitler die SPD verbieten. «Es war in Deutschland immer so: Wenn Sozialdemokraten verfolgt wurden, gab es keine Demokratie.» Aber droht diese Gefahr denn heute? Eichel überlegt einen Moment. «Rechtsextreme und Nationalisten gefährden unsere Demokratie zwar zunehmend, aber die grosse Mehrheit der Deutschen stützt das Grundgesetz», räumt er schliesslich ein.



Philipp Scheidemann.

«Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!»

Silberner Schleier

Dass die SPD in einer existenziellen Krise steckt, erklärt er auch mit dem Erbe der Partei: «Unser Solidaritätsbegriff bezieht sich immer noch auf die Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts, die morgens um sieben durch das Werkstor in die Fabrik gingen und sie abends um fünf durch das Werkstor wieder verliessen.

Sie malochten Schulter an Schulter, den ganzen Tag lang. Das zeigte sich natürlich im Organisationsgrad: Die Arbeiter waren gewerkschaftlich immer gut organisiert.» Heute sei dieses Milieu stark geschrumpft, vor allem aber gebe es keine Unterscheide mehr zwischen Arbeitern und Angestellten. «Das haben wir Sozialdemokraten erkämpft. Gleichzeitig haben sich die Arbeitsverhältnisse verändert. Unsere Wirtschaft beruht inzwischen stark auf Dienstleistungen.» Diese Situation, die so neu nicht ist, stellt die SPD vor grosse Probleme. Wie die Partei darauf reagieren soll, sagt Eichel nicht. Zum ersten Mal in diesem Gespräch wirkt er etwas ratlos.

Hinter dem Sofa, über seinem Kopf, hängt eine Zeichnung, die den Reichstag verhüllt zeigt: eine Erinnerung an 1995, als Jeanne-Claude und Christo, das amerikanische Künstlerpaar, diesen Symbol-Ort der deutschen Sozialdemokratie für einige Tage hinter einem silbernen Schleier verschwinden liessen. Die SPD war damals eine Partei mit Zukunft – drei Jahre später übernahm Gerhard Schröder die Regierungsgeschäfte. Ob es je wieder einen sozialdemokratischen Kanzler geben wird? Eichel sitzt zu Hause, in der Mitte des Landes, dessen Finanzen er einst verwaltete, und sagt nach kurzem Schweigen nur: «Ich werde meinen kleinen Beitrag leisten, dass wir wieder erstarken.» Dass die SPD verschwinden könnte, soll eine Ahnung bleiben wie das verhüllte Gebäude auf dem Bild über ihm. Was sich ohne künstliche Überhöhung sagen lässt: Die Sozialdemokratie gehört zu Deutschland wie der Reichstag, wo Scheidemann einst die Republik ausrief. ○



Zunehmende Vernetzung der Länder in Asien, Afrika und Europa.

Chinesische Welthandelsorganisation

China will unter dem Titel «Belt and Road Initiative» ein riesiges Investitionsprogramm auf den Weg bringen, das mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung berühren wird. Welche Möglichkeiten bietet die neue Seidenstrasse der Schweiz? *Von Henrique Schneider*

«In der Mao-Ära ist China aufgestanden. In der Deng-Ära ist China reich geworden. Jetzt ist eine neue Ära angebrochen, in der China stark und mächtig wird – im Innern und global.» Der chinesische Präsident Xi Jinping machte am 19. Parteikongress im Jahr 2017 seine Botschaft klar: China will an die Weltspitze, emsig arbeitet das Land der Mitte daran. Zeichen dafür sind die internationalen Institutionen, die es abseits der «westlichen» aufbaut. Es gilt, Organisationen mit chinesischen Vorzeichen und vor allem chinesischer Gouvernanz zu schaffen. Als Gegenpol zum militärischen Nordatlantikkündnis Nato führt China die sicherheitspolitisch orientierte Schanghaier Kooperationsorganisation (SCO) an. Als Ergänzung zur G-7 agiert China in der Brics-Staaten-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Als Gegenstück zur Weltbank finanziert es die Brics-Bank, heute New Development Bank. Und als Parallele zum Marshall-Plan inszeniert das Land der Mitte ab 2017 die Neue Seidenstrasse.

Mit der «Belt and Road Initiative» (BRI; vormals «One Belt, One Road», Obor), wie sie offiziell heisst, soll ein riesiges Handelsnetzwerk zwischen Asien, Afrika und Europa entstehen. Zum einen meint die Neue Seidenstrasse den Wirtschaftsgürtel («Belt»), der auf dem Landweg über viele Korridore bis nach Europa führt. Zum anderen gibt es die maritime Strasse («Road»), die von der chinesischen Ostküste über den Indischen Ozean, vorbei an Ostafrika, in den Westen geht. Die Ausmasse der BRI sind gigantisch: Der Raum umfasst 70 Länder, 62 Prozent der Weltbevölkerung, 75 Prozent aller Naturressourcen und 30 Prozent des globalen

Bruttoinlandsprodukts (BIP). Strassen, Zugstrecken und Häfen sollen entstehen. Ebenso Kraftwerke, Pipelines und Flughäfen.

Doch die BRI ist nicht nur ein Konglomerat von Infrastrukturen. Es ist ein austariertes Konzept von Investitionen, Finanzierung, Handel und Dienstleistungen. Sowohl der Warenverkehr als auch die Finanztransaktionen sollen liberalisiert und intensiviert werden. Sogar ein freier, grenzüberschreitender Austausch von Dienstleistungen steht in Aussicht. Mit anderen Worten: Die BRI könnte also zur chinesischen Welthandelsorganisation avancieren.

Geld und Arbeit

Zunächst stehen Infrastrukturen im Fokus. Gemäss einer Studie der Asiatischen Entwicklungsbank löst die BRI einen Investitionsbedarf von 1,5 Billionen US-Dollar pro Jahr aus. China selbst schätzte ihn auf jährliche 900 Millionen US-Dollar. Finanziert wird das Ganze über ein Netzwerk von Banken: die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) – hier ist die Schweiz Mitglied –, die New Development Bank und der Silk Road Fund. Diese Institutionen werden vor allem von chinesischem Geld alimentiert. Allerdings sind ihre nichtchinesischen Mitglieder auch an Zahlungen gebunden. Zudem dürfen sich auch weitere Institutionen an der Finanzierung beteiligen, zum Beispiel sind die Weltbank oder auch Geschäftsbanken wie die HSBC oder die Commerzbank schon dabei.

Diese Finanzierung unterstützt typischerweise Projekte, die von China ausgeschrieben werden. Das übliche Bieterverfahren berück-

sichtigt vor allem Partnerschaften von chinesischen und ausländischen Firmen. Für ausländische Unternehmen stehen Portale bereit. Sie informieren und übernehmen sogar die Partnersuche. Die Teilnahme an BRI-Projekten ist vor allem für Planungs- und Ingenieurbüros, das Bau und Ausbaugewerbe, aber auch Umwelttechniker und Baumaschinenkomponenten-Hersteller interessant. Auch sind allgemeine Managementdienstleistungen gefragt.

Einzelne nichtchinesische Unternehmen konnten sich ohne Partnerschaft an Projekten beteiligen und Ausschreibungen gewinnen. Das ist aber selten und oft jenen vorbehalten, die den Markt sehr gut kennen oder Nischen-Monopolisten sind. Einzelnen Schweizer Immobilienentwicklern und Technologieunternehmen ist dies gelungen. Doch die meisten Interessenten sind gut beraten, eine Partnerschaft anzustreben.

So viel Input muss auch zu Output führen. Die Weltbank rechnet mit absolut 5 Prozent zusätzlichem BIP-Wachstum pro Jahr für die Zielländer der BRI-Investitionen. Doch China will nicht nur Wirkung im Ausland erzielen. Peking will auch die eigene Wirtschaft fördern: Mit der BRI soll die chinesische Währung, der Renminbi, internationalisiert werden.

Instrument von Hegemonialpolitik?

Eine andere Auswirkung der Neuen Seidenstrasse ist die zunehmende Vernetzung der Länder in Asien, Afrika und Europa. In der bisherigen Entwicklung der Globalisierung haben Zentralasien und Afrika wenig vom weltweiten Wachstum abbekommen. Zum Teil haben sie

sich dagegen gesperrt, zum Teil wurde ihnen der Zugang zu globalen Märkten erschwert. Die chinesische Führung meint einen Weg gefunden zu haben, Türen für die globale Integration dieser Staaten zu öffnen. Bewusst setzt die BRI nicht primär auf den Handel, sondern auf die Schaffung seiner Voraussetzungen, also auf Infrastrukturen. Freilich gibt es kritische Stimmen. Der frühere Weltbank-Chefökonom David Dollar befürchtet, Länder mit schwachen staatlichen Strukturen könnten darunter leiden. IWF-Chefin Christine Lagarde warnte, man solle den Schuldenhaushalt der betreffenden Länder nicht vergessen, denn BRI-Projekte werden weitgehend fremdfinanziert. Die Washingtoner Denkfabrik Center for Global Development hat in einer Studie Dschibuti, Kirgistan, Laos, die Malediven, die Mongolei, Montenegro, Pakistan und Tadschikistan als besonders anfällig für die chinesische «Schuldenfalle» identifiziert.

Der in Peking lehrende Ökonom Zhu Ning nimmt die Kritik gelassen. «Schulden sind ein Problem für Staaten ohne Disziplin. Aber Staaten ohne Disziplin hatten auch schon vor den Infrastrukturinvestitionen Probleme. Ökonomisch gesehen, liegt die Herausforderung woanders: Die Länder müssen schauen, dass sie nicht nur Transitländer werden. Sie müssen die Investitionen brauchen, um Arbeitsplätze zu generieren und die Produktivität zu erhöhen. China schafft gute Voraussetzungen für Entwicklung. Es ist dann der Job der einzelnen Länder, die Entwicklung umzusetzen.»

Die Kritik an der Neuen Seidenstrasse betrifft nicht nur das Ökonomische. Die BRI wird verdächtigt, ein Instrument von Hegemonialpolitik zu sein. Nicht selten fällt der Ausdruck «Neokolonialismus». Die Expansion des chinesischen Militärs und der diplomatische Druck, den Peking auf die BRI-Länder ausübt, sollen dieses Hegemonialstreben belegen. Malaysia hat sich deshalb aus einigen Projekten zurückgezogen, und Vietnam lässt höchste Vorsicht walten. In mehreren afrikanischen Ländern werden Alternativen zur BRI gesucht.

Zhu Ning weiss ganz genau, dass die BRI eine geopolitische Komponente hat. Zunächst erklärt er die wirtschaftliche Ausgangslage: «China ist das erfolgreichste Schwellenland der vergangenen Jahrzehnte und kennt deshalb die Situation in den anderen Ländern. China gibt ihnen einen Rat: «Was wir erfolgreich bei uns praktiziert haben, können wir auch bei euch umsetzen.»» Dann baut er die Brücke zur Geopolitik: «Jedes Land, das Vorbild sein will, sucht Hegemonie. Jedes Land, das wirtschaftlich stark ist, sucht Hegemonie. Und wenn die anderen davon profitieren; wo liegt das Problem? Ja, die Neue Seidenstrasse ist der Kern der chinesischen Geopolitik. Zum Glück.»

Henrique Schneider ist stellvertretender Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes.



Brief aus ...

Lima

Sie sind omnipräsent – als Strassenhändler, Taxifahrer, Kellner, Putzfrauen. Wer sich in der peruanischen 10-Millionen-Metropole Lima aufhält, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit von einem Venezolaner bedient. Man erkennt sie an ihrem singenden Dialekt, aber auch an der ausgesuchten, für die stoischen Peruaner eher untypischen Beflissenheit.

Offiziell leben 456 000 Venezolaner in Peru, 87 Prozent von ihnen in Lima. Da viele der Not- und Hungerflüchtlinge aus dem sozialistischen Erdölparadies Venezuela keine Papiere haben, dürfte die Dunkelziffer viel höher sein. Nun leben auch die meisten Peruaner nicht im Überfluss. Doch offenbar geht es ihnen besser als den Venezolanern. Armut ist immer relativ.

Der eine Unterschied zu den Migrationsströmen in Europa ist, dass es keine Sozialhilfe gibt, weder für Zuwanderer noch für Einheimische. Wer in Not gerät, ist auf Freunde, Bekannte oder Verwandte angewiesen. Die private Solidarität funktioniert den Umständen entsprechend gut. Niemand verhungert, man sieht kaum Bettler. Aber das Leben ist hart für viele. Die Venezolaner müssen in der Regel für weniger Lohn mehr Leistung erbringen.

Der zweite Unterschied ist, dass Venezolaner – abgesehen von einem gewöhnungsbedürftigen Dialekt und einer in der Regel etwas helleren Hautfarbe – wenig unterscheidet von den Peruanern. Es ist etwa so, als würde das Baselbiet von St. Gallen invadiert. Man verträgt sich. Doch wehe, wenn einer der Zuwanderer – auch das gibt es – ein Verbrechen begeht. Dann wird aus dem *venezolano* schnell ein *veneco*, und das ist ein sehr unfreundliches Wort. Dann richtet sich die Wut gegen alle Venezolaner.

Die Peruaner betrachten es als Aufgabe der Gäste, die Übeltäter in ihren Reihen selber in den Griff zu bekommen. Und wenn sie es nicht tun, müssen alle büssen.

Die willigen und billigen Venezolaner machen der heimischen Unterschicht die Arbeit streitig. Das führt zu gehässigen Scharmützeln, die bislang allerdings nie eskalierten. Denn eines ist glasklar: Die Zuwanderer müssen sich unterordnen.

Das mag ungerecht und hart anmuten. Aber es funktioniert erstaunlich gut. Immerhin haben die Peruaner – in ihrer überwiegenden Mehrheit Nachkommen der Inkas – eine lange Erfahrung mit der Migration. Seit Francisco Pizarro 1532 das Land invadierte, hat Peru Heerscharen von Zuwanderern aufgenommen: Den Kreolen und ihren afrikanischen Sklaven folgten Briten, mit der Eisenbahn kamen die Chinesen, dann die Osmanen, im Zuge der Kriege und Krisen des zwanzigsten Jahrhunderts waren es vor allem Japaner, Italiener, Deutsche, Juden wie Nazis, und auch einige Schweizer.



Willkommenskultur mit klaren Bedingung: Lima.

Die Fremden wurden in der Regel mit offenen Armen empfangen und schnell assimiliert. Doch die Willkommenskultur war stets an eine Bedingung geknüpft: Die Zuwanderer mussten einen Vorteil bringen, sonst konnte die Nächstenliebe schnell in rabiate Ablehnung umschlagen. Die Ausschreitungen des Mobs gegen die *turcos* oder die Japaner im letzten Jahrhundert sind Teil der peruanischen Geschichte wie die Conquista. Zu «ethnischen Säuberungen», wie wir sie in Europa kennen, kam es allerdings nie. Die Spannungen entluden sich stets, bevor sie explodierten.

Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn Peru ein paar Entwicklungshelfer nach Europa schicken würde, um uns die Vorteile und Gefahren der Immigration zu erklären. Sie könnten uns viel beibringen. Alex Baur



«Möglichst frei»: Parlamentarier Rees-Mogg mit zwei seiner fünf Söhne.

«Grossartige Chance»

Der britische Unterhaus-Abgeordnete Jacob Rees-Mogg gilt als Leuchtfigur der Konservativen. Er setzt auf einen radikalen Brexit und lehnt Theresa Mays angekündigten Deal mit der EU ab.

Von James Delingpole

Fast alle Briten, ob sie nun für oder gegen den Brexit gestimmt haben, sind der Ansicht, dass Theresa Mays Regierung die Austrittsverhandlungen in einer Weise geführt hat, die für Grossbritannien absolut katastrophal ist. Remainers erklären, dass es falsch war, sich von der Europäischen Union abzuwenden. Die meisten Brexit-Befürworter entgegnen, dass Britannien eine strahlende Zukunft ausserhalb der EU haben wird, wenn die Briten nur einen Anführer finden würden, der (anders als die Pro-Europäerin Theresa May) verstanden hat, warum

17,4 Millionen für einen Brexit gestimmt haben. Als Idealbesetzung für diese Rolle erscheint vielen Leuten ein Tory-Hinterbänkler namens Jacob Rees-Mogg, ein Mann von dezidiert altmodischer Erscheinung, der eine randlose Brille und Zweireiher trägt und Abgeordneter eines Wahlkreises im ländlichen Somerset ist.

Wegen seiner antiquierten Ausdrucksweise, seiner tadellosen Manieren und seines selbstbewusst vertretenen Traditionalismus wird Rees-Mogg von seinen Feinden als «Honourable Member [of Parliament] for the

18th Century» verspottet. Er beharrt darauf, dass er als gläubiger Katholik die Ehe für alle und die Abtreibung schlicht nicht akzeptieren könne. Rees-Mogg trägt die Referenz an das 18. Jahrhundert humorvoll als Ehrenbezeichnung, und seine Anhänger lieben ihn dafür. Vor allem unter jungen Konservativen der Generation Z ist er derart populär, dass «The Mogg» in den sozialen Netzwerken eine Kultfigur geworden ist. Was ihn nach Ansicht von politischen Beobachtern für Wähler angeblich wenig attraktiv macht, finden gewöhnliche Leute in Wahrheit erfrischend



und authentisch: seine Schuljahre in Eton, sein katholischer Glaube, die Tatsache, dass er es in der Finanzbranche zum Selfmade-Millionär gebracht hat, seine direkte Art, Fragen zu beantworten, und seine hohen Prinzipien.

Es gibt nur ein Problem: Er will nicht Parteichef der Tories werden. Wie er im Gespräch in den Räumen der von ihm mitbegründeten Investmentfirma Somerset Capital Management erklärt, sieht er seine Mission darin, mit allen Kräften dafür zu sorgen, dass Grossbritannien den vollständigen Brexit bekommt, den das Land verdient, wenn es am 29. März kommenden Jahres offiziell aus der EU austritt.

Mister Rees-Mogg, überall ist zu hören: «Wir sind wirklich enttäuscht von Jacob. Er hat so viel Anlass zu Hoffnung gegeben, aber nun sieht es aus, als würde er zulassen, dass diese grauenhafte Premier-

ministerin Theresa May ungestraft davorkommt und die Wünsche von 17,4 Millionen Briten frustriert.» Wie wollen Sie das verhindern?

Die Regierung will inakzeptable Vorschläge präsentieren. Ich weiss nicht, wie sich die Labour Party verhalten wird, aber wenn sie die Regierung nicht unterstützt, dann wird Theresa May den Brexit, der vielen missfällt, nicht beim Parlament durchbringen. Das ist die entscheidende Situation. Es macht keinen Sinn, ständig dazwischenzugehen und alles unter Beschuss zu nehmen. Es gilt, auf das zu warten, was wirklich wichtig ist und Substanz hat.

Besteht nicht die Gefahr, dass die Labour Party, wenn sie wirklich schlau ist, jeden Deal akzeptiert, den Theresa May und ihre Beamten aushecken? Wären die Briten dann nicht in ernsthaften Schwierigkeiten?

Ja, in zweierlei Hinsicht. Erstens hätten wir einen schlechten Brexit, und zweitens würde es zu einer Spaltung der Konservativen Partei kommen. Ich erinnere nur an die Aufhebung der Korngesetze im Jahr 1846. Die Korngesetze sollten die Getreidebauern im Vereinigten Königreich schützen. Die Aufhebung führte dazu, dass der Brotpreis sank. Die Menschen hatten nun mehr verfügbares Einkommen, das sie für andere Dinge ausgeben konnten. Aber die konservativen Grundbesitzer hatten die von Premierminister Peel vorgeschlagene Aufhebung abgelehnt, und daraufhin kam es zu einer Spaltung der Tory-Partei.

Ähnliches könnte man von den Leuten sagen, die in der EU bleiben wollen. Es geht um knallharte Interessen, nicht wahr? Diejenigen, die an den Korngesetzen festhalten wollten, waren die Grundbesitzer, die seit Jahrhunderten in Britannien das Sagen hatten.

Ganz genau, es war der Übergang von der landwirtschaftlichen Produktion zur Industriegesellschaft, und das hat alles verändert. Vor der Abschaffung der Korngesetze waren die «2000 Guineen», eines der bedeutendsten Pferderennen, in jedem der vorangegangenen 37 Jahre von einem Grossgrundbesitzer gewonnen worden. In jedem der 37 folgenden Jahre war es ein führender Industrieller. Das ist eine hochinteressante Momentaufnahme vom Wandel des Reichtums. Genau das Gleiche haben wir heute mit dem Austritt aus der EU. Die EU schützt ineffiziente, inkompetente Unternehmen, statt den Markt für die Konkurrenz zu öffnen und für das Wohl der Verbraucher einzutreten. In London kostet Fleisch doppelt so viel wie in New York. Warum? Weil wir die irischen Fleischbetriebe schützen, die teures Fleisch produzieren, und auf Fleisch aus dem Rest der Welt erheben wir 70 Prozent Zoll. Wir erheben Zoll auf Oran-

gen. Wie viele Orangen kommen aus dem Vereinigten Königreich? Abgesehen von einer Handvoll Früchte, die in kostspieligen Gewächshäusern wachsen, ist das keine kommerziell betriebene Aktivität. Wir erheben 34 Prozent Zoll auf Wein. Warum wird australischer Wein zugunsten von bulgarischem Wein benachteiligt?

«Im Grunde verwaltet das Establishment den Niedergang. Das reicht einfach nicht.»

Viele Leute halten Sie für einen verknöcherten Establishment-Typen, der gegen die Aufhebung der Korngesetze gestimmt hätte.

Ich kann verstehen, warum manche so denken. Ich stamme aus dem Establishment. Als ich geboren wurde, war mein Vater Herausgeber der *Times*, und damals gab es kaum einen Job, der typischer für das Establishment gewesen wäre. Warum bin ich so anti-establishment? Da ich in diesem Umfeld aufgewachsen bin, weiss ich, wie es dort zugeht. Problematisch am britischen Establishment am regierenden Establishment, ist, dass es im Grunde den Niedergang verwaltet. Das reicht einfach nicht. Deshalb muss man studieren, was die besten Politiker in der Vergangenheit getan haben – Sir Robert Peel, Benjamin Disraeli oder Margaret Thatcher. Für sie ging es immer um den Einzelnen, um seinen Lebensstandard sowie die Frage, wie sich die Politik auf den einzelnen Menschen auswirkt und wie Politik dafür sorgen kann, dass dessen Lebensstandard steigt. Für diese Politiker ging es um den Einzelnen, nicht um das Kollektiv. Das Establishment dagegen interessiert sich viel mehr für das Kollektiv als für den Einzelnen. >>>

**DAS SCHWEIZER
PORTAL FÜR
HANDWERKERSTELLEN**

Mit www.workerjobs.ch die besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch

Wirtschaft

Brexit-Wunder

Das britische Inlandprodukt wächst weiterhin stärker als erwartet. Von Florian Schwab

Je näher der offizielle Brexit-Termin vom 29. März 2019 rückt, umso nervöser beobachten Ökonomen die Entwicklung der britischen Wirtschaft: Kommt es zur volkswirtschaftlichen Kernschmelze? Oder läuft am Ende doch alles ganz glimpflich ab?

Am vergangenen Freitag gab es einmal mehr Erfreuliches zu vermelden: Das britische Bruttoinlandprodukt (BIP) wuchs im dritten Quartal um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorquartal und um 1,5 Prozent gemessen am gleichen Quartal des Vorjahres. Dies ist das kräftigste Wachstum seit Ende 2016.

Für das ganze Jahr 2018 erwarten Ökonomen mittlerweile ein Wirtschaftswachstum von gegen 1,5 Prozent – mehr als die Prognostiker der OECD (1 Prozent) und der Europäischen Union (1,3 Prozent) vor einem Jahr vorausgesagt hatten. Sicher, das Wachstum ist gemessen am Durchschnitt der EU nicht berauschend, aber gemessen an den Erwartungen vollführt das Vereinigte Königreich ein kleines Wirtschaftswunder. Auch die Daten vom Arbeitsmarkt zeigen sich weiter freundlich. Die Arbeitslosenrate verharrt bei 4,1 Prozent und damit nahe am tiefsten Stand seit vier Jahrzehnten. Die Reallöhne wachsen um 0,8 Prozent und damit wie das BIP so schnell wie seit zwei Jahren nicht mehr.

Trotz der guten aktuellen Zahlen bleiben viele Prognostiker für das kommende Brexit-Jahr 2019 skeptisch. Die britische Handelskammer, die sich vehement gegen einen konsequenten Brexit ausspricht, hat kürzlich ihre Wachstumsprognose sogar für das Jahr 2018 auf 1,1 Prozent reduziert. Für 2019 sieht sie ein Wachstum von 1,3 Prozent. Und die NZZ beschreibt die derzeit gut laufende Konjunktur als «letzten sommerlichen Hauch», der vor dem Brexit-Winter durch Grossbritannien wehe. Die EU-Kommission, die mit London derzeit über den Brexit verhandelt, sieht ein Wachstum von 1,2 Prozent, aber auch nur «aufgrund der technischen Annahme, dass es in den Handelsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich beim Status quo bleibt».

Aus den bisherigen Prognosen seit der Brexit-Volksabstimmung lässt sich allerdings ein klarer Schluss ziehen: Die negativen Konsequenzen für das Wachstum wurden bis jetzt noch jedes Mal überschätzt.

Was sagen Sie zu dem Argument, Margaret Thatcher sei im Grunde keine typische Konservative gewesen, sondern eher eine Radikale?

Diese Etiketten bringen nicht viel. Thatcher glaubte an freie Märkte. Die besten konservativen Politiker wissen, was sie bewahren wollen, aber das bedeutet nicht, dass sie untätig herumsitzen.

Aber es fällt schwer, die Konservativen zu verteidigen, weil sie in den letzten Jahren so wenig konservativ gewesen sind.

Die Politik, die die Tory-Partei nach 2005 verfolgt hat, war im Grunde «Labour light». Insofern waren wir in einer schwierigen Position, die Labour Party zu kritisieren, als die Finanzkrise ausbrach, weil wir nicht für eine andere Politik eingetreten waren. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Wähler nicht konservativ wählen werden. Deshalb haben wir so getan, als seien wir nicht konservativ. Das war ein Fehler. Dass wir 2010

die Wahlen nicht gewonnen haben, lag daran, dass wir als Konservative nicht überzeugt haben. Im Grunde haben wir gesagt, dass wir die Dinge etwas besser managen könnten als die andere Seite. Dieser Ansatz reicht nicht.

Den Leuten ist es wichtig, dass das politische Handeln auf bestimmten Grundsätzen beruht und dass man einen Kompass hat. Für die Konservativen ist das ganz klar. Wir sind der Ansicht, dass die Menschen imstande sein müssen, über ihr eigenes Leben zu entscheiden. Dass sie in ihren Entscheidungen möglichst frei sein sollten. Dass die Gesellschaft von unten nach oben aufgebaut ist, aus Individuen und ihren Familien besteht, die eine Gesellschaft aufbauen, ein Gemeinwesen. Dass es die Aufgabe von Politikern ist, dafür zu sorgen, dass die Menschen den von ihnen gewünschten Weg einschlagen können. Wir sollten die Hecken am Wegesrand stutzen und die Hindernisse entfernen, über die sie stolpern könnten. Wir sollten den Leuten nicht sagen, welchen der vielen Wege sie einschlagen müssen, weil wir es am besten wissen, denn das ist Sozialismus.

Kommen wir zu Donald Trump. Sie sind einer der wenigen konservativen Abgeordneten in Westminster, die bekennende Trump-Fans sind.

Nun ja, selbst mein massvolles Eintreten für Donald Trump gehört wahrscheinlich zu den unpopulärsten Dingen, die ich gesagt habe. Aber seine Steuersenkungen waren

ausserordentlich erfolgreich. Sie haben die US-Wirtschaft angekurbelt und den Amerikanern eine vernünftige Unternehmensbesteuerung gebracht. Firmen konnten fortan Gelder zurückholen und einen Teil davon ihren Mitarbeitern geben. Für Verbraucher und Beschäftigte war das ein wahres Geschenk. Das ist doch positiv.

Donald Trump äussert sich in einer Weise, die mir persönlich eher fremd ist. Das hat auch damit tun, dass in den USA ein anderer Politikstil praktiziert wird als bei uns. Wenn man sich anschaut, was er tatsächlich geschafft hat, dann ist das schon sehr beeindruckend. Er steht besser da als Barack Obama, keine Frage.

Eine letzte Frage: Können Sie uns einen Funken Hoffnung für Grossbritannien mitgeben? Besteht die Aussicht, dass wir keinen Brexit bekommen oder ein Schreckensregime unter Jeremy Corbyn?

Kommt darauf an. Wenn wir keinen richtigen Brexit bekommen, dann dürfte Corbyn gute Chancen haben. 70 Prozent der Tory-Wähler sind für einen Brexit. Wenn wir am Ende aber einen weichen Brexit haben, also einen Nicht-Brexit, dann verbessern sich Corbyns Chancen. Vermutlich wird alles auf einen sauberen Brexit hinauslaufen, nicht weil die Regierung das unbedingt will, sondern weil sie für alles andere keine Unterstützung finden wird. Das ist eine sehr spannende Geschichte. Lieber wäre mir ein akzeptierter Brexit und ein Freihandelsabkommen à la Kanada und so weiter, aber wenn das nicht passiert, werden wir uns vom 29. März 2019 an selbst darum kümmern müssen. Das ist eine grossartige Chance.

Mit «sauberem» Brexit meinen Sie: ein Schnitt auf Grundlage der Regeln der Welthandelsorganisation?

Ja.

Eine solche Lösung erscheint zunehmend wahrscheinlich.

Richtig, es sei denn, die Regierung präsentiert in den nächsten Wochen einen überzeugenden Deal, aber darauf würde ich mich nicht verlassen.



«Establishment»: mit Vater, 1982.

«Wir haben so getan, als seien wir nicht konservativ.»

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Westeuropäische Nabelschau

Von Hansrudolf Kamer — An der Gedenkfeier zum Waffenstillstand von 1918 feuerten Macron und Merkel eine Breitseite gegen den Nationalismus ab. Ihre Weltsicht ist ahistorisch und realitätsfern.



Im Westen nichts Neues. Hundert Jahre nach dem Waffenstillstand an der Westfront im Ersten Weltkrieg versammelten sich Führer beteiligter Nationen in Paris, um der Gefallenen zu gedenken. Die Absicht war löblich, die Umsetzung weniger, denn die Instrumentalisierung für die Politik war unüberhörbar.

Die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident nutzten den Anlass und beschworen die Gefahren des Nationalismus. Das konnten sie gefahrlos tun, denn ihre Salve war nur gegen den amerikanischen Präsidenten gerichtet, der sich ohne Scheu als Nationalisten bezeichnet. Merkel verharrte in ihrem Schützengraben, sprach nur wieder davon, dass der Frieden in Gefahr sei. Nach dreizehn Jahren Kanzlerschaft und europäischem Bemühen wäre das – wenn es denn stimmt – kein gutes Ergebnis.

Macron intonierte programmatisch, Patriotismus sei das genaue Gegenteil von Nationalismus. Das ist er allerdings sprachlich auch auf Französisch nicht – es sind keine Antonyme, vielmehr sind es Synonyme. Doch die politische Propaganda von links und zunehmend aus der Mitte operiert mit einer Verschmelzung von Nationalismus mit Faschismus, Xenophobie, Chauvinismus und anderem Problematischem. Präzision wäre heilsam und würde klärend wirken.

Macron intonierte programmatisch, Patriotismus sei das genaue Gegenteil von Nationalismus. Das ist er allerdings sprachlich auch auf Französisch nicht – es sind keine Antonyme, vielmehr sind es Synonyme. Doch die politische Propaganda von links und zunehmend aus der Mitte operiert mit einer Verschmelzung von Nationalismus mit Faschismus, Xenophobie, Chauvinismus und anderem Problematischem. Präzision wäre heilsam und würde klärend wirken.

Mit dem Ersten Weltkrieg hatte dies wenig zu tun. Über die Gründe für die Auslösung des Weltenbrandes gibt es ganze Bibliotheken – die sogenannte Kriegsschuldfrage ist selber historisch, begann schon kurz nach Versailles die Fachwelt und die Politik zu beschäftigen. Nationalismus ist aber nicht der Schuldige, eher ein Strohhalm, der bei Bedarf ausgepackt wird.

Ein historisch interessierter Leserbriefschreiber stellt im *Wall Street Journal* nüchtern fest, Präsident Woodrow Wilson sei die erste klare Manifestation jener elitären Haltung gewesen, die darauf beharrt, aufgrund einer Vision die Realität neu zu erfinden und zu formen, statt Politik auf Basis der beobachtbaren Wirklichkeit zu führen.

Im Vorfeld hatte Macron in einem Interview bemerkt, Europa brauche eine eigene Armee, um sich vor Russland zu schützen. Europa

müsse sich verteidigen können, ohne sich auf die Vereinigten Staaten zu verlassen. Man müsse sich schützen, fuhr er fort, gegen China, Russland und sogar gegen Amerika.

Letzteres deswegen, weil Trump angekündigt habe, er wolle sich vom INF-Vertrag (über nukleare Mittelstreckenraketen) zurückziehen. Was eine europäische Armee dagegen ausrichten soll, hat Macron im Raum stehen lassen.

Aus Macron spricht Enttäuschung darüber, dass seine Europapläne feststecken. Die französisch-deutsche Achse lahmte. Das neue Friedensforum soll Frankreich zumindest eine rhetorische Bühne geben. Doch mit ihrem kosmopolitischen Bürokratismus werden die Westeuropäer in der Welt alleingelassen.

Obwohl Macron sich mit ihr gegen Russland schützen will, erklärte Wladimir Putin vor seinem Eintreffen in Paris locker, er halte die europäische Armee für eine gute Idee. Er weiss, dass sie ohnehin nicht zustande kommt, die Idee aber für transatlantische Spannungen gebraucht werden kann. Das Gedenken in seiner eigenen Heimat war kalkuliert spartanisch. Weder die Oktoberrevolution 1917 noch der Vertrag von Brest-Litowsk im März 1918, mit dem sich die Sowjetunion den Frieden erkaufte, sind besonders gewürdigt worden.

Vor hundert Jahren haben Revolution, Krieg, Kollektivierung, Terror, Hungersnöte Russland an den Abgrund geführt. Putin sieht keinen Grund, sich daran zu erinnern. Heute dagegen führt er Russland auf seinem klaren Weg – keine revolutionären Utopien, keine postnationalen Fantasien. Das Regime Putin will, um einen bekannten Slogan zu verwenden, «make Russia great again». Das stammt übrigens von Pjotr Stolypin, dem grossen Reformen des Zaren, der 1911 ermordet worden war.

Als Mussolini an die Macht kam

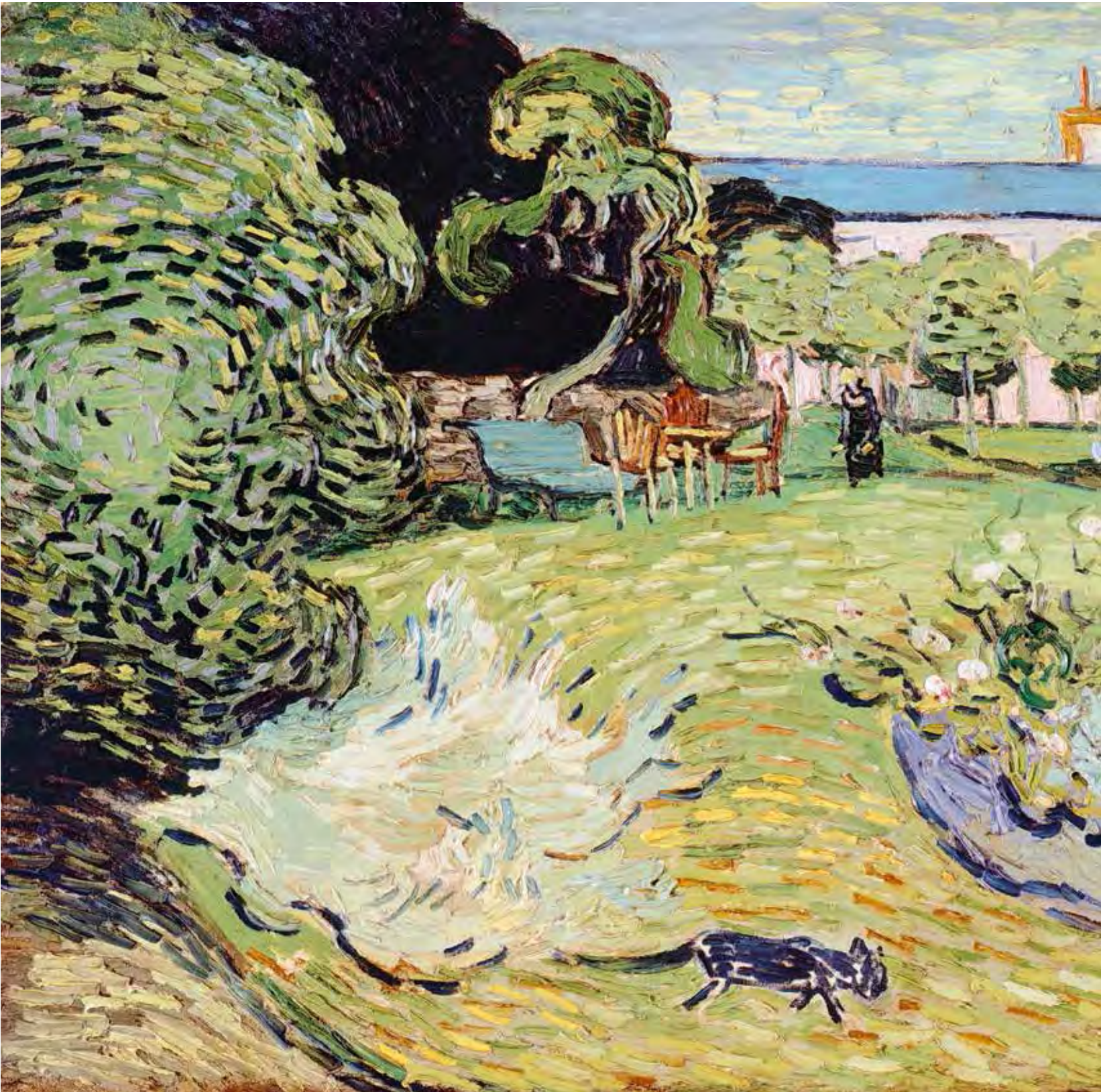
Der Waffenstillstand im Westen war nicht das Ende des Kriegs. In den Ruinen der zusammengebrochenen Imperien der Habsburger, Romanows, Hohenzollern und Ottomanen ging der Kampf weiter. Der russische Bürgerkrieg tobte bis 1922. Der Griechisch-Türkische Krieg endete mit der griechischen Katastrophe im gleichen Jahr.

In Italien machte das Wort von der «vittoria mutilata» die Runde, dem «verstümmelten Sieg». Es kam zu Unruhen, die Dritte Internationale agitierte, und Befürchtungen über einen bolschewistischen Coup geisterten herum. Im Oktober 1922, elf Jahre vor der Machtübernahme durch die Nazis in Deutschland, war der Faschist Benito Mussolini an der Macht.

Wenn sich heute die Briten aus der Europäischen Union verabschieden, die Italiener den Euro bis zur Schmerzgrenze austesten, die Osteuropäer abdriften und der Norden langsam kalte Füsse bekommt, wäre ein Überdenken alter Vorstellungen angesagt. Das Projekt hat seine Schuldigkeit getan, Zeit, es an die reale Gegenwart anzupassen, wenn es nicht auf dem Schutthaufen der Geschichte landen will.



Überdenken alter Vorstellungen: Kanzlerin Merkel, Präsident Macron in Compiègne, 10. November.



Geld, Zwischenmenschliches und sonstige Animositäten: Van Goghs «Le Jardin de Daubigny».

Ikone der Woche

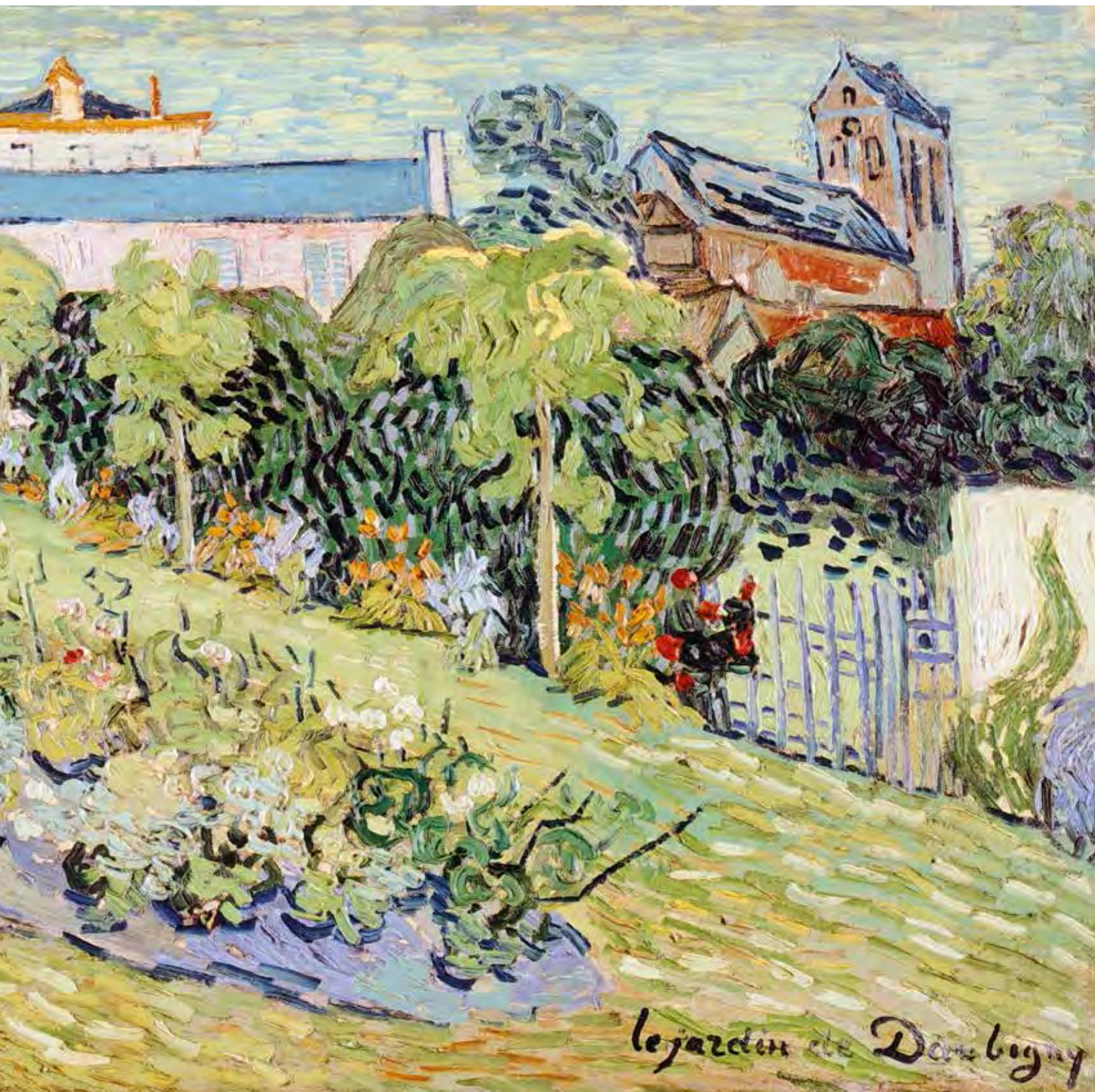
Rückkehr der Kronjuwelen

Von Michael Bahnerth

Stachelin: Der Name klingt nur nach Basler *Daig*, jener Stadtbasler Oberschicht, deren Namen Oeri, Merian, Sarasin oder eben Staechelin sind. Staechelins, um die es hier geht, waren Bauunternehmer, denen der Aufstieg mit viel

Arbeit und ein wenig Glück ins Grossbürgertum gelang. Der Dynastien-Gründer Rudolf Staechelin investierte seine Profite in die Kunst, er galt als einer der bedeutendsten Kunstsammler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. 1931 gründete er eine Familienstiftung, in der die wertvollsten Bilder eingegliedert wurden, die Gauguins, Van Goghs und Picassos, die damals in der Vorkriegszeit da und dort weit unter Preis verkauft wurden. Staechelin senior starb 1946 jung mit 65 Jahren. Sein Sohn Peter übernahm

die Geschäfte, ohne Fortune. Er investierte in eine Airline, eine Maschine stürzte ab, es gab 126 Tote, das brachte ihn zu Fall. Er brauchte Geld, um die Chartergesellschaft zu retten, was misslang, obwohl er aus der Sammlung, die als Leihgabe im Basler Kunstmuseum hing, zwei Picassos für 8,4 Millionen Franken an das Museum verkaufen konnte. Die Bilder zahlte zum Grossteil das Volk nach einer Abstimmung, der Rest waren Spenden, und Picasso war so erfreut, dass er der Stadt vier weitere Bilder schenkte.



Das war der Anfang des Ausverkaufes und der Odyssee der staechelinschen Kunstsammlung. Immer wieder brauchte die Familie Geld und verkaufte ein Bild, das waren ein paar Millionen hier, ein paar da. 1997 zog die Familienstiftung die siebzehn hochkarätigen Kunstwerke aus dem Kunstmuseum Basel ab, da die Familie die Sorge hatte, durch eine neue Gesetzeslage könnten die Bilder die Schweiz nicht mehr verlassen. Die Sammlung kam nach Texas, fünf Jahre später aber wieder zurück nach Basel, wo

sie bis zum Ende des Leihvertrages 2015 hing. Im selben Jahr verkaufte der Sohn von Peter Staechelin, Ruedi, Gauguins «Nafea faa ipoipo» für mutmasslich 210 Millionen Franken an, auch mutmasslich, den Scheich von Katar. Von nun an hätte man meinen können, dass Staechelins entspannt in die Zukunft blicken. Aber bei der neuen Vertragshandlung zwischen der Familie und dem Kunstmuseum kam es zum Kleinkrieg: Geld, Zwischenmenschliches und sonstige Animositäten. Schliesslich zogen

Staechelins die Bilder ganz ab. Zuletzt lagen sie in einem geheimen Lager.

Jetzt finden neunzehn Gemälde des Family Trust, wie er inzwischen heisst, zurück ins erweiterte Basel und werden für ein wenig Glanz in dieser matt gewordenen Stadt sorgen: Die Fondation Beyeler und deren stets dezent umtriebiger Direktor Sam Keller haben bis auf weiteres den Zuschlag für diese Kronjuwelen der Malerei erhalten. Zumindest solange alles gut läuft bei den Staechelins.

Wider die moralische Selbstvergrößerung

Angesichts der zunehmenden Polarisierung lohnt sich ein Blick auf die legendäre Auseinandersetzung zwischen Arnold Gehlen und Theodor W. Adorno. Die beiden grossen deutschen Philosophen blieben trotz gegensätzlicher Ansichten freundschaftlich verbunden. *Von Matthias Matussek*

Bisweilen gewinnen abgelegte Bücher, die man erneut hervorkramt, eine ganz besondere Strahlkraft. Blitzartig erhellen sie die geistige Situation des Tages. So kann es einem ergehen mit Arnold Gehlens umstrittenem Essay «Moral und Hypermoral» von 1969, verfasst also in den stürmischen Tagen der «Studentenrevolte». Er hat das Recht auf Wieder-vorlage.

Schon damals erkannte Gehlen wie kein Zweiter die moralische Selbstvergrößerung der linken Intellektuellen zu Weltrettern sowie ihre hochgerüsteten politischen Machtfantasien, und er polemisierte dagegen mit seinem konservativen Pamphlet.

Gehlen schrieb über die Notwendigkeit intakter Institutionen wie Familie, Staatsmacht, Rechtspflege, denn er sah wie Nietzsche den Menschen als «nicht festgestelltes Tier», als weltoffenes, instinktschwaches Wesen, das dieser Geländer bedürfe. Er war, was die Menschennatur angeht, wie jeder Konservative Pessimist, umgeben von Utopisten.

«Wenn der Zeitgeist eine Emulsion aufgelöster Einrichtungen zusammenbrauen will», so deklarierte er, «ist es notwendig, dagegen aufzustehen.» Mit «Einrichtungen» meinte Gehlen Institutionen wie die Ehe, Gerichte, die Nation, die er bedroht sah durch eine intellektuelle «Quasi-Aristokratie» von «Theologen, Soziologen, Philosophen, Redakteuren und Studenten». Er wollte der «auflösenden» Tätigkeit dieser «sog. Intelligenz» widerstehen.

Neues Atlantis der Brüderlichkeit

Nun erleben wir, in einer gespenstischen geschichtlichen Dialektik, wie in Deutschland ausgerechnet eine CDU-Kanzlerin an einem nationalen Umbau bastelt, den die 68er, die sich schliesslich resigniert mit ihren roten Fahnen und Heldenpostern in Lebensreformer-WGs zurückgezogen hatten, schon aufgegeben hatten: Mit beeindruckender Entschlossenheit schleifte sie noch bei ihrem Abgang jubiläumsgerecht ein halbes Jahrhundert später die Institutionen, die jene erst in einem langen Marsch durch Unterwanderung erobern wollten – was ihnen tatsächlich zu einem gewissen Grade gelungen ist.

Doch das System Merkel hat den Job von oben vollendet, sozusagen auf den letzten Metern ihrer Regentschaft, und es wird auch ohne sie weiter durchs Weltmeer pflügen mit Kurs auf ein neues Atlantis der Brüderlichkeit wie das, welches die Uno mit ihrem Global Compact for

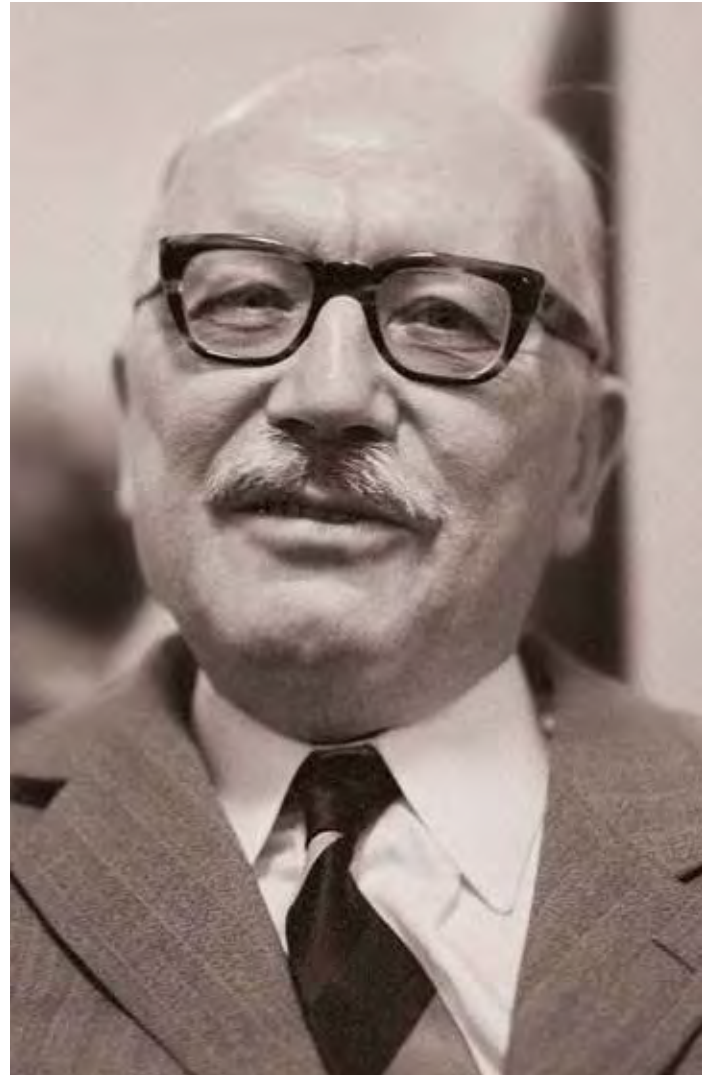
Migration soeben ins globale Kartenwerk fantasiert hat.

Das System Merkel hat mit der Abschaffung der Wehrpflicht gleich auch die Armee funktionsunfähig gemacht, es verantwortet die Auflösung der traditionellen Familie durch die «Ehe für alle», es gibt die Rechtsverletzungen an einer niedergelegten Staatsgrenze als humanitäre Dienstleistung aus, es stellt die innere Sicherheit der Bürger zur Disposition und spaltet die Nation konsequenter, als es die sozialistischen Strategen der Studentenrevolte je vermocht hätten.

Viel wichtiger noch, dieses System etablierte eine linke Diskurshegemonie mit Hilfe eines geradezu orwellischen Kontrollwahns – mit Netzdurchsuchungen, politisch korrekten Sprachvorgaben, dienstfertigen Staatsmedien, einer freiwillig gleichgeschalteten Presse und der moralischen Jagd auf Dissidenten, die als «Nazis» verunglimpft werden.

Eine «linke Hypermoral» gibt mittlerweile den Ton an, ein buchstäbliches Weltverbesserertum, eine Selbstvergottung des restlos aufgeklärten grünen Menschen, der das Wetter beziehungsweise «das Klima» regulieren möchte und dafür ausgerechnet den deutschen Wohlstandsbringer, die Autoindustrie, in die Knie zwingt, die Atomenergie über Nacht abschafft und dem Land statt überfälliger Infrastrukturverbesserungen eine kostspielige Energiepolitik verordnet, die wegen ihrer immer noch mangelhaften Umsetzung von Brüssel mit hohen Strafen belegt wird, von jener europäischen Zentralbürokratie also, an die ohne jede demokratische Abstimmung zunehmend Hoheitsrechte abgetreten wurden.

Die EU zerbrach über der deutschen Hypermoral – sie begehe, so der französische Schriftsteller Houellebecq, Mord an den europäischen Ländern. Ihr Friedenszweck ist längst zur frommen Plattitüde verkommen.



Geltungsstreben der kritischen Eliten: Gehlen.

In ihren Reden löste die Kanzlerin das deutsche Volk schon mal zur «Bevölkerung» auf oder zu «denen, die schon länger hier leben», zerstreute es also wie ihre sympathisierenden grünen Besserverdiener in Individualisten und Kosmopoliten – der Rest hat mit den Millionen von kulturfremden Einwanderern fertig zu werden. «Wir schaffen das!»

Kurz: Wo die alten Kommunarden nur quasselten, schuf die deutsche Kanzlerin Tatsachen im Namen eines universellen Humanitarismus.

Urväter der Konsumkritik

In seiner Schrift spürt Gehlen den Ursprüngen dieser moralischen Überdehnungen nach, dieser plötzlichen deutschen «Allgüte», die Franz Werfel bereits 1945 seherisch in seinem Science-Fiction-Roman «Stern der Ungeborenen» vorwegnahm. Werfel: «Der Gebrauch des Wortes

«Humanitätsduselei» kostete achtundvierzig Stunden Arrest.»

Gehlen entdeckt die Wurzeln dieser Hypermoral in der Philosophie der Kyniker und Stoiker in der hellenistischen Dekadenzphase im 4. Jahrhundert, die als Urväter der Konsumkritik die Bedürfnislosigkeit predigten und die Nächstenliebe über den Familien- und Stam-

Institutionen, zumal des Staates, sowie endlich das familien- oder sippenbezogene ethische Verhalten aus Liebe und Frieden, das sich bis zum grenzenlosen Humanitarismus steigern lässt. In Zeiten der Erschütterung (wie sie nach den Weltkriegen die Deutschen und nach den Peloponnesischen Kriegen die Griechen erlebten) kann sich eine einzelne Moral zur Herrin über die konkurrierenden aufschwingen.

So kann es kommen, dass der hypertrophierte Humanitarismus diktatorische Züge annimmt und etwa das Staats- oder Rechtsethos in die Knie zwingt und den Überlebenswillen eines Volkes im Kern verletzt. Der grosse Konservative Edmund Burke, der zur Zeit der Französischen Revolution lebte, sprach von der «böartigen Nächstenliebe». Gehlen, zeitgeistnäher, schrieb: «[...] man wird mit der Zumutung, ein moralisches Organ für Ereignisse von Weltdimension zu haben, nie fertig, es sei denn, man verwandle dieses Organ in ein Protestgeschütz». Womit er die billigen Entlastungen der Demonstranten in den Strassen meinte.

Schon damals, 1969, ermass Gehlen die Kluft zwischen der Ideologie der Protestierenden und dem gesunden Menschenverstand, und damit diejenige zum einfachen Mann: «Das Problem der deutschen Intellektuellen liegt eben darin, dass zwar genug Offiziere den Degen schwingen, aber sie

haben keine Truppen, und der Feind ist weg – oder nicht zum Stehen zu bringen. So sehen sie zwar ihr Wort nicht die Dinge bewegen, aber immerhin die Setzmaschinen und die Fernscheiben.»

Diese Sätze schrieb er, ohne ahnen zu können, dass dereinst eine deutsche Kanzlerin, die in der Erziehungsdiktatur der DDR sozialisiert wurde, nicht nur die Setzmaschinen, sondern auch die ganz grossen Dinge bewegen würde.

«Dienst am Staatsethos»

Für das Ethos der Institutionen einzutreten, trage einem Autor, so befürchtete Gehlen damals zu Recht, den Ruf ein, «Reaktionär, Faschist, Rhodesier, Ibo oder sonst etwas Geächtetes und Abgebuchtes» zu sein.

Der *Spiegel* bekräftigte in seiner Rezension: «Dienst am Staatsethos [so Gehlen] sei nur

noch zu dem Preis möglich, dass der Zeitgeist in Gelächter ausbreche: einem Preis, den Gehlen in seinem Buch ungeniert gezahlt hat.» Allerdings ist die Geschichte damit noch nicht zu Ende, die dialektische Bewegung ist noch unabgeschlossen.

Ebenfalls 1969, am 22. April, hielt Theodor W. Adorno eine Vorlesung an der Frankfurter Universität. Längst war der Kopf der Kritischen Theorie und feinsinnige Kulturmarxist den rebellierenden Studenten suspekt geworden. Sie lärmten mit Zwischenrufen, so dass der stets hochkonzentrierte und druckreif formulierende Gelehrte damit drohte, die Vorlesung abzuberechnen.

Da stürmten Studentinnen das Podium, sie fuhren dem Professor über den Kopf, küssten ihn, rissen ihre Lederjacken auf und entblößten ihre Brüste. Adorno verliess mit Tränen in den Augen den johlenden Hörsaal. Es war die letzte Vorlesung, die er halten sollte.

Einige Wochen später starb Adorno, der marxistische Denker gegen die institutionellen Zwänge einer kapitalistischen Gesellschaft, die er den Studenten als einzigen grossen «Verblendungszusammenhang» hypnotisierend beschrieb und als ein «falsches Ganzes», in dem, wie er in seiner «Minima Moralia» ausführte, «ein richtiges Leben» nicht möglich sei.

Wie aber kann ein richtiges Leben gelingen?

Adorno schien beweisen zu wollen, dass eine marxistische Kritik, die aufs Ganze zielt, die ideologischen Schleier zerreißen und den Weg zu einem befreiten Menschen freilegen könne. Ein akademisches Unternehmen mit dem Rücken zur Zeit, die sich vorahnend in der «Negativen Dialektik» verrätselte, einem kaum mehr einzufangenden, praxisfernen Solipsismus auf der Suche nach dem archimedischen Punkt, an dem das falsche Ganze auszuhebeln sei, um den befreiten Menschen hervortreten zu lassen.

Er war der marxistische Utopist, Gehlen der Realist, doch immerhin: Gehlen und Adorno, sie diskutierten leidenschaftlich und mit Respekt und spürbarer Hochachtung voreinander und gaben ein Beispiel dafür, wie der «herrschaftsfreie Diskurs», um den Adorno-Assistenten Jürgen Habermas ins Spiel zu bringen, wie also «Debattenkultur» gelingen kann. » Die beiden waren sich einig über die Tatsache verinnerlichter Institutionen, für Adorno eher im Sinne einer verdinglichten und daher menschenfeindlichen, für Gehlen in jenem einer notwendigen Unfreiheit – die TV-Aufzeichnung der beiden miteinander Streitenden ist noch leicht abrufbar über Youtube. Thema der Debatte: «Freiheit und Institution».

Gehlen und Adorno waren Antipoden. Arnold Gehlen war kompromittiert durch seine Mitgliedschaft in der NSDAP, Adorno, der jüdische Emigrant, hatte dessen Berufung auf einen Lehrstuhl nach Heidelberg verhindert. Ja, Adorno hatte «nichts gegen Rache als solche [...]», wie er seinen Eltern aus dem kali-



Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft: Adorno.

mesverband hinaus ins Weltganze ausdehnten und die sich dabei als pazifistische und leicht kontrollierbare Ideologielieferanten der Königsmacht so eilfertig andienten wie heutige Netzaktivisten den Weltkonzernen aus dem Silicon Valley. Gehlen erkennt darin das Geltungsstreben der kritischen Eliten – Platons Träumereien vom Idealstaat, der von Intellektuellen geführt sein sollte in einer weisen Tyrannis, winken aus der Tiefe der Geschichte.

Gehlen's Überlegungen zur Moral sind anthropologische, real praktische, menschengemässe. Er sieht mehrere Formen von Moral miteinander in Konkurrenz, im Untertitel heisst seine Schrift «Eine pluralistische Ethik».

Für Gehlen gibt es vier Quellen von Moral: das Ethos der Gegenseitigkeit im Wirtschaftsleben, die physiologischen Tugenden im instinkthafter Schutz der Kleinen, das Ethos der

fornischen Exil 1943 schrieb. «Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.» Lorenz Jäger in seiner FAZ-Rezension: «Da mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen.» Nun waren wir alle in der Wolle gefärbte Adorniten. Adornos brillante «Dialektik der Aufklärung», die er gemeinsam mit Max Horkheimer verfasst hatte, beklagte im «Polyphem»-Kapitel die Selbstverleugnung des freien Triebmenschen durch Rationalität und Vernunft, die er als Preis für seine Rettung aus mythologischem Zwang zu entrichten hatte. Das leuchtete ein – Selbstverhärtung als Überlebenshilfe.

Nach Adorno wird Aufklärung zum kalten Zwang, betrieben schliesslich von einer kapitalistischen Megamaschine, die den Menschen auf seine Verwertbarkeit reduziert; durchaus einsehbar, dieser Teil.

Allerdings: Seine Diatriben gegen die amerikanische Unterhaltungsindustrie, die uns nur zur bequemeren Ausbeutung verdumme, dieser andere, lebensnähere Teil, der sich gegen Pop, Hollywood und den Jazz richtete, den er bereits analog zum Nazi-Verdikt der «Entartung» in seinen frühen Musikkritiken verdammt, liess uns kalt – immerhin sollte sich der Italo-Western bald der lateinameri-

kanischen Befreiungskämpfe annehmen, und Jim Morrison und die Doors sollten in der Hollywood Bowl ihr legendäres LSD-Konzert mit Titeln wie «Light My Fire» abbrennen – der innere Mensch tanzte hedonistisch in die Freiheit.

Den Gulag vor Augen

Adorno bezeichnete sich zwar theoretisch als Parteigänger der Marxisten, aber im Gegensatz zu diesen war er nicht fortschrittsgläubig, sondern mindestens ebenso pessimistisch gestimmt wie Gehlen. Er empfahl kritisches Denken, das auch vor dem Fortschritt, auch vor der Aufklärung nicht innehält.

Der Gebrauch der Vernunft, so Adorno, bedeute eben nicht, wie es noch Kant optimistisch wollte, automatisch Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, er könne auch, als instrumentelle Vernunft, in die Hölle führen, wie die Nazis mit der Technologisierung des Massenmordes an den Juden bewiesen. Und selbstverständlich hatte Adorno nicht nur das, sondern auch das realsozialistische Reich der Unfreiheit der sowjetischen Gulags vor Augen. Er empfahl der «Aufklärung» eine Selbstaufklärung, denn: «Die vollends aufgeklärte Welt erstrahlt im Glanz triumphalen Unheils.» Eine wahrhaft apokalyptische Warnung.

Adorno hätte den theologisch getönten Schluss von Gehlens Pamphlet, so meine Vermutung, besser verstanden als der damalige Spiegel-Rezensent: «In einem bewusst rätselhaft angelegten Schlussabsatz [erhebt Gehlen] Anklage, ein irgendwer wolle (in Deutschland?) «das Reich der Lüge» errichten. «Der Antichrist», bemerkt er dazu noch geheimnisvoller, trete in der «Maske des Erlösers» auf.»

Das liest sich wie die gespenstische Vorahnung der heutigen Zivilreligion mit ihrer humanitaristischen Rhetorik und dem Versprechen unbegrenzter Machbarkeit.

Doch das dialektische Pendel hat noch nicht ausgeschwungen und das Grossprojekt, zu dem das System Merkel die Deutschen verurteilt zu haben scheint, ist noch nicht ausgereizt.

Die humanitäre Maske der Erlösung aus ihrer historischen Schuld verrutscht den Deutschen zunehmend, und das desto mehr, je heftiger sie aufgezwungen wird.

Die einfachen Bürger protestieren an den Wahlurnen. Sie beginnen, den Eliten zu misstrauen – und deren Grossprojekt der Neuerfindung des Volkes, das sie mit den Ausplünderun-

gen des Steuerzahlers und der Sozialkassen auch noch selber zu finanzieren haben, und dies alles unter Amtshilfe der Kirchen, die im Humanitarismus eine neue Zivilreligion entdeckt haben, die leichter an den Mann zu bringen ist; eine ohne Gott, welchen sie ihren Gläubigen ohnehin nicht mehr zumuten wollen.

Nein, den Volksparteien rennen die Wähler in Scharen davon, nicht nur an den linken Rand, sondern auch nach rechts. Und ausgerechnet dort bildet sich mit der «Identitären

Bewegung» eine intelligente und kreative Jugend-APO, die nicht den Umsturz der Verhältnisse, sondern deren Erhaltung zum Ziel hat. Sicher, auch die Identitären beklagen die Verdinglichung des Menschen unter den Bedingungen des grenzenlosen Kapitals – eine jüngste Neuerscheinung empfiehlt, Marx «von rechts» zu lesen. Auch sie stellen sich quer zur Verwertbarkeit. Auch sie beharren, durchaus subversiv, auf Störungen des Konsenses. Vor allem aber beharren sie auf Grenzen und auf ethnopluralistischer Identität, auf dem je Eigenen der

europäischen Kulturnationen, das für sie das richtige Leben erst möglich macht.

Es ist keine Eroberungsstrategie, der sie folgen, sondern ein Abwehrkampf gegen die Islamisierung des Abendlandes, der in einer über tausendjährigen Geschichte immer wieder zur Notwendigkeit wurde. Es ist kein elitärer Kampf, sondern ein populistischer, unterstützt von den Nachdenklichen im Lande.

Vorreiter der «Identitären Bewegung»

Kurz vor seinem Tode übersandte Adorno seinem gelehrten Debattengegner ein Buch mit der Widmung: «Für Arnold Gehlen, in kontrapunktischer Freundschaft verbunden». So wie Gehlen später ausdrücklich die Verbrechen der Nazis verurteilte, so ist es, wie mir scheint, durchaus möglich, dass auch Adorno sich insgeheim bewegt hat, besonders angesichts der bildungsfernen Rabauken in den Hörsälen. Und dass er spät erkannt haben mag, dass die anthropologische Methode seines Gegenübers doch erkenntnisreicher und realistischer ist als die marxistische, die sich auf ein nie erreichbares, weil menschengemachtes Paradies ausrichtet.

Allerdings: Die Vorstellung, dass aus Adorno, dem Anwalt des Nicht-Identischen, ein reumütiger Vorreiter der «Identitären Bewegung» zu machen wäre, ist eine Pointe, die wohl jedem linken Philosophie-Seminaristen den kalten Schweiß auf die Stirn treiben muss.



Eklat bei Adornos letzter Vorlesung, 1969.

Längst war der feinsinnige Kulturmarxist den Studenten suspekt geworden.

praktikus.ch
innovativ | cool | praktisch



**CHF 20.–
geschenkt**

www.praktikus.ch

Gutscheincode: S80

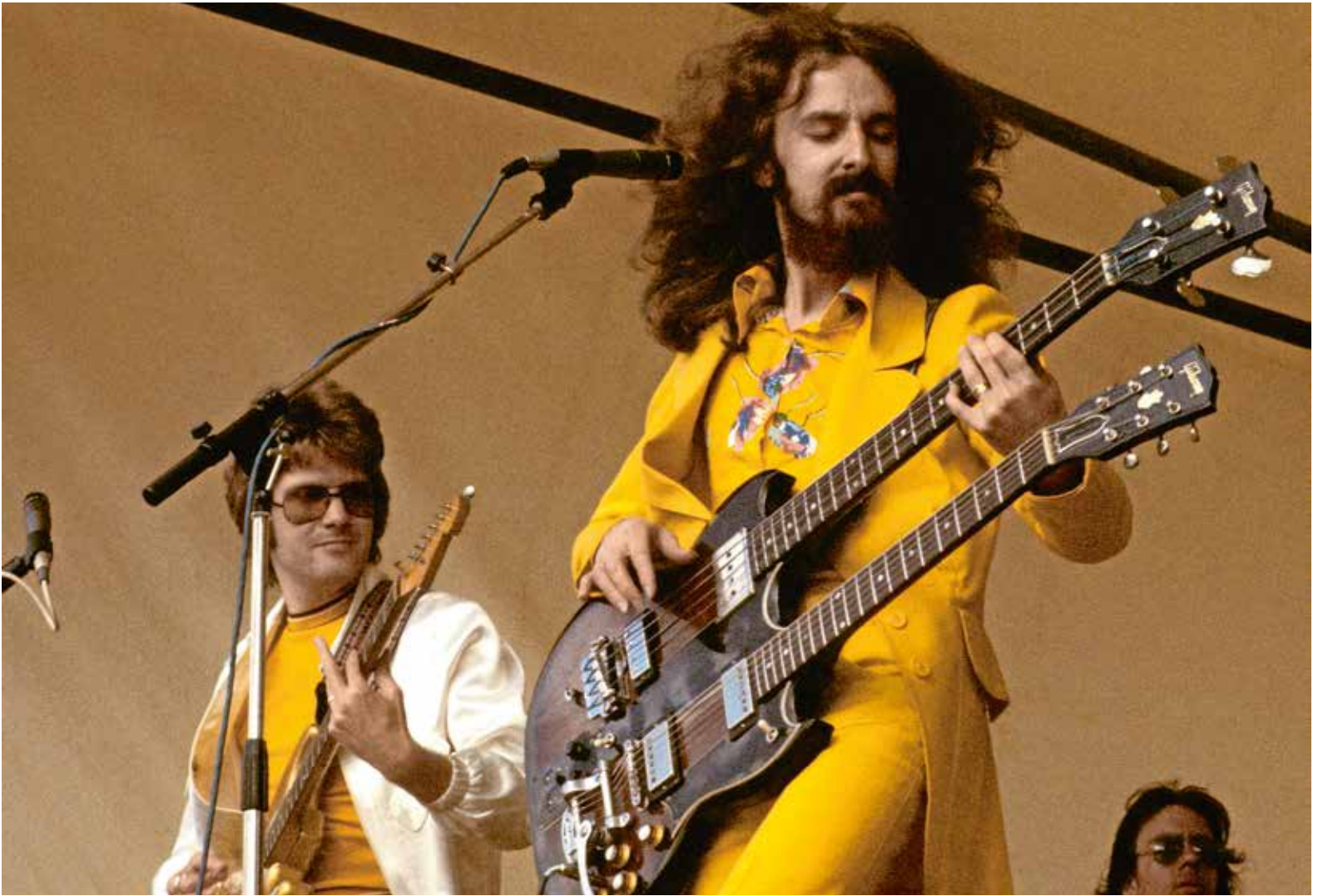
Sie erhalten Fr. 20.– geschenkt,
bei einer Online-Bestellung ab Fr. 100.–
Nicht kumulierbar, keine Barauszahlung,
1 Gutschein pro Person
Gültig bis 15. Dezember 2018

WW Magazin – die schönsten Seiten der Weltwoche –
bereichert Ihr Leben vier Mal jährlich – die nächste Ausgabe:

22. NOVEMBER 2018 – SCHWERPUNKT: TRÄUME

Wir wünschen viel Lesespass!





Verschmäht, aber berühmt: John Lees (l.), Les Holroyd, 1974.

Rock

Mit dem Erfolg kam die Gier

Barclay James Harvest, das sind vier Musiker aus Manchester, die sich hart nach oben gearbeitet haben, um schliesslich am Ruhm zu scheitern. Jetzt ist die legendäre Band wieder auf Tournee. Allerdings in zwei Versionen. *Von Ueli Frey*

Wenn man bei einem Musikkenner Eindruck schinden will, dann erwähnt man die Barclay-James-Harvest-Platten in der eigenen Sammlung besser nicht. Genauso wenig wie diejenigen von Chris de Burgh oder Céline Dion. All diese Musiker haben zwar millionenfach Tonträger verkauft, aber die Anerkennung von Kritikern blieb ihnen weitgehend versagt.

«Zu wenig innovativ», «zu melodramatisch», warf man den vier Briten von Barclay James Harvest (BJH) immer wieder vor. Als sich die vier Jungs aus einfachen Verhältnissen 1967 in der Nähe von Manchester zu einer Band zusammenfanden, waren ihre Absichten klar: Sie wollten erfolgreich sein. Mit ihrer Musik wollten sie ihrer ärmlichen Umgebung entkommen. Die drei Wörter, die den Namen ihrer Band formten, wurden zufällig aus-

gewählt, aber doch mit einem tieferen Sinn: Barclay stand für die Barclays Bank und damit fürs Geld und für den angestrebten Erfolg.

Die Chancen standen nicht schlecht. Die Band hatte einen Geldgeber – er war einer von ihnen, wie John Lees sagt. Ein Junge aus ihrem Umfeld hatte im Modebusiness unglaublichen Erfolg gehabt und in kurzer Zeit ein Vermögen gemacht. Er war bereit, in die Band zu investieren. Zum damaligen Zeitgeist passend und mit den entsprechenden Ressourcen im Rücken, nahm Barclay James Harvest ihre ersten Alben auf, unterstützt von einem Sinfonieorchester. Gearbeitet wurde unter anderem in den illustren Abbey-Road-Studios, wo es auch zu zufälligen Begegnungen mit den Beatles kam. Verkracht und am Ende ihrer Karriere, arbeiteten diese dort an ihrem letzten Album, «Let It Be».

John Lees, der Gitarrist von BJH, erinnert sich, dass John Lennon damals die Hecktüren ihres mit Graffiti dekorierten Tourbusses kaufen wollte. Er begnügte sich dann allerdings mit ein paar Fotos.

Feindschaft der Kritiker

Trotz des beträchtlichen Aufwandes blieb der kommerzielle Erfolg der ersten Barclay-James-Harvest-Platten aus. Die zweite LP, «Once Again», enthält zwar mit «Mocking Bird» und «She Said» zwei heute als Klassiker betrachtete Songs, aber damals schafften es die Titel nicht in die Charts. Eine weitere Tragik dieser frühen Platten war, dass sie sich die Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft der britischen Musikpresse einhandelten. Die BJH-Musiker wurden als verwöhnte, reiche Opportunisten abgetan. Zudem blieb die

Band während ihrer ganzen Existenz London, dem Nabel der Musikwelt, fern. Das goutierte die elitäre Presse in der Hauptstadt nicht. Wenn überhaupt etwas über BJH zu lesen war, dann in verhöhndem Ton. So wurde die Band als die «Billigausgabe von Moody Blues» bezeichnet, eine Beleidigung, die sie später in den Song «Poor Man's Moody Blues» umarbeitete.

Die Frustration nach all der Arbeit war gross und ist es bis heute geblieben. John Lees ärgert sich im Gespräch mit der *Weltwoche* gerade wieder über ein neues Buch, das der Musik der siebziger Jahre gewidmet ist. Es sind darin Festivalplakate mit Barclay James Harvest als Headliner abgebildet, gleichzeitig wird die Band aber nicht mit einem Wort erwähnt.

«Neue Pink Floyd»

«Langweilig wie eine Regennacht in Islington» oder «Plinck, pluck, plinck. Ooooh Aaaah Ooooh. Vergiss es!» – so kurz und vernichtend waren die Plattenkritiken, die BJH in Grossbritannien erhielt. Nach zehn Jahren und acht Alben füllte die Band zwar regelmässig Konzerthallen, aber grosse Plattenverkäufe konnte sie nicht vermelden. In einer hilflosen Aktion sprach BJH einen Interview-Boykott aus – man wollte mit den Gift spritzenden Schreibern gar nicht mehr sprechen. Anders war das Bild auf dem Kontinent, speziell in Deutschland und auch in der Schweiz.

Ab 1977, mit den Alben «Octoberon» und «Gone to Earth», wurde BJH hierzulande zu einem Begriff bei den Rockfans. Für «Gone to Earth» gab es sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte der Band eine Gold-Auszeichnung. In Grossbritannien blieb ihr dies bis heute versagt. Das Magazin *Pop* berichtete auf Doppelseiten vom Privatleben der Musiker, von ihren Ferienerlebnissen und pries sie 1978 gar als die «neuen Pink Floyd» an.

Während auf der britischen Insel die Punk-Bewegung den Rock-Dinosauriern der

sechziger und siebziger Jahre den Garaus machte, war ein Überleben auf dem Kontinent durchaus möglich. Hier wechselte der Publikumsgeschmack nicht so schnell, und 1980 füllte BJH in Zürich zum ersten Mal das Hallenstadion (12 000 Besucher).

Höhepunkt in Berlin

Allerdings war zu diesem Zeitpunkt der erste personelle Wechsel zu verzeichnen: Woolly Wolstenholme, der Mann, der an den Tasteninstrumenten mit Mellotron und Synthies für den sinfonischen Klang sorgte, verabschiedete sich wegen musikalischer Differenzen. Er wollte den ursprünglichen Sound beibehalten und hatte das Gefühl, dass er zu einem Hindernis in der Entwicklung der Band geworden war. Eine Entwicklung, die in seinen Worten in Richtung «West Coast» ging, was wohl stellvertretend für einen leichteren und einfacheren Sound stand.

Wolstenholme verpasste mit seinem Abgang knapp den Höhepunkt der Band: das «Concert for the People» – ein Gratiskonzert im August 1980 vor dem Reichstag im noch gespaltenen Berlin. Initiiert wurde der Anlass vom Berliner Senat. BJH hatte der Stadt auf der LP «XII» einen Song gewidmet, und dies machte sie in den Augen der Behörden zum geeigneten Headliner dieses Grossanlasses.

Der Publikumsaufmarsch war tatsächlich gewaltig. Man schätzt, dass zwischen 170 000 und 250 000 Zuschauer anwesend waren. Etliche davon waren allerdings nicht Zuschauer, sondern bloss Zuhörer: Sie standen auf der anderen Seite der Mauer und hörten mit! 1987, also noch vor dem Fall dieser Mauer, war BJH dann die erste Band, die in Ostberlin ein Open-Air-Konzert spielen durfte, wiederum vor geschätzten 170 000 Besuchern. Für Les Holroyd, den Bassisten der Band, waren aber auch die Konzerte in Zürich im Jahr 1982 denkwürdig: BJH füllte das Hallenstadion an drei Tagen in Folge!

Barclay James Harvest hatte mindestens auf dem Kontinent erreicht, wofür die Band

vor fünfzehn Jahren aufgebrochen war. Gleichzeitig mit dem Erfolg und mit dem grossen Geld hielt aber auch die Gier Einzug in der Band. So sieht es John Lees jedenfalls heute. Während früher die Songs als *partnerships* komponiert worden waren und das Geld an alle vier Mitglieder zu gleichen Teilen verteilt wurde, waren es jetzt er und Les Holroyd, die, jeder für sich, Songs schrieben und sogar separat aufnahmen.

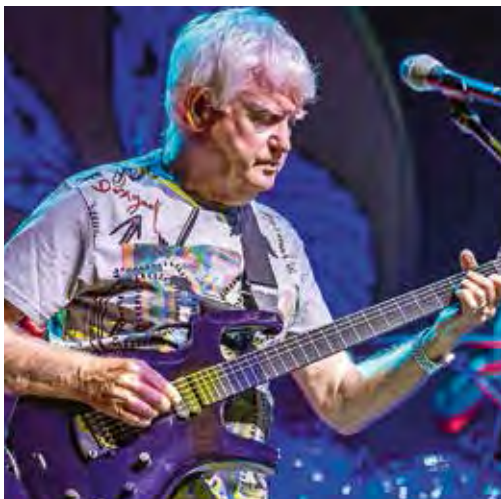
Lees wollte bald nach Wolstenholme, der ihm sehr nahestand, ebenfalls das Handtuch werfen. In Gesprächen mit dem Manager liess er sich jedoch überzeugen, noch «einige Jahre» weiterzumachen. Dann geschah aber etwas «völlig Unwürdiges» («completely dishonorable»), zu dem John Lees keine weitere Auskunft geben will. Das war 1997, und es war das sofortige Ende der Band im ursprünglichen Sinn.

Aus einer Band wurden nun zwei Bands, nämlich «John Lees' Barclay James Harvest» und «Barclay James Harvest featuring Les Holroyd». Bei John Lees' Band tat nun wieder sein Freund, der ursprüngliche Keyboarder Woolly Wolstenholme, mit, und bei Les Holroyd war der original BJH-Schlagzeuger Mel Pritchard mit von der Partie. Mit anderen Worten: Je zwei Original-Mitglieder waren in jeder Ausgabe von BJH vertreten. Beide Formationen gingen auch wieder ins Studio und nahmen CDs mit neuen Songs auf. Doch beide Bands ereilten Schicksalsschläge: 2004 starb Mel Pritchard an einem Herzinfarkt, und 2010 schied Woolly Wolstenholme freiwillig aus dem Leben.

Doppelt unterwegs

Fünzig Jahre nach der Gründung von Barclay James Harvest sind immer noch zwei Versionen der Band auf Tournee. Geleitet von den beiden hauptsächlichen Songschreibern John Lees und Les Holroyd. Die beiden sind aber miteinander so verkracht, dass sie an ihren jeweiligen Konzerten keine Songs spielen, die aus der Feder des Kontrahenten stammen. Immerhin blieb der Band der Gang durch die Gerichte erspart, ein Ende, das vor allem in den USA beinahe selbstverständlich ist. Dort werden nach einem Split oft sowohl Manager, die Plattenfirma als auch sämtliche Bandmitglieder mit Klagen eingedeckt.

Das letzte Mal sah John Lees seinen ehemaligen Bandkumpel an der Beerdigung von Mel Pritchard, also 2004. Er habe ihm damals «hallo» gesagt, aber offenbar kam es nicht wirklich zu einem Gespräch. Lees habe ihm ein paar Worte entgegnet, aber die Eiszeit zwischen den beiden ist wohl endgültig. Wenn man das gesamte Repertoire von BJH hören will, dann muss man offensichtlich die Konzerte beider Formationen besuchen – aus unternehmerischer Sicht nicht einmal unklug.



Eiszeit: John Lees (l.), Les Holroyd.



Die Bibel

Ursprung des Gemeinwesens

Von Peter Ruch

Sie trugen sie hinaus und begruben sie... Und grosse Furcht überkam die ganze Gemeinde und alle, die es vernahmten (Apostelgeschichte 5,10–11). – Es geht jetzt bloss um die Gemeinde. Gemeinde gibt das griechische Wort *ekklesia* wieder. Es klingt in *église* und *chiesa* nach. Das Verb heisst *ekkaleo*, herausrufen. In der griechischen Polis bezeichnete *ekklesia* die Volksversammlung. Der Ausdruck wurde später zum Inbegriff der christlichen Gemeinde. Zu ihr sind die Menschen berufen. Die Kirche als Versammlungsort sowie als Gesamtstruktur nahm dann den gleichen Namen an.

Eine Gemeinde entsteht, wo Menschen zusammenleben und gemeinsame Herausforderungen bestehen müssen. Der französische Historiker Alexis de Tocqueville erkannte um 1830 in den USA, dass Königreiche und Herrschaftssysteme konstruiert werden, die Gemeinden jedoch, fast wie aus Gottes Hand, von selbst entstehen. Die Frage ist, auf welcher Ebene die Bürger- und Menschenrechte am besten geschützt sind. Die Gemeinde ist dafür zu klein, weil die Standards weitherum gelten sollen. Die Gegner der Selbstbestimmungsinitiative behaupten, dass auch die Länder zu klein seien. Aber die Menschenrechte entstanden in den Ländern und Gemeinden, nicht an europäischen Gerichten.

Adolf Muschg meinte in der NZZ, die Ausserrhoder seien von oben zum Frauenstimmrecht gezwungen worden. In Wahrheit beschlossen es die Männer an der Landsgemeinde. Innerrhoden benötigte Druck – nicht von Strassburg, sondern von Bern. Überdies fragte Muschg, ob die direkte Demokratie Gottes Stimme sei. Wer behauptet das? Dass das Volk irren kann, erzählt die Bibel seit 3000 Jahren. Wie sieht die Bilanz der Machthaber und Bürokraten aus? Unterjochungen und Terrorsysteme haben meist sie angeordnet. Auch der Respekt vor Minderheiten ist hierzulande höher als auf europäischer Ebene. Dass die demokratische Schweiz Mängel hat, erbittert nur jene, die die Realität an einer Utopie messen. Utopien sind sexy Verführerinnen. Aber gefährliche.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Achterbahn: David Budd (Richard Madden) und Julia Montague (Keeley Hawes) in «Bodyguard».

Serien

Überall gewetzte Messer

Der spannendste Polit-Thriller der letzten Jahre kommt wieder mal aus Grossbritannien: der Sechsteiler «Bodyguard», jetzt auf Netflix verfügbar. Von Wolfram Knorr

Personenschützer (alb)träumen vom Ernstfall, von Attentaten, Anschlägen. Dafür sind sie da – wie David Budd (Richard Madden). Er sitzt mit seinen Kindern Ella und Charlie dösend im Zug. Aber nicht für lange. Etwas stimmt nicht. Eine islamistische Selbstmord-Attentäterin hat sich in der Zugtoilette eingeschlossen. Nur mit selbstmörderischer Engelsgeduld kann er sie zum Aufgeben überreden. So beginnt, mit visuellem wie psychologischem Furor, dicht, knapp, genau, eine fulminante BBC-Miniserie, die im Sommer in Grossbritannien zu einem Strassenfeger wurde, was es in Zeiten zahlloser TV-Sender eigentlich seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat.

«Bodyguard», geschrieben von Jed Mercurio («Line of Duty», «Lady Chatterley's Lover»), hat mit jener gleichnamigen Whitney-Houston-und-Kevin-Costner-Schnulze aus dem Jahr 1992 so viel zu tun wie Shakespeare mit Rosamunde Pilcher. Der jetzt auf Netflix verfügbare Sechsteiler – eine hochprofessionelle, abgezirkelt perfektionistische Suspense-Ekstase – lässt Serien wie «Homeland» und «24» locker hinter sich. Besonders mit David Budd gelang Mercurio eine vertrackte Identifikationsfigur. Einerseits entspricht sie dem unbescholtenen Bürger, der unfreiwillig ins Zen-

trum von Intrigen gerät, so wie es die Autoren John Buchan («Die neununddreissig Stufen») und Eric Ambler («Der Levantiner») zu Höchstform brachten. Andererseits verkörpert sie einen abgebrühten, desillusionierten Ex-Soldaten, der seit seinem Afghanistan-Einsatz unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet. Man weiss nie so recht, ob tief in seinen Seelennischen nicht etwas Explosives rumort. Sein kantiges, symmetrisches

Bald weiss Budd (wie der Zuschauer) nicht mehr, wer hier Freund und wer Feind ist.

Gesicht wirkt wie das Faltbild eines Rorschachtests und kann den Zuschauern, zwischen Skepsis und Sympathie lavierend, die Identifikation schwermachen.

Budds Ehe ist gescheitert, Freunde hat er keine. Nur an seinen beiden Kindern hängt er mit Inbrunst. In einer irritierenden, aber entscheidenden Szene geht er klammheimlich an ein Treffen von Veteranen und trinkt mit einem von ihnen, dessen Gesicht lädiert ist, ein Bier: «Was machst du jetzt? Polizei?» – «Personenschutz. SO1 Regierungsminister.» – «Macht

du Witze? Diese Schwachköpfe beschützt du? Du tauchst hier auf und erzählst mir diesen Mist. Was soll das? Du hast echt Nerven.»

Nach der Verhinderung des Anschlags im Zug wird Budd zum persönlichen Bodyguard von Julia Montague (Keeley Hawes), der Innenministerin, einer konservativen Hardlinerin, die ein neues Überwachungsprogramm durchsetzen will. Vor dem Fernsehen lauscht er eines Abends einer Rede von ihr, in der sie kalt erklärt, dass man die Vergangenheit nicht entschuldigen müsse. Die Kamera, nahe an Budds Gesicht, zeigt ihn mit unergründlichem Blick, verschlossen wie ein Tresor. Als Montague mitten in der Stadt ein Attentat dank Budd glimpflich übersteht, stellt dieser nach wütender Hatz den Schützen, der sich schliesslich selber richtet. Bei der späteren Klärung verschweigt Budd seinen Vorgesetzten, dass er den Täter sehr wohl gekannt hat. Julia, aufgelöst durch die blutige Schiesserei, antwortet David in einem emotionalen Moment: «Ich bin nicht die Queen. Du darfst mich anfassen.» Eine Affäre beginnt.

«Bodyguard» ist eine Achterbahnfahrt. Nie weiss man, wann es rauf- oder runtergeht, wann der Schwindel einsetzt und wer hier eigentlich gut und böse ist. Begriffe wie Ehrlichkeit, Solidarität oder Gerechtigkeit sind nur noch Floskeln, die der Verkleisterung ins Vage und Unverfängliche dienen. Politiker und Regierungsbeamte sind entsprechend adrett, aalglatt, stets wie aus dem Ei gepellt. Die gediegenen Flure und Konferenzräume des Ministeriums sind trügerische Oasen des Jovialen und der Neidhammeleien.

Toxische Verwerfungen

Wenn der Chef des Secret Service und Anne Sampson (Gina McKee), die Leiterin der Antiterrorereinheit, über ihre Kompetenzen keifen und heimliche Bündnisse knüpfen, um die Aufklärungshoheit nicht zu verlieren, sind toxische Verwerfungen und Süffisanz mit Händen zu greifen. Sukzessive gerät David Budd ins Zentrum der Rangeleien und unter Verdacht. Wie vermochte er eigentlich die Islamistin zum Aufgeben zu überreden? Woher kannte der Attentäter die Route der Innenministerin, und wieso hat Budd den Schützen nicht entwaffnet, ehe dieser sich selbst richtete?

Die Schlinge zieht sich langsam, aber sicher zu. Bald irritiert aber auch Budds Verhalten und jenes der Ministerin Montague. Anne Sampson, so süss wie ein Honigtopf, in dem ein gewetztes Messer steckt, nötigt Budd, seiner Chefin auf den Zahn zu fühlen, Informationen über sie einzuholen. Bald weiss Budd (wie der Zuschauer) nicht mehr, wer hier Freund und wer Feind ist. Alles ist vermint, und die Entwicklung ähnelt immer mehr einer Geisterbahnfahrt, bei der man meschugge wird, weil plötzlich der Ausgang fehlt. So ist auch das Finale, das an Suspense-Power alles, aber wirklich alles hinter sich lässt.

Auch das alte Männlichkeitsbild, das nur noch Fassade ist, gehört zu den nervenkitzelnden Irritationen. David wirkt wie der rigorose Handelnde, ist in Wahrheit aber nur ein Gehandelter. Die Frauen haben das Sagen. Julia Montague, trotz emotionaler Erschütterung wegen des Attentatsversuchs, ist alles andere als eine schutzbedürftige Frau, sondern eine Machtpolitikerin, die sich nimmt, was sie will – auch ihren Leibwächter. Dieser reagiert gekränkt, wenn er erst eintreten darf, nachdem er an die Tür geklopft hat: «Wie beim Zimmerservice.»



Lust am Drama: Leibwächter Budd.

Und Anne Sampson, mit gleisnerisch-verschlagenem Lächeln, zischt ihrem Rivalen vom Secret Service schon mal ein kaltschnäuziges «fuck you» zu.

Vieles an «Bodyguard» mag haarsträubend sein, aber Jed Mercurio und die beiden Regisseure Thomas Vincent (die ersten drei Folgen) und John Strickland (Restfolgen) verdichten selbst die unwahrscheinlichsten Situationen dank rasanter Regie zur erhellenden, präzisen Reflexion über eine Wirklichkeit, die niemand mehr im Griff hat, die alle zu nur überfordern scheint. Mit seiner Lust am Drama ist «Bodyguard» ein Highlight politischer Hintersinnigkeit. ★★★★★

Knorrs Liste

1	25 km/h Regie: Markus Goller	★★★★☆
2	Kursk Regie: Thomas Vinterberg	★★★★☆
3	Wolkenbruchs... Regie: Michael Steiner	★★★★☆
4	Bohemian Rhapsody Regie: Bryan Singer	★★★★☆
5	The Guilty Regie: Gustav Möller	★★★★☆
6	Girl Regie: Lukas Dhont	★★★★☆
7	Der Läufer Regie: Hannes Baumgartner	★★★★☆
8	A Star Is Born Regie: Bradley Cooper	★★★★☆
9	First Man Regie: Damien Chazelle	★★★★☆
10	Der Unschuldige Regie: Simon Jaquemet	★★★★☆

Jazz

Grossvater erzählt

Von Peter Rüedi

John Scofield ist ein Mann für jede Jahreszeit. Als ich ihn zum ersten Mal live hörte, zu Beginn der Achtziger im Berliner Klub «Quasimodo», überwältigte er mich mit einer modernen Bebop-Variante des Gitarrenspiels. Es war nicht eine Fortsetzung von Wes Montgomerys etwas behaglich buchstabiertem Blues-Idiom, sondern ein zu der Zeit kühner Rückgriff auf den unbändig kochenden, siedenden Swing von Charlie Christian, dem genialen Urvater der modernen Jazzgitarre. Was ich damals nicht wusste: Da hatte Scofield (Jahrgang 1951) aus Partnerschaften mit Billy Cobham und George Duke schon jazzrockige Fusion-Erfahrungen hinter sich, die sein baldiges Engagement beim späten Miles Davis (1982–1984) logisch erscheinen liessen. «On my own», sagt er heute, «wäre ich vielleicht nicht aus meinem Appartement und über «Billie's Bounce» hinausgekommen, das wäre meine natürliche Tendenz gewesen. Aber ich geriet in diese andere Musik, und das war eine aufregende neue Sache damals.»

«Billie's Bounce» war ein Klassiker von Charlie Parker von 1945, und trotz seiner Ausflüge in die Bereiche von Pop und Rock und Country ist Scofield bis heute im Kern ein kreativer Fortsetzer des Bebop geblieben, ein mitreissender Swinger. Was sich im Lauf der Jahre verändert hat, ist sein Gitarrensound. Er hat heute seine eigene, unverwechselbare Stimme gefunden, sich, im Gegensatz zu den trocken knisternden Melodiestürmen der frühen Jahre, «vokalisiert». Mehr denn je erzählt er seine Geschichten in einem Ton, der uns seit Jahren vertraut im Ohr klingt. Seine derzeitige Band ist für diese neue alte Musik kongenial: Drummer Bill Stewart ist ein alter Partner seit 1991; Gerald Clayton an Piano und Orgel und Bassist Vicente Archer könnten Scofields Söhne sein – Clayton ist oft der Partner des neuen Trompetenwunders Ambrose Akinmusire, Archer wurde unter anderem bekannt mit Nicholas Payton und Donald Harrison. Viel Blues, viel Swing. Und wie sagt Scofield selbst? «I just can't get away from trying to play «the shit»: bebop.» In dieser immer lebendigen Musik richten wir uns ein wie in Grossmutter's Küche.



John Scofield: Combo 66. Verve 678021 3

Das Doppelleben des Chevalier d'Eon

Als Spion nach Russland entsandt, warf sich der Chevalier d'Eon in Frauenkleider. Dies so erfolgreich, dass ihn Zarin Elisabeth zur Ehrendame kürte. Am Ende seines wilden Lebens wurde das Geheimnis seines Geschlechts Gegenstand schwindelerregender Wetten. *Von Giles Milton*

Die Leiche auf dem Marmortisch des Leichenschauhauses war in ein langes Kleid gehüllt, und ihr Haar war üppig. Sie wirkte makellos, und nichts deutete darauf hin, dass da etwas nicht stimmen könnte.

Doch der zuständige Chirurg, Thomas Copeland, ahnte, dass der Schein trügen könnte. Er war im Begriff, den Leichnam eines berühmten französischen Aristokraten zu untersuchen, über dessen Geschlecht schon seit langem getratscht und gerätselt wurde.

Die Spekulationen waren durch das absonderliche Verhalten des Verstorbenen angeheizt worden. Jahrzehntlang hatte der Chevalier d'Eon ein Doppelleben geführt und mit unverhohlenen Vergnügen zwischen den Geschlechtern und der entsprechenden Bekleidung hin- und hergewechselt. Mal behauptete er, ein Vollblutmann zu sein, dann wieder trat er am Hof in einem wallenden Kleid auf.

Von Gesetzes wegen war der Chevalier zu einer Frau erklärt worden, und die meisten Leute glaubten, er gehöre tatsächlich zum schöneren Geschlecht. Die Wahrheit sollte sich als einig komplexer erweisen.

Charles-Geneviève-Louis-Auguste-André-Timothée d'Eon de Beaumont war 1728 im Burgund geboren und als Junge getauft worden. Die ersten achtzehn Jahre seines Lebens verbrachte er als Mann, und es gab keine Anzeichen dafür, dass er mit seiner Geschlechtszugehörigkeit gehadert hätte.

Doch als er 1756 als Spion an den russischen Hof geschickt wurde, begann der Chevalier d'Eon sich wie eine Frau zu kleiden. Offenbar tat er das so erfolgreich, dass er kurze Zeit sogar Ehrendame der russischen Kaiserin Elisabeth war.

Nach Frankreich zurückgekehrt, kleidete er sich wieder als Mann und kämpfte Ende des Siebenjährigen Kriegs als Dragoner.

Im Frühling 1763 reiste er als bevollmächtigter Minister nach London. Er trug gewöhnliche Männerkleidung, doch begannen in der Stadt Gerüchte über seinen Transvestismus – und seine Geschlechtszugehörigkeit – zu kursieren.



Als «alte Jungfer» lebte er in London bei einer Witwe namens Cole: Spion d'Eon.

D'Eon förderte diese Gerüchte und schien die Aufmerksamkeit, die sie ihm einbrachten, zu genießen. Auf Fragen nach seinem Geschlecht gab er zweideutige Antworten und heizte so die Mutmassungen an, er sei eine als Mann verkleidete Frau. Dafür sprach auch, dass sein guter Freund Pierre de Beaumarchais einmal bemerkte: «Diese Verrückte ist wahnsinnig verliebt in mich.»

Der Chevalier d'Eon wurde Stadtgespräch, und die anrührigeren Blätter wimmelten von Geschichten über seine Geschlechtszugehörigkeit. Londons Spieler begannen darauf zu wetten, und nach kurzer Zeit erreichten die Einsätze die schwindelerregende Höhe von 200 000 Pfund. Als das Wettgeschäft ausser Kontrolle zu geraten drohte, musste der Oberrichter Lord Mansfield eingreifen. Er erklärte, vor dem englischen Gesetz gelte d'Eon als Frau – was zu reden gab.

Lange Zeit konnte der Chevalier nicht nach Frankreich zurückkehren, weil er dort in einen Hofskandal verwickelt war. Doch 1774 starb der alte König, und der frischgekrönte Ludwig XVI. beschloss, d'Eon die Rückkehr nach Paris zu gewähren. Dies bedingte komplizierte Verhandlungen, denn der

Chevalier besass Informationen, die den König in Verlegenheit bringen konnten.

Man einigte sich schliesslich, und es wurde ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen. Dieser enthielt eine höchst ungewöhnliche Klausel: D'Eon erklärte sich mit allen Forderungen des Königs einverstanden – unter der Bedingung, dass er künftig gesetzlich und gesellschaftlich als Frau anerkannt werde.

Nachdem er vier Stunden lang von der Schneiderin der Königin zurechtgemacht worden war, wurde der 49-jährige d'Eon am 21. November 1777 in Versailles König Ludwig XVI. und Marie Antoinette formell präsentiert.

In seinen Memoiren sollte d'Eon später beschreiben, wie er seine raue Haut losgeworden sei und gelernt habe, wie eine Dame zu gehen. Doch seiner aufwendigen Toilette zum Trotz

zeigten sich die wenigsten Höflinge in Versailles beeindruckt. So meinte die Vicomtesse de Fars: «Ausser den Unterröcken und den Locken, die an ihr ganz fürchterlich aussahen, hatte sie nichts von unserem Geschlecht an sich.»

Der Chevalier d'Eon, der nun von Gesetzes wegen als Frau galt, zog zurück nach London, wo er dem Politiker und Literaten Horace Walpole erneut vorgestellt wurde. Dieser zeigte sich unbeeindruckt. «Ihre Hände und Arme scheinen am Wechsel des Geschlechts nicht beteiligt gewesen zu sein und eignen sich besser für die Handhabung von Stühlen als von Fächern.» Der Biograf James Boswell sah das ähnlich und meinte: «Sie wirkte wie ein Mann in Frauenkleidern.»

Der Chevalier hatte immer schon etwas für Skandale übriggehabt und schrieb nun seine lusternen Memoiren, in denen viel von seinen Geschlechtsteilen die Rede war. «Ich wurde mit einer Glückshaube geboren», erklärte er, «und mein Geschlecht war *in nubibus* verhüllt.» Gemeint war damit, dass seine Hoden, wenn er denn welche hatte, sich in der Bauchhöhle befanden.

Später in seinem Buch lässt er seinen Vater zur Mutter sagen: «Der Arzt hofft, dass das

Wesen [das Geschlecht des Babys] sich bald entwickelt und daraus dank Gottes Gnade ein braver Junge oder dank der Tugend der heiligen Jungfrau ein braves Mädchen wird.» Weil sein Geschlecht so unbestimmt gewesen sei, behauptete d'Eon, habe man ihm mit «Charles» und «Geneviève» männliche und weibliche Taufnamen gegeben.

Gegen Ende seines Lebens wurde es für den Chevalier schwierig: Teilweise gelähmt, bettlägerig und als «alte Jungfer» lebte er in London bei einer Witwe namens Cole, die bis zu seinem Tod bei ihm bleiben sollte. Als der ehemalige Chevalier im Frühling 1810 starb, war Mrs Cole nach wie vor überzeugt, ihr Mieter sei eine Frau gewesen.

Die Londoner Gesellschaft war in dieser Beziehung etwas skeptischer, und die Autopsie geriet zur Cause célèbre. Natürlich interessierte sie ganz besonders die Spieler der Stadt, die um so hohe Beträge gewettet hatten.

Verantwortlich für die Aufdeckung der Wahrheit waren der angesehene Chirurg Thomas Copeland und ein Team von 26 Kollegen. Ihnen oblag es, die Autopsie vorzunehmen und der Welt zu enthüllen, ob d'Eon ein Mann, eine Frau oder ein Hermaphrodit gewesen sei.

Behutsam machte sich Copeland daran, die Leiche des Chevaliers zu entkleiden, indem er zuerst das wallende Kleid und dann die Seidenstrümpfe entfernte. Bei der Unterkleidung angelangt, schnitt er diese mit einem Skalpell auf. Als sie von der Leiche glitt, wurde um den Seziertisch hörbar Luft geholt.

«Hiermit bestätige ich, dass ich den Leichnam des Chevalier d'Eon untersucht und seziiert habe», schrieb Copeland in seinem offiziellen Untersuchungsbericht, «und dass die männlichen Geschlechtsorgane sich in jeder Hinsicht als vollkommen ausgebildet erwiesen haben.»

Um ganz sicherzugehen, entfernte er das männliche Glied und nahm «eine komplette Untersuchung und Sektion der Geschlechtsteile vor». Er untersuchte auch die Brustwarzen und Brüste gründlich. Auch diese waren unbestreitbar männlich.

Der Chevalier d'Eon war also immer ein Mann gewesen, wenn auch einer, der mit grossem Erfolg eine sexuelle Maskerade gespielt hatte.

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer
Nächste Folge: Chinas letzter Eunuch



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Unsere Tochter fühlt sich ständig zu kurz gekommen und benachteiligt und gibt uns das auch laufend zu spüren. Dieses Verhalten soll ja nichts Ungewöhnliches sein bei Jugendlichen. Wie aber bringt man ihnen bei, dass das Leben nun mal oft ungerecht ist und dass man manchmal halt einfach zufrieden sein soll mit dem, was man hat? Verena R., Herisau

Es ist gut, wenn man als Eltern das Verhalten von Kindern analysiert. Das scheinen Sie zu tun. Dieses ist für uns Erwachsene oft unverständlich. Ihr Kind, das sich dauernd als zu kurz gekommen fühlt und das Gefühl hat, es sei benachteiligt, wäre einmal etwas zu beobachten. Gerade bei Geschwistern ist es nicht selten, dass ein Kind sich etwas zurückgesetzt fühlt, weil man ein anderes unbewusst etwas bevorzugt, oder ein anderes Kind es fertigbringt, sich immer in den Vordergrund zu drängen. Es könnte ja tatsächlich sein, dass das, was das Kind fühlt, auch so ist.

Korrekturen sind möglich, aber meines Erachtens nicht über moralische Beleh-

rungen. Versuchen Sie einmal – ohne es an die grosse Glocke zu hängen – etwas Gegensteuer in Ihrem eigenen Verhalten zu geben, indem Sie diesem Kind etwas mehr Aufmerksamkeit schenken. Das Kind merkt dann, dass es auch jemand ist. Und dass es auch Anerkennung findet.

Sie fragen, wie man den Kindern denn beibringe, «dass man manchmal einfach zufrieden sein soll mit dem, was man hat». Ich glaube nicht, dass das viel hilft. Es ist eine moralische Zurechtweisung. Ich würde darauf achten, dem Kinde Schönes des täglichen Lebens aufzuzeigen – und Schönes gibt es in jeder Lebenssituation, wenn man die Augen offen hält. Ein Gespräch über das Wetter kann vielleicht die Tiefe des Wetters zeigen. Die Grossartigkeit des Wetterwandels! Der Abendhimmel! Vielleicht das Abendrot!

Wie ist es mit Bildern? Der Besuch eines Theaters oder Konzerts mit Mutter oder Vater? Oder die Freude fördern und zeigen, dass man etwas bewältigt hat? Vielleicht auch die Beschreibung eines komischen Menschen, über den man gemeinsam lachen kann. Es gibt vieles mehr! Das öffnet die Augen, ohne dass man belehrend sein muss. Es schafft Selbstvertrauen.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

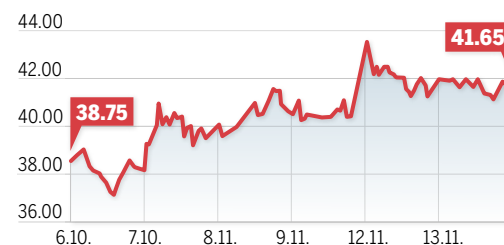
Gewinner der Woche

Potenter Immigrant

Vor 25 Jahren migrierte die deutsche Industriefamilie Klingelberg in die Schweiz. 2010 zog sie den Hauptsitz ihres Unternehmens nach. Vor fünf Monaten führte sie ihre Firma, die Maschinen für die Zahnradproduktion herstellt, an die Schweizer Börse SIX, wobei eine Mehrheit der Anteile bei der Familie verblieb. Verwaltungsratspräsident ist der ehemalige DKSH-Chef Jörg Wolle, die operative Leitung liegt beim jungen Jan Klingelberg. Es scheint allerdings, als sei seither etwas Sand ins Getriebe geraten. Der Ausgabepreis der Aktie (53 Franken) wurde als zu hoch kritisiert. Seit dem Börsengang verlor das Papier zeitweise bis zu einem Drittel seines Werts. Doch letzte Woche hat Klingelberg erstmals Finanzzahlen für das erste Halbjahr präsentiert (April bis Sep-

Aktienkurs von Klingelberg

Vom 6. bis 13. November 2018, in Franken



tember 2018). Diese überzeugten: Der Umsatz legte im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 30 Prozent auf 99,1 Millionen Euro zu. Den Jahresgewinn will man dieses Jahr im gleichen Umfang steigern. Florian Schwab



Thiel

Business-Class

Von Andreas Thiel

Helen Keller: Ich habe Business-Class gebucht. Warum sitze ich in der Economy?

Stewardess: Es gibt nur noch Economy-Class. Nach dem neuen Uno-Migrationspakt müssen wir alle Migranten gleich behandeln.

Helen Keller: Ich bin keine Migrantin! Ich bin Richterin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und unterwegs zu einer internationalen Konferenz für Menschenrechte in Sydney.

Stewardess: Ach, wissen Sie, die Gründe, welche die Migranten für ihre Reisen angeben, können wir nicht überprüfen. Deshalb gelten nach dem Uno-Migrationspakt alle Reisenden als Migranten, bis die Migrationsbehörden an den Destinationen den Status geklärt haben.

Helen Keller: Aber ich habe Business-Class bezahlt!

Stewardess: Das ist ganz im Sinne des Uno-Migrationspakts. Wer es sich leisten kann, soll mehr bezahlen. Deswegen dürfen wir aber die anderen nicht schlechter behandeln.

Helen Keller: Dann machen Sie eine Business-Class für alle!

Stewardess: In welchem Elfenbeinturm leben Sie denn? Umverteilung führt nie dazu, dass alle mehr haben, sondern immer nur dazu, dass alle weniger haben. Der Aufwand zur Umverteilung verschlingt ja den grössten Teil davon.

Pilot: Meine sehr verehrten Migrantinnen und Migranten, wir haben soeben die Reiseflughöhe erreicht. Unser Flug nach Murmansk dauert dreieinhalb Stunden.

Helen Keller: Murmansk? Ich habe nach Sydney gebucht!

Stewardess: Wenn wir alle Migranten dorthin fliegen würden, wo sie hinwollen, könnten wir das Klimaabkommen nie einhalten. Der Weltklimarat hat sich mit der internationalen Migrationsbehörde auf diese Maschine nach Murmansk geeinigt.

Helen Keller: Jetzt reicht es! Ich bestimme immer noch selber, wo ich hinfliege!

Stewardess: Selbstbestimmung? Wo denken Sie hin? Es gibt so viele internationale Verträge, die wir einhalten müssen.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Historische Dimension

«Cosi fan tutte» am Opernhaus; Tiroler Festspiele: Was kommt nach Gustav Kuhn? Premiere von «Female Pleasure» in Zürich. Von Hildegard Schwaninger

Die *New York Times* widmet in ihrer Montagausgabe fast eine ganze Seite dem grossen Ereignis am Zürcher Opernhaus: der Inszenierung der Mozart-Oper «Cosi fan tutte» in Abwesenheit des Regisseurs Kirill Serebrennikow. Der steht in Moskau unter Hausarrest. Er soll 133 Millionen Rubel, also 2,3 Millionen Dollar, an Staatsgeldern für sein Theaterfestival veruntreut haben. Wenn er verurteilt wird, drohen ihm zehn Jahre Gefängnis. Der Prozess begann letzte Woche – und kann lange dauern. Seit seinem Erfolg mit «Cosi fan tutte» in Zürich (es ist eine besonders lustige, intelligente, gelungene Inszenierung), hagelt es Angebote für Serebrennikow, der übrigens bereits zum zweiten Mal in absentia Regie führte. Auch 2017, als er an der Oper in Stuttgart «Hänsel und Gretel» inszenierte, war er in Moskau unter Hausarrest gestellt. Cornelius Meister, der 38-jährige Dirigent, ist sich der historischen Bedeutung dieser «Cosi fan tutte» bewusst und sagt der NYT: «Es ist eine ausserordentliche Situation für uns alle. Aber wir wissen, dass wir die Gelegenheit haben, Teil von etwas zu sein, über das man noch lange reden wird.»

Retten, was zu retten ist: Die Tiroler Festspiele in Erl sind durch die Vorwürfe gegen Gustav Kuhn derart in Misskredit geraten, dass nur die Flucht nach vorne hilft. Pro memoria: Die Festspiele wurden 1998 von Gustav Kuhn gegründet, er fungierte als Intendant, Dirigent, Regisseur und Bühnenbildner, unterstützt

vom Baumagnaten und Musikliebhaber Hans Peter Haselsteiner (Strabag), der auch als Präsident der Festspiele figuriert. Letzten Sommer kam der tiefe Sturz; das *annus horribilis* für das Tiroler Dorf bei Kufstein und für seinen «Erlkönig». Gustav Kuhn wurde sexuelles Missverhalten und Machtmissbrauch vorgeworfen, die Anschuldigungen waren derart drastisch, dass Kuhn gezwungen wurde, von sämtlichen Funktionen zurückzutreten. Man versuchte, die Lage noch mit einem «Erntedankfest» zu retten – eine fast zynische Idee –, das im Oktober hätte stattfinden sollen, aber im letzten Moment abgesagt wurde, «weil weiterer Schaden von den Festspielen abgehalten werden muss», so die offizielle Begründung. Das Hauptproblem war, dass nach den unappetitlichen Vorwürfen (es gilt die Unschuldsvermutung) die musikliebenden Besucher fernblieben.

Das musikalische Kraftwerk Gustav Kuhn sämtlicher Funktionen verlustig: Der Sturz des Wotan war gewaltig. Zurzeit sieht es aus, als würden die Tiroler Festspiele (neuer Intendant wird Bernd Loebe von der Frankfurter Oper) nach dem Debakel wie Phönix aus der Asche steigen. Katastrophe als neue Chance. Neue Dirigenten und Dirigentinnen stehen auf dem Programm der anstehenden Weihnachtskonzerte, und zwar sehr interessante. (Früher bewegte praktisch nur Festival-Gründer Kuhn selber den Taktstock, erst seit ein paar Jahren hat er andere Kapellmeister ans Pult gelassen.) Paolo Carignani wird am 26. Dezember in Erl «La Bohème» dirigieren. Der



Fast verliebt

Torten-Effekt

Von Claudia Schumacher

Sie war eine Schönheit, eine Erscheinung», erzählt Maxim am Telefon. Es geht um sein letztes Date – das er mittendrin abgebrochen hat. So was habe er noch nie erlebt. Normalerweise reise man sich

zusammen, wenn einem klarwerde, dass man kein nächstes Mal will. «Man beendet wenigstens das Treffen. Aber in diesem Fall? Unmöglich!», entrüstet er sich. «Ich musste das in der Mitte beenden und gehen.» Das war vor ein paar Tagen, er habe sich seither Gedanken gemacht: «Abrupter Brechreiz, der Torten-Effekt – weisst du?», fragt er. Nein, weiss ich nicht. Dann erzählt er.

Die Frau lernte er auf dem Oktoberfest kennen. Süsse 26, aus dem Schwarzwald, quirliger Charakter. «Fand ich erst mal witzig», sagt er. «Auch das ganze Übersäumende, diese Lebensfreude.» Also trafen sie sich wieder im November, abends zum Essen – und mal sehen. Doch dann kippte der Genuss plötzlich und heftig ins Gegenteil, «wie beim Verzehr einer Schwarzwälder Kirschtorte», so Maxim. «Am Anfang kannst du dich kaum halten vor Geilheit, aber dann, von einem Bissen auf den



Grossereignis: Regisseur Serebrennikow.



Neu in Tirol: Intendant Loebe.



An der Premiere: Doris Leuthard, Ellen Ringier.

Mailänder (*1961) spielt in der oberen Liga (Zürich, Wien, New York, Salzburger Festspiele) der Dirigierstars. Dann lässt man in Erl, wo die Frauen so schändlich behandelt wurden (auch für diesen Vorwurf gilt die Unschuldsvermutung), auch Frauen ans Dirigentenpult. Oksana Lyniv, Chefdirigentin der Grazer Oper, dirigiert das Neujahrskonzert und Anja Bihlmaier am 6. Januar 2019 das Abschlusskonzert. Und da ist noch ein Name, bei dem es bei manchen klingeln wird: Friedrich Haider dirigiert Vincenzo Bellinis «La sonnambula». Friedrich Haider? Das ist der Ex-Mann von Edita Gruberova.

Wie dringlich die Anliegen sind, zeigte sich an der Intensität des Abends. Zur Zürcher Galapremiere von «Female Pleasure» erschien nicht nur Bundesrätin Doris Leuthard (diesen Coup hat Ellen Ringier eingefädelt, die neben Melanie Winiger und Roswitha Schild als Produzentin figuriert), das Kino «Le Paris» war brechend voll und die Stimmung atemlos. Das Thema sexuelle Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird am Beispiel von fünf Protagonistinnen aus fünf Ländern und Ethnien gezeigt (den Film schuf die Schweizer Dokumentarfilmerin Barbara Miller), die alle anwesend waren – mit Ausnahme der Amerikanerin Deborah Feldman, die nach ihrem ersten Bestseller «Unorthodox» wieder ein Buch schreibt.

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Carolina Müller-Möhl, die bekannte Unternehmerin und Verwaltungsrätin (NZZ), feiert ihren 50. Geburtstag. Die Witwe von Financier Ernst Müller-Möhl, heute liiert mit dem Bankerben Raymond Bär, schmeisst eine Riesenparty in Venedig.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

nächsten: Brechreiz. Verstimmt sitzt du da, fast entsetzt, dass du dir überhaupt so viel davon reingezogen hast.»

Womit hat die Frau von jetzt auf gleich das Date aus der hellen Begeisterung ins jähe Ende geführt? «Sie hat nicht aufgehört zu reden!», so Maxim. Und das sei nicht nur dahergesagt: «Es war wirklich unmöglich, ihr auch nur einen einzigen Satz zu entgegnen.» Die Frau habe ihn mit ihrer rabiaten Quasselei komplett kaltgestellt. Anfangs habe er sie unterhaltsam gefunden. Also versuchte er, sich ins «Gespräch» reinzubeissen, ihren Monolog zu brechen. Ging nicht. Einmal habe sie ihm eine Frage gestellt: «Könntest du das, allein in eine Bar gehen, wie der Typ da hinten?» Endlich, dachte Maxim und setzte an: «Ja, ich könnte mir durchaus...» – da unterbrach sie ihn. Erzählte über seine Stimme hinweg, dass sie sich das nie vorstellen könne und warum nicht.

Schliesslich unterbrach er sie: «Hey, du redest nonstop, und jede Frage ist nur rhetorisch – was ist denn das für ein Date?» Woraufhin sie sagte: «Uff, o.k. ... das hab ich schon öfter gehört, aber so deutlich noch nicht. Wobei ich auch sagen muss: Du wärst mir viel zu gemässigt!»

An dem Punkt der Geschichte musste ich lachen. Gemässigt? Maxim? Er ist selbst eine der grössten Laberbacken, die ich so kenne, und eine Person, die gerne aus sich herausgeht. Aber die Dame aus dem Schwarzwald war offenbar nicht nur extrovertiert, sondern auch eine grobe Narzisstin. Eine Gabe solcher Menschen ist es, die Persönlichkeit des Gegenübers zu manipulieren. Sie irritieren dich bis zu dem Punkt, wo du nicht mehr du selbst bist. Wird einem das klar, ist aufstehen und gehen nur höflich – sich selbst gegenüber.



Unten durch

Amor et dolor (3)

Von Linus Reichlin

Frauen mit Kopftuch tönnen mich erotisch sehr stark an, ich weiss nicht, ob das im Sinne des Erfinders ist. Dem Erfinder ging es wohl eher darum, zwischen mir und den Frauen eine Schranke zu errichten, die nur durch die Heirat überwunden werden kann. Aber ich will diese Schranke gar nicht überwinden, denn in der Hochzeitsnacht würde die Frau das für mich so erregende Dessous ablegen und wäre dann völlig uninteressant. Mein Freund Mehmet hat mir erklärt, dass die Frauen meine Bitte, das Kopftuch auch im Bett anzubehalten, als unsittlich empfinden würden. Aber das ist mir egal, ich bin sowieso eher der Peepshow-Typ, mir genügt es vollauf, an sonnigen Nachmittagen in Berlin-Neukölln draussen vor einer Dönerbude zu sitzen und mich an den aufreizenden Kopftüchern sattzusehen, die an mir vorbeirauschen. Um die Frivolität noch zu steigern, trinke ich dazu ein Bockbier mit doppeltem Alkoholgehalt. Ich bevorzuge Döner-Buden in der Nähe von Fussgängerstreifen, denn dort bleiben die Damen längere Zeit stehen, und ich kann jede Falte ihres Tuchs geniessen. Grundsätzlich erhitzt mich jede Art von Kopftuch, aber der Hidschab ganz besonders, da er knalleng am Kopf anliegt.

Der Hidschab ist die orientalische Antwort auf XS-Slim-Fit-T-Shirts. Unter dem straffen Stoff zeichnen sich die Haare verführerisch ab, es ist nicht zum Aushalten! Das Beste ist, dass man dieses erotische Schauspiel als Mann ungeniert betrachten kann, so lange man will, denn die Frau ist ja verhüllt, es hat alles seine Ordnung. Starre ich die Beine einer westlichen Frau im Minirock an, sollte ich ein Zeitlimit nicht überschreiten, sonst gibt's eine Ohrfeige, aber beim Hidschab ist stunden-, theoretisch tagelanges Hinschauen erlaubt, wenn nicht sogar vorgeschrieben. Bei der Al-Amira möchte ich allerdings gar nicht tagelang hinschauen. Wir alle kennen das Problem: Für eine sehr enge Jeans muss man die richtige Figur haben, und die Al-Amira ist das Pendant zu einer solchen Jeans. Sie wird leider oft von Frauen getragen, die eine verzerrte Selbstwahrnehmung haben. Für die Al-Amira muss man ein schlan-

>>> Fortsetzung auf Seite 78

kes Gesicht haben, sonst sieht das aus wie eine Wassermelone, die aus einem Zelt guckt. Man wird sich jetzt vielleicht fragen, was denn eigentlich passiert, wenn mein Blut beim Anblick eines Kopftuchs in Wallung gerät. Spreche ich die Damen an, frage ich sie nach ihrer Telefonnummer? Davon hat mir mein Freund Mehmet abgeraten. Er schenkte mir stattdessen einige Ausgaben einer saudiarabischen Modezeitschrift, die seine Schwester abonniert hat. Wenn ich also nach einem Nachmittag in Neukölln erotisch in Brand geraten bin, blättere ich zu Hause in der *Vogue Arabia* und suche nach Burka-Fotos, denn für einen Liebhaber der Verschleierung ist die Burka der Heilige Gral. Sie ist der Inbegriff der süßen Verworfenheit, des liederlichen Teasings, hier wird die Frivolität für den Mann buchstäblich schmerzhaft. Es versteht sich von selbst, dass ich in den Ferien nach Kabul reise wie andere nach Thailand. Ich steige immer im «Kabul Serena Hotel» ab, weil sich gleich nebenan ein von den Taliban organisierter Gemüsemarkt befindet: ein Eldorado der burkatragenden Frauen. Ich sitze am Fenster meines Hotelzimmers und verehere jede einzelne dieser Göttinnen. Bei der Burka geht es voll und ganz um das, was sichtbar bleibt: Die Verschleierung führt zu einer brennglasartigen Konzentration auf den weiblichen Knöchel, der dadurch in schärfster Weise begehrenswert wird.

Von einer solchen sinnlichen Raffinesse können die französischen Dessous-Designer nur träumen. «Von dieser Seite hab ich das noch gar nie betrachtet», sagte mein Freund Mehmet. «Tja, mein Lieber», sagte ich, «Integration ist ein Geben und Nehmen. Und jetzt rück die neuste Ausgabe der *Vogue Arabia* raus!»
Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Das Gleiche ist nicht dasselbe

Von Peter Rüedi

Ich liebe die Vielfalt, überhaupt und beim Wein im Besonderen. Neugier ist sozusagen eine Voraussetzung für den Beruf des Kolumnisten. Dennoch habe ich meine Fixpunkte, zu denen ich immer gern zurückkehre. Und meine Gäste auch, die mich regelmässig nach diesen meinen Hausweinen fragen. Wenn ich ihnen mit besonders exquisiten Spezialitäten komme, vermissen sie Erstere, zum Beispiel den Merlot I Trii Pin von Mauro Ortelli und vor allem den St-Saphorin Les Blassinges von Pierre-Luc Leyvraz in Chexbres.

Als der grosse Ludwig Wittgenstein (der Autor des berühmten «Tractatus logico-philosophicus») als Ordinarius nach Cambridge zurückkehrte, wurde er vom Majordomus gefragt, was der Herr Professor denn gerne esse. «Egal», soll Wittgenstein geantwortet haben, «Hauptsache, immer das Gleiche.» Nun ist das im Bereich des Nutritiven nicht meine Maxime, ich habe gerne Abwechslung, obwohl ich mich jedes Mal wundere, wenn in einem Restaurant,

das ich wegen einer Spezialität aufsuche, etwa wegen besonders knuspriger Pommes allumettes oder eines ausnehmend schmackhaften Krautsalats, gerade die nicht mehr auf der Karte stehen. So halte ich es beim Wein zumindest teilweise mit Wittgenstein. Denn das Gleiche ist keineswegs dasselbe, die verschiedenen Jahrgänge des gleichen Weins unterscheiden sich zuweilen beträchtlich, und die Differenz zu schmecken, ist ein besonderes Vergnügen. Kommt dazu: Ein Spitzen-Chasselas wie der von Leyvraz ist nicht nur ein Spiegel seines Terroirs, zu welchem Begriff auch Wetter und Klima gehören, also variable Grössen. Er reflektiert auch meine Launen und Befindlichkeiten, schmeckt je nach Gemütslage anders.

Womit wir bei meinem geliebten St-Saphorin Les Blassinges wären, der mich allerdings, sollte ich nicht in königlicher Laune sein, in den allermeisten Fällen in eine solche versetzt. Zum Jahrgang 2017 sagt der skrupulöse Winzer, von dem das Gerücht meint, er pflege die Reben seiner dreieinhalb Hektaren wie ein Japaner seine Bonsais: Der 2017er halte etwa die Mitte zwischen dem sehr *reichen* Chasselas aus dem heissen Jahr 2015 und dem pointiert schlanken aus dem kühlen 2016. Ich finde diesen Kompromiss grossartig. Der Jahrgang 2017 war Leyvraz' 34. Ernte, und auch das merkt man diesem stupenden Weissen an: die geballte Erfahrung seines Winzers, der ein Leben lang nicht sich selbst, sondern seinen Wein inszenierte. Bei ihm ist der Jahrgang (wen wundert's) vergriffen. Man wird sich also auf den 2018er freuen und sich sputen müssen. Oder sich an den Handel halten. Oder an die gehobene Gastronomie, in der Leyvraz' Weine gut vertreten sind.

Pierre-Luc Leyvraz St-Saphorin Grand Cru Les Blassinges 2017. 12,5%. Granchâtaux, La Conversion. Fr.18.-. www.granchateaux.ch



Salz & Pfeffer

An bester Lage

Von Andreas Honegger

Vor einigen Jahren war die Bahnhofstrasse in Zürich nach 19 Uhr ein menschenverlassener Ort. Das hat sich geändert. Zum einen sind die Geschäfte länger offen, zum andern sind immer mehr attraktive Restaurants im Umkreis von Zürichs bekann-

tester Einkaufsmeile aufgegangen. Es ist Leben eingekehrt. Eines der jüngeren Lokale in dieser Umgebung ist das «Klingler's» im Hause der Bank Bär. Es hat dort das «Café Münz» abgelöst, und an einem der schönen Spätsommerabende, an denen dieses Jahr so reich war, setzten wir uns auf die Terrasse am Münzplatz – vor den Toren der Augustinerkirche. Das Lokal ist sehr grosszügig, ja aufwendig gestaltet worden. Es wimmelt online von guten Bewertungen, und zum Start hat «Gault Millau» 14 Punkte verliehen. Das wirkt vielversprechend, was man auch von der lebenswürdigen Bedienung sagen kann.

Ein Vitello tonnato zum Starten war okay, obwohl man vor lauter Sauce, Nüsslisalat und Kapernfrüchte das Kalbfleisch kaum wahrnahm. Gar nicht gelungen war ein Kalmar-Carpaccio mit einem grossen Stück Burrata. Es war – und das sollte sich als eine Art roter Faden durch das ganze Essen ziehen – mit Kräutern, Gewürzen und sandig-krustigen Elementen überdeckt, die

keine Freude machten. Ebenso wenig Begeisterung löste die Pasta aus. Offenbar sind alle Variationen selbstgemacht, aber sie überzeugten im Aroma nicht, und die Saucen waren weder auf dem Tris di pasta noch auf den Ravioli del plin mit Perlhuhnfüllung passend. Auch die gratinierten Auberginen wirkten überladen mit Saucen, Parmesantranchen und Balsamico-Tropfen. Ein Stück Spigola (Seebarsch) war in Sauce ertränkt und mit einer harten Kruste und Balsamico überdeckt – schade, der Fisch an sich wäre gut gewesen. Die Scaloppine di vitello al limone lagen in einer braunen Tunke, die von Zitrone nichts ahnen liess. Das Tagesangebot, Entrecôte Café de Paris, ähnelte einer Tagliata di manzo an brauner Sauce, von der Kräuterbuttersauce des Originals war man noch weiter weg als von Genf.

Ristorante Klingler's, Münzplatz 3, Zürich. Tel. 043 321 22 22



Auto

Plädoyer für den Diesel

Dieselmotoren sind weit besser als ihr angeschlagener Ruf. Zum Beispiel jener im BMW 540d. *Von David Schnapp*

Wer einen Diesel fährt, steht unverhofft und unverschuldet am Rande der Gesellschaft. Schuld daran sind natürlich nur teilweise die Fakten, viel mehr aber vor allem der politisch-mediale Hysteriekomplex, der immer öfter und schneller zuschlägt. Wegen einer schlechten Nachricht (Fukushima, Dieselgate) muss bald alles weg, was irgendwie damit zu tun haben könnte. Mittlerweile gibt es schon «Dieseltote»: Tausende könnten angeblich noch leben, wenn es den Diesel und seine Stickoxide (NOx) nicht gäbe. Das lässt sich natürlich nicht beweisen, denn vielleicht war einer der angeblichen Dieseltoten auch noch starker Raucher oder leicht übergewichtig. Aber mit Hochrechnungen und Statistiken kann wenigstens eine wissenschaftlich fundierte Behauptung aufgestellt werden.

Der brillante *Spiegel*-Kolumnist Jan Fleischhauer hat zu Recht gefragt, was denn mit den Benutzern von Gasherden sei (4000 Mikrogramm Stickoxide pro Kubikmeter Luft). Und was ist mit den gemütlichen Holzöfen und Cheminées? Sie stossen mehr Feinstaub aus als alle Dieselmotoren zusammen, obwohl der Brennstoff Holz zur Kategorie der guten, nachwachsenden Rohstoffe gehört.

Keine falschen Schlüsse: Ich sage nicht, dass Benzin- oder Dieselabgase harmlos seien und dass nicht alles dafür getan werden soll, sie auf ein Minimum zu senken. Aber gerade Dieselmotoren sind viel besser als ihr angeschlagener Ruf. Kürzlich fuhr ich den BMW 540d, einen schönen Kombi mit Allradantrieb, mit jedem erdenklichen Komfort bis hin zur Parfümierung des Innenraumes, dazu genügend Platz für fünf Personen und viel Gepäck.

Am Ende zeigte der Bordcomputer 6,5 Liter pro 100 Kilometer Treibstoffverbrauch an. Das ist ein sensationell tiefer Wert für ein zwei Tonnen schweres Auto mit Sechszylinder-

Twin-Turbodiesel. Mit vollem Tank fährt dieses ideale Reisegefährt fast 1000 Kilometer weit.

Daraus ergibt sich natürlich auch ein niedriger CO₂-Verbrauch. Bis vor kurzem war es noch das wichtigste globale Umweltpolitik-Anliegen, den CO₂-Verbrauch zu senken. Die Politik förderte den Dieselmotor, weil er genau das

kann. Dann manipulierten sie bei VW an der Abgas-Software, und plötzlich war NOx das Umweltpolitik-Anliegen Nummer eins. Dabei hat sich nichts daran geändert: Wenn es wirklich um tiefere CO₂-Werte geht, kommt man um den Diesel nicht herum. Denn Elektrofahrzeuge sind zwar abgasfrei, wenn wir damit fahren. In der Produktion aber sind sie wahre Dreckschleudern. Und wer wie das Energie-wende-Land Deutschland seinen CO₂-freien Atomstrom durch Gas- und Kohlestrom ersetzt, verlagert den Schadstoffausstoss einfach vom Elektroauto zum Kraftwerk.

Saubere Abgase

Auch wenn es der politisch-mediale Hysteriekomplex gerne anders und einfacher hätte: Die Welt ist wahnsinnig kompliziert. Kernkraftwerke haben Vorteile, Solarpanels haben Nachteile, und Dieselmotoren sind oft eine gute Wahl. Die Dieselmotoren von BMW gehörten immer schon zur Spitze, was die Abgasreinigung anbelangt. Mit der neuesten Generation sind die Werte noch besser geworden.

BMW 540d xDrive Touring
 Leistung: 320 PS / 235 kW; Hubraum: 2993 ccm;
 Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h;
 Beschleunigung 0–100 km/h: 4,9 sec;
 Drehmoment: 680 Nm;
 Verbrauch (EU-Norm): 6,0–5,9 l / 100 km;
 Preis: Fr. 89 700.–, Testauto: Fr. 133 930.–

Lernen durch Erleben
TCS Training & Events




Bereit für die Eiszeit

CHF 100.–* pro Person sparen!

Schneebedeckte Strassen und Glatteis gehören zum Winter dazu. Mit unseren Schnee- und Eisfahrtrainings sind Sie bestens darauf vorbereitet.

Mehr Informationen und Anmeldung:
training-events.ch
info.training-events@tcs.ch
 Tel. 058 827 15 00

* Der Fonds für Verkehrssicherheit unterstützt diese Fahrtrainings mit einem Beitrag von CHF 100.– pro Person.

Der kulinarische Europa-Park

Der beliebteste Freizeitpark der Schweizer ist auch ein lohnendes Ziel für eine kurze Genussreise. Eine Übersichtskarte zu empfehlenswerten Snacks zwischen Achterbahnen und Kindervergnügen.

Von David Schnapp (Text) und Oculus (Illustration)



Gaumenkitzel von der Wurstbude bis zum 2-Sterne-Lokal.

Knapp 35 Minuten beträgt die Wartezeit bei der Schweizer Bobbahn im Europa-Park, ein Gang durch das originalgetreue Engadinerhaus aus dem «Schellen-Ursli»-Film inbegriffen. Die Fahrt ist kurz, aber aufregend, und wieder draussen, spazieren wir an heimeligen Holzhäusern vorbei, die in jedem Walliser Bergdorf stehen könnten. Der Europa-Park in Rust verdichtet die Welt um uns herum auf ein paar wenige Quadratkilometer – und das auf eine bemerkenswert liebevolle Art.

Uns interessieren an zwei Tagen nicht nur die Selbsterfahrungen mit G-Kräften und dem kontrollierten Nervenkitzel. Wir konzentrieren uns auch auf das Essen im Europa-Park, das vom 2-Sterne-Lokal bis zur Wurstbude eine begeisternde Breite aufweist. Und wenn man etwas näher herantritt, ist bald einmal zu erkennen, mit welcher Sorgfalt hier an Details gefeilt wird, die vielen Besuchern vielleicht kaum auffallen, aber den Gesamteindruck am Ende eines aufregenden Tages zumindest in den tieferen Bewusstseinsschichten stark mitgeprägt haben.

Nach dem Bobbahn-Erlebnis geht es direkt zum Raclette-Stand. Stilecht wird es vom ganzen Laib Walliser AOC-Käse geschabt und auf Roggenbrot mit Nüssen geschmacklich gewinnbringend serviert. Seit zwanzig Jahren wird dieselbe Käsesorte verwendet. Aber zwischendurch habe man die Auswahl in Frage gestellt, erzählt Thomas Mack. Als geschäftsführender Gesellschafter im Familienunternehmen ist der Absolvent der Luzerner Hotelfachschule unter anderem für die Europa-Park Gastronomie verantwortlich. Die Käsesorte wurde dann doch nicht gewechselt, Schweizer Besucher, die während der Degustation zufällig vorbeikamen, gaben mit ihrer Wahl für das bewährte Walliser Raclette den Ausschlag.

Alle vier Jahreszeiten

Als Nächstes geht es in ein spanisches Restaurant, das so authentisch aussieht wie die Chalets zuvor. Das hat einen einfachen Grund, hier wurde nicht gedankenlos Kitsch zu einem Restaurant zusammengezimmert. Das Interieur wurde tatsächlich einer Bodega in Spanien entnommen und in Rust wiederaufgebaut.

Das Essen bestellt man an der Theke, die Tortilla ist so gut wie die Empanadas mit der würzigen Füllung aus über Buchenholz geräuchertem Schweinefleisch.

«Der Park würde auch funktionieren, wenn wir nur Schnitzel, Pizza und Würste anbieten würden», sagt Werner Ganser. Der Mann in der blauen Europa-Park-Regenjacke strahlt genau jene Sorgfalt aus, die in den Dutzenden Outlets – Ständen, bedienten Restaurants, Selbstbedienungslokalen – täglich zur Anwendung kommt. Ganser ist verantwortlich für die Park-Gastronomie, er hat sich mit seinen Leuten über die Form der Pommes in der Wurstbude Gedanken gemacht – sie sind leicht gebogen, um Sauce besser aufnehmen zu können – oder darüber, was man in «Island» servieren könnte, um gleichzeitig attraktiv und stilecht zu bleiben. Nun gibt es Bagels mit Lachs und Hotdogs vom Grill.

Stolz ist Ganser auf Innovationen wie im «Foodloop», wo das Essen per Achterbahn zu den Gästen kommt, oder auf das «Spices» im «Abenteuerland» – «eines der spannendsten Restaurants», wie er sagt. Hier gibt es vier



kulinarische Jahreszeiten: In der Wintersaison wird Thai-Küche serviert, später folgt Indisches, Afrikanisches und Orientalisches. Rund 100 Millionen Euro Umsatz macht der Europa-Park jährlich mit der Verpflegung, «aber wir wollen nicht nur für den Profit Essen verkaufen, sondern damit die Gäste wiederkommen», sagt Thomas Mack. «80 Prozent besuchen uns mehrmals, das Essen ist oft ein wichtiger Grund dafür», fügt der Unternehmer an.

1 — Schweiz: Raclette in den Walliser Stuben

Käse aus dem Wallis, stilecht vom ganzen Laib geschabt und entweder auf einem dunklen Roggenbrot oder mit Kartoffeln serviert: Der einfache Schweiz-Snack schmeckt in den «Walliser Stuben» wie in den Bergen und wird auch in der kalten Jahreszeit am besten unter freiem Himmel gegessen.

2 — Deutschland: Walter's Wurst-Bude

Die Currywurst nach einem Familienrezept der Macks kommt mit ausgezeichneten Pommes und einem süß-würzigen Ketchup mit

Currypulver. Empfehlenswert sind auch die Pommes mit Pulled Pork oder mit einem Topping aus Avocado, Salsa und Sauerrahm.

3 — Italien: Waffelbäckerei

Schon die Zubereitung ist ein Hingucker, die Waffeln werden laufend auf einer Art Karussell frisch gebacken und zum Beispiel mit Zimtzucker oder Sauerkirschen und Rahm serviert.

4 — Spanien: Bodega

Im spanischen Selbstbedienungsrestaurant isst man in einem stilechten Ambiente Tortilla, hausgemachte Empanadas oder natürlich kalte Tapas. Geschmack und Zubereitung sind tadellos.

5 — «Abenteuerland»: Restaurant Spices

«Die Küchen der Welt» kommen hier auf den Tisch. Je nach Jahreszeit orientalische, indische, thailändische oder afrikanische Küche. Das Essen ist farbenfroh und gerade so würzig, dass kein Gast sich vor unerwünschten Schärfestritten fürchten muss.

6 — Niederlande: Poffertjes im Molencafé

Die kleinen niederländischen Pfannkuchen werden im «Molencafé» immer frisch gebacken, sie sind weich und fluffig und mit Zimtzucker wunderbar als Frühstückssnack zu einem Kaffee.

7 — Luxemburg: Foodloop

Hier ist der Weg das Ziel: Das Essen kommt über eine Art Achterbahn an den Tisch, bestellt hat man zuvor über einen Bildschirm. Klassische Gerichte wie Kürbissuppe, Salat oder Zürcher Geschnetzeltes werden in guter Qualität unterhaltsam serviert.

8 — Frankreich: Elsässer Holzofenbäckerei

Unvermuteterweise gibt es mitten im Europa-Park tatsächlich eine Bäckerei, wo im Holzofen täglich frisches Brot gebacken wird. Es schmeckt ausgezeichnet, und wer für den Heimweg noch Verpflegung mitnehmen will, bekommt hier auch gute Sandwiches.

Die Wintersaison im Europa-Park Rust beginnt am 24. November 2018. Informationen, Tickets, Hotel- und Restaurantreservierungen unter www.Europa-Park.de

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man sich als Museumsbesucher einer geführten Gruppe anschliessen, die zufällig die Ausstellung erkundet? *Raymond Bertschi, Bern*

Sich einer der öffentlichen Führungen, die im Landesmuseum Zürich übrigens gratis sind, anzuschliessen, ist selbstverständlich erlaubt oder sogar erwünscht. Anständig gegenüber der Fachreferentin oder dem Fachreferenten wäre es aber, der Führung dann auch bis zum Ende zu folgen. Bei privaten Führungen liegt der Fall anders. Hier hat jemand eine Führung für seine Bekannten oder Studenten bezahlt. Sich dieser geschlossenen Gesellschaft während der gesamten Führung anzuschliessen, wirkt auf die Gruppe wohl etwas dreist. Nun, wie weiss man aber, ob es sich um eine private oder eine öffentliche Führung handelt? Fragen Sie zwischen zwei Stationen einfach schnell die Fachreferentin, ob Sie sich anschliessen dürfen. *Andreas Spillmann, Direktor Landesmuseum Zürich*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Das Gegenteil von Selbstbestimmung ist Fremdbestimmung und verheisst Diktatur und Unterwerfung.» *Karl Tobler*

Dominoeffekt

Nr. 45 – «Migrationspakt»; Editorial von Roger Köppel

Die Uno, ein ursprünglich sinn- und wertvolles, einleuchtendes Projekt, ist mittlerweile zum spesenfressenden Moloch und Plauderklub verkommen. Mit dem Migrationspakt verrät die Institution nur ihre Unfähigkeit, die besagten Probleme endlich an Ort und Stelle wenigstens energisch anzupacken, geschweige denn zu lösen. Begriffe wie «soft law» und «unverbindlich» deuten schon auf die Fragwürdigkeit eines solchen internationalen Vertragswerkes hin. Die gewaltigen Probleme und Kosten, die bei einer allfälligen Umsetzung dieses Elaborats aber entstehen, werden ja dann nicht in New York bewältigt; nein, da ist dann wieder der Einzelstaat gut genug. *Arno Müller, Kappel*

Ein Völkerrecht, das es mit dem historisch beispiellosen Zustand unserer Welt in keinsten Weise aufnehmen kann, erlaubt es unfähigen, verantwortungslosen, korrupten und despotischen Politikern, ihre Länder zu ruinieren. Gleichzeitig zwingen Völkerrecht, Konventionen und Asylgesetze und nun auch der moralisierende Migrationspakt die «Herbergsländer», diesen Ruin zu importieren – ein Dominoeffekt! Sehr bald schon werden die im Tiefschlaf befindlichen Demokratien putzmunter sein – wegen Chaos, Terror und Diktatur.

Hans Renner, Innsbruck (A)

Eine Ungeheuerlichkeit

Nr. 43 – «Volksverächter»; Editorial von Roger Köppel

Das Gegenteil von Selbstbestimmung ist Fremdbestimmung und verheisst Diktatur und Unterwerfung. Selbstbestimmung ermöglicht es dem Volk in seiner Gesamtheit, eigenverantwortlich dank direkter Demokratie Entscheide zu fällen. Es ist eine anmassende Ungeheuerlichkeit, dass vom Volk gewählte Politiker ihre Wähler und Wählerinnen drängen und zwingen wollen, auf ihnen in der Verfassung eingeräumte Rechte zu verzichten. *Karl Tobler, Zofingen*

Schadenfreudig

Nr. 45 – «Rauchzeichen aus der Wyoming-Ranch»; Christoph Mörgeli über Hansjörg Wyss

Dass sich Herr Wyss aus einem fernen, in Sachen Bevölkerungsdichte paradiesischen Land zu unserem Stress als Folge der Überbevölkerung quasi schadenfreudig äussert, ist eine Sache. Dass damit unsere beinahe unerträglich

hohen Krankenkassenprämien zu einem Teil seines nun zur vermeintlichen Rettung der Schweiz und der Umwelt verwendeten Reichtums beitragen, ist eine andere – und eine mehr als befremdende Angelegenheit dazu.

Albin Reichmuth, Rapperswil

Die Absicht von Hansjörg Wyss, für den Umweltschutz über zehn Jahre eine Milliarde Dollar zu stiften, widerspiegelt seine Zustimmung zur «Giving Pledge»-Initiative. Im *Blick* vom 1. November heisst es dazu: «Jetzt will er noch schnell die Welt retten.» Mit diesen herablassend-mindernden Worten wird Wyss' beispielhaft grosszügiger Entschluss ohne jede sachliche Grundlage als kaum glaubwürdige Idee disqualifiziert. Dieses Beispiel ist nicht dazu geeignet, Vorurteile gegenüber der *Blick*-Berichterstattung zu widerlegen. *Hugo Tschirky, Zürich*

Zwischenlösung

Nr. 44 – «Beschleunigung des Übergangs»; David Schnapp über Elon Musk

Es ist richtig, dass die bestehenden Modelle nicht für Vielfahrer geeignet sind. Diese können aber auf ein Plug-in-Hybrid- oder auf ein Erdgasfahrzeug ausweichen. Wir selbst benutzen in unserem Kleinbetrieb zwei Diesel-, ein Erdgas- und ein Elektrofahrzeug (und sind mit ihnen unterwegs in der ganzen Schweiz). *Ivan Arnet, Ballwil*

Meine Idee ist es, dass wir den Verbrennungsmotor als Zwischenlösung einsetzen können, jedoch mit Erd- und Biogas betrieben, welches von unseren Bauern und Gemeinden aus den biologischen Abfällen produziert wird. Die Bauern könnten so Geld verdienen und die CO₂ produzierende Fleischproduktion langsam reduzieren. Die Umwelt und der Mensch danken es ihnen. *Peter Matter, Langenthal*

Korrigenda

Im Beitrag «Alternativlos falsch» (*Weltwoche* Nr. 45/18, Seite 40) über die Versicherungsdetektive steht, das Urteil des EGMR vom 18. Oktober 2016 (Fall Savjeta Vukota-Bojic) beziehe sich auf Ermittlungen im Auftrag der Suva. Diese Information ist falsch, den Auftrag gab eine private Versicherung. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

1		2		3	4		5	6		7		8	9	10
				11									12	
13	14		15				16		17		18			
19					20									
			21									22		
23		24						25						
26					27						28		29	
30				31				32		33				
34				35				36					37	38
39								40					41	
				42						43				
	44							45					46	

Lösungswort — Orte für Wartende

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Miss Piggy liebt ihn leidenschaftlich. 5 Die Binde verbindet Dekoration und Auszeichnung. 11 Grundsätzlich passt die Stimme zur Einstellung. 12 Plate wollen es auch im Restaurant immer mehr Franzosen. 13 Er war sauer, weil sie nicht kam, ist ein solcher Satz. 16 Karg bis arg. 19 Glückliche, wer in arabischen Ländern so heisst. 20 Er, der mehr wissen will über Menschen, Gruppen, Netzwerke. 21 Der intensive Geruch gemahnt an eine Ratte. 22 Diese Schafe sieht man auch in Flussgebieten. 23 Ziel der grossen Wallfahrt ohne Christen. 25 Asiatisch: Schrift, Sprache, Volk. 26 Für den Arzt das Endprodukt des Stoffwechsels. 27 Sokrates nannte ihn künstliche Armut. 28 Kommt einem spanisch vor: ein Nichtsnutz, der sich mathematisch gibt. 30 Geweihter Säuger, Festessen für Neandertaler. 32 Rangmässig in der zweiten Reihe hinter Osiris. 34 Der Verlag nahm die Einsparungen wörtlich. 35 Wachkörper: staatlich, ländlich, ordnend. 39 Alles inklusive ist bei Hannelore gewünscht. 40 Das dalmatische Inselchen in Sichtweite von Silba. 41 Mit der vorgegebenen Richtung ist man dann drin. 42 Eine Anrede wie ein Gott. 43 Wo sich Linien treffen oder: Standardsituation. 44 Einesaure, gelbe aus den USA. 45 Paarhüfer – so eine Art Pendant des Kapauns. 46 Sie entschlüsselt uns aus amerikanischer Sicht.

Senkrecht — 1 Er bezeichnet einen Stoff für die Tropenkleidung, sie eine Frucht. 2 Womit der Bau schlimme Folgewirkungen hat. 3 Die weisse Tafeltraube ist weltweit verbreitet. 4 Zum Nationalhelden reicht's bei ihm nicht ganz. 5 Die 120 Tage von dort, mit den Worten von Marquis de Sade. 6 Portugiesen haben ihr eigenes Kreuz zu tragen. 7 Ein ausgebildeter Landwirt wird er nur mit französischem Namen. 8 Lieferung im Rückwärtsgang. 9 Profi-Wrestlerin, ihren Ringnamen bitte. 10 Was bleibt (wenn es bleibt), weiss der so genannte Montale. 14 Diese Farbe lässt das Licht eindringen. 15 Ihm verdanken Christen ihren Sonntag. 17 Mengenmarkierung für reguläres Trinken. 18 Es gab für Nietzsche keine schöne ohne schreckliche Tiefe. 20 Kronos' römische Entsprechung. 23 Sie werden mit dem Auto gern gefahren und mit den Augen gern gesehen – typisch Mann. 24 Sie verfolgen uns Menschen seit Urzeiten. 25 Profijargon: Verbundwerkstoff aus Kupfer und Aluminium. 27 Hinunterkippen ist eine adäquate Alternative. 29 Traurig aber wahr: In Syriens Städten gibt es immer mehr. 31 Fachmesse für Gastronomen (Nov. 2019). 33 Stahlblock ohne Abschluss. 36 Pomo wird damit zur neapolitanischen Tomate. 37 Manchmal auch Büffel genannt. 38 Wenn Gott Hilfe ist, stand er dafür als biblisches Beispiel.

© Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 592

P	R	O	V	E	N	C	E		W	H	A	L	E		
E	M	N	O	L	I	V	I	E	R	D					
T	A	E	N	Z	E	R	I	N		R	I	T	Z	E	
A	L	T	A	I	N	A	T	U	R	K	E	I	N		
	M	O	R	O	N	I	E			A	G				
	A	N			C	H	R	I	S	T	M	A	S		
M	A	G	I	S	C	H	E	N	T			R			
U	T	E		C		E	I	S	K	O	E	B	E	I	
L	A	S	C	H	E			S	A	M	M	E	T		
D		T	O	R	T	U	G	A		M	A	N	T	A	
E	H	E	M	A	N	N		N		E	I	N	E		
N		N	O	T	A	S			T	A	L	L	I	N	N

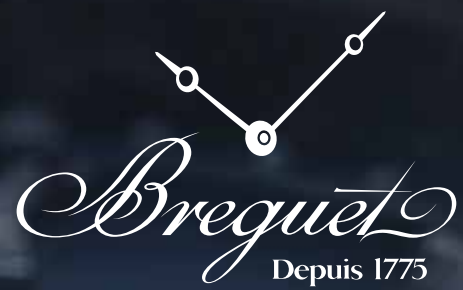
Waagrecht — 1 PROVENCE 6 WHALE (engl. f. Wal) 10 OLIVIER (franz. f. Olivenbaum) 12 TAENZERIN 15 RITZE 17 ALTAI 18 NATURREIN 19 MORONI (Hauptstadt der Komoren, Prophet) 20 CHRISTMAS (engl. f. Weihnachten) 23 MAGISCH 26 ENT 27 UTE 28 EISKUEBEL 31 LASCHE 34 SAMMET (schweiz. f. Samt) 35 TORTUGA 37 MANTA 38 EHEMANN 39 EINE 40 NOTAS (span. f. Noten) 41 TALLINN

Senkrecht — 1 PETA (das Billiardfache einer Einheit) 2 OMETO 3 ENZIO 4 CORNICHE (generell eine Küstenstrasse/Promenade) 5 ELIA (Kazan, Regisseur des Filmes Ein Gesicht in der Menge) 6 WIRR 7 HEIRAT 8 ARTE 9 EDEN 11 INTERESSANT 13 ALMAATA (früherer Name von Almaty) 14 NARNI 16 ZIGARETTEN 21 INKA 22 STUMMEL 23 MULDEN 24 GESTEN 25 SCHRAT 29 EMAIL 30 BENNI (Kurzform von oben genannten) 32 COMO (-see, span. f. wie) 33 ETNA (it. f. Ätna) 36 UNS

Lösungswort — **NOTSITUATION**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Breguet
Depuis 1775



Breguet La Marine
Chronograph 5527

